



## Partei der Europäischen Linken

### EL vor 3. Kongress

#### Die Europäische Union und die Partei der Europäischen Linken: Aufgaben und Herausforderungen

*Rede des EL-Vorsitzenden Lothar Bisky auf der Sitzung des EL-Parteivorstandes am 8. Januar 2010 in Berlin*

#### Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich möchte Euch alle in diesen kalten Tagen erneut herzlich in Berlin willkommen heißen. Sogar das Wetter scheint auf die soziale Kälte unserer neuen konservativ-liberalen Regierung hinweisen zu wollen. Diese hat soeben ein so genanntes Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf den Weg gebracht. Es wird bestimmt etwas zum Wachsen bringen – das Geld in den Taschen reicher Erben und Hotelbesitzer. Das wird den Städten und Gemeinden weggenommen, die es für Kindergärten und öffentliche Dienstleistungen brauchen.

Ich wünsche Euch allen das Beste für das neue Jahr. Möge es Euch Glück, Gesundheit und Erfolg bringen. Mögen vor allem unsere gemeinsamen Anstrengungen für Frieden, mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie und nachhaltige Entwicklung von Erfolg gekrönt sein. Hier stehen die EL und alle linken Kräfte in der Welt vor großen Herausforderungen.

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise geht 2010 in ihr drittes Jahr. Die Maßnahmen, die die Regierungen bisher dagegen ergriffen haben, zeigen nur, dass sie gar nicht daran denken, etwas gegen jene zu unternehmen, die sie verursacht haben – die großen Banken und Konzerne. Damit geschieht auch nichts, um die Gründe für diese Krise zu beseitigen.

Im Gegenteil, die Rechnungen sollen jene bezahlen, die am meisten darunter leiden – die ärmsten Schichten und die ärmsten Regionen dieser Welt. Damit wird eine Hauptursache der Krise nicht beseitigt sondern weiter vertieft – die massive Umverteilung von unten nach oben.

Diese Krise ist nicht das Ende des Kapitalismus. Aber sie wird benutzt, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen zu verschlechtern und noch höhere Profite in die Kassen der großen Banken und Konzerne zu spülen. Zugleich werden dem Staat die Mittel entzogen, um minimale Sozialstandards zu gewährleisten. Zwar sehen wir gewisse Unter-

schiede in einzelnen Ländern, aber die Orientierung ist überall die Gleiche. Zudem sind Protektionismus und Nationalismus überall auf dem Vormarsch. Aber das Grundprinzip des Kapitalismus – der Wettbewerb – bleibt unangetastet.

Schlimmer noch, die Krise hat die globalen Herausforderungen weitgehend in den Hintergrund gedrängt. Ich will hier nur an die jüngsten Gipfelkonferenzen erinnern – den Ernährungsgipfel von Rom und den Klimagipfel von Kopenhagen. Sie haben beide nicht die notwendigen Ergebnisse gebracht. Die ärmsten Länder haben dort nicht die erforderliche Unterstützung erhalten. Zugleich werden neue regionale und globale Probleme geschaffen. Niemand weiß, wie die riesigen Schuldenlöcher, die die Stützungsmaßnahmen für Großbanken und Unternehmen in die Haushalte der EU-Länder gerissen haben, sich auf das Währungssystem der Gemeinschaft und die internationalen Währungsbeziehungen auswirken werden.

Die Konfliktherde dieser Welt sind nicht entschärft worden. Die bestehenden Kriege werden fortgesetzt und neue geplant – wie jetzt im Jemen. Wir wissen, dass die Zivilbevölkerung, vor allem Frauen und Kinder, darunter am meisten leiden. Aber selbst Präsident Obama hat bei der Entgegennahme des Friedensnobelpreises erklärt, manchmal müsse man Krieg führen, um Frieden zu erreichen.

Dazu sagen wir: Nein, Mr. Präsident! Mit Krieg kann man keinen Frieden schaffen! Auf Gewalt folgt neue Gewalt, und Krieg bringt neuen Terrorismus hervor. Der Kampf gegen den Terrorismus führt sich selbst ad absurdum, wenn dabei Menschen- und Bürgerrechte massiv verletzt werden. Was gibt es dann noch zu „schützen“?

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, heißt es in Artikel 1 des deutschen Grundgesetzes. Denken daran wohl diejenigen, die der Einführung von Nacktscannern an Flughäfen das Wort reden?

Liebe Genossinnen und Genossen, in diesem Jahr begehen wir den 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Erlaubt mir als Deutschem hier in Berlin den Hinweis: Es sind nicht mehr allzu viele Menschen am Leben, die den Zweiten

### In dieser Ausgabe

- EL vor 3. Kongress
- Außenpolitik der BRD
- 60 Jahre NATO
- Raus aus Afghanistan
- Lateinamerikanische Linke: Strategie und Potenzial



Weltkrieg in vollem Bewusstsein miterlebt haben. Die Jüngeren kennen ihn nur aus Film und Fernsehen. Und das sind im Lande der Täter nicht gerade objektive Quellen. Wir werden nicht zulassen, dass die Geschichte des Zweiten Weltkrieges relativiert wird, dass die Täter als Opfer hingestellt werden.

Bei den Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des Mauerfalls haben wir hier in Deutschland erlebt, wie Geschichte umgeschrieben wird. Die jungen Leute wissen nicht viel von 40 Jahren unterschiedlicher Geschichte in Ost und West. Noch weniger wissen sie über jenen großen Krieg. Aber man muss die Geschichte kennen, wenn man verhindern will, dass sie sich wiederholt. Wissen wir doch, dass Krisen wie diese die Tür für Nationalismus, soziale Demagogie der Rechten, für rassistische und rechtsextreme Ideen öffnen.

An diesem Sonntag ehren wir hier in Berlin Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Damit demonstrieren wir, dass die Linke bei allem Pluralismus gemeinsame Traditionen hat. An diesen halten wir fest, wie heftig die Antikommunisten uns dafür auch attackieren mögen.

Das Jahr 2010 hält weitere Aufgaben und Herausforderungen für uns bereit. Für die EU ist es das erste Jahr nach Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages. Wir bleiben bei unserer Kritik an diesem Dokument, aber wir werden die Möglichkeiten nutzen, die für das Europäische Parlament und für die Bürger darin stecken. Die EU hat 2010 zum Europäischen Jahr des Kampfes gegen Armut und soziale Ausgrenzung erklärt. In Istanbul wird das 6. Europäische Sozialforum stattfinden. Über die Aufgaben, die sich daraus für uns ergeben, werden wir uns an diesem Wochenende austauschen.

Liebe Genossinnen und Genossen, die beiden vergangenen Jahrzehnte, insbesondere die letzten Jahre, haben der Mehrheit der Menschen nicht viel Gutes gebracht. Die sozialen und politischen Rechte konnten nicht gestärkt werden, im Gegenteil, viele Kämpfe dafür sind erfolglos geblieben.

Das Kräfteverhältnis hat sich zuungunsten der linken und demokratischen Kräfte verschoben. Und, liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir ehrlich sind, müssen wir uns eingestehen, dass wir daran nicht unschuldig sind. Die linken und demokratischen Kräfte in Europa sind nicht so stark, wie es notwendig wäre. Wir beschäftigen uns häufig zu viel mit uns selbst, mit unseren Differenzen, statt mit den Gemeinsamkeiten, die viel größer sind. In den Augen vieler Europäer sind die Linken ein zerstrittener Haufen. Weder der Partei der Europäischen Linken noch ihren einzelnen Mitgliedsparteien ist es gelungen, bei der Mehrheit der Menschen an Glaubwürdigkeit zu gewinnen, so dass sie unsere Positionen als reale Alternative zum weltweiten neoliberalen Kapitalismus erkennen.

Zu dieser Selbstkritik will ich gleich eine zweite hinzufügen: Auch bei der Analyse der aktuellen Entwicklung des Kapitalismus sind wir nur wenig vorangekommen. Das aber muss die Grundlage sein, wenn wir eine alternative linke Strategie und Politik im Interesse der Menschen entwickeln wollen.

Ja, die Gründung der Partei der Europäischen Linken, ihre Etablierung als demokratische linke Kraft war ein Erfolg. Ebenso die gemeinsame Wahlplattform, mit der wir in die Europawahl gegangen sind. Aber, wie ich bereits auf unserer Vorstandssitzung in Genf betont habe: Wenn wir das Kräfteverhältnis in der Europäischen Union und in unseren Ländern verändern wollen, dann müssen wir unser gemeinsames Agieren als europaweite Partei verstärken. Das ist nötig, weil wir den globalen und regionalen Herausforderungen im Interesse der Menschheit gerecht werden müssen, solange wir noch die Chance dazu haben. Darum wird es gehen, wenn wir auf dem bevorstehenden 3. Kongress der EL über die weitere Entwicklung der Partei sprechen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wie bereits in Genf be-

## Inhaltsverzeichnis

● <b>Partei der Europäischen Linken</b>	<b>1</b>
→ EL vor 3. Kongress:	1
– EL-Vorstand in Berlin, Rede Lothar Biskys	1
– EL-Vorstand in Genf, Rede Lothar Biskys	3
● <b>Außenpolitik der BRD</b>	<b>4</b>
→ Wolfgang Gehrcke/Paul Schäfer zum Koalitionsvertrag	4
→ Nationale Sicherheitsstrategie für Deutschland?	7
● <b>60 Jahre NATO</b>	<b>9</b>
→ Lothar Bisky:	
Alternativen zur NATO	9
→ Ernst Krabatsch/Gerry Woop:	
Thesen zur NATO	11
→ Wolfgang Triebel:	
Für ein kollektives Sicherheitssystem	14
→ Ukraine und NATO	23
● <b>Raus aus Afghanistan</b>	<b>24</b>
→ „Blühende Landschaften“ am Hindukusch?	24
→ Diethelm Weidemann zur „neuen“ NATO-Strategie	28

● <b>Aus der internationalen Linken</b>	<b>35</b>
→ 18. Parteitag der KP Spaniens	35
→ KPRF zum 65. Jahrestag des Sieges	37
→ Kuba: Nachhaltige Landwirtschaft	38
→ Bolivien: Sicherheit, Veränderung, regionale Strategie	39
→ Paraguay vor neuem Wandel?	43
→ Strategien der lateinamerikanischen Linken	46
→ Trauer um Harald Neubert	52
● <b>Internationale Umschau</b>	<b>55</b>
→ Holger Politt: 65 Jahre Warschauer Aufstand	55
→ Russland-USA: Abrüstung auf dem Weg?	57
→ Rezension: UdSSR in der Wendezeit	58
→ Rechtsruck in Ungarn: Analyse und Interview	59/61
→ Helmut Ettinger: 60 Jahre VR China	63
→ China und Kopenhagener Klimagipfel	68
→ China und Lateinamerika	69
→ Achim Wahl: Staatsstreich in Honduras	70
→ Zur Lage in Mittelamerika	76
● <b>Analyse</b>	<b>79</b>
→ Diethelm Weidemann:	
Der südasiatische Konfliktherd	79
→ Helma Chrenko/Achim Wahl:	
Die Linke Lateinamerikas	88



gonnen, sind auf dem Wege zu diesem Kongress folgende Fragen zu beraten: Wie kann die EL weiter zu einer tatkräftigen Partei, zu einem Akteur auf der europäischen Bühne, zu einem wirksamen Rahmen unseres gemeinsamen Kampfes für soziale Gerechtigkeit entwickelt werden? Dabei ist klar, dass wir ein pluralistisches und offenes Projekt bleiben wollen, ohne beliebig zu sein. Hier bin ich optimistisch: Die Beschlüsse unserer Kongresse von Rom, Athen und Prag, dazu unsere Wahlplattform haben gezeigt, dass wir über einen tragfähigen gemeinsamen politischen Rahmen verfügen.

Wir wollen eine transparente Partei, eine Netzwerkpartei sein. Mit Netzwerken meine ich keinen Filz und keine Kungelrunden. Das wäre das Gegenteil von Transparenz.

Und schließlich wollen wir eine Partei sein, in der offen miteinander gestritten wird. Linke streiten gern, und das ist gut: In offener Debatte werden gute Ideen geboren.

Aber Linke übertreiben auch gern. Wer immer Recht haben will, vergisst leicht die gemeinsamen Ziele. Solchen Streit wollen wir vermeiden. Dafür sollten wir in der Partei der Europäischen Linken keinen Raum bieten.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin optimistisch. Auf dem Weg, den wir in Rom, vielleicht auch wesentlich früher, betreten haben, sind wir gut vorangekommen. Lasst uns darauf weitergehen, stets unser gemeinsames Ziel vor Augen, die Welt zu einem besseren Ort zu machen. Mit weniger geben sich Linke nicht zufrieden. Heute stellt sich dieses Ziel dringender als je zuvor: Die Welt muss ein besserer Ort werden, wenn sie überleben will.

## Die Partei der Europäischen Linken und die aktuelle Entwicklung in der EU, in Europa und in der Welt: Zu den Aufgaben nach der Europawahl und vor dem 3. EL-Kongress

*Rede des EL-Vorsitzenden Lothar Bisky auf der Sitzung des EL-Parteivorstandes vom 23. bis 25. Oktober in Genf*

**Liebe Genossinnen und Genossen,**

ein aufregendes und, offen gesagt, für uns alle anstrengendes Jahr geht zu Ende. Jetzt ist Zeit, uns zu fragen: Wo stehen wir heute? Was sind unsere Aufgaben vor dem nächsten EL-Kongress? Darüber möchte ich mit euch in einen Gedankenaustausch treten.

Im Jahre 2009 ist die Partei der Europäischen Linken (EL) fünf Jahre alt geworden. Wir sind also noch eine junge Partei. Wir haben Beachtung gefunden und sind zu einer aktiven Kraft unter den alternativen sozialen und demokratischen Kräften und Initiativen in der EU und darüber hinaus geworden. Über 30 Mitglieds- und Beobachterparteien engagieren sich in der EL, geleitet von dem Wunsch, auf europäischer Ebene zusammenzuwirken.

Dabei sollten wir stets im Auge behalten: Wir sind eine Neugründung ohne ein Vorbild, auf das wir uns beziehen können. Zweifellos hat sich die EL in diesen fünf Jahren gut entwickelt. Wir haben zwei Ordentliche Kongresse durchgeführt, eine gemeinsame Wahlplattform erarbeitet und bereits vier Mal eine Sommeruniversität veranstaltet. Wir verfügen über arbeitende Netzwerke wie EL-fem, und die Zahl unserer Mitglieds- und Beobachterparteien ist ständig gewachsen.

Nach und nach wird die EL zum Akteur auf der europäischen Bühne, aber gerade darüber kann und muss in Vorbereitung auf den 3. Kongress gründlich gesprochen werden.

Die EL, alle ihre Mitglieds- und Beobachterparteien müssen darüber nachdenken, wie wir mehr politischen Einfluss gewinnen, als europäische politische Partei vorankommen, die mit den anderen politischen Kräften der EU in den Wettstreit zu treten vermag, die zu einer gemeinsamen politischen Linie und politischen Schritten gelangt, um Europa zu verändern (was in allen unseren Beschlüssen seit dem 1. Kongress verankert ist) und wie wir mehr Menschen für unsere Alternativen gewinnen. Wir haben darüber nachzudenken, ob die EL der Rahmen ist, der uns die Möglichkeit bietet, in die aktuellen Kämpfe für eine sozial gerechte Gesellschaft wirksamer einzugreifen. Zur realen Veränderung der Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen hier und überall auf der Welt beizutragen, die sozialen und ökologischen Herausforderungen stets im Zusammenhang zu sehen und Antworten auf all die Probleme zu geben, mit denen sich die Menschen in den Städten und Dörfern Tag für Tag herumschlagen müssen. Was sie unter der politischen und wirtschaftlichen Herrschaft des kapitalistischen Systems und der wachsenden Deformation der Gesellschaften immer politikverdrossener werden lässt, statt politischen Widerstand zu leisten.

Ja, Genossinnen und Genossen, die Europäische Linke als politisches Subjekt muss ihre eigenen Traditionen entwickeln und bekräftigen. Wenn wir das nicht tun, dann wird die Gründung der EL, die – das will ich besonders hervorheben – in der Tat einen neuen Schritt in der historischen Entwicklung der internationalen linken und Arbeiterbewegung darstellt, eine Fußnote in der Geschichte bleiben. Wenn uns dies aber gelingt, dann werden wir mehr zu einer politischen Umorientierung der europäischen (der verschiedenen nationalen) und der internationalen Linken beitragen. Wir werden daran mitwirken, die sozialistische (kommunistische) Bewegung als kulturelle, emanzipatorische Kraft wiederzubeleben, die zwischen der Integration der Sozialdemokratie in das kapitalistische System einerseits und dem Parteikommunismus andererseits zerrieben wurde und immer noch wird. Ich wiederhole hier, was ich bereits bei mehreren Gelegenheiten gesagt habe: Nur wenn wir als Linke – und das gilt auch für die Partei der Europäischen Linken (dazu genügt ein Blick in unser Programm, das ich immer noch sehr modern und lebendig finde) unsere breiten und tiefen Traditionen in Kunst und Philosophie, unsere kulturellen Wurzeln neu entdecken und in die öffentliche Debatte einbringen, dann werden wir auch in der Lage sein, wieder mehr an politischem Einfluss zu gewinnen.

Die Europawahlen vom Juni 2009 waren für uns ein wichtiger Schritt. Zum ersten Mal ist die EL als politische Partei auf der Grundlage einer gemeinsam diskutierten und beschlossenen Wahlplattform zu einem gemeinsamen Wahlkampf angetreten. Das war natürlich nur ein erster Schritt, der uns erste Erfahrungen gebracht hat. Sie müssen jetzt gründlich analysiert werden. Dabei geht es um die Frage, wie wir es verstanden haben, das Potenzial dieser gemeinsamen Position und Aktionen zu nutzen.

Für einige von uns, liebe Genossinnen und Genossen, haben diese Wahlen Erfolg, für andere bittere Niederlagen gebracht. Insgesamt, darüber sind wir uns bereits bei der ersten Analyse im Juni in Brüssel einig geworden, können wir



diese Europawahl nicht als Erfolg für die europäische Linke insgesamt bewerten. Andere Kräfte, besonders jene mit wirtschaftsliberaler Orientierung oder dem Schwerpunkt auf grünen Themen haben bei den Wählern wesentlich besser abgeschnitten. Und die Wahlbeteiligung ist weiter gesunken.

An diesem Punkt – und nicht nur wegen der Ergebnisse – haben wir die Tätigkeit der EL einzuschätzen und Fragen zu stellen, die der 3. Kongress beantworten muss, damit wir die Partei der Europäischen Linken weiterentwickeln und stärken können. Hier sind einige, die aus meiner Sicht dringend anstehen:

Die EL ist nicht in allen Bereichen gleichermaßen vorangekommen. Sehr gut gelingt es uns bereits, Politik zu formulieren. Die Dokumente der vergangenen Kongresse und die gemeinsame Wahlplattform sind dafür der beste Beleg. Auch wenn wir uns fragen müssen, ob wir immer eine Sprache sprechen, die die Menschen verstehen. Im Unterschied dazu sehe ich Defizite, was unser Parteileben oder auch unsere Parteiidentität betrifft. Dabei geht es vor allem um praktische Fragen – die Arbeit der Netzwerke, die Einbeziehung der Mitglieder oder die individuelle Mitgliedschaft.

Eine weitere Frage ist unser kollektives politisches Handeln. In den vergangenen Jahren hat es hier einige gute Anfänge gegeben. Wir müssen aber zu festen Mechanismen und Regeln kommen, um das Problem zu lösen: Wie kann die EL stärker und wirksamer als Gesamtpartei innerhalb und außerhalb der Parlamente in Erscheinung treten?

Weiter sollten wir uns fragen, ob unser Statut ergänzungs- und veränderungsbedürftig ist. Sind alle seine Bestimmungen für eine wirksamere Arbeit nützlich und notwendig? Hier sollte sehr sorgfältig vorgegangen werden.

Eine weitere Frage ist das äußere Erscheinungsbild der Partei. Sie hat zwei Aspekte: Wie können wir das Image der EL in der Öffentlichkeit verbessern? Und wie kann es uns gelingen, unsere Angebote zumindest interessierten Gruppen wichtiger politischer Multiplikatoren zu vermitteln?

Dies sind nur einige Fragen. Ihr, liebe Genossinnen und Genossen, werdet weitere benennen. Sie alle müssen wir in unseren Parteien, in den Netzwerken der EL und mit den Einzelmitgliedern besprechen. Lasst uns hier Ideen sammeln, über die unser Kongress entscheiden soll, damit die Partei der Europäischen Linken ein stärkeres, wirksameres Instrument in unserem gemeinsamen Kampf für Frieden, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung in Europa und in der Welt wird.

## Außenpolitik der BRD

### Zum Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP. Auf dem Weg zu einer hochgerüsteten Großmacht mit weltweiten Ambitionen

*Von Wolfgang Gehrcke, außenpolitischer Sprecher, und Paul Schäfer, abrüstungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag; aus: Junge Welt, 5. November 2009*

Guido Westerwelle (FDP), Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (CSU) und Dirk Niebel (FDP) – ein „Trio Infernale“ bestimmt künftig die deutsche Außenpolitik. Ist es denkbar, dass die drei diese noch unfriedlicher und aggressiver machen können, als es Joseph Fischer (Die Grünen) und Frank-Walter Steinmeier (SPD) bereits geschafft haben? Außenpolitik war in Deutschland immer ein Feld, in dem Kontinuität und Konsens beschworen wurden. Fischer und Schröder betonten ihre Kontinuität zur Außenpolitik Hans-Dietrich Genschers (FDP) und Klaus Kinkels (FDP). Steinmeier war bereits für den früheren Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) die außenpolitische Denkmaschine. Westerwelle und die anderen zwei behaupten nun die Kontinuität ihrer Politik zu Steinmeier, Fischer und Schröder. Diese sogenannte Kontinuität mündet in Kriege.

Brüche in der deutschen Außenpolitik vollzog Willy Brandt (SPD) mit seiner Ostpolitik, mit den Nord-Süd-Debatten; und Brüche fordert heute DIE LINKE. Nicht zu Unrecht erklärt Steinmeier immer wieder, dass eine engere Zusammenarbeit der SPD mit der Linkspartei an der Außenpolitik scheitere. Und zwischen der Außenpolitik von Union und FDP auf der einen und der Linkspartei auf der anderen Seite klaffen Welten.

Der Koalitionsvertrag zeigt, dass Deutschland weiter den Weg beschreitet, den „Rot-Grün“ und „Rot-Schwarz“ eingeschlagen haben. Es wandelt sich von einer europäischen Mittelmacht zu einer hochgerüsteten Großmacht im Rahmen der EU, mit der weltweite Ambitionen und besondere geostrategische Interessen in Osteuropa, im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika und Asien verfolgt werden.

#### Politik wird durch Ideologie ersetzt

Statt rationalem, auf die jeweiligen Konflikte gemünztem Handeln präsentieren die „Schwarz-Gelben“ eine „wertegebundene und interessengeleitete Außenpolitik“. Doch um welche Werte wird es sich handeln? Gerechtigkeit? Gleichberechtigung? Solidarität? Oder geht es um handfeste Wertsachen wie Zugriff auf Ressourcen anderer Völker, Dominanz des reichen Nordens über den armen Süden und freie Marktzugänge?

Zentraler Punkt dieser Werteorientierung ist die „Idee des Westens“. Für diese Idee soll Geschlossenheit erreicht werden: „In der Zeit der Globalisierung muss der Westen zu mehr Geschlossenheit finden, um seine Interessen durchzu-



setzen und gemeinsame Werte zu bewahren.“ Eine „enge politische Koordination mit den Vereinigten Staaten“ soll als „Kraftverstärker“ das Gewicht Deutschlands in Europa und der Welt erhöhen. Eine solche außenpolitische Linie wird die Beziehungen Deutschlands zu Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika schwer belasten. Auch in den USA wird es zumindest ein Nachdenken auslösen, ob Deutschland die Kooperation mit den USA deswegen verstärken will, um mehr Gewicht in der Welt zu erlangen. So ein bisschen antiamerikanisch ist er wohl doch, unser neuer Außenminister.

Der Begriff „Völkerrecht“ spielt im ganzen Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP nur eine untergeordnete Rolle. An einer Stelle heißt es: „Wir handeln militärisch nur dann, wenn wir dies im Rahmen der Vereinten Nationen, der NATO oder der EU sowie aufgrund einer völkerrechtlichen Legitimation tun können.“ Die „rot-grüne“ Bundesregierung hatte erklärt, das Völkerrecht einhalten zu wollen, sich allerdings nicht daran gehalten. „Schwarz-Rot“ sprach immerhin noch von dem Ziel, das Völkerrecht einhalten zu wollen. „Schwarz-Gelb“ sieht im Völkerrecht nur noch eine mögliche Handlungsvariante. Stärkere Betonung findet das Recht auf Selbstverteidigung, die auch ohne völkerrechtliches Mandat praktiziert werden kann.

Die internationalen Organisationen, in denen Deutschland Mitglied ist, werden zu „westlichen Wertegemeinschaften“ umgedeutet. Wer aus den Vereinten Nationen, die durch die Vielfalt von Werteorientierungen leben, eine westliche Wertegemeinschaft machen will, zerstört die UNO.

Die eigentlichen Probleme der Welt tauchen im außen- und sicherheitspolitischen Teil des Koalitionsvertrags überhaupt nicht auf: Keine demokratische Konzeption einer gerechten Verteilung der Naturressourcen, keine Initiative zur Überwindung von weltweitem Hunger, von Armut und Massenkrankheiten, keine Idee, wie den Menschen, die aus ihren Ländern flüchten, geholfen werden soll. Das sind aber die großen Fragen einer modernen Außenpolitik! Der starke Bezug auf die nationalen Interessen hingegen verheißt nichts Gutes.

„Frieden durch Recht“ verlangt kategorisch globale soziale Gerechtigkeit. Ohne globale soziale Gerechtigkeit kein stabiler Frieden. Globale Gerechtigkeit heißt auch, eine andere, gerechte Verteilung der knapper werdenden Naturressourcen. Nicht der Hauch eines Impulses für globale soziale Gerechtigkeit ist im Koalitionsvertrag zu finden. Auch nicht im Abschnitt über die Entwicklungszusammenarbeit. Künftig werden milde Gaben an politisches Wohlverhalten geknüpft.

Die Philosophie einer wertegebundenen und interessengeleiteten Außenpolitik ist die Übertragung der neoliberalen Prinzipien auf die internationalen Beziehungen. „Als Exportnation haben wir ein hohes Interesse an einer freiheitlichen Ordnung der Weltwirtschaft.“ Das ist Klartext und formuliert brutal einen globalen Machtanspruch. Jegliche Menschenrechtsrhetorik, die „Rot-Grün“ für ihren außenpolitischen Systembruch noch bemühte, wird entsorgt.

Die Freiheit der Märkte ist die Unfreiheit der Völker und Staaten, die unter der Beherrschung der Märkte durch transnationale Konzerne leiden. Freiheitliche Ordnung der Weltwirtschaft ist die Ideologie der Privatisierung und der Zurückdrängung staatlicher Regulierung. Sie hat gerade den Kapitalismus in seine bisher größte Krise gerissen. Regulierung und Nachhaltigkeit führt zu Freiheit; die Freiheit der Märkte aber führt zur Diktatur der Kapitaleigner. Mit der

Freiheitspropaganda der Unfreiheit Produzierenden haben sich bereits Karl Marx und Friedrich Engels im „Kommunistischen Manifest“ auseinandergesetzt. Zwei Gedanken von ihnen: „Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.“ – „Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhass der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d. h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.“

## Friedenspolitik der Linkspartei

Die Außenpolitik der Linkspartei beruht auf anderen Grundlagen. Deutsche Außenpolitik muss Friedenspolitik werden. Friedenspolitik heißt immer, dass Außenpolitik auf Recht – dem Völkerrecht – beruhen muss. Den großen Gedanken Immanuel Kants, Frieden durch die Herrschaft des Rechts, hat Die Linke aufgenommen. Wir werden in der Gesellschaft und im Bundestag die Völkerrechtspartei sein.

Zur Philosophie der Außenpolitik der Linkspartei gehört unbedingt die Demokratisierung von Außenpolitik. Das heißt, das Verhältnis zwischen „großen“ und „kleinen“ Staaten nicht als Machtverhältnis zu missbrauchen, eine wirkliche Reform der Vereinten Nationen voranzubringen und außenpolitische Entscheidungen nicht nur als Entscheidungen von Regierungen und Parlamenten zu verstehen, sondern die Menschen selbst an der Außenpolitik zu beteiligen. Keine Kriegsteilnahme Deutschlands hätte eine Mehrheit gefunden, wenn die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes darüber hätten mitbestimmen können. Sie konnten es nicht, nicht einmal bei den EU-Verträgen. Deswegen gehören Volksscheide und Volksbegehren auch zur außenpolitischen Konzeption der Linkspartei.

Weltweite Gerechtigkeit erfordert Abrüstung. Dieser Gedanke dominiert Die Linke. Die Abrüstung steht auch im Koalitionsvertrag. Einige der dort genannten Punkte finden unsere Unterstützung: Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland, Abschluss neuer Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen, Ratifizierung des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE). Allerdings fordert Die Linke klare, kontrollierbare und wenn nötig auch einseitige Abrüstungsschritte. Der Koalitionsvertrag verbreitet statt dessen heiße Luft.

Nichts ist neu und modern an der „schwarz-gelben“ Außenpolitik, aber sie ist gefährlich. Hinter den Worten von Freiheit und Werten lauern die Ansprüche auf hohe Profite. Eine Welt nach dem Bilde der Bourgeoisie ist gebaut auf dem Elend von Millionen. CDU und FDP wissen, wessen Interessen sie zu vertreten haben. Solch ein „Klassenbewusstsein“ kann man sich auf Seiten der Opposition nur wünschen.

Härter und entschlossener als die Vorgänger will die „schwarz-gelbe“ Koalition die wirtschaftlichen und Herrschaftsinteressen Deutschlands in der Außenpolitik zur Geltung bringen. Zugleich betont sie das gemeinsame Interesse der führenden kapitalistischen Nationen, weltweit die neoliberale Globalisierung durchzusetzen. Auch weiterhin wird dabei auf die europäische Integration, die internationalen



Organisationen und übernationalen Zusammenschlüsse gesetzt, aber mit verstärktem deutschem Führungsanspruch.

Bereits „Rot-Grün“ und „Schwarz-Rot“ hatten verstanden, dass deutsche Interessen nicht mehr allein nationalstaatlich durchgesetzt werden können. Der Koalitionsvertrag stellt nun Europa ganz nach vorn. Kooperation und Konkurrenz innerhalb der EU ist Kernlinie deutscher Politik. Es geht darum, die deutschen Positionen in der EU zu stärken und die EU zum einheitlichen Akteur auf der Weltbühne zu machen. Dafür soll Europa weiter militarisiert werden. Mit dem Lissabonner Vertrag lässt sich deutsche Dominanz leichter realisieren. Die Linke hat das kritisiert. Sie muss anerkennen, dass aus einem Entwurf ein Gesetz geworden ist, allerdings in einer vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen Form, an der Die Linke mit ihrer Kritik einen Anteil hatte. Dass der Lissabonner Vertrag Rechtsstatus erhält, macht ihn nicht besser und ändert nichts an unserer Kritik.

Im deutsch-französischen Verhältnis setzt sich die Linie der Vorgängerregierung fort, die Achse Berlin-Paris abzuwerfen. Das deutsch-französische Verhältnis ist nur noch „in seiner Breite und Tiefe einzigartig und fördert maßgeblich die europäische Einigung“. Von einem deutsch-französischen Motor ist keine Rede mehr. Zwar können die herrschenden Kreise beider Staaten nur internationale Bedeutung erlangen, wenn sie miteinander kooperieren, das schließt aber Konkurrenz um den Führungsanspruch und Dissens in wesentlichen Fragen nicht aus. Und zur Zeit überwiegt der Dissens mit Frankreich.

Die Erklärung, wonach die „Bundeswehr ein wesentliches Instrument deutscher Friedenspolitik“ sei, dürfte so manche Staaten eher beunruhigen. Der Koalitionsvertrag will die Stärkung der NATO und hält an der deutschen Bereitschaft fest, sich an Militäreinsätzen zu beteiligen. Insofern berufen sich die Koalitionsparteien in ihm zu Unrecht auf das Grundgesetz, und zumindest in dieser Frage ist der Koalitionsvertrag nicht verfassungskonform. Auch im Verhältnis zur NATO ist Die Linke entschieden weitsichtiger. Wir wollen weltweit Militärbündnisse überwinden und den Kampf gegen den Terrorismus mit zivilen Mitteln führen: durch Entwicklung, globale soziale Rechte, kulturelle Vielfalt, fairen Handel und Respekt.

Die internationale Krisenprävention sieht nach wie vor diplomatische Initiativen vor, aber das Interventionsrecht soll mit Kräften der Polizei und der Justiz gestärkt werden. Dafür sollen entsprechende Einheiten bei der Bundespolizei aufgebaut und ein „von den Ländern zur Verfügung gestellter Pool zur internationalen Verwendung bereitgestellt werden“. Statt Hunger zu bekämpfen, sollen offenbar Hungeraufstände bekämpft werden, die die neoliberale Globalisierung mit sich bringen wird.

## Wachstumsmarkt Rüstung

Die Linke will eine demokratische Reform der Vereinten Nationen. Wir wollen eine Aufwertung der Vollversammlung gegenüber dem Weltsicherheitsrat. Wir wollen, dass den Vereinten Nationen auch Entscheidungen über ökonomische Prozesse zukommen. Die „schwarz-gelbe“ Bundesregierung will einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat; und wenn es nicht Deutschland selbst sein kann, dann wenigstens die EU. Die Linkspartei geht davon aus, dass sich Afrika unter den ständigen Mitgliedern des Weltsicherheitsrats wiederfinden muss ebenso wie die arabische Welt, Lateinamerika oder ne-

ben China ein weiteres asiatisches Land. Reform der Vereinten Nationen durch mehr Macht für Deutschland – diesem Gedanken werden wir widersprechen.

Die Herstellung eines „unverfälschten Wettbewerbs“ ist ein vorrangiges außenpolitisches Ziel. Das gilt auch für die Rüstungsexporte. Daran ändert die Abrüstungsrhetorik nichts. Der Rüstungsexport war mit 20 Prozent Steigerung von 2005 bis 2008 Konjunkturmotor und dürfte auch in der Krise weltweit kaum von Einsparungen betroffen sein. Der Rüstungsexportriese Deutschland wird auch weiterhin ein großes Stück vom weltweiten Rüstungskuchen ergattern wollen, aber die Konkurrenz schläft nicht. Daher gibt es zwar Bekenntnisse zur Abrüstung, wichtiger als Abrüstung ist der Regierung allerdings das Ziel, die deutsche Rüstungsindustrie von Exporthemmnissen zu befreien. Denn die „wehertechnische Industrie ist „von hoher ... wirtschaftspolitischer Bedeutung“ und „die Sicherung technologischer Kompetenz und hochwertiger Arbeitsplätze ein wichtiges Anliegen“. Dafür wird eine Lockerung der Ausfuhrregeln angestrebt. So spricht die Regierung nicht mehr von „restriktiver“, sondern von „verantwortungsbewusster“ Genehmigungspolitik. Mit einer „Harmonisierung der Rüstungsexportrichtlinien“ wird die Anpassung der deutschen Genehmigungspraxis an schlechtere europäische Standards umschrieben. Dass letztere „auf hohem Niveau“ liegen sollen, scheint allenfalls Wortgeklingel, denn in Wahrheit geht es in erster Linie um starke Positionen auf einem Wachstumsmarkt. Dazu passt auch die „Beschleunigung der Verfahren“ dort, wo eine zivile Verwendung „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit feststeht“.

Die fortgesetzte Transformation der Bundeswehr zu einer „Armee im Einsatz“, wie die Interventionsarmee beschönigend genannt wird, ist eine hervorragende Profitquelle für die deutsche Rüstungsindustrie. Allein die Ausrüstung mit modernsten Waffensystemen, um „Krisen und Konflikte ... effektiv zu bewältigen“, kostet den deutschen Steuerzahler im Jahre 2010 um die sieben Milliarden Euro. Aber unterm Strich haben ja alle etwas davon, denkt sich wohl die neue Bundesregierung: Die Bundeswehr selbst, die deutsche Rüstungsindustrie und nicht zuletzt auch die vielen tausend Menschen, deren „hochwertige Arbeitsplätze“ durch die Rüstungsaufträge der Bundesregierung gesichert werden. Im Kontext der Transformation der Bundeswehr wurden bislang alte Waffensysteme ausgesondert und gern von der Bundesregierung an andere Staaten weiterverkauft. Rüstungsexporte an die Türkei und an Griechenland stehen für eine besonders smarte Geschäftstüchtigkeit des deutschen Kapitals. Nicht weniger „friedensfördernd“ ist der Export von Rüstungsgütern an Pakistan und Israel – obschon der Nahe und Mittlere Osten als die explosivste Region der Welt gilt.

Was in den Koalitionsverhandlungen auf jeden Fall schon mühelos gelungen ist, ist der beschleunigte Zugang der Rüstungslobbyisten zur neuen Regierung.

## Gegen das linke Lateinamerika

Die deutschen Truppen sollen in Afghanistan bleiben, so will es der Koalitionsvertrag, auch wenn sich Union und FDP nicht trauen, dies so deutlich auszusprechen. „In Kürze“ will die Bundesregierung ein neues strategisches Konzept für Afghanistan vorstellen, den „Worten Taten folgen lassen“ und die Verantwortung „an die Autoritäten des Landes schrittweise übergeben“. So wird gemeinhin der Rechtssta-



tus eines besetzten Landes beschrieben. Neue Konzeptionen will die Bundesregierung auch für Lateinamerika, Afrika und Asien ausarbeiten, zumindest verspricht sie das im Koalitionsvertrag. Gerade die Lateinamerikapolitik der FDP ist ideologiedominiert und frontal gegen die linksgerichteten Staaten in Lateinamerika gerichtet. Das zeigt sich in Formulierungen wie „den politischen Stiftungen kommt dabei eine herausgehobene Funktion zu“. Ein Schalk, wer dabei nicht an die subversive Rolle der Friedrich-Naumann-Stiftung bei der Vorbereitung des Putsches in Honduras denkt. Wenn dann die Destabilisierung, wie in Honduras, eingeleitet ist, kündigt die neue deutsche Regierung „die Unterstützung von Transformationsprozessen“ an: „In der Zusammenarbeit mit fragilen und zerfallenden Staaten und Ländern mit schlechter Regierungsführung wollen wir Konzepte entwickeln, um situationsgerecht in ausgewählten Staaten Transformationsprozesse zu unterstützen.“ Dazu passen auch aggressive Begriffe wie „Schlagkraft der deutschen Entwicklungspolitik“, „Zielgenauigkeit des Mitteleinsatzes“ und „Instrumente unserer Menschenrechtspolitik“.

Die martialische Sprache deutet darauf hin, dass neue „schlagkräftige“ Instrumente zur innen- und außenpolitischen Durchsetzung dieser Konzepte entwickelt werden müssen. Zu diesem Zweck greift die neue Koalitionsregierung nun hoch offiziell auf die Vorarbeiten des „Celler Trialogs“ zurück: „Schließlich werden wir die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) und die Führungsakademie der Bundeswehr (Fü-AkBW) verstärkt nutzen, um Führungskräfte von Bund und Ländern sowie der Wirtschaft, Wissenschaft und Medien weiterzubilden und die Prinzipien der vernetzten Sicherheitspolitik kontinuierlich weiterzuentwickeln.“

In Lateinamerika bahnt die Koalition einen Konflikt mit den fortschrittlichen und linken Regierungen an. Ihr zentrales Anliegen ist, den neoliberalen, auf völlige Marktöffnung gerichteten Prozess durchzudrücken. Sie fordert innerhalb der EU-Mitgliedstaaten Kohärenz und abgestimmtes Vorgehen in der Außenpolitik. Dies ist ein Affront insbesondere gegen die spanische Außenpolitik von Minister Miguel Moratinos, der die Haltung Spaniens zu Kuba und den linken Regierungen in Lateinamerika entkrampft und normalisiert hat.

Mit welchen Herrenreitermanieren die deutsche Politik daher kommen soll, zeigt folgende Formulierung, die die hegemoniale und kolonialistische Vergangenheit deutscher Außenpolitik kaum verbirgt und die indigene Bevölkerung virtuell ein weiteres Mal auslöscht: „Die Partnerschaft zwischen Deutschland, Lateinamerika und der Karibik baut auf gemeinsamen Werten auf. Wir teilen ein kulturelles Erbe und Erfahrungen aus langjähriger Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem und wissenschaftlich-technologischem Gebiet.“

### Parteinahme im Nahen Osten

Besonders kritikwürdig ist die Skizzierung der neuen Nahostpolitik im Koalitionsvertrag. Dieser Abschnitt beginnt nicht mit einem Bekenntnis zum Frieden im Nahen Osten, sondern mit dem Bekenntnis zur „besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel als jüdischer Staat“. Wenn man sich vor Augen führt, dass 25 Prozent der Einwohner Israels nichtjüdischer Herkunft sind und die Vereinten Nationen mit gutem Grund Israel nicht als exklusiv jüdischen Staat betrachten, ist diese Formulierung völkerrechts-

widrig und führt nicht zu einer Stützung des Friedensprozesses im Nahen Osten. Selbstverständlich gibt es eine besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern Israels. Selbstverständlich brauchen Jüdinnen und Juden die Zufluchtsmöglichkeit des Staates Israel. Aber ebenso selbstverständlich wird die Sicherheit Israels nur dann gewährleistet sein, wenn es zu einem eigenen palästinensischen Staat kommt und Israel auch seinen nichtjüdischen Bürgerinnen und Bürgern alle demokratischen und sozialen Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Genau dies zu unterstützen, leistet der Koalitionsvertrag nicht.

Die Gesichter an der Spitze der deutschen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik haben sich verändert. Das „Trio Infernale“ wird sich warm anziehen müssen. Wie heißt es so schön in einer Mozart-Oper: „Will der Herr Graf ein Tänzlein wohl wagen? Mag er's mir sagen, ich spiele ihm auf!“ Dies gilt nicht nur für den Freiherrn, sondern für alle drei.

## Deutschland in Fesseln

Aus: [www.german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com), 8. Januar 2010

Politikberater aus dem Berliner Establishment fordern die Bundesregierung zu einer offensiveren globalen Macht- und Militärpolitik auf. Deutschland nehme beim weltweiten Ausgreifen allzu stark auf moralische und innenpolitische Belange Rücksicht und gelte aus diesem Grund als „Nation in selbstgelegten Fesseln“, heißt es in der Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Diese „Fesseln“ müssten abgestreift werden. Abhilfe schaffen könne etwa eine Bündelung von Kompetenzen beim Kanzleramt, wie sie in den letzten Jahren bereits unter dem Stichwort „Nationaler Sicherheitsrat“ diskutiert worden ist. Auch solle die Bundesregierung, um aus der „Regionalliga“ unter den westlichen Verbündeten aufzusteigen, in regelmäßigem Abstand eine „nationale Sicherheitsstrategie“ verabschieden. Zwar verfüge Berlin mittlerweile über das „Weißbuch“ des Verteidigungsministeriums; das genüge aber nicht: Schließlich könne man von den deutschen Soldaten nicht „verlangen, für ein Weißbuch zu sterben“. Unbedingt müsse die Bundesregierung mehr „Führungswillen“ zeigen. Die Forderung, im Inland rasch die institutionellen Voraussetzungen für ungebremste globale Machtentfaltung zu schaffen, wird in wachsendem Maße auch in linksliberalen Milieus vertreten, die sich einst expansionskritisch gaben.

### Noch nicht souverän

Wie es in der jüngsten Ausgabe der Fachzeitschrift „Internationale Politik“, heißt, die von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) herausgegeben wird, sei die globale Macht- und Militärpolitik der Bundesregierung („Sicherheitspolitik“) „noch immer nicht in der vollen Souveränität angekommen“. <sup>1</sup> Zwar habe die Bundesrepublik seit 1990 „gewaltige Leistungen ... auf einem langen und schwierigen Weg“ vollbracht – die Übernahme der Nationalen Volkarmee der DDR, erste „Out-of-area-Einsätze“ in Kambodscha und Somalia, die „Transformation der Bundeswehr zu einer Armee im Einsatz“ im Kosovo und in Afghanistan. Dennoch gelte Deutschland „nach wie vor als ‚Nation in selbstgelegten Fesseln‘“. Eine Ursache sei, dass wichtige außenpoliti-



sche Entscheidungen „immer wieder in das Prokrustesbett eines moralischen, bündnis- oder innenpolitischen Sachzwangs gepresst werden“. Um dies zu überwinden, müsse die Bundesregierung mehr „konzeptionelle Kraft“ und „Führungswillen“ beweisen.

### Staatsraison

Konkret schlägt die Autorin des Beitrags in der „Internationalen Politik“, Constanze Stelzenmüller, vor, jede Bundesregierung solle zu Beginn ihrer Amtszeit dem Bundestag eine „nationale Sicherheitsstrategie“ vorlegen. Es genüge auf Dauer nicht, deutsche Kriege „mit dem Ruf ‚Nie wieder Auschwitz‘“ zu begründen. „Der Glaube an moralische Überlegenheit aufgrund von Verarbeitung und Anerkennung der deutschen Schuld an Weltkriegen und Holocaust“ sei „Narzissmus, nicht Strategie“; der „moralische Supermachtwahn“, der sich darin äußere, „befremdet selbst unsere Freunde“.<sup>2</sup> Das Weißbuch des Verteidigungsministeriums vom Herbst 2006, das deutsche Interessen und die Aufgaben der Bundeswehr beschreibt, reiche ebenfalls nicht aus: „Keine Regierung darf von Soldatinnen und Soldaten verlangen, für ein Weißbuch zu sterben.“ Es sei deshalb unumgänglich, eine „nationale Sicherheitsstrategie“ zu erstellen. „Staatsraison“ müsse es dabei sein, das westliche Gesellschaftsmodell zu verteidigen – und „am wirksamsten tun wir das nach wie vor, indem wir es exportieren“.

### Sicherheitsrat

Stelzenmüller zufolge stößt man dabei jedoch auf das Problem, dass „Deutschlands sicherheitspolitische Eliten und Institutionen ... unterentwickelt“ seien.<sup>3</sup> Die „Strategic Community“ in Berlin, wie sie die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) seit einigen Jahren systematisch aufzubauen sucht, sei noch viel zu schwach; zudem seien die Kompetenzen, die für eine weltweite Macht- und Militärpolitik benötigt würden, auf verschiedene Ministerien verteilt – auf das Auswärtige Amt und die Ministerien für Verteidigung und Entwicklung, teilweise auf das Innenministerium (Polizei). „Der Bundessicherheitsrat“, empfiehlt Stelzenmüller, „sollte zu einem Koordinierungsorgan deutscher Sicherheitspolitik umgestaltet werden“. Die Forderung knüpft an den immer wieder diskutierten Vorschlag an, nach US-Vorbild in Berlin einen „Nationalen Sicherheitsrat“ zu installieren – und damit dem Kanzleramt weitreichende Vollmachten zur Gestaltung des globalen deutschen Ausgreifens zu verleihen.

### Entwicklungshelfer für den Staatsaufbau

Schließlich heißt es in dem Beitrag in der „Internationalen Politik“, Deutschland solle sich in seinen Bündnissen – insbesondere in der NATO – viel aktiver engagieren. Bündnisse seien „Kräfteverstärker“, in die man investieren müsse – „im Sinne einer echten militärischen und politischen Risikoteilung“.<sup>4</sup> Die Forderung zielt erkennbar darauf ab, in einem ersten Schritt eine deutliche Aufstockung der Truppen in Afghanistan durchzusetzen und sodann den Weg für eine künftig noch offensivere deutsche Militärpolitik zu öffnen. „Rigide Einsatzregeln“, eine „ungenügende Ausrüstung“ und mangelnde Unterstützung im Inland hätten „in der Truppe tiefe Frustration erzeugt“; „sie hat Besseres verdient“. Um Abhilfe zu schaffen, müssten „Reformvorschläge“ für „die militärischen Instrumente deutscher Sicherheitspolitik“ erarbeitet

werden. Auch nichtmilitärische Apparate seien verstärkt einzubeziehen: „Warum bilden wir nicht endlich gezielt Polizisten für internationale Einsätze aus? Oder Entwicklungshelfer für den Staatsaufbau?“

### Friedensforschung

Das drängende Streben nach einer offensiveren deutschen Weltmachtpolitik ist keineswegs auf traditionell konservative Kreise in den Berliner Hauptstadtzirkeln beschränkt; es findet sich zunehmend auch in einst eher expansionskritischen, linksliberalen Milieus. Constanze Stelzenmüller, die die deutschen Kriege in Jugoslawien und Afghanistan als Redakteurin der Wochenzeitung „Die Zeit“ begleitete und inzwischen beim German Marshall Fund of the United States arbeitet, ist seit beinahe zweieinhalb Jahren Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats der Deutschen Stiftung Friedensforschung. Einige ihrer Forderungen werden mittlerweile von dem Historiker Klaus Naumann geteilt, der erst kürzlich eine Bündelung von Kompetenzen beim Bundessicherheitsrat vorschlug und die alljährliche Erstellung eines außen- und militärpolitischen „Leitliniendokuments“ – nach Art von Stelzenmüllers „nationaler Sicherheitsstrategie“ – empfahl.<sup>5</sup> Naumann, der in jüngster Zeit immer wieder einen „Ruf nach Strategie“ vernommen haben will, ist Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, das in den 1990er Jahren mit einer Ausstellung über den Vernichtungskrieg der Wehrmacht von sich reden machte. Er gehört außerdem dem Herausgeberkreis der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik“ an. Die „Blätter“ stehen traditionell der deutschen Friedensbewegung nahe.

### Anmerkungen

- 1, 2, 3, 4 Constanze Stelzenmüller: Die selbstgefesselte Republik; in: Internationale Politik, Januar/Februar 2010
- 5 Klaus Naumann: Wie strategiefähig ist die deutsche Sicherheitspolitik?; in: Politik und Zeitgeschichte 48/2009





# 60 Jahre NATO

## Perspektiven für eine sichere Welt. Alternativen zur NATO

*Eröffnungsrede von Prof. Lothar Bisky, Vorsitzender der Partei DIE LINKE und der Partei der Europäischen Linken (EL), Vorsitzender der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament, zur Eröffnung der Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 13. November 2009 in Berlin*

**Meine Damen und Herren, verehrte Gäste, liebe Freunde,** Vor fünf Monaten haben Obama und Medwedjew die überfällige atomare Abrüstung in die öffentliche Debatte zurückgeholt. Bis Dezember wollen sie zu gültigen Vereinbarungen kommen. Das wird von höchst unterschiedlichen politischen Akteuren begrüßt. Ich finde, zu Recht. Die gesellschaftliche Linke europaweit, Friedensinitiativen, Entwicklungsorganisationen verbinden diese Schritte mit der Forderung nach einem völligen Verzicht auf Massenvernichtungswaffen.

Die Süddeutsche Zeitung erfand für dieses Treffen zwischen den Repräsentanten der USA und Russlands den Begriff des Retro-Gipfels. Gut, die Konstellation erinnert uns an die Kontrahenten der bipolaren Welt des Kalten Krieges. Doch uns sollen offenbar nicht nur die Repräsentanten, sondern auch die Thematik an vergangene Zeiten erinnern. Denn der Kommentator der Süddeutschen Zeitung schrieb dazu am 7. Juli 2009: „Wer im US-Außenministerium mit den Verhandlungen zur Abrüstung der Atomwaffen beauftragt wird, gilt als armer Hund. Das Thema wird als langweilig erachtet, als unbedeutend für die tatsächlichen außenpolitischen Probleme Amerikas. Abrüstungspolitik, einst Königsdisziplin unter den Fachleuten, ist zum Nischenthema verkommen. Die Experten aus dem Kalten Krieg sind längst pensioniert oder umgeschult, Karriere wird heute mit Themen wie Terror und asymmetrische Konflikte gemacht.“<sup>1</sup>

Mir sind die Signale eines Retro-Gipfels, wie ihn die USA und Russland jetzt begonnen haben, allemal lieber, als die permanente Neuerfindung von Bedrohungsperzeption und vernetzten Sicherheitsstrategien, wie sie in der US-amerikanischen Version vor allem von Bush Junior verkörpert wurde. Neue bilaterale Verhandlungen über nukleare Abrüstung und die vor kurzen verabschiedete UN-Sicherheitsratsresolution sind ein Anfang. Nach Jahren der Verdrängung des Problems, der Konzentration auf Iran und Nordkorea gibt es die Chance, die Gefahren, die von den real existierenden nuklearen Potenzialen ausgehen, wieder ins öffentliche Bewusstsein zu bringen. Auch wir Linken dürfen sie nicht verpassen!

Mir sind die Signale eines Retro-Gipfels auch lieber, als eine seit zwanzig Jahren nach neuen Existenzberechtigungen suchende NATO.

Ich sehe angefangen vom NATO-Krieg in Afghanistan bis zur „ständig strukturierten Zusammenarbeit“ der militärisch potenten EU-Mitgliedstaaten, so wie es jetzt im Lissabonner Vertrag steht, einen abenteuerlichen Weg, der Deutschland und seine europäischen NATO-Verbündeten zu global agierenden Militärmächten machen soll. Der Krieg in Afghanistan ist nicht nur völkerrechtswidrig. Er ist auch längst verloren. Und das Problem ist, alle wissen das. Es geht nicht um das

Land Afghanistan, es geht nicht um Demokratie und Frauenrechte, es geht um die Perspektive der NATO, um das Streben u. a. Deutschlands nach Weltgeltung.

Das sind die Bedingungen, in denen sich linke außenpolitische Grundsätze Gehör verschaffen müssen. Es sind keine einfachen Bedingungen. Es sind die Bedingungen, in denen wir die Auseinandersetzung für einen Politikwechsel in der Außen- und Sicherheitspolitik in den kommenden Jahren führen werden.

Deshalb betone ich nochmals: Mir sind alle Retrogipfel, die endlich Lehren aus dem Ende des Kalten Krieges und seinen sicherheitspolitischen Folgen verarbeiten, allemal lieber, als eine neue deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, die deutsche Exportinteressen und den Zugriff auf Ressourcen zum Ausgangspunkt ihres außenpolitischen und sicherheitspolitischen Handelns macht.

Unser neuer Bundestagsabgeordneter aus Hamburg, Jan van Aken, hielt dem neuen Außenminister Westerwelle in der Aussprache um den Koalitionsvertrag entgegen: „Das Mantra Ihrer Außenpolitik sind ja die deutschen Interessen bzw., wie wir heute Morgen von der Kanzlerin gehört haben, der Zugriff auf die weltweit vorhandenen Rohstoffe ... Wenn es um die Durchsetzung dieser Interessen geht, erwähnen Sie elfmal die Bundeswehr und die deutschen Soldaten, aber das Völkerrecht kommt ganze zweimal in diesem Koalitionsvertrag vor. Ich sage Ihnen: Das ist kein statistischer Ausreißer mehr. Das ist Programm.“<sup>2</sup> Und ich fürchte, er hat Recht.

Das, was im neuen Regierungsprogramm zu konstatieren ist, kann man nicht einmal mehr als positive Ansätze einer Retro-Politik zur Beendigung des Kalten Krieges bezeichnen. Es ist die gefährliche Restauration eines militärisch gestützten Sicherheitsverständnisses, in dem internationaler Ausgleich und globale Gerechtigkeit hinter deutschen Interessen verschwinden. Angesichts der globalen Entwicklungen ist ein solches Sicherheitsverständnis nicht geeignet zum Abbau von realen Bedrohungen der Menschheitsentwicklung, sondern stellt selbst eine Gefahr für den Frieden und eine Gefahr für die Bewältigung globaler Herausforderungen dar.

Solch politisches Herangehen ist nicht weit davon entfernt, das Völkerrecht je nach Machteinfluss zu instrumentalisieren, statt sich außenpolitisch für seine friedenssichernde Dimension zu engagieren und ein entsprechendes sicherheitspolitisches Denken in internationalen multilateralen Institutionen wie der UNO auszubauen und deshalb dort Reformen einzufordern.

Die Förderung eines weltweiten Dialogs der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker wird von der neuen Bundesregierung zu einem Spezialressort der Entwicklungspolitik degradiert und verkürzt. Um es zuge-spitzt zu formulieren: Solch einen überholten – eng militärisch und am Staat orientierten – Sicherheitsbegriff leistet sich nicht einmal mehr die NATO.<sup>3</sup> So ist die Situation. Und ich sage dies angesichts der Erfahrung, dass das Europaparlament nach rechts gerückt ist. Wer dort für Abrüstung eintritt, dem droht, als Feind der Demokratie beschimpft zu werden. Und diese Auseinandersetzung findet dann noch unter dem Gejohle rechtsradikaler Kräfte statt.

Die Verletzung von Menschenrechten, ungleiche Ressourcenverteilung, Umweltverschmutzung und Klimawandel, mangelnde Internet- und Energiesicherheit sind heute längst als sicherheitspolitische Herausforderungen anerkannt.



Linke Außenpolitik hat mit ihren friedenspolitischen Grundsätzen die Verantwortung, einem Begründungsdenken für ein Recht des Stärkeren die Anwendung des Völkerrechts in allen sicherheitspolitischen Strategiebildungen gegenüberzustellen.

Deshalb setzen wir darauf, dass politisch den Ursachen von Destabilisierung, Staatenzerfall und blutigen Konflikten entgegengewirkt wird. Kein Militärbündnis, nur die Zusammenarbeit im Rahmen der UNO kann diese Aufgabe leisten.

Meine Damen und Herren, verehrte Gäste, liebe Freunde, die zweite Außenpolitische Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung titelt: „Perspektiven für eine sichere Welt. Alternativen zur NATO“. Wenn wir darüber diskutieren, müssen wir von den Realitäten ausgehen: Militärische Konflikte, Bürgerkriege, ja selbst Völkermord sind keinesfalls aus unserer Welt verbannt. Im Gegenteil.

Auch im 21. Jahrhundert verschlingen vergessene und laut umworbene Kriege die Ressourcen für die Bewältigung des Klimawandels und der Wasserknappheit, die Mittel für die Bekämpfung von Armut und Hunger, für Chancen, eine gerechte Welt und weltweite Energiesicherheit zu ermöglichen. Zugleich verhindern Kriege tagtäglich die Hoffnung auf politische Lösungen. Sie hinterlassen Leid, Opfer und emotional tief sitzende Feindbilder. Die produzieren neue Terroristen. Jede Gewalt, wie sie in Kriegen alltäglich ist, ob durch Streubomben oder Vergewaltigungen, legt die Zeitbomben der Zerstörung unser aller Zukunft.

Doch die modernen Sicherheitsstrategien der westlichen Welt – ob die Europäische Sicherheitsstrategie, die National Security Strategy (NSS) der USA oder die jüngsten Strategiekonzeptionen der NATO verdrängen bei all ihrer Verschiedenheit nicht das Militärische aus ihrem Denken gegenüber der Sicherung kultureller, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Errungenschaften. Sie zwingen die zivilen Problemlagen der modernen Gesellschaften unter eine militärische Verteidigungslogik von Interessen und Werten.

Warum ist das so? Warum haben die Schrecken zweier Weltkriege im 20. Jahrhundert, warum hat das Ende des Kalten Krieges nicht die Logik der militärischen Bedrohung – nun sogar deutlicher verknüpft mit einem Interventionsanspruch – aus dem Arsenal der politischen Strategien des Westens verbannen können? Ich kann diese Frage nicht eindeutig beantworten.

So sehr das Bekenntnis zum Multilateralismus, Handelsbeziehungen, der verantwortungsbewusste Umgang mit den Ressourcen auf unserem Planeten und die Entwicklungspolitik längst auch Teil der Außenpolitik geworden sind, so wenig hat sie sich auf der anderen Seite zur Friedenspolitik weiterentwickelt. Militärische Stärke und die Bereitschaft, sie auch einzusetzen, sind in dieser verletzlichen Welt nach wie vor zentrale Elemente bei der Bewertung der internationalen Rolle von Staaten. Wie sonst erklärt sich, dass die Mitgliedschaft in der NATO und die Beteiligung an der strukturierten militärischen Zusammenarbeit im Rahmen der EU für die meisten europäischen Staaten Prioritäten ihrer Außenpolitik sind?

Dieses Denken müssen wir verändern! Wir dürfen nicht länger zulassen, soweit das von unseren Möglichkeiten abhängt, dass die Geheimdienste, Generäle und Rüstungskonzerne den Menschen die Gehirne vernebeln! Aber ich warne hier auch vor vereinfachten Antworten. Es gibt keine wirkliche Konfliktregulierung ohne eine realistische Konfliktanalyse!

Die Forderung nach Auflösung der NATO muss mit politischen Alternativen versehen sein. Es wäre die pure Politikverweigerung, davon auszugehen, die NATO löst sich auf, wenn wir das auf Parteitage beschließen oder in Kehl und Strasbourg – absolut berechtigt – einfordern. Es ist wichtig, die strategischen Wandlungen der NATO auf Demonstrationen scharf zu kritisieren.

Die Partei DIE LINKE ist in ihrem Bundestagswahlprogramm dennoch nicht bei der normativ richtigen friedenspolitischen Forderung nach Auflösung der NATO stehen geblieben, sondern formulierte dort deren Ersetzung durch ein „kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands“.

Heute ist hier Gelegenheit, die Debatte zu führen, wie solch internationale Organisationen wie die NATO, die ein institutionelles Beharrungsvermögen und auch eine kulturelle Akzeptanz gegenüber ihrer Aufgabenerfüllung bis 1989 in ihren Mitgliedstaaten hat, durch ein kollektives Sicherheitssystem und einen Sicherheitsbegriff, der das Völkerrecht zur Grundlage hat und im Rahmen einer reformierten UNO aufgeht, ersetzt wird. Ernst Krabatsch und Gerry Woop überraschten sicherlich einige mit einem problemorientierten Artikel über die manifest kriegerischen und offenen Suchbewegungen der NATO nach einem Sicherheitskonzept im 21. Jahrhundert mit der Feststellung: „Eine realistische Analyse sollte jedoch davon ausgehen, dass diese Militärorganisation noch eine längere Perspektive hat.“<sup>4</sup> Wir sollten die zwei Tage Konferenz nutzen, um aus unserem gemeinsamen Verständnis, dass Sicherheitspolitik nur als Friedenspolitik zukunftsfähig wird, die Politikfähigkeit unserer Grundpositionen durchzubuchstabieren.

Das kann nicht heißen, bei dieser oder jener Formulierung uns gegenseitig infrage zu stellen, sondern mit unseren gemeinsamen Ausgangspunkten zu erkunden, wie wir den Prozess der Ersetzung der NATO durch ein kollektives Sicherheitssystem in den nächsten Jahren durchsetzen wollen und können.

Was heißt dies für die politische Themensetzung und welche strategischen Bündnisse brauchen wir?

Unsere Orientierungen sind relativ schnell verhandelt und dies habe ich eingangs durch die aktuellen politischen Debatten klar umrissen:

- Die parteipolitische LINKE ist – und hier ist sie absolut kongruent mit vielen Kräften außerhalb der Partei – eine Friedenspartei.
- Dies müssen wir in Themensetzungen – wie Reform der UNO, Rüstungskontrolle und Abrüstung, die Durchsetzung des Völkerrechts in der Konfliktbearbeitung – immer wieder deutlich machen.
- Wir lehnen eine nationale Rückentwicklung der Außen- und Sicherheitspolitik, wie sie die schwarz-gelbe Koalition jetzt schon formuliert hat, ab und setzen politisch auf einen völkerrechtsorientierten und friedenspolitischen Wandel in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU.
- Neben einem Politikwechsel in der EU und der Ersetzung der NATO durch ein kollektives Sicherheitssystem setzen wir auch auf die politischen Ansätze der OSZE.

Darüber hinaus gibt es viele offene Fragen, die wir auf der Konferenz andiskutieren sollen und müssen.

1. Welche Schritte müssen wir in welchen strategischen Bündnissen gehen, um die internationalen Organisationen tatsächlich mit zu verändern?



Wir wissen doch, dass viele Kritikpunkte an der Europäischen Sicherheitsstrategie im Bericht „Sicherheit schaffen in einer Welt im Wandel“ vom Dezember 2008 aufgenommen wurden, weil hier Europapolitikerinnen und -politiker der Grünen, der Sozialdemokraten und der Linken zusammengearbeitet haben.

Hier sind Anknüpfungspunkte für die Zukunft, und die müssen wir gerade angesichts des Inkrafttretens des Lissabonner Vertrages fortsetzen. Und wir müssen auch, weil der Lissabonner Vertrag jetzt gilt, die Kritik an der fehlenden friedenspolitischen Dimension weiterführen.

2. Wir müssen ein aufgeschlossenes und selbstbewusstes Verhältnis zu den Veränderungen der Außenpolitik, wie sie Clinton in Berlin oder Obama in Accra formuliert haben, entwickeln und als politische Linke einbringen. Wir haben auch eine Verantwortung, Huntingtons Kampf der Kulturen, der die ideologische Folie der Bush-Administration bildete, auf den Müllhaufen der Geschichte zu bugsiieren, einen globalen Dialog und die Selbstbestimmung der Völker praktisch durchzusetzen. Dies schließt eine solidarische Haltung zu weltweiten Friedensinitiativen und Entwicklungsprojekten ein. Hier kann die Linke aus dem reichen Norden wesentlich mehr fördern als Bekenntnisse und Debatten.
3. Ist eine linke realistische Position darstellbar, die den Rückzug der Truppen aus Afghanistan beschreibbar und die Verstärkung der zivilen Unterstützung möglich macht? Denn gelingt uns dies nicht, wird unsere berechtigte Position auch in den kommenden Jahren nicht parlamentarisch mehrheitsfähig und wir werden weiterhin eine Situation ertragen müssen, in der ein Verteidigungsminister die Zerstörung der Tanklaster in Kundus als „militärisch angemessen“ herunterspielt ohne dass eine nennenswerte gesellschaftliche Öffentlichkeit hier vielstimmig protestiert. Von Guttenberg sagt es dahin, leichtfertig, abenteuerlich, aber der Protest bleibt aus.
4. Wir müssen über Interessenkonflikte und Ressourcenknappheit diskutieren und dabei andere Wege aufzeigen als jene, die die herrschende Politik in Europa und in Deutschland gerade beschreitet. Doch die Wege zu Kooperation und Vertrauensbildung können wir nicht abseits der Handlungsmacht der vorhandenen internationalen Institutionen erfinden. Wir müssen deshalb die Möglichkeiten der internationalen Organisationen, sich dem Völkerrecht zu verpflichten und zusammenzuarbeiten, tatsächlich ausloten. Dazu gehört auch, eine gesellschaftliche Debatte nach dem ausstehenden strategischen Konzept der NATO zu führen und dabei aufzuzeigen, wie ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem vonstatten gehen soll. Das steht nicht im Widerspruch zur berechtigten friedenspolitischen Forderung nach Auflösung der NATO.

Alle kennen Willi Brandts Formulierung: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“ Zum Auftakt der Konferenz lege ich Wert darauf, dass dieser Satz in seiner Gänze ernst genommen wird. Er mahnt uns, Außen- und Sicherheitspolitik als praktische Politik in den regionalen und weltweiten Auswirkungen der Globalisierung ernst zu nehmen. Er mahnt uns über den Anspruch hinaus, die Durchsetzbarkeit einer Außenpolitik als Friedenspolitik nicht nur zu denken, sondern die politischen Wege zu gehen, damit ein multilaterales Sicherheitsdenken Wirklichkeit wird.

#### Anmerkungen

- 1 Obama bei Medwedjew, in: „Der Retro-Gipfel“, Süddeutsche Zeitung, 7. Juli 2009
- 2 Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, 3. Sitzung. Berlin, 10. November 2009, zit. nach dem Stenografischen Bericht
- 3 Sie hat auf dem Gipfel in Kehl und Strasbourg im April 2009 beschlossen, ein neues strategisches Konzept zu entwickeln, das „den aktuellen Bedrohungen und Herausforderungen angepasst ist“.
- 4 Ernst Krabatsch und Gerry Woop, „Institution im Wandel – Thesen zur NATO“, s. u., Zit. S. 13

## Institution im Wandel: Thesen zur NATO

*Von Ernst Krabatsch, Botschafter a. D., und Gerry Woop, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Fraktion DIE LINKE im Bundestag; aus: Welttrends, September/Oktober 2009*

Internationale Institutionen haben Stabilität und Beharrungsvermögen. Sie erfüllen Funktionen und suchen aus ihrer Eigendynamik, sich an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen. Das gilt auch für die NATO nach dem Ende der bipolaren Blockkonfrontation. Sie erfüllt noch Funktionen im Interesse ihrer Mitglieder und wird trotz Sinnkrise sowie Defiziten in ihrer Problemlösungsfähigkeit noch lange als sicherheitspolitischer Akteur die internationalen Beziehungen prägen. Entscheidend ist der Platz, den sie einnehmen will.

Obwohl die NATO ein zentraler sicherheitspolitischer Akteur auf der internationalen Bühne ist und auch für Deutschland grundsätzliche Bedeutung hat, bleibt der außenpolitische Diskurs zu ihrem Zustand und ihren Perspektiven inhaltlich und im Umfang beschränkt. Er erreicht nicht den angemessenen öffentlichen Raum. Dem muss gegengesteuert werden, weil nicht nur unsere Sicherheit, sondern auch beträchtliche Ressourcenentscheidungen damit im Zusammenhang stehen.

Die NATO ist 60 Jahre alt. Je nach politischem Standpunkt wurde dieses Faktum gefeiert, zum Nachdenken oder zum Protest genutzt. Hat die NATO Geschichte gemacht? Was kann diese internationale Organisation mit immerhin knapp 30 Mitgliedstaaten – zuletzt stieß Albanien hinzu – leisten, und vor allem: Was soll sie leisten? Mit diesen Fragen ist der Ausgangspunkt der Untersuchung festgelegt. Es soll eine Institution beleuchtet werden, die international ist und von den Interessen ihrer Mitglieder geprägt wird. Welche Funktion füllt die NATO in ihrem Kern aus und welche Funktionsbeschreibung kann ihr heute und in der Perspektive zugeordnet werden, wenn man diese Interessen zugrunde legt? Dieser Frage soll nach einer Skizze zum Betrachtungsort und einem kurzen historischen Überblick nachgegangen werden. Dazu werden die aktuellen Funktionen, die formalen wie faktischen Zuschreibungen, die Eigendynamiken, Entwicklungsprobleme sowie Perspektivoptionen dargestellt und zu einem Fazit zusammengeführt.

Es ist naturgemäß unmöglich, objektiv über die NATO zu schreiben. Je nach Sicherheitsverständnis, nach normativer oder deskriptiver Methodik und je nach Maßstab zur Leistungsmessung dürften Untersuchung und Ergebnis unterschiedlich ausfallen. Diesem Beitrag ist ein Grundverständnis der NATO als internationaler Organisation zugrunde gelegt. Zudem wird ihre militärische Spezifik als Institution berück-



sichtigt und damit innerinstitutionelle Dynamik vorausgesetzt. Unter Sicherheit verstehen wir die nachhaltige Abwesenheit von militärischer Gewaltanwendung und Rahmenbedingungen, die den Menschen in den Mitgliedstaaten ohne militärisch indizierten Druck auf ihre gesellschaftlichen Handlungsspielräume sichere Lebensgrundlagen geben.

1. Die Gründung der NATO folgte ganz offenkundig dem Sicherheitsinteresse der Gründungsstaaten unter den Bedingungen des beginnenden Kalten Krieges in einer bipolaren Welt. Der Westen unter der Führungs- und Atommacht USA schuf sich seine Militärorganisation, um im Falle einer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion, später dem Warschauer Vertrag, sein Territorium zu schützen. Auch die untergeordnete Integration Deutschlands war ein wesentlicher sicherheitspolitischer Aspekt. Zugleich – und das war das Prinzip der Abschreckung – konnte politischer Druck auf die Sowjetunion ausgeübt und mit der insbesondere atomwaffenbasierten Militärmacht auch durch Gewaltandrohung oder Drohung mit einem massiven Gegenschlag Sicherheit gewährleistet werden. So fragil und hochgefährlich diese auf gegenseitiger Abschreckung und sogar Vernichtung beruhende Sicherheit auch gewesen sein mag, im Ergebnis hat sie mehrere Jahrzehnte so funktioniert. Insofern nehmen beide Seiten nicht ohne Berechtigung für sich in Anspruch, die friedliche Koexistenz zweier Gesellschaftssysteme und ihrer Militärorganisationen gesichert zu haben. Die bipolare Welt und der dabei dominierende Blickwinkel relativierten gleichwohl die Existenz anderer Krisen, Gewaltkonflikte, auch sogenannter Ersatzkriege. Im Sinne eines nachhaltigen und erweiterten Sicherheitsbegriffes kann also nicht von umfassend erreichtem Frieden für diese Periode gesprochen werden.

Gleichwohl hat die NATO für die Mitgliedstaaten die entscheidende Funktion als Garant für Sicherheit im engeren Sinne erfüllt. Die Funktionszuschreibung durch die Gründungsmitglieder lässt sich am NATO-Vertrag und insbesondere dem Artikel 5 als Kern erkennen. Dabei ist interessant, dass trotz geringerer Bindungswirkung der gegenseitigen Verteidigungsunterstützung im Falle eines Angriffs auf ein Mitglied z. B. im Vergleich zur WEU die NATO-Regelung weit aus effektiver umgesetzt, verstanden und gelebt wurde. Das gegenseitige Versprechen, das den NATO-Staaten aber – zumindest laut Vertrag – ein hohes Maß an Entscheidungsfreiheit über ihr Vorgehen lässt, war zuverlässig und wurde durch den Aufbau der Institution, die gemeinsamen Planungen und Stäbe verwirklicht. Im Unterschied dazu ist die WEU über ihren Konzeptionsstatus und rein politische Funktionen nie hinaus gegangen. Die Perzeption der bipolaren Sicherheitssituation und die reale wie auch freiwillig akzeptierte Vormachtstellung des Hegemons USA im Bündnis müssen als wesentliche Merkmale der entwickelten Institution gesehen werden. Sicherheit für die Mitgliedstaaten war ganz zentral mit der militärischen Fähigkeit und der Stellung der USA verbunden. Zugleich ist mit der engen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit eine Kooperationsebene des Westens entstanden, die auch andere Felder der politischen und wirtschaftlichen Verflechtung beeinflusste. Der Hegemon hatte also eine umfassende Interessenlage verwirklicht. Seine militärische Präsenz in Westeuropa unterstrich diese Interessen. Dennoch zahlte sich für die anderen Mitglieder die Einbindung und auch die Unterordnung insofern aus, als sie keine realistische Alternative für ihre militärische Territorialverteidigung in der bipolaren Sicherheitssituation sahen.

2. Mit dem Ende des Kalten Krieges, dem Zerfall der Sowjetunion und des Warschauer Vertrages stellte sich zwingend die Frage nach der abschließend erfüllten Funktion der NATO sowie der erwarteten Friedensdividende. Die NATO hätte folglich aufgelöst oder in ein gleichberechtigtes weltweites oder gesamteuropäisches Sicherheitssystem überführt werden können – normativ friedenspolitisch betrachtet auch müssen. Beides ist nicht geschehen – entgegen dem eigenen Auftrag wurde eine Out-of-area-Ausrichtung und die Umorientierung auf Offensivaufgaben begonnen.

Es wirkten vor allem zwei Faktoren: Zunächst die Eigendynamik von Organisationen, auch internationalen, mit einem institutionalisierten Rahmen und Regelwerk. Sie verhinderte zunächst zwar nicht eine Sinnkrise, gab aber den Raum und die Ressourcen für die Suche neuer Betätigungsfelder nach dem Ende des Kalten Krieges. Natürlich war auch die geschaffene Vertrauensbasis aus jahrelanger Kooperation ein beharrendes Moment, das alternativen Abrüstungsvorstellungen entgegenstand. Gleichwohl wurde Anfang der 1990er Jahre massiv abgerüstet und der KSE-Prozess an die neue sicherheitspolitische Lage angepasst. Der zweite grundlegende Faktor bestand wohl in dem weiter existierenden Sicherheitsbedürfnis in Verbindung mit der klassischen Vorstellung, dies am effektivsten militärisch und mit einem militärisch potenten Bündnis zu realisieren. Auch hier dürfte die Vertrauensbasis aus der jahrelangen institutionellen Kooperation eine Rolle gespielt haben. Der OSZE wurde wegen ihrer Größe, Zusammensetzung und dem Regelwerk nicht die Effektivität bei Entscheidungen und Ressourceneinsatz zur klassischen Verteidigung zugetraut. Mit Blick auf die neuen Aufgaben, die sich die NATO suchte, war sie außerdem von vielen Interessengegensätzen vor allem zwischen dem Westen und Russland geprägt. Dabei soll nicht übersehen werden, dass die westlichen Staaten die OSZE auch als Sicherheitsorganisation zur Konfliktprävention wie -nachsorge im postsowjetischen Raum nutzen – in der Regel mit dem Ziel des Transfers eigener gesellschaftlicher Vorstellungen.

Die Vorstellung, dass das Sicherheitsbedürfnis als Souveränitätskern des Staates nur durch Kooperation und Prävention dauerhaft zu sichern ist, hat sich nicht bei den Regierungen, aber auch nicht bei den Bevölkerungsmehrheiten durchgesetzt. Mindestens als letzte Versicherung wird militärisches Potenzial und damit die NATO als hilfreiche Organisation befürwortet. Inzwischen hat über den Kern der alten Territorialverteidigung als zugeschriebener und faktischer Funktion hinaus eine Sicherheitsperzeption Raum gegriffen, die über den eigentlich auf nachhaltige Friedenslösungen orientierten erweiterten Sicherheitsbegriff vor allem territorial und funktional weiterreichende – kaum definitorisch klar begrenzbare – militärische Aufgaben bestimmt. Die Sicherung von Interessen im euroatlantischen Raum ist die weitreichendste Erweiterung des Aufgabenspektrums der NATO seit ihrer Gründung.

3. Mit den 1991 und 1999 geänderten strategischen Konzepten hat die NATO versucht, als Militärorganisation auf die veränderte Weltlage zu reagieren und sich an die verändernden Rahmenbedingungen anzupassen. Von Transformation als permanentem Prozess war die Rede. Aber im Kern blieb die NATO, was sie immer war – ein Bündnis der wirtschaftlich starken Staaten des Westens und des reicheren Nordens. Sie hat sich auch durch die Osterweiterung in ihrer westlichen Grundhaltung weder grundsätzlich noch nachhal-



tig verändert. Die ost- und mitteleuropäischen Staaten traten ja ausdrücklich bei, um diesem westeuropäisch-nordamerikanischen Bündnis unter Vorherrschaft der USA anzugehören und sich von Russland abzugrenzen.

Spätestens mit dem Einschreiten gegen Jugoslawien hat die NATO den Weg des Verteidigungsbündnisses verlassen und den Weg der eigenen Interessendurchsetzung mit Interventionsanspruch beschritten. In diesem Sinne werden die militärischen Fähigkeiten angepasst in Richtung modernerer, präziserer und adäquater Waffensysteme, moderner Kommunikation und Aufklärung, Aufbau umfangreicher Transportkapazitäten und schneller Verlegfähigkeit von Truppen und Waffen – alles im Rahmen umfangreicher Auf- und Umrüstungsprogramme. „Nicht-Artikel-5-Einsätze“ wurde zum Schlüsselwort aller Strategiepapiere seit Anfang der 1990er Jahre. Dabei ist seit der Selbstmandatierung im Kosovokrieg die Bindung an einen Beschluss des UN-Sicherheitsrates für die NATO zwar weiterhin wünschenswert, aber keine unabdingbare Voraussetzung mehr für einen Militäreinsatz. Mit diesem potenziell intendierten Unterlaufen des Völkerrechts wird die Verrechtlichung internationaler Beziehungen torpediert und letztlich ein „Recht des Stärkeren“ begründet.

Zugleich zeigt sich ein Problemlösungsdefizit. Von den zentralen Konflikten der heutigen Welt blieb die NATO überfordert und wird es mit der bisherigen strategischen Ausrichtung auch in Zukunft bleiben. Globaler Armut, Ressourcenknappheit, sicherheitsrelevanten Klimafolgen oder der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen kann nachhaltig nicht militärisch begegnet werden. Die NATO braucht dringend ein einleuchtendes strategisches und politisches Konzept, das wirklich den zunehmend nichtmilitärischen Herausforderungen gerecht wird und einen möglichen Platz der NATO bei Problemlösungen angemessen beschreibt. Ihre Zukunftschancen werden schwinden, wenn sie diese Aufgabe nicht bewältigt und weiter mit dem bisherigen militärisch dominierenden Muster reagiert. Solange die Sicherheitsperzeption von engen Interessenlagen und nicht von Dialog und Ausgleich geprägt wird, lässt sich keine Glaubwürdigkeit herstellen. Und solange mit der Rüstungs- und Rüstungsexportpolitik eine Fehlallokation von Ressourcen erfolgt, bleiben zahlreiche politische Ansprüche und Bekundungen uneingelöst.

4. Ein „Dauerbrenner“ bei NATO-Treffen ist die Erweiterung. Es lag im Interesse vor allem der USA, durch Neuaufnahmen eine sicherheitspolitische und damit auch rüstungs- und allgemein gesellschaftspolitische Einordnung in die dominierte Organisation zu erreichen. Inzwischen sorgt die anti-russische Konfrontationspolitik mittel- und osteuropäischer Staaten für zusätzliche Differenzen. Die Frage, wo die neue NATO enden soll, ist keineswegs geklärt. Es bleibt ein Dilemma, dass mit Erweiterungen die Effektivität, Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit der NATO als Militärorganisation nachlassen. Zugleich sehen die Neumitglieder ihre Sicherheitsinteressen als verwirklicht an. Die Einordnung bringt mindestens den USA politischen wie wirtschaftlichen Gewinn und passt auch in deren Vorstellung von einem sicherheitspolitischen Rahmen oder flexiblen Werkzeugkasten für verschiedene Missionen. Letzteres nagt allerdings stark an der Identität der Organisation und wird im Vergleich zu sicherheitspolitischen Entwicklungen der EU langfristig als Nachteil wirken.

Im Zusammenhang mit den Erweiterungsrounden stellt sich auch die Frage nach dem Verhältnis zu Russland. Die

Versprechen, die NATO nach der deutschen Einheit nicht in Richtung russischer Grenzen auszudehnen, wurden gebrochen. Russische Einwände gegen Erweiterungsschritte oder das Raketenabwehrsystem blieben unbeachtet. Auf diese Weise kann Russland nicht das Gefühl der Bedrohung oder Einkreisung genommen werden. Europas Sicherheit wird es aber nur mit und nicht gegen Russland geben. Entspannungssignale Präsident Obamas auf dem letzten NATO-Gipfel oder jüngst in Moskau lassen hoffen, dass die NATO künftig ihren Autismus in dieser Frage aufgibt. Eine Chance zur Vertrauensbildung könnte der Vorschlag des russischen Präsidenten vom Juni 2008 sein, eine neue Sicherheitsarchitektur für Europa zu entwerfen und diese in einem völkerrechtlich verbindlichen europäischen Sicherheitsvertrag zu fixieren.

5. Es entbehrt nicht einer gewissen Logik und Konsequenz, wenn die radikalsten Ablehner militärischer Gewalt die Auflösung der NATO fordern. Ein bestimmter Teil der Öffentlichkeit ließe sich dafür wohl auch leichter als für eine Transformation zu einem zeitgemäßen Sicherheitssystem mobilisieren. Der Widerstand der Regierungen und des politischen Mainstreams dürfte dagegen weit größer sein. Denn die NATO erfüllt in den Augen der Mitgliedstaaten die ihr zugewiesenen Funktionen: Territorialverteidigung, kollektive Verteidigung, Rahmen für sicherheitspolitische Diskussion, Darstellen militärischer Glaubwürdigkeit, als sicherheitsrelevant angesehene Out of area-Missionen. Zudem erscheint eine Renationalisierung von Sicherheitspolitik nicht als wünschenswerte Alternative. Das betrifft sehr gravierend auch Deutschlands Einbindung. Inwieweit die genannten Funktionen in den kommenden Jahren mit weiteren Erweiterungen und vor dem Hintergrund jeweils sehr komplexer sicherheitspolitischer Herausforderungen so erfolgreich erfüllt werden, bleibt abzuwarten. Eine realistische Analyse sollte jedoch davon ausgehen, dass diese Militärorganisation noch eine längere Perspektive hat.

6. Dennoch sind Alternativen immer möglich, zuallererst denkbar. Wir sehen vor dem skizzierten Hintergrund vor allem zwei Zukunftsoptionen. Die erste ist, die Politik in Richtung einer globalen Interventionsmacht fortzusetzen und dabei weiter die eigenen Vertragsgrundlagen auszuhöhlen. Das ist jenes Konzept, dessen Durchsetzung sich im Auftrag des Gipfels von Strassbourg und Kehl zur Erarbeitung einer neuen NATO-Strategie abzeichnet. Es wäre ein Weg nach alten Denkmustern, geprägt von Abgrenzung und mangelnder Vertrauensbildung.

Die andere Option wäre eine Transformation der NATO zu einem gesamt-europäischen, richtiger: transatlantischen bzw. transeuroasiatischen kooperativen Sicherheitssystem, die mit der Entwicklung alternativer Sicherheit im UN-Rahmen einhergehen müsste. Die während der Entspannungspolitik vereinbarten völkerrechtlichen Grundsätze müssten stabilisierende Eckpunkte des neuen Sicherheitssystems sein. Es geht aber nicht nur um eine enge partnerschaftliche Zusammenarbeit dieser Staaten, sondern auch der bestehenden sicherheitsrelevanten Institutionen (NATO, UNO, OSZE, EU; Europarat) und zivilgesellschaftlicher Organisationen. So gesehen könnte die Forderung von Bundeskanzlerin Merkel nach verstärkter Zusammenarbeit der NATO mit Akteuren wie UNO, OSZE oder NGO, um „möglichst viel Prävention zu erreichen, damit es nicht zu dem Punkt kommt, wo nur noch militärische Mittel helfen“, ein Schritt in die richtige Richtung sein. Die Grundidee ist nicht neu. Sie stammt aus der Charta



von Paris aus dem Jahre 1990. Es geht um einen Rahmen für das Erörtern und Bewältigen von Fragen regionaler Konflikte, der Prävention und Abrüstung, aber auch wichtiger Sicherheitsprobleme der europäischen Peripherie oder der Raketenabwehr in globaler Dimension. Entscheidend wäre dabei natürlich, dass durch die Diskussionen ein gemeinsames Handeln der verschiedenen Institutionen entstünde. Wenn die NATO sich in eine solche konzeptionelle Richtung entwickeln würde, bestünde vielleicht die Chance, das Defizit politischer Problemlösungen als entscheidenden Konstruktionsfehler eines militärischen Bündnisses zu überwinden und den Weg der gemeinsamen Sicherheit zu beschreiten.

Gewiss ist das angesichts gegenwärtiger Kräfteverhältnisse, der Positionen der Regierungen, darunter praktisch auch der russischen, und angesichts der Schwäche politischer Massenbewegungen nur sehr schwer durchsetzbar. Gleichwohl könnte der viel Fantasie und politischen Willen erfordernde schwierige Pfad einen Ausweg aus der bisherigen sicherheits- und friedenspolitischen Sackgasse bedeuten.

Also bleiben die entsprechenden politischen Diskurse über die Ressourcen der NATO, ihre Problemlösungskapazitäten und konkreten Einsätze weiter aktuell. Zumal in Deutschland auch 20 Jahre nach Beendigung des Kalten Krieges und dem Untergang des Warschauer Vertrages immer noch eine breite gesellschaftliche und parlamentarische Debatte zur NATO und ihrem strategischen Konzept ansteht.

#### Literaturverzeichnis

- Brill, Heinz, „Geopolitik und deutsche Ostpolitik“, in: WeltTrends 63, Universitätsverlag Potsdam 2008, S. 33 – 46.
- Cremer, Uli, Neue NATO: die ersten Kriege. Vom Militär- zum Kriegspakt, VSA:Verlag Hamburg 2009.
- Deiseroth, Dieter, „Fundamentale Differenz. Ist die NATO ein Verteidigungsbündnis oder ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit?“, in: Wissenschaft & Frieden (W&F), 1/2009, S. 12 – 16.
- Griep, Ekkehard, „Tendenz steigend. Die Zusammenarbeit der Vereinten Nationen und Regionalorganisationen in der Friedenssicherung“, in: Vereinte Nationen 4, 2008, S. 147 – 152
- Hippler, Jochen, „Counterinsurgency – Neue Einsatzformen für die NATO?“, in: Sicherheit und Frieden (S+F), 27. Jg., Heft 1/2009, S. 18 – 23.
- Reiter, Heiko, „Die neue Sicherheitsarchitektur der NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Interessengemeinschaft“, in: Kritische Justiz, Heft 2/2007, S. 124 – 43.
- Schmalfeld, Horst, Die neue NATO: Chancen und Gestaltungsmöglichkeiten, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer 2004.
- Varvick, Johannes, Die NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Weltpolizei?, München 2008.
- „Nordatlantikvertrag (Washingtoner Vertrag)“ vom 4. April 1949, in: A. Randelzhofer (Hg.); Völkerrechtliche Verträge, dtv: Berlin 2007.
- „Erklärung zur Sicherheit des Bündnisses“, Herausgegeben von den Staats- und Regierungschefs, die am Treffen des Nordatlantikrats am 4. April 2009 in Straßburg/Kehl teilgenommen haben, www.nato.diplo.de (15. April 2009).
- „Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Angela Merkel zum NATO-Gipfel“, in: Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 214. Sitzung vom 26. März 2009.

## Statt NATO ein kollektives Sicherheitssystem: zur Demokratisierung internationaler Beziehungen

Von Prof. Dr. Wolfgang Triebel, BAG Friedens- und Internationale Politik, überarbeiteter und ergänzter Vortrag auf einer Veranstaltung des Brüsseler Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 8. Dezember 2009

### Globale Probleme – globale Bedrohungen – internationales Kräfteverhältnis

Der britische Wissenschaftler John D. Bernal hat bereits in den fünfziger Jahren in seinem Buch „Welt ohne Krieg“ auf universell bestehende Gefahren für die Menschheit aufmerksam gemacht. Er gebrauchte den Begriff „globale Probleme“ noch nicht, forderte aber, alle für die Welt bedrohlichen Sachverhalte als Ganzes zu untersuchen. Dabei wären „... die großen Unterschiede (zu) berücksichtigen ..., die zwischen dem einen und anderen Lande ... bestehen. Diese Ungleichheit ... erzeugt nicht nur Spannungen, sondern ist auch ... Kriegsgefahr“.<sup>1</sup> Am Ende seiner Betrachtung der Probleme der Menschheit kam er zu folgender Erkenntnis: „Wenn wir die Weltwirtschaft nicht umwandeln, wird ein sehr großer Teil der Menschheit vorzeitig sterben ... Wenn wir so fortfahren wie jetzt, wird dadurch, dass die verfügbaren Natur-schätze unseres Planeten aufgebraucht werden, das Verderben in Form der Bodenerosion, des Brennstoffmangels und der allgemeinen Verarmung, am direktesten aber in Form von Hungersnöten und Krankheiten herannahen ... Wir stehen vor der Alternative: Krieg oder Frieden ... Der Krieg, der immer unmoralisch war, hat heute jeden Sinn verloren ... Ein Krieg wäre ein Selbstmord aus Tollheit.“<sup>2</sup> Dieser letzte Satz Bernals, konsequent zu Ende gedacht, bedeutet: Bei allen die Völker bewegenden ökonomischen, ökologischen, sozialen u. a. Problemen ist die Verhütung von Kriegen und die Sicherung des Friedens das globale Problem Nummer eins.

Ich greife diese Gedanken Bernals auf, um zu zeigen, wie viel Zeit vergangen ist, ohne dass eines der genannten und allgemein bekannten Probleme entschärft worden ist. Bis 1990 behinderte die Konfrontation von NATO und Warschauer Pakt die Hinwendung zu den Interessen der gesamten Menschheit. Und nach 1990?

Seit 1990 hoffen die Völker Europas, dass nun die globalen Menschheitsfragen – Energie, Wasser, Umwelt, Eindämmung von Not, Armut, Hunger, Überwindung von Analphabetismus, Kindersterblichkeit sowie die Ursachen von Arbeitslosigkeit – in den Mittelpunkt der Weltpolitik rücken. Nöte der Menschen in armen Ländern der Dritten Welt haben zu wahren Völkerwanderungen geführt, politische und soziale Krisen in globalen Dimensionen bewirkt, die Kriegsgefahren in sich bergen. Wenn Menschen sich und ihre Kinder nicht mehr ernähren können, greifen sie verzweifelt zu Mitteln der Gewalt und schüren Gegengewalt der Herrschenden.

Das von den USA beherrschte NATO-Bündnis, 1949 angeblich zur Abwehr sowjetischer Expansion gegründet, wurde nach 1990 Instrument der NATO-Großmächte zur Durchsetzung wirtschaftspolitischer Macht. Bis dahin hatte es in Europa keinen „heißen“ Krieg gegeben, mit NATO-Bomben auf Bosnien 1995 kehrte er zurück. Statt Krieg abzuschaffen,



haben NATO-Staaten ihn unter Bruch des Völkerrechts gegen Jugoslawien wieder als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele legitimiert. NATO-Staaten wirken in Kriegen im Kaukasus, in Afghanistan, im Irak, in der Golfregion und in anderen Konflikten auf allen Kontinenten mit. Deutschland ist immer dabei, hiesige Wirtschaftskreise erstreben eine stärkere Stellung in Weltpolitik und Weltwirtschaft.

Im Magazin der Bundeswehr „loyal“, Heft 9/2009, schrieb der Chefredakteur von „außerordentlich komplexen Herausforderungen für die Sicherheit und Stabilität Deutschlands“. Er nennt sieben „Risiken und Gefahren für Deutschlands Sicherheit“: Einsatz von Nuklearwaffen, Weiterverbreitung von ABC-Waffen, Destabilisierung ganzer Regionen, islamistischer Terror, Unterbrechung der Energieversorgung und Drogenhandel. An erster Stelle aller Gefahren stehen: „Klassische militärische Bedrohungen: Russische Revisionsgelüste in seinem strategischen ‚Vorhof‘ (Baltikum, Ukraine); iranische Raketen- und Nuklearprogramme (Welche Verteidigungsoptionen hat Europa?)“<sup>3</sup>

Antisowjetismus aus dem Kalten Krieg wird mit heutiger Russophobie verbunden und bewusst zur Fehldeutung der internationalen Lage verbreitet. Wäre Russland tatsächlich eine Gefahr für Deutschland und Europa, sollte es – wie in der KSZE – in ein kollektives europäisches Sicherheitssystem einbezogen werden, anstatt die NATO-Osterweiterung bis an Russlands Grenzen zu treiben. Seit 1949 behaupten Repräsentanten der NATO, es sei ein Bündnis zur Friedenssicherung. Daraufhin bat die UdSSR 1949 um Mitgliedschaft in der NATO. Das haben die NATO-Staaten zurückgewiesen.

Noch anregender für heutiges Nachdenken könnte der Vorschlag der UdSSR vom 23. September 1949 vor der IV. UNO-Vollversammlung sein, dass die laut UN-Charta „Hauptverantwortlichen für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit fünf ... ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates ... zu diesem Ziel ihre Bemühungen vereinen und untereinander einen Pakt zur Festigung des Friedens abschließen.“<sup>4</sup> Die NATO wollte die UdSSR nicht in ihrem Bündnis, es hätte ihre Kampfformen gegen den Sozialismus behindert.

Die imperiale internationale Politik wird seit einem halben Jahrhundert von medienscheuen elitären Kreisen bestimmt. Ich nenne sie „Politbüro des internationalen Monopolkapitals“. Seit 1954 gibt es den „Bilderbergclub“, benannt nach dem Hotel in Holland, in dem sich dieser Klub erstmals versammelte. In der Regel tagen die Herren aus Politik (1/3), Wirtschaft, Finanzen, Hochschulen, Gewerkschaften (2/3) geheim, ohne Protokolle und Erklärungen. Seit 1972 sind auch Damen zugelassen, 2005 durfte Angela Merkel teilnehmen. Die Themen betreffen internationale Beziehungen, die Gestaltung einer neuen Weltordnung sowie Weltwirtschaft u. ä. m. Ein amerikanischer Publizist nannte diesen Klub „Luzifers fünfte Kolonne“ bzw. „Das ‚Vierte Reich‘ der Reichen“. Seit 1972 gibt es daneben die „Trilaterale Kommission“, von Rockefeller gegründet, der ca. 300 Mitglieder aus Europa, Nordamerika und Japan angehören. Die Themen sind ähnlich dem Bilderbergclub. Die heutigen G8-Staaten sind – außer Russland – alles „Klubkameraden“ aus dem Bilderberghotel und der Trilateralen.

Seit dem Jahrhundertwechsel gibt es erhebliche Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis – die Großen sind nicht mehr allein groß – auch wenn viele Wandlungen noch in Bewegung sind. Neben Russland sind China und Indien als

Großmächte in die Weltpolitik eingetreten. Die Staaten Lateinamerikas wollen nicht länger Hinterhof der USA sein. Die afrikanischen Staaten definieren ihre Interessen selbst. Auf Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis wirken weiterhin Nichtregierungsorganisationen (NGO) wie Attac mit 90 000 Mitgliedern in 50 Ländern, amnesty international mit fast 2 Millionen Mitgliedern in 150 Ländern, Greenpeace mit ca. 3 Millionen Mitgliedern in 40 Ländern hin. Auf dem ersten Weltsozialforum im Januar 2001 in Porto Alegre in Brasilien entstand unabhängig von politischen Parteien und Regierungen eine neue Kraft, die in ihrer „Charta von Porto Alegre“ als nur mit zivilen Mitteln zu erreichendes Ziel erklärt: „Eine andere Welt ist möglich!“

Unterschiedliche Haltungen europäischer Staaten zum Irakkrieg und zur Einbeziehung der NATO in den Krieg gegen Afghanistan deuten auf Konflikte im Bündnis hin. Die Weltwirtschaftskrise 2008 hat die Kräfteverhältnisse zwischen Regierungen, Parlamenten und Parteien auf der einen Seite und „vernetzter“ Wirtschafts- und Finanzwelt einschließlich Rüstungskonzernen und Rüstungsforschung andererseits zugespitzt. Zwar beschreibt der neue NATO-Generalsekretär Rasmussen durchaus zutreffend die heutigen globalen Probleme, aber für deren Bearbeitung fehlen der Organisation die erforderlichen Mittel. Die militärischen Instrumente sind dafür ungeeignet.

Während CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wider bessere Einsichten an der NATO als Relikt des Kalten Krieges festhalten, hat DIE LINKE entsprechend den politischen und ökonomischen Realitäten Ende 2009 vorgeschlagen, die NATO durch „... ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands“ zu ersetzen. Es ist schon makaber, wenn die anderen Bundestagsparteien diesen Vorschlag als Zeichen außenpolitischer Führungsunfähigkeit ansehen.

## Die Gründung der NATO im bundesdeutschen Geschichtsverständnis

Zum Verstehen der politischen Funktion des Militärbündnisses NATO in den internationalen Beziehungen nach 1949 ist ein Blick in die Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erforderlich. Angesichts der sechzig Jahre NATO und sechzig Jahre BRD im Jahre 2009 wollen deutsche Stubegelehrte bis heute nicht wahr haben, dass Politik und Geschichte des 20. Jahrhunderts durch die Oktoberrevolution geprägt wurden. Im dritten Jahr des Ersten Weltkrieges erschütterte sie Europas morsches kapitalistisches System. Aus Furcht vor europaweiter Ausstrahlung fielen deutsche Truppen am 23. Februar 1918 in Russland ein. Am 9. März 1918 landeten britische Truppen in Murmansk, japanische am 5. April 1918 in Wladiwostok, deutsche überfielen die Ukraine, Belorussland und das Baltikum. Zaristische Generale sammelten Kräfte im Kaukasus. In drei blutigen Feldzügen sollte Sowjetrußland mit vereinter militärischer Gewalt von 14 kapitalistischen Ländern beseitigt werden. 1922 zogen die letzten Okkupanten geschlagen aus Sowjetrußland ab. Winston Churchill resümierte: Durch den „Bürgerkrieg in Russland ... bebten die Grundfesten der europäischen Zivilisation ...“<sup>5</sup> Die Oktoberrevolution beförderte in vielen Ländern die Gründung kommunistischer Parteien. In Unkenntnis dieser Tatsachen schrieb im 90. Jahr der Oktoberrevolution ein Professor an der Humboldt-Universität in Berlin, die Bolschewiki „vertraten ein Programm, dessen Sinn kaum je-



mand verstand.“<sup>6</sup> Trotz hoffnungsvoller Friedensansätze nach dem Ersten Weltkrieg kam es zum mörderischen Zweiten Weltkrieg. Die Gründung der Vereinten Nationen am Ende des Zweiten Weltkrieges war das historisch-politisch hoffnungsvollste Ereignis in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Die UNO ist seit Menschengedenken die demokratischste internationale Organisation. Dennoch verlief die Nachkriegsentwicklung anders.

Die Gründung der NATO im 4. April 1949 war erster Höhepunkt des Kalten Krieges. Im Buch „Das atlantische Bündnis – Tatsachen und Dokumente“ heißt es noch 1990: „Die Niederlage der beiden großen Militär- und Industriemächte Deutschland und Japan hatte ostwärts und westwärts der Sowjetunion ein gewaltiges Vakuum entstehen lassen. Unter Ausnutzung dieser ungewöhnlich günstigen Umstände brachte die Sowjetunion die Stärke der Roten Armee voll zum Tragen, um eine expansionistische Politik zu betreiben, die bald den Frieden und die kollektive Sicherheit bedrohen sollte.“<sup>7</sup> Nach den Kriegserfahrungen und Zerstörungen in der Sowjetunion war das strategische Ziel der UdSSR ein entmilitarisiertes neutrales Deutschland.<sup>8</sup> Seit sechs Jahrzehnten NATO werden historische Tatsachen bewusst verfälscht und gegenüber zwei Nachkriegsgenerationen wider besseres Wissen Lügen aufrechterhalten und weiter vermittelt.

Churchill schrieb über das neue Selbstbewusstsein der Völker: „Das Ausmaß dieser Siege [der Roten Armee. W. T.] warf Fragen größter Reichweite auf ... Hinter dem Donner der russischen Kampffront erhob der Kommunismus sein Haupt. Russland war der Befreier, und Kommunismus das Credo ...“<sup>9</sup> Viele Menschen hatten die Kriegsziele der Nazis nicht als völkerrechtswidrige Verbrechen erkannt.<sup>10</sup> Die bürgerlichen Oberschichten hatten durch ihre Unterstützung des Hitlerfaschismus das Recht auf Führung der deutschen Nation verspielt. Das spiegelte sich in den meisten Parteiprogrammen 1945 bis 1947 wider. Selbst in den „Kölner Leitsätzen“ 1945 der Adenauer-CDU heißt es unter Punkt 16: „Das Ziel der Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes ... Die Vorherrschaft des Großkapitals, der privaten Monopole und Konzerne wird beseitigt ...“<sup>11</sup> Diese Positionen wurden unter Adenauer sehr bald aufgegeben. Ein kommunistisches Credo war für kapitalistische Herrschaftsformen und Herrschaftsziele sozialpolitisch tatsächlich eine Gefahr. Mit der Aufnahme der BRD in die NATO 1955 schufen Führungseliten der kapitalistischen Welt ihr militärisches Instrument gegen die UdSSR und den Sozialismus.

Seit Mitte der sechziger Jahre versuchten die UdSSR und ihre Verbündeten Schritte zur Entspannung und für mehr politische Sicherheit in Europa einzuleiten. Aber erst zehn Jahre später haben auf der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) 35 Staaten Europas aus Ost und West einschließlich der USA und Kanada am 1. August 1975 in Helsinki die „Schlussakte der KSZE“ unterzeichnet. Willy Brandts „neue Ostpolitik“ begünstigte den Entspannungsprozess der KSZE. Die Schlussakte war ein Rahmenabkommen der Unterzeichnerstaaten zur militärpolitischen Entspannung und Friedenssicherung (Korb 1), wirtschaftlichen Zusammenarbeit (Korb 2) und kulturellen Verständigung zwischen den Völkern (Korb 3). Festgelegt war, den „eingeleiteten multilateralen Prozess fortzusetzen“.<sup>12</sup> Ein zweites wichtiges KSZE-Dokument ist die „Charta von Paris für ein neues Europa“ vom 21. November 1990. Diese Dokumente und Ideen sollten heute in die Suche nach We-

gen zum Frieden erneut einbezogen werden.

1994/1995 wurde die KSZE in „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE) umbenannt. Seitdem verflachte sie zu einem Reparatur- und Kontrollorgan von NATO und EU, um den Aufbau im Krieg zerstörter sozialökonomischer Infrastrukturen und staatlicher Organisationsformen z. B. in Jugoslawien zu überwachen. Außerdem soll die OSZE ethnische Konflikte schlichten und beratend dazu beitragen, bürgerlich-parlamentarische Demokratieauffassungen, „abendländische“ Wertvorstellungen und daraus abgeleitete bürgerlich-kapitalistische Leitbilder für Menschenrechte durchzusetzen. Die KSZE-Prinzipien neuer gleichberechtigter internationaler Staatenbeziehungen wurden in der OSZE de facto abgeschafft.

Trotz Kriegen und Rüstungsspiralen bleiben Gagarins erster Start in den Weltraum am 12. April 1961 und die Landung amerikanischer Astronauten auf dem Mond am 21. Juli 1969 für immer friedenspolitische Höhepunkte des 20. Jahrhunderts. Spätere Generationen werden die friedensbefördernden Zusammenhänge politischer Ereignisse des 20. Jahrhunderts erkennen, als sich in Ost- und Westeuropa aus ungleicher Bewertung der Kriegserfahrungen 1918 und 1945 zwei gegensätzliche Wirtschaftssysteme als Staaten politisch konstituierten.

## Zu den politischen Zielen und der militärischen Rolle der NATO nach 1990

1990 zeichneten sich für die Beziehungen zwischen den Staaten Europas hoffnungsvolle Tendenzen ab, als die Staats- und Regierungschefs von 34 KSZE-Staaten am 21. November in ihrer „Charta von Paris für ein neues Europa“ im ersten Absatz erklärten: „... dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden. ... Durch die Kraft der Ideen der Schlussakte von Helsinki bricht in Europa ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit an.“<sup>13</sup>

Zwei Tage vorher, am 19. November 1990, hatten die der NATO und der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) angehörenden Länder in einer gemeinsamen Erklärung festgehalten, „... dass sie in dem anbrechenden neuen Zeitalter europäischer Beziehungen nicht mehr Gegner sind, sondern neue Partnerschaften aufbauen und einander die Hand zur Freundschaft reichen wollen.“ Sie vereinbarten, „... sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten, die gegen die territoriale Integrität oder die politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet ist ...“<sup>14</sup>

Nach der Selbstauflösung des Warschauer Militärbündnisses im Sommer 1991 erwarteten viele Bürger in Europa auch die Auflösung der NATO. Der vermeintliche Gegner, zu dessen Abwehr die NATO 1949 angeblich gegründet worden war, existierte nicht mehr. Stattdessen kündigte die NATO neue Wege zur Friedenserhaltung an und schloss Militärationen auch außerhalb von NATO-Grenzen nicht aus. Vor dem NATO-Ministerrat referierte der damalige (deutsche) NATO-Generalsekretär Manfred Wörner am 17./18. Dezember 1990 über die künftigen Aufgaben der NATO bei der „europäischen Neuordnung“. Diese sollte „auf vier Pfeilern“ ruhen: 1. NATO als Garant von Stabilität und Sicherheit, 2. EG als Motor der europäischen Integration, 3. Institutionalisierung der KSZE, 4. Europarat als moralischer Wächter der bestehenden Gesellschaftsordnung.<sup>15</sup> Dem NATO-Gipfel in Rom im November 1991 folgte am 9./10. Dezember 1991





die EG in Maastricht mit der Weichenstellung in Richtung Europäische Union, die Bundeskanzler Kohl am 13. Dezember so bewertete: „Dieses Vertragswerk ... bedeutet eine grundlegende Weichenstellung für die Zukunft Europas ... Wir haben damit ein Kernziel deutscher Europapolitik in die Tat umgesetzt... ein tragfähiges Ergebnis...erreicht, das unsere wesentlichen Interessen wahrt ...“<sup>16</sup>

Während offiziell von Frieden und Freundschaft geredet wurde, arbeiteten Militär- und Wirtschaftsexperten in Bonn unter Verteidigungsminister Stoltenberg bereits an neuen Richtlinien über künftige Aufgaben der Bundeswehr – selbstredend im Rahmen der NATO. Stoltenbergs Nachfolger im Amt, Volker Rühe, erließ am 26. November 1992 „Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung“ (VPR). Allarmierend sind einige der zehn deutschen „vitalen Sicherheitsinteressen“, die den Aufgaben der Bundeswehr zugeordnet wurden und den Einsatz militärischer Gewalt einschließen.

- „(7) Förderung der Demokratisierung und des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts in Europa und weltweit;
- (8) Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung;
- (10) Einflussnahme auf die internationalen Institutionen und Prozesse im Sinne unserer Interessen und gegründet auf unsere Wirtschaftskraft, unseren militärischen Beitrag und vor allem unsere Glaubwürdigkeit als stabile, handlungsfähige Demokratie.“<sup>17</sup>

Freier Welthandel, gerechte Weltwirtschaftsordnung und Einflussnahme auf internationale Prozesse mit Militär – was für eine Gerechtigkeit und Freiheit wofür und für wen sollen das sein?

An der Verfassungsmäßigkeit der o. g. „Aufgaben“ der VPR 1992 Nr. 7, 8 und 10 ist zu zweifeln. In den Artikeln GG 12a, 80a, 87a und 91 ist kein Einsatz der Bundeswehr zur Sicherung „des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ ausgewiesen. Ab 1992 wurde in der NATO offiziell über Einsätze „out of area“, außerhalb des NATO-Territoriums, diskutiert und Ermächtigung dazu durch den Sicherheitsrat oder die KSZE angestrebt. Die wirklichen globalen Probleme – Klima-, Umwelt- und Energiefragen, weltweite Bildungsmisere, Hunger in Ländern der Dritten Welt – rückten in den Hintergrund. Auch verklausulierte Formulierungen der VPR 2003 können nicht über Zweifel an deren Verfassungsmäßigkeit hinwegtäuschen.<sup>18</sup> Übrigens haben weder Bundestag noch Bundesrat die VPR 1992 und die VPR 2003 beschlossen. Sie wurden vom Verteidigungsminister „erlassen“. Im Weißbuch 2006 werden die seit 1992 verfolgten Aufgaben für die Bundeswehr inhaltlich wiederholt: „Die Bundeswehr ist Instrument einer umfassend angelegten, vorausschauenden Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Sie hat den Auftrag, die außenpolitische Handlungsfähigkeit zu sichern, einen Beitrag zur Stabilität im europäischen und globalen Rahmen zu leisten ...“<sup>19</sup> Das Debakel des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan sollte Veranlassung sein, die Verfassungsmäßigkeit der VPR 2003 und der Aufgaben im Weißbuch 2006 gründlich zu überprüfen.<sup>20</sup>

Eine Analyse der NATO-Einsätze seit 1990 beweist: Die als kritisch für die Sicherheit der Staaten Europas und für den Weltfrieden benannten Konflikte waren mit militärischen Mitteln nicht zu lösen. Im Gegenteil: Im ehemaligen Jugosla-

wien bestehende nationale und soziale Konflikte wurden durch Einmischungen von außen zugespitzt. Der 2003 eröffnete Krieg der USA gegen den Irak beruhte auf Lügen amerikanischer Geheimdienste. Afghanistan wurde von den USA überfallen, angeblich um die Taliban, islamistische Terroristen von Al Qaida und ihren Anführer Bin Laden für die Zerstörung der Twin Towers in New York am 11. September 2001 zu bestrafen. In Wahrheit ging und geht es den USA in Afghanistan um Geopolitik, um Öl und Erdgas. Behauptungen deutscher Minister, die Bundeswehr führe in Afghanistan keinen Krieg, sondern baue Schulen, Krankenhäuser und Straßen, sind – selbst wenn es im Einzelfall zutreffen mag – ebenso unglaublich wie Minister Strucks Aussage, am Hindukusch werde deutsche Sicherheit verteidigt.

Die USA hatten am Hindukusch andere Interessen. Als die aus der Volksrevolution in Afghanistan im April 1978 hervorgegangene Regierung Babrak Karmal die Sowjetunion um militärische Hilfe gegen ausländische Einmischung bat, wurde diese nicht Herr der Lage und musste nach schweren Verlusten aus Afghanistan abziehen. Die USA hatten militante Taliban und andere durch die afghanische Revolution gestürzte antisowjetische und antisozialistische Kräfte politisch angestachelt und mit Waffen ausgerüstet, um – wie Brzezinski USA-Präsident Carter empfohlen hatte – „der UdSSR ihren Vietnamkrieg zu geben“.<sup>21</sup>

Der jetzige USA-Krieg gegen Afghanistan tobt im neunten Jahr ohne erkennbare Erfolge. Auch mit noch mehr Soldaten und modernen Hightec-Waffen ist dieses Volk nicht zu besiegen. Man kann die Taliban beschuldigen, dass sie ihr eigenes stolzes Volk unterdrücken, Okkupanten mit terroristischen Mitteln bekämpfen und dabei Tote aus dem eigenen Volk nicht scheuen – aber man kann ihnen nicht vorwerfen, dass sie sich gegen Besatzer verteidigen, von denen sie deswegen des Terrorismus bezichtigt werden. Die USA wollen von hier aus Russland, Indien, China und die Shanghai-Organisation in Asien unter Kontrolle nehmen. Der Krieg muss politisch mit Vertretern des afghanischen Volkes beendet werden, erst dann kann gemeinsam nach Wegen gesucht werden, um die Zerstörungen in Städten und Dörfern zu beseitigen.

Die Gier nach schrankenloser Weltherrschaft der USA hat Zbigniew Brzezinski in seinem Buch „Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft“<sup>22</sup> beschrieben. Die Durchsetzung der Ziele amerikanischer Außenpolitik ist durch ungehemmte Konkurrenz des Kapitals untereinander gekennzeichnet, der im NATO-Bündnis festgelegte Protagonismus der USA dient als Instrument zur Reglementierung auch der Bündnispartner. Konflikte zwischen Großmächten der NATO sind bei divergierenden imperialen Zielen nicht auszuschließen, machen Kriege möglich und befördern immer neuen Rüstungswahnsinn. Die von NATO-Generalsekretär Rasmussen am 1. Oktober 2009 aufgezählten „Gefahren“ sind real, aber keine ist mit militärischer Gewalt zu bezwingen.<sup>23</sup> Im Gegenteil, die NATO ist Teil dieser verhängnisvollen Entwicklungstendenzen.

Neue Ängste schürte die US-Konferenz zur Raketenabwehr im Weltraum (US Space and Missile Defense Conference) vom 17. bis 20. August 2009 in Huntsville/Alabama. Laut Zeitschrift „Global Research.ca“ vom August 2009 waren unter den ca. 2000 Teilnehmern der neue NASA-Chef Ex-General Bolden, führende Militärs, die wichtigsten Rüstungsfirmen der USA sowie Industrielle und Politiker. Hauptthema:



die Pläne von USA und NATO für einen Raketenabwehrschild in Europa. Die Konferenz sollte neuen Versionen strategischer Atomwaffen Impulse verleihen. Jedoch für Freiheit, Fortschritt, Demokratie, Menschenrechte, Bekämpfung von Terrorismus, Piraterie usw. braucht man keine Hochrüstung mit Atom-U-Booten, Atombomben, Raketen, Langstreckenbomben, sog. Drohnen usw. Mit Massenvernichtungswaffen trifft man Terroristen allenfalls per Zufall, Zivilisten, Frauen und Kinder aber in jedem Fall.

## NATO-Lügen verdummen die Völker, NATO-Politik lähmt Frieden und Sicherheit

Diskussionen um Sicherheitsstrategien zur Bändigung der mit globalen Problemen verbundenen Gefahren für die Menschheit haben erheblich zugenommen. Medien verbreiten Schreckensmeldungen über fanatische islamistische Selbstmordattentäter und Terroristen von Al Qaida. Spekuliert wird über vermeintlich politisch schwache Regierungen – auffällig, meist in Staaten mit reichen Bodenschätzen in geopolitisch interessanter Lage. Piraten auf den Weltmeeren und nach Atomwaffen strebenden „Schurkenstaaten“ sagen westliche Demokratien verstärkten Kampf an. So werden Feindbilder gemacht, die Angst einflößen (sollen). Angst erweist sich als Mittel, Menschen – ganze Völker – abzulenken vom imperialen Machtgerangel um Neuaufteilung von Einflussphären. Niemand kann heute sagen, wie diese Machtkämpfe ausgehen.

Aus allem bisher Gesagten lässt sich ableiten, dass die NATO primär ein Instrument der Sicherheitspolitik der USA ist, das für die Welt weder Frieden noch die Eindämmung der aus Natur, Klima, Umwelt und sozialen Diskrepanzen resultierenden Bedrohungen zu gewährleisten vermag.

1. Die NATO ist zum Frieden untauglich, weil bereits ihre Gründung 1949 auf einer Fehleinschätzung der internationalen Lage beruhte und von einer ideologisch konstruierten Bedrohung ausging. Die Behauptung, eine kommunistische Gefahr abzuwehren, war nach dem Zweiten Weltkrieg nur ein Deckmantel für neue Rüstungsprojekte. So entstand während der Zeit der Ost-West-Konfrontation ein gigantischer Rüstungswettlauf. Das wirkliche Ziel der NATO-Gründung hat der erste Generalsekretär der NATO, Lord Ismay, formuliert: Die Russen aus Europa hinaus, die Amerikaner herein und die Deutschen unter Kontrolle halten.<sup>24</sup>

2. Die NATO wurde in ihrer Funktion als Verteidigungsbündnis bis heute nicht aktiv, weil niemand die NATO oder einen NATO-Staat militärisch angegriffen hat, nicht bis 1990 und auch danach nicht. Von NATO-Mitgliedern vor 1990 geführte Kriege wie gegen Korea und Vietnam waren Angriffskriege der USA – unabhängig davon, wie diese Aggressionen politisch begründet wurden. Nach 1990 überfielen Staaten der NATO das gleichberechtigte UN-Mitglied Jugoslawien, angeblich zur Verhinderung einer humanitären Katastrophe.

3. Die jüngsten Lügen aus Staatsräson des deutschen Ex-Verteidigungsministers Jung haben Bundesregierung und Bundestag aufgeschreckt. Die heute vorgegeben, die Vorkommnisse um die beiden Tankwagen aufzuklären, gehen der eigentlichen Frage aus dem Weg. Sie lautet, ob in diesem Krieg das militärische Verteidigungsbündnis NATO das Land befrieden kann.

4. Was von Versprechungen der NATO-Staaten zu halten ist, belegt ihre Haltung zur KSZE vor und nach 1990. Die Regierungen aller NATO-Staaten haben trotz Anerkennung der

KSZE-Schlussakte von 1975 und trotz Unterzeichnung der „Charta von Paris“ der KSZE 1990 die in beiden Dokumenten verankerte Souveränität aller Mitgliedstaaten missachtet, Jugoslawien mit fadenscheinigen Begründungen militärisch überfallen und politisch zerstückelt. Die NATO hat nach Beendigung des Ost-West-Konflikts nicht den Frieden in Europa gefestigt, sondern entgegen dem Völkerrecht Krieg wieder zum Mittel von Politik gemacht.

5. Die Unfähigkeit der NATO zum Frieden wurde auch daran sichtbar, dass Ex-USA-Präsident Bush seine NATO-Verbündeten über Artikel 5 des NATO-Vertrages in den Krieg gegen Afghanistan hineinzog und seinen Überfall zum „Krieg gegen den Terrorismus“ deklarierte. Bushs Behauptung, aus Afghanistan hätten Bin Laden und das terroristische Al-Qaida-Netzwerk die Anschläge auf Washington und New York organisiert, ist bis heute unbewiesen. In Wahrheit wurde der Krieg gegen die Taliban bereits im Februar 1998 im Unterausschuss des Abgeordnetenhauses in Washington für Asien und den Pacific geplant, als der US-Ölkonzern „Unocal“ von Washington forderte, in Afghanistan Öl- und Gas-Pipelines zum Abbau der Reserven Zentralasiens zu sichern, dort entsprechende politische Strukturen zu schaffen und für ein dauerhaftes positives Investitionsklima zu sorgen. Die Taliban ließen sich nicht billig kaufen und lehnten ab. Den ideologischen Hintergrund für diesen Krieg besorgten Samuel Huntingtons islamistisches Feindbild in „Kampf der Kulturen“ (1996) und Zbigniew Brzezinski mit USA-Weltherrschaftsansprüchen in „Die einzige Weltmacht“ (1997).

6. Die NATO ist in das unselige Völkermorden in Afghanistan und seine Folgen eingebunden. In jüngster Zeit werden unbemannte Flugkörper, „Drohnen“, auf Ziele in Afghanistan und Pakistan gerichtet, gelenkt aus klimatisierten Arbeitsräumen auf Luftwaffenstützpunkten in Nevada/USA. Vom ferngesteuerten Krieg träumen kranke Gehirne von Militärs und Politikern, die unsere Soldaten befehligen und Waffenlobbyisten zu Extraprofiten antreiben. Zur Verantwortung der NATO gehört auch, dass durch Einbeziehung des Atomwaffen besitzenden Staates Pakistan in die politische Instabilität der Region die Gefahr eines Atomkriegs in Zentralasien und auf dem indischen Subkontinent heraufbeschworen wird. Dieser Krieg ist weder politisch noch militärisch zu gewinnen. Gründe liegen in der Arroganz der Macht gegenüber dem Nationalbewusstsein und Nationalstolz anderer Völker. Immer weniger Staaten lassen sich ihre Bodenschätze von ausländischen Mächten rauben.

7. Im Schatten des amerikanischen NATO-Krieges gegen den islamistischen Terrorismus, vermeintlich zum „Schutz der christlichen Zivilisation“, konnte Israel seine Vorherrschaftspolitik gegenüber den Palästinensern trotz weltweiter Proteste weitgehend ungebremst fortsetzen. In diesen Kontext gehören auch israelische Provokationen gegenüber dem Iran, die bislang von USA-Regierungen geduldet wurden.

8. Zum Lügengebäude der NATO gehört weiterhin die Behauptung, die Bundeswehr verteidige am Hindukusch deutsche Interessen und deutsche Sicherheit. Wenn unter „deutsche Interessen“ die Ambitionen deutscher Banken und deutscher Großindustrien gemeint sind, dann trifft das zu. Interessen des deutschen Volkes sind dies aber keineswegs. Das gilt auch für die Behauptung, die Sicherheit der BRD hinge vom Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan ab. Das Gegenteil trifft zu: Je mehr deutsche Soldaten in diesen völkerrechtswidrigen Krieg eingebunden werden, umso größer



Ber ist die Gefahr von terroristischen Anschlägen durch islamistische oder andere Fanatiker, die auch Frauen und Kinder treffen.

9. Trotz zwiespältiger Haltung einiger europäischer NATO-Staaten zum Irakkrieg der USA bleibt es eine Tatsache: Alle haben das Lügengebäude der USA-Geheimdienste über diesen völkerrechtswidrigen Krieg mitgetragen. Alle wissen, dass im Irak und den Golfstaaten Ölreserven für 70 bis 80 Jahre lagern. Saddam Hussein war sicher ein Tyrann, hatte aber zum Nutzen seines Volkes Ölmultis wie BP u. a. aus dem Irak verjagt und die Firmen verstaatlicht. Heute versteigern die neuen „demokratischen“ Machthaber das Eigentum des irakischen Volkes wieder an dieselben ausländischen Konzerne. Auch Deutschland hat sich indirekt, z. B. durch Überflugerlaubnis für USA-Kampfflugzeuge und Waffentransporte, an diesem Krieg beteiligt.

10. In diesem Zusammenhang eine Bemerkung zu der Legende, die NATO-Staaten würden durch humanitäre Interventionen anderen Ländern Wertvorstellungen der westlichen christlichen Zivilisation vermitteln, Frauen die Freiheit bringen, Schulen für Kinder, Krankenhäuser und Straßen bauen, die Regierungen in Menschenrechten und Demokratie unterweisen. Abgesehen von der Arroganz solcher Aussagen gegenüber anderen Völkern und Kulturen, sind derartige hehre Absichten nicht mit Waffengewalt durchzusetzen. Dazu sagte der indonesische Professor Franz Magnis-Suseno auf einer Konferenz der Katholischen Universität Eichstätt bereits im Februar 2000: „Jedes direkte zwangsbewehrte Einmischen in den politischen Prozess eines anderen Landes ist abzulehnen... Dass die Manipulation der Menschenrechtsargumentation durch die US-Amerikaner, ihren politischen Interessen gemäß, die Position der Verteidiger der Menschenrechte in vielen Ländern sehr geschwächt hat, brauche ich hier nicht auszuführen.“<sup>25</sup>

Samuel Huntingtons Buch „Kampf der Kulturen“ verdient Kritik, enthält aber auch kluge Gedanken. Zur Vermeidung von Kriegen sollten Großmächte – er spricht von Kernstaaten – davon absehen, bei Konflikten in anderen Kulturen zu intervenieren. „Dieses Prinzip der Enthaltung ... ist die erste Voraussetzung für Frieden in einer multipolaren Welt. Die zweite Voraussetzung ist das Prinzip der gemeinsamen Vermittlung, demzufolge Kernstaaten miteinander verhandeln, um Bruchlinienkriege ... einzudämmen oder zu beenden ... Ein drittes Prinzip für den Frieden in einer kulturellen Welt ist das Prinzip der Gemeinsamkeiten: Menschen in allen Kulturen sollten nach Werten, Institutionen und Praktiken suchen und jene auszuweiten suchen, die sie mit Menschen anderer Kulturen gemeinsam haben ... Kämpfe zwischen Kulturen sind die größte Gefahr für den Weltfrieden ... Die Zukunft des Friedens und der Zivilisation hängt davon ab, dass die führenden Politiker und Intellektuellen der großen Weltkulturen einander verstehen und miteinander kooperieren.“<sup>26</sup>

Diese letzte Feststellung Huntingtons provoziert geradezu die Frage:

### Ist Barack Obama der Hoffnungsträger einer neuen internationalen Politik?

Der amerikanische Präsident Barack Obama befindet sich in einer zwiespältigen Lage. In manchen Kommentaren zu seinen politischen Zielen und strategischen Schritten ist eine gewisse Häme nicht zu übersehen. Es wird ignoriert, dass er mehrfach und explizit in seiner „Siegesrede“ in Chicago am

5. November 2008 betont hat, die USA-Regierung stünde für die Zukunft vor drei harten Herausforderungen: „Zwei Kriege, ein Planet in Gefahr, die schlimmste Finanzkrise in einem Jahrhundert ... Es wird Rückschläge und Fehlstarts geben. Es wird viele geben, die nicht mit jeder Entscheidung oder jedem Kurs einverstanden sein werden, und wir wissen, dass Regierungen nicht jedes Problem lösen können. Aber ich werde immer ehrlich zu euch sein hinsichtlich der Herausforderungen, vor denen wir stehen ...“<sup>27</sup>

Obama ist im ersten Amtsjahr m. E. nicht von diesen Versprechen abgewichen. Aber ihm werden viele Steine in den Weg gelegt, besonders von denen, die durch seine Innen- und Außenpolitik ihre Privilegien, Ämter und Profite „bedroht“ sehen. Er hat z. B. einige von Bush erteilte Rüstungsaufträge abgesetzt. Die Zahl der „Freunde“ in ca. 50 Staaten mit etwa 1 000 US-Stützpunkten schrumpft, aber deren Auflösung ist nicht problemlos, wie Obamas Besuch in Japan gezeigt hat. Die Kriege im Irak und in Afghanistan sind Hinterlassenschaften seiner Vorgänger. Es ist darum falsch, wenn die Hamburger Morgenpost (2.12.2009) Afghanistan als „Obamas Krieg“ bezeichnet. Obama hat am 1. Dezember deutlich formuliert: „Dies ist nicht nur Amerikas Krieg“.<sup>28</sup>

Der von den USA angezettelte Krieg in Afghanistan ist durch die Bezugnahme auf den Bündnisfall laut NATO-Vertrag und mit de-facto-Billigung der NATO-Aktionen durch den UNO-Sicherheitsrat ein NATO-Krieg geworden, an dem 43 Staaten mitwirken. Die Obama-Rede vom 1. Dezember hat viele irritiert, weil Obama wie seine Vorgänger den 11. September 2001 als Ursache für den Krieg gegen Afghanistan bezeichnete und formulierte: „Wir haben diese Auseinandersetzung nicht gesucht.“<sup>29</sup> Das ist nicht die Wahrheit. Unabhängig von diesen und anderen Aussagen in Obamas Rede handeln Medien demagogisch, die reißerisch vom „Friedensnobelpreisträger auf dem Kriegspfad“ (ND vom 3. Dezember) sprechen oder, wie Michael Moore, fragen, ob Obama „Kriegspräsident“ sein will. Seine Rede enthält bedenkenswerte Politikansätze auch zur Einordnung der „kontroversen Debatte über den Irakkrieg“ von 2003: „Ich war gegen den Krieg im Irak, eben weil ich der Meinung bin, dass wir in der Anwendung militärischer Gewalt Zurückhaltung üben und immer die langfristigen Folgen unserer Handlungen überdenken müssen. Wir führen seit acht Jahren Krieg, mit ungeheuren Kosten an Leben und Ressourcen. Jahrelange Debatten über den Irak und Terrorismus haben unsere gemeinsame Sicht der nationalen Sicherheitsfragen zerstört und einen äußerst polarisierten und politisierten Hintergrund für dieses Unterfangen geschaffen.“

Trotz dieser Erkenntnisse bleibt Obama jedoch Gefangener bisheriger Terrorismusdemagogie der NATO und der angehängten These der Verteidigung von Sicherheit und christlicher Zivilisation am Hindukusch. Wem es angesichts der Bedrohung der Menschheit wirklich um Frieden, Abrüstung, eine atomwaffenfreie Welt und mehr Sicherheit geht, sollte alles Vernünftige in Obamas Reden hervorheben, das den Interessen der Mehrheit der Menschen auf allen Kontinenten entspricht. Über immense Kriegskosten, sinnlos vernichtete Ressourcen, Weltwirtschaftskrise 2008/2009 als eine Folge der USA- und NATO-Kriegspolitik sowie Obamas Einsicht, jahrelange Debatten über Terrorismus hätten die Sicht auf nationale Sicherheitsfragen polarisiert und politisiert, sollten deutsche Politiker und deutsche Medien nachdenken und mit Volkes Hilfe im Bundestag diskutieren.



Sicherheit in den internationalen Beziehungen gibt es nur dann, wenn alle Regierungen die Sicherheitsansprüche ihrer Nachbarstaaten in ihre Friedensstrategien einbeziehen. Staaten gleicher Regionen oder Kontinente aus einem Sicherheitsbündnis auszuschließen bedeutet, Quellen für Konflikte nicht zu beseitigen, sondern neu zu schaffen. Sicherheitsbündnisse können nur auf Augenhöhe bestehen. Abgesehen von der UN-Charta ist der beste Ansatz für ein europäisches Sicherheitssystem die 1975 von der KSZE angenommene Schlussakte. Ein wirkliches Sicherheitssystem hat andere Prioritäten und Strukturen als ein Verteidigungsbündnis, es erfordert mehr gemeinsame Überlegungen unabhängig von weltanschaulichen Barrieren.

## Denkanstöße zum Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems

Manche der nachfolgenden Denkanstöße werden Widerspruch herausfordern. Das ist gewollt. Niemand hat fertige Antworten zur Hand. Geschichte ist bekanntlich nach vorn offen und nicht auf nur eine Entwicklungsrichtung festgelegt. Historische Prozesse sind zudem nicht frei von jähen Wendungen, wenn politisch Ein- und Weitsichtige als handelnde Subjekte in die Geschicke ihrer Gesellschaft eingreifen. Die arabische Welt steht heute im Abwehrkampf gegen amerikanische Bevormundung und militärische Bedrohung durch NATO-Staaten. Afrika organisiert sich neu nach innen und außen. Die vor Jahren auf die USA gesetzten antikolonialen Hoffnungen sind aufgezehrt, Großmächten wie China und Indien wird heute mehr vertraut.

Heute geht es darum, wie Kriege mit massenhaftem Mord, Totschlag und Zerstörung verhindert, unsere Welt vor einem atomaren Inferno bewahrt und statt eines ungehemmten Raubbaus an den endlichen Ressourcen der Menschheit für fortgesetzten Rüstungswahnsinn nunmehr alle natürlichen und menschlichen Potentiale ausschließlich in friedliche Richtungen umgelenkt werden können.

Wichtigster Denkanstoß und erster Schritt zum Frieden ist die politische Aufklärung der Völker. Entgegen höchst raffiniert ausgedachten Feindbildern wird das Leben der Völker von militärischer Rüstung und Rüstungsforschung sowie vom Dienst in Interventionsarmeen bedroht. Es ist zynisch, jungen Leuten Streitkräfte als „Arbeitgeber“ zu preisen, der „eine große Zahl abwechslungsreicher Berufe und interessanter Karrieren“ gewährt.<sup>30</sup> Wie abwechslungsreich sind Berufe und Karrieren in einer „Armee im Einsatz“ etwa in Afghanistan? Für welche Leistungen werden Ingenieure und Techniker in Forschungslabors für Atomwaffen prämiert? Was empfinden Arbeiter in Waffenfabriken über ihren „sicheren“ Arbeitsplatz, an dem sie Waren zur Tötung anderer Menschen produzieren? Brechts Worte auf dem Völkerkongress für den Frieden in Wien 1952 sind noch immer gültig: „Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer. Die Beschreibungen, die der New Yorker von den Gräueln der Atombombe erhielt, schreckten ihn anscheinend nur wenig. Der Hamburger ist noch umringt von Ruinen, und doch zögert er, die Hand gegen einen neuen Krieg zu erheben. Die weltweiten Schrecken der vierziger Jahre scheinen vergessen. Der Regen von gestern macht uns nicht nass, sagen viele. Diese Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben, ihr äußerster Grad ist der Tod ... Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht

einmal zu wenig gesagt wurde! Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind! Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.“<sup>31</sup>

Ein zweiter Aspekt, aus historischen Erfahrungen resultierend, lautet: Kriege als Mittel gegen Krisen, welcher Art sie auch sein mögen, sind im 21. Jahrhundert endgültig obsolet. Bereits 1941 erklärte der damalige USA-Präsident Roosevelt seine Entschlossenheit, Kriegsverbrecher bis ans Ende der Welt zu verfolgen. Leider haben sich seine Nachfolger nicht daran gehalten. Für die Zeit nach dem Krieg forderte er weltweite Abrüstung, „so gründlich und so weitgehend, dass kein Volk mehr in der Lage sein wird, irgendeinen Nachbarn mit Waffengewalt anzugreifen – überall in der Welt“. Am Tag vor seinem Tod schrieb er in seine Rede zum Gedenken an Thomas Jefferson: „Wir streben nach Frieden – dauerhaftem Frieden. Wir wollen nicht nur das Ende dieses Krieges, wir wollen Schluss machen mit allem, was zu Kriegen führt – ja Schluss machen mit dieser brutalen, menschenunwürdigen und völlig unbrauchbaren Methode, Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierungen auszutragen.“<sup>32</sup> Sein Denken beeinflusste die UN-Charta.

65 Jahre später hat Präsident Barack Obama Roosevelts Ideen in seiner Prager Rede aufgegriffen: „Als Nuklearmacht, als einzige Atommacht, die diese Nuklearwaffe eingesetzt hat, haben die Vereinigten Staaten eine moralische Pflicht, hier zu handeln. Wir können das nicht alleine leisten, aber wir können führend dabei sein ... Ich möchte heute also ganz deutlich und mit Überzeugung Amerikas Bereitschaft erklären, den Frieden und die Sicherheit in einer Welt ohne Atomwaffen anzustreben ... Jetzt müssen wir die Stimmen jener ignorieren, die sagen, dass die Welt sich nicht ändern kann. ...“<sup>33</sup>

Obama hat mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die ständig beschworene „internationale Gemeinschaft“ der NATO-Staaten hat sich zur Abschaffung aller Atomwaffen bisher wenig konstruktiv geäußert. Die ständig mit Misstrauen beobachteten Russen haben Obama ihre Unterstützung angeboten. Die am 24. September 2009 einstimmig angenommene Resolution des UN-Sicherheitsrates für eine atomwaffenfreie Welt haben die im Sicherheitsrat vertretenen NATO-Staaten zwar unterschrieben, aber konkrete Schritte in diese Richtung sind bisher nicht bekannt. Der Friedenswille von Regierungen und ihr Handeln gegen Krieg sind aber der Anfang der Hinwendung zu den globalen Problemen von heute. Dabei ist die NATO überflüssig.

Ein dritter Denkanstoß weist auf bestehende Demokratie in den internationalen Beziehungen hin: Seit 1945 gibt es die Organisation der Vereinten Nationen (UNO). Zusammensetzung und Funktionen des UN-Sicherheitsrates sind entsprechend den heutigen weltpolitischen Konstellationen zu überdenken, um seine Aktionsfähigkeit im Interesse aller Staaten zu erhöhen. Wenn NATO-Staaten von Reform der UNO sprechen, ist Wachsamkeit geboten, ob darin nicht die Demontage der UNO versteckt ist und die NATO sich zum Weltpolizisten aufschwingen will. Alle führenden NATO-Staaten sind im Sicherheitsrat verankert, in dem Deutschland Ständiges Mitglied werden möchte. Gleiche Rechte und Pflichten machen den einzigartigen demokratischen Charakter der UNO



aus. Sie ist die bedeutendste Errungenschaft in der Geschichte multinationaler zwischenstaatlicher Beziehungen und des Völkerrechts. Miguel d'Escoto Brockmann, Präsident der UNO-Generalversammlung 2008/2009, brachte im Juni 2009 mit seiner Einladung an alle 192 UN-Mitgliedstaaten neue Töne in die internationale Diskussion, als er forderte, nach der jüngsten Wirtschaftskrise müsste „Die Stimme der G192 Gehör finden“, wenn es um Beschlüsse zur Weltwirtschaft geht. „Wir sind nicht damit einverstanden, dass nur eine Gruppe von acht oder zwanzig Staaten Rede- und Entscheidungsrecht hat.“<sup>34</sup> Diesmal haben die westlichen Demokratien seinen Entwurf einer gemeinsamen Abschlusserklärung abgelehnt – wie lange noch? Die UNO und ihre Charta sind gegen Demontageversuche durch NATO-Staaten zu verteidigen.

Viertens sei daran erinnert, dass die KSZE bei ihrer Gründung 1975 eine aus der UNO-Charta abgeleitete demokratische Struktur der souveränen Gleichheit aller Mitgliedstaaten besaß. Die „Schlussakte von Helsinki“ 1975, aber auch die „Charta von Paris für ein neues Europa“ von 1990 sind völkerrechtlich einzigartige Dokumente der Achtung der Souveränität und Gleichheit aller Teilnehmerstaaten als oberstes Prinzip internationaler Staatenbeziehungen. Beide völkerrechtliche Dokumente wurden durch die NATO-Staaten in ihrer Wirkung eingeschränkt. Die in der KSZE für alle Mitgliedstaaten vereinbarte Gleichberechtigung gibt es in der OSZE nicht mehr, gab es nie in der NATO und gibt es auch nicht in der EU. Die „Europäische Union“ (mit Europäischem Rat, Ministerrat, Parlament usw.) und die NATO, eine reine Militärorganisation, sind de facto „Überregierungen“. Ein kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands ist darum auch immer ein Kampf um mehr Demokratie und Gleichberechtigung in den internationalen Beziehungen in Europa.

Im Europa unserer Tage bestehen drei Organisationsformen von Staatengruppierungen: die NATO, die EU und die KSZE (der als OSZE ihre politische Hauptaufgabe genommen wurde). Unabhängig von politisch-ideologisch geprägten Bewertungen aller drei Gruppierungen (wenn man die OSZE formal als Nachfolgeorganisation der KSZE nimmt, ohne dem zuzustimmen) ist nicht zu übersehen, dass die KSZE, das am weitesten demokratisch strukturierte Bündnis des Kalten Krieges, als kollektives Sicherheitssystem in Europa funktioniert hat, ohne Staaten gezielt auszuschließen. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen der KSZE unter Einbeziehung Russlands, der USA und Kanadas muss es bei gutem Willen aller beteiligten Regierungen möglich sein, unter den heutigen Gegebenheiten in Europa ein Staatenbündnis mit demokratischen Strukturen, friedenspolitischen, wirtschaftspolitischen und kulturpolitischen Aufgaben sowie Verantwortlichkeiten neu zu fassen. Dann wird sich zeigen, dass ein Militärbündnis wie die NATO nicht mehr erforderlich ist. Auf den Punkt gebracht: Was unter den Bedingungen der Konfrontation der Militärblocke möglich war, muss unter einem veränderten internationalen Kräfteverhältnis ohne Konfrontationen erst recht möglich sein.

Schließlich könnte der Wandel von Militärbündnissen in anderen Regionen anregend sein. Hier bieten sich z. B. Erfahrungen der ASEAN-Staaten an. Dieser Verband von zehn Südostasiatischen Staaten mit einer Bevölkerung von 575 Millionen Bürgern ist aus dem 1954 gegründeten und 1977 aufgelösten Militärbündnis SEATO hervorgegangen, das auf

Betreiben der USA gegen die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Staaten einschließlich Chinas gerichtet war. Diese Staaten haben sich im August 1967 in Bangkok als ASEAN-Verband neu gegründet und verstehen sich heute als eine „wirtschaftspolitische Interessengemeinschaft“.

Von besonderem Interesse bei der Suche nach Erfahrungen dürfte auch die Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SCO)<sup>35</sup> sein. Der SCO vorausgegangen war 1996 ein „Vertrag über die Vertiefung des militärischen Vertrauens in Grenzregionen“ zwischen Russland, der VR China, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan. 1997 unterzeichneten diese Staaten einen Vertrag über die Reduzierung der Streitkräfte in Grenzregionen. 2004 wurde eine „Regionale Anti-Terrorismus-Struktur“ zur Koordinierung der Anti-Terror-Aktivitäten im zentralasiatischen Raum geschaffen. Neben der Terrorbekämpfung will die Organisation die wirtschaftliche Kooperation und den Kulturaustausch befördern.

Die Afrikanische Union (AU), der gegenwärtig 53 afrikanische Staaten angehören, hat 2001/2002 die Nachfolge der OAU, der Organisation für afrikanische Einheit angetreten. Im Mittelpunkt der internationalen Tätigkeit der AU stehen wirtschaftliche Aspekte und der Anteil Afrikas am Welthandel. Sicher bieten noch weitere internationale Organisationen Anknüpfungspunkte, um der Militarisierung internationaler Organisationen entgegenzutreten. So z. B. der Golfkooperationsrat (GCC), gegründet im Mai 1981. Ihm gehören Bahrein, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate an. Die Union Südamerikanischer Staaten (UNASUR), die zwölf unabhängige Staaten Lateinamerikas umfasst, wurde erst am 23. Mai 2008 gegründet. Ihr Kampf richtet sich gegen „Ungleichheit, soziale Ausgrenzung, Hunger, Armut und Unsicherheit“. Im März 2009 wurde ein gemeinsamer Verteidigungsausschuss gebildet, um der verstärkten Militärpräsenz der USA in der Region Paroli bieten zu können. Die Umgestaltung internationaler Staatenbündnisse von Militärorganisationen zu zivilen wirtschaftspolitischen Vereinigungen entspricht den Erfordernissen unserer Zeit.

Abschließend zwei Denkanstöße aus berufenem Mund: Thomas Mann schrieb 1950 für die amerikanische Zeitschrift „Aufbau“ einen Artikel „J'accuse – Wider die Selbstgerechtigkeit der besseren Welt“. Er kritisierte die „herrschenden Tendenzen der öffentlichen Meinungsbeeinflussung ..., die von machtpolitischen Zwecken nicht nur nicht frei ist, ... die seit Ende des Krieges die Umfälschung des Problems Ordnung der Welt in die Technik der Blockbildung betreiben.“<sup>36</sup> Abschließend wiederholte er seine Mahnung vom „Antibolschewismus als Grundtorheit unserer Epoche“<sup>37</sup> aus den vierziger Jahren: „Solange die bürgerliche Welt der kommunistischen Verheißung nichts anderes entgegenzusetzen hat als das untauglich gewordene Ideal des privatwirtschaftlichen Erwerbslebens, des Profits, der Konkurrenz ..., solange wird es schlecht um unsere Aussichten stehen, den Kommunismus aus der Welt zu schaffen ... Vor der zügellosen Hysterie, in die ein Wort- und Wut-Fetisch wie ‚Kommunismus‘ heute die Menschen versetzt, ist mir schon oft ein Grauen gekommen.“<sup>38</sup>

Wenn das Ziel einer atomwaffenfreien entmilitarisierten Welt nicht in unendliche Ferne rücken soll, dann müssen die friedenswilligen Kräfte unabhängig von weltanschaulichen und religiösen Unterschieden miteinander, nicht gegeneinander arbeiten. Im Miteinander aber hat Antikommunismus kei-



nen Platz, unabhängig davon, wie viele Vertreter des Kommunismus selbst zu seiner Diskreditierung beigetragen haben. Eines ist vor aller Welt offensichtlich geworden: die NATO kann mit militärischen Mitteln kein globales Problem lösen, sie ist als ein Instrument der Zerstörung selbst ein globales Problem. Sie steht in Afghanistan vor einem militärischen und politischen Fiasko. Daran sind auch Linke nicht interessiert. Insofern sind Überlegungen linker Politiker, Militärbündnisse schrittweise durch Kollektive Sicherheitssysteme zu ersetzen, denkbare Alternativen. Deren Teilnehmer sind in einem Kollektiv souveräner Staaten gleichberechtigt und garantieren sich gegenseitig Sicherheit im umfassenden Sinn, nicht nur militärisch.

Die deutsche Partei DIE LINKE hat mit ihrem Vorschlag im Bundestagswahlprogramm, die NATO durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands zu ersetzen, außenpolitischen Vorlauf demonstriert. Damit hat die Linkspartei de facto auf Friedrich Engels und seine Aufsatzreihe 1893 zurückgegriffen: „Kann Europa abrüsten?“<sup>39</sup>

„Seit fünfundzwanzig Jahren rüstet ganz Europa in bisher unerhörtem Maß. Jeder Großstaat sucht dem andern den Rang abzugewinnen in Kriegsmacht und Kriegsbereitschaft ... Und doch rufen in allen Ländern die Volksklassen, die fast ausschließlich die Masse der Soldaten stellen und die Masse der Steuern zu zahlen haben, nach Abrüstung. ... Ich behaupte: Die Abrüstung und damit die Garantie des Friedens ist möglich, sie ist sogar verhältnismäßig leicht durchführbar, und Deutschland, mehr als ein anderer zivilisierter Staat, hat zu ihrer Durchführung die Macht wie den Beruf.“

#### Anmerkungen

- 1 John D. Bernal, Welt ohne Krieg, Berlin (DDR) 1960, S. 48.
- 2 Ebenda, S. S. 439 und 472.
- 3 Marco Seliger, „Der Schatten der Krise“, in: loyal Magazin für die Bundeswehr, Nr. 9/2009, S. 6 u. S. 8/9.
- 4 Vorschlag der SU am 23. 9. 1949 vor der IV. Vollversammlung der Vereinten Nationen über die Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges und den Abschluss eines Fünf-Mächte-Paktes zur Festigung des Friedens. In: Handbuch der Verträge 1871 – 1964, Berlin (DDR) 1968, S. 491. Die Vorschläge der SU wurden abgelehnt.
- 5 Winston Churchill, Der Zweite Weltkrieg, Frankfurt/M. 2007, S. 23/24, im Kapitel: Die Torheiten der Sieger.
- 6 Jörg Barberowski: „Was war die Oktoberrevolution?“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Thema Oktoberrevolution. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 44 – 45/2007, S. 7 – 13.
- 7 Das Atlantische Bündnis – Tatsachen und Dokumente. Eine Allianz für die neunziger Jahre, 7. Aufl. 1990, S. 17.
- 8 Bei expansionistischen Plänen hätte die Sowjetunion ihre Truppen z. B. aus Nordnorwegen nicht schon im September 1945, aus der Tschechoslowakei im November 1945, von der Insel Bornholm im April 1946, aus der Mandschurei und Nordiran im Mai 1946, aus Bulgarien im Dezember 1947 und aus Nordkorea nicht im Dezember 1948 abgezogen. Das war vor der Gründung der NATO.
- 9 Winston Churchill, a. a. O., S. 944 und 988.
- 10 Goebbels hatte 1942 in der Wochenzeitung Das Reich verkündet: „Das ist für uns der Sinn des Krieges: Wir kämpfen nicht um Ideale; wir kämpfen um die ukrainischen Weizenfelder, um das kaukasische Erdöl, den Reichtum der Welt. Gesundstoßen wollen wir uns.“
- 11 Im Punkt 17. Heißt es u. a.: „... Die Eigentumsverhältnisse werden nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit und den Erfordernissen des Gemeinwohls geordnet ... Post und Eisenbahn, Kohlenbergbau und Energieerzeugung sind grundsätzlich Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes. Das Bank- und Versicherungswesen unterliegt der staatlichen Kontrolle.“ Zitiert nach: Helmut Kistler: Die Bundesrepublik Deutschland. Vorgeschichte und Geschichte 1945 – 1983, Bonn 1985, unveränderter Nachdruck 1991, S. 68.
- 12 Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 1. August 1975. Zitiert nach: Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Dokumente 1972 – 1975, S. 590.
- 13 Zitiert nach: Blätter für deutsche und internationale Politik (Blätter ...) Heft 1/1991, S. 105.

- 14 Gemeinsame Erklärung von zweiundzwanzig Staaten (NATO und WVO) vom 19. November 1990. Ebenda, S.115.
- 15 Zitiert nach: Lothar Schröter: Die NATO im Kalten Krieg, Band 1 von 1949 bis 1975, Band 2 von 1976 bis 1991. Eine Chronik. Edition Militärgeschichte Band 7, Kai Homilius Verlag Berlin 2009, Band 2, S. 1062.
- 16 Das Parlament, Nr. 52 – 53 vom 20./27. Dezember 1991, S. 3.
- 17 „Verteidigungspolitische Richtlinie“ (VPR) vom 26. November 1992, zitiert nach Blätter ..., Heft 9/1993, S. 1138/1139. Ausführlich dazu in Ingomar Klein/Wolfgang Triebel: „Helm ab zum Gebet!“ Militarismus und Militarisierung – ein deutsches Schicksal? Trafo Verlag Berlin 1999, S. 27 – 37.
- 18 Verteidigungspolitische Richtlinien 2003 für die Bundeswehr, erlassen von Verteidigungsminister Dr. Peter Struck am 21. Mai 2003. Hier zitiert nach Wortlaut der Homepage des „Verteidigungspolitischen Ratschlages“ Kassel.
- 19 Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr. Hrsg. Bundesministerium für Verteidigung, Oktober 2006. S.13.
- 20 Siehe dazu auch: Dieter Deiseroth: „Jenseits des Rechts. Deutschlands ‚Kampfeinsatz‘ am Hindukusch“, in Blätter, Heft 12/09, S. 45 ff.
- 21 Interview der französischen Wochenzeitung Le Nouvel Observateur vom 15. – 21. 1. 1998.
- 22 Erschienen bei S. Fischer, Frankfurt/Main 1999.
- 23 Dort nannte er künftige Kriegsgründe, bei denen die NATO eingreifen müsste: Piraterie, Sicherheit und Verteidigung des Internets, Klimawandel, extreme Wetterereignisse, Ansteigen des Meeresspiegels, große Völkerwanderungen, Wasserknappheit, Dürrekatastrophen, Nahrungsmangel, neue Ressourcen unter den schmelzenden Polkappen, CO<sub>2</sub>-Emissionen, Sicherung von Fabriken, Leitungssystemen und Häfen, Energieeinsparung, Reduzierung der Abhängigkeit von ausländischen Energiequellen. Zitiert nach: Rick Rozoff: Das Undenkbare denken: Der globale militärische Fahrplan der NATO, Global Research Centre for Research on Globalization vom 3.19.2009.
- 24 Zitiert nach: Peter Strutynski: „60 Jahre NATO – Es reicht!“, in: STOPP NATO!.
- 25 Franz Magnis-Suseno: Internationale Gerechtigkeit. Fragen aus einem asiatischen Kontext. Protokoll der Tagung: Opladen 2001, S. 20, 21, 23.
- 26 Samuel Huntington: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Welt-politik im 21. Jahrhundert. Berlin 1996, S. 522, 528 und 531.
- 27 www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0.2828,588558,00.html.
- 28 <http://www.welt.de/politik/deutschland/article5400841/US-Präsident-Obama-setzt-D...>
- 29 Wortlaut der Rede Barak Obamas am 1. Dezember 2009 in der US-Militärakademie West Point. Alle Zitate nach der Übersetzung von „Das Weiße Haus – Büro des Pressesprechers“ am 1. Dezember 2009
- 30 Arbeitgeber Bundeswehr. Wir sichern Zukunft. Hrsg. Bundesministerium für Verteidigung. O. J., S. 4.
- 31 Bertolt Brecht: Schriften zur Politik und Gesellschaft Band II, Berlin und Weimar 1968, S. 219.
- 32 Präsident Roosevelt: Amerika und Deutschland 1936 – 1945. Auszüge aus Reden und Dokumenten. O. J. (1946), S. 38 und S. 102.
- 33 Prager Rede von USA-Präsident Barak Obama am 5. April 2009. <http://www.welt.de/politik/article3507024>.
- 34 Siehe Neues Deutschland vom 24. Juni 2009, S. 2.
- 35 Im Mai 2001 in Shanghai gegründet, Mitglieder sind China, Russland, Usbekistan, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan; die Mongolei, Indien, Pakistan und Iran haben einen Beobachterstatus, Dialogpartner sind Afghanistan, die ASEAN-Staaten, die GUS-Staaten, Sri Lanka, Weißrussland; Turkmenistan und Nepal haben ihr Interesse an dieser Organisation bekundet.
- 36 Thomas Mann: „J'accuse – Wider die Selbstgerechtigkeit der besseren Welt“. In: Blätter, Heft 12/1991, S. 1437.
- 37 Dies ist ein verkürztes Zitat aus einem Vortrag, den Thomas Mann am 13. Oktober 1943 in Washington und danach in anderen Städten der USA gehalten hat, so dass auch variierende Fassungen dieser Aussage überliefert sind. Siehe dazu: Thomas Mann, Schriftsteller der Gegenwart. Hilfsmaterial für den Literaturunterricht an den Ober- und Fachschulen der DDR, Berlin 1954, S. 120/121, und Junge Welt vom 6. Juni 2005
- 38 Blätter ..., a. a. O., Nr. 12/1991, S. 1444 ff.
- 39 Friedrich Engels: „Kann Europa abrüsten?“, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 373.



## „De-facto-Staat“ Ostukraine

Aus: *www.german-foreign-policy.com*, 1. Dezember 2009

Deutsche Militärkreise debattieren über eine erneute Osterweiterung der NATO und über eine Spaltung der Ukraine. Wie ein früherer Mitarbeiter des Amtes für Studien und Übungen der Bundeswehr schreibt, sei die Ausdehnung des westlichen Kriegsverbündnisses auf ukrainisches Territorium weiterhin im Gespräch. Komme es tatsächlich zu einem solchen Schritt, dann „träte wahrscheinlich nur die Westukraine“ der NATO bei. „Die Ostukraine“ werde „in diesem Fall unabhängig oder ein De-facto-Staat wie Abchasien.“ Der Autor, ein Oberstleutnant der Reserve, stellt seine Überlegungen in einer militärischen Fachpublikation vor und bettet sie ein in einen Rückblick auf alle NATO-Osterweiterungen der vergangenen 20 Jahre. Demnach ist der „Cordon Sanitaire“ zwischen dem Kriegsverbündnis und Russland, den die Alliierten des Zweiten Weltkriegs der Sowjetunion zugestanden hatten, inzwischen weitgehend von der NATO absorbiert worden; dabei habe man alle „roten Linien“ Moskaus überschritten. Wie der Autor urteilt, befinde sich Russland in einer historischen Defensive. Allein das schon 1989 ins Auge gefasste Vorhaben Moskaus, sich durch eine Achse mit Berlin abzusichern, hat demnach Aussicht auf Erfolg.

### Cordon Sanitaire

Der Autor der kürzlich in der Österreichischen Militärischen Zeitschrift erschienenen Analyse<sup>1</sup>, Heinz Brill, beginnt seine Erwägungen mit einem Rückblick auf die erste Osterweiterung der NATO im Jahr 1990. Wie Brill, lange Jahre als Wissenschaftlicher Direktor im Zentralen Forschungs- und Studienbereich des Amtes für Studien und Übungen der Bundeswehr tätig, in Erinnerung ruft, hatte die Sowjetunion 1990 der Übernahme der DDR durch die Bundesrepublik nur unter der Voraussetzung zugestimmt, dass die fünf neuen Bundesländer nicht von der NATO genutzt werden. „Unsere Position war auf lange Dauer angelegt“, ist in den Erinnerungen des damaligen sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow zu lesen. Die Länder zwischen dem erweiterten Deutschland und Russland sollten als „Cordon Sanitaire“, als Sicherheitszone zwischen Russland und dem Westen neutral bleiben.<sup>2</sup> Die territoriale Erweiterung der NATO um die DDR schien Moskau tragbar – laut Brill in Verbindung mit einer „strategische(n) Position, welche die feste und unumkehrbare Zusammenarbeit der Sowjetunion und Deutschlands vorsah“.

### Ausdehnung nach Osten

Brill beschreibt, wie der Westen unter Bruch der Absprachen von 1990 die NATO Schritt für Schritt nach Osten ausdehnte. Mit der zweiten NATO-Ostweiterung im Jahr 1999 (Tschechische Republik, Ungarn, Polen) sowie mit der dritten Expansion im Jahr 2004 (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien) schmolz der osteuropäische „Cordon Sanitaire“ nahezu vollständig dahin. Seitdem habe die „Sicherung des verbliebenen bzw. neuen osteuropäischen ‚Cordon Sanitaire‘“ (Belarus, Russlands Exklave Kaliningrad, Ukraine und „einige Kaukasusrepubliken“) für Moskau „absolute Priorität“, urteilt Brill: Schließlich seien spätestens mit der NATO-Ausdehnung von 2004 „Ostsee und Schwarzes Meer zu Seeräumen der NATO“ sowie „alle

„roten Linien“ ... vom Westen überschritten“ worden. Alles in allem sei „eine Wende der fast 300-jährigen Politik der Ausdehnung (Russlands – d. Red.) nach Westen und Süden“ erzwungen worden, „die seit Peter dem Großen zu den Grundlagen russischer Staatsdoktrin gehörte“.

### Made in Germany

Brill schreibt den ersten Anstoß zur NATO-Osterweiterung Deutschland zu. Der damalige Bonner Verteidigungsminister Volker Rühle habe im März 1993 als erster öffentlich erklärt, das Kriegsverbündnis auf mehrere Staaten Osteuropas ausdehnen zu wollen, berichtet Brill. Damals habe Washington höchst skeptisch auf die deutschen Vorschläge reagiert; die Osterweiterung sei Politik „Made in Germany“ gewesen. Die USA hätten ihre Strategie jedoch im Laufe der folgenden Jahre angepasst. Heute sei eine stets weiterrückende NATO-Osterweiterung „für die USA ... Teil ihrer Globalstrategie im Kampf um Eurasien“, konstatiert der Oberstleutnant der Reserve. Dies wiederum führe zu Differenzen mit Berlin. Die Meinungsverschiedenheiten seien auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 erstmals offen zutage getreten, erklärt Brill: Die USA hätten sich für eine Osterweiterung um die Ukraine und Georgien stark gemacht, scheiterten aber an Deutschland. Berlin glaubt, inzwischen durch eine Mittlerrolle zwischen Moskau und Washington mehr Einfluss gewinnen zu können, eine Einschätzung, die sich im russisch-georgischen Krieg vom August 2008 bestätigt zu haben scheint. Brill stuft diesen Krieg als „Testfall“ für das Aufeinanderprallen zweier Einflussphären ein: Moskau habe bewiesen, dass es nicht jede Überschreitung einer „roten Linie“ hinnehme.

### Wie Abchasien

Brill vergleicht die Auseinandersetzungen zwischen Russland und dem Westen offen mit dem „Great Game“ zwischen Großbritannien und Russland im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Heute gehe es dabei vor allem „um die Ölfelder im kaspischen Raum und um sichere Transportwege“. Die Auseinandersetzungen sind mit dem Krieg im August 2008 jedoch längst nicht beendet. Brill zufolge ist ein NATO-Beitritt der Ukraine nach wie vor im Gespräch. Es träte allerdings „wahrscheinlich nur die Westukraine bei“, erklärt der ehemalige Bundeswehr-Experte und bringt damit eine mögliche Spaltung der Ukraine ins Spiel. Weiter führt er aus: „Die Ostukraine würde in diesem Fall unabhängig oder ein De-facto-Staat wie Abchasien“. Die Österreichische Militärische Zeitschrift stützt dieses Denkmodell durch den Abdruck einer Karte, die eine „mögliche Ost-West-Spaltung der Ukraine im Fall eines NATO-Beitritts“ zeigt. Dabei weicht die Karte von gebräuchlichen Darstellungen ab, die die Grenze zwischen dem russischsprachigen Osten und dem ukrainischsprachigen Westen des Landes ziehen. Auf solchen Darstellungen werden die Oblasten Kirowohrad, Mykolajiw und Odessa in die russische Einflussphäre gerechnet. Brill jedoch beansprucht für den Westen sämtliche Territorien bis zum Dnepr – inklusive der wichtigen Ölhäfen Odessa und Cherson.

### Ölhäfen

Tatsächlich bildet Odessa mit seinem Hafen einen Teil des sogenannten Euro-Asiatischen Transportkorridors, den die EU zum Abtransport von Erdöl aus dem Kaspischen Becken nach Westen nutzen will. Ebenfalls westlich des Dnepr – und damit innerhalb von Brills „Westukraine“ – liegen Cherson



und Juschny. Juschny hat einen Ölhafen, der genutzt wird, um georgisches Öl unter Umgehung Russlands über das Schwarze Meer nach Westeuropa zu verbringen. Cherson besitzt ebenfalls einen Ölhafen und hat eine direkte Anbindung an die Pipeline Odessa-Brody, die Öl vom Schwarzen Meer bis an die polnische Grenze führt. Wird die Ukraine nach Brills Modell entlang des Dnepr geteilt, dann geraten sämtliche wichtigen Ölhäfen und die bedeutendsten Pipeline-Routen des osteuropäischen Staates unter westliche Kontrolle – ein Aspekt, der ein exemplarisches Schlaglicht auf den materiellen Hintergrund staatlicher Separationspläne wirft.

#### Anmerkungen

- 1 Zitate hier und im Folgenden aus: Heinz Brill: Die NATO-Osterweiterung und der Streit um Einflussphären in Europa; Österreichische Militärische Zeitschrift 5/2009.
- 2 Als Cordon sanitaire wird eine Sicherheitszone von Ländern zwischen verfeindeten Staaten oder Blöcken bezeichnet.

## Raus aus Afghanistan

### „Blühende Landschaften“ am Hindukusch? Bewertung aus der Sicht einer deutschen Hilfsorganisation

Von Thomas Gebauer, Geschäftsführer von *medico international*. Rede auf der vom Verband *Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO)* veranstalteten Konferenz „Mission impossible am Hindukusch? – Zwischenbilanz der neuen internationalen Afghanistan-Politik“ am 24. November 2009 in Berlin; aus: [www.medico.de](http://www.medico.de)

I.

Kriegerische Zustände herrschen in Afghanistan bekanntlich nicht erst seit gestern. Nicht die Lage ist neu, wohl aber der Minister, der sie kommentiert. Und da hat sich offenbar etwas verändert. Statt die Dinge weiter schönzureden, könnte nun endlich auch dort Klartext geredet werden, wo über die Entsendung von Soldaten entschieden wird: im Bundestag. Sie alle kennen die sprachlichen Verrenkungen, die in den letzten Jahren die Runde machten. Statt von Krieg war von Stabilisierungseinsatz die Rede, statt von Aufstandsbekämpfung von einer Friedens- und Wiederaufbaumission, von Soldaten als Aufbauhelfer – ja selbst von Tornados zur Planung von Infrastrukturprojekten, wie mir Abgeordnete des Deutschen Bundestages zu versichern versuchten. Ein einziger Eiertanz, den wir entwicklungspolitisch tätige NGOs immer mit größter Skepsis verfolgt haben.

Ausgangspunkt für mich sind zunächst eigene Erfahrungen, Besuche vor Ort, Gespräche mit Partnern, dann aber auch die Erfahrungen meiner Kollegen bei *medico international*, schließlich all das, was andere NGOs berichten, was wir untereinander austauschen und zuletzt in einem gemeinsamen Positionspapier unter dem Dach von *VENRO* zusammengetragen haben.

II.

Acht Jahre internationale Militärpräsenz in Afghanistan haben das Land am Hindukusch nicht sicherer werden lassen. Im Gegenteil: der STERN resümierte kürzlich:

„Rafft man den Verlauf der vergangenen acht Jahre zusammen, ergibt sich folgende Gleichung: Je länger das internationale Engagement dort andauert, je mehr Soldaten und Milliarden gezahlt wurden, desto schlechter wurde die Lage. Egal, wie viele Schulen gebaut und Brunnen gebohrt wurden. Das klingt widersinnig und berechtigt zur Frage: Warum nicht einfach gehen?“

Die Frage ist nicht von der Hand zu weisen. Zumal sie auch die Stimmung widerspiegelt, die in Deutschland, aber auch bei vielen europäischen Nachbarn herrscht. Überall sinkt die Zustimmung zur Entsendung von Truppen; in Deutschland, Frankreich, Polen etc. ist längst eine Mehrheit dagegen. Und die Nachrichtenlage gibt den Kritikern des Militäreinsatzes Recht: Nicht Frieden steht auf der Tagesordnung, sondern ein eskalierender Krieg. 2009 ist die Zahl der Angriffe der bewaffneten Opposition (Taliban u. a.) von 387 im Januar über 741 im Juni auf 1 092 im August rapide angestiegen. Weiter zugenommen hat auch die Zahl der zivilen Opfer. Mit jeder weiteren Bombe, die in Afghanistan fällt, mit jedem weiteren Sprengstoffanschlag stirbt in Afghanistan die Hoffnung auf Veränderung.

Dabei hat der Krieg längst auch die Regionen erreicht, die lange Zeit als sicher gegolten haben. Auch Kunduz im Norden, die Vorzeigeregion des deutschen Engagements, zählt heute zu den instabilen Landesteilen. Im Rahmen von „Operation Enduring Freedom“ (OEF) machen dort US-Einheiten Jagd auf die Taliban, und auch die NATO-geführte ISAF, im Falle von Kunduz die Bundeswehr, wird immer stärker in Kriegshandlungen verstrickt. Von einer Trennung von OEF und ISAF in der Praxis kann kaum mehr die Rede sein. Der Krieg eskaliert, und mit ihm hat sich die Sicherheitslage dramatisch zugespitzt. Betroffen ist in erster Linie die Bevölkerung Afghanistans. Auf absurde Weise werden die Menschen Afghanistans zu den Leidtragenden einer Intervention, die doch in ihrem Namen stattgefunden haben soll. Selbst die wenigen Erfolge, die in den zurückliegenden Jahren erzielt wurden: die verbesserte Gesundheitsversorgung beispielsweise oder die Beachtung der Rechte von Frauen stehen heute unter Druck.

In einer von (der katholischen Hilfsorganisation) Misereor unterstützten Klinik in Mazar-i-Sharif beispielsweise sind die Patientenzahlen zuletzt stark gesunken. Und dies nicht, weil die Menschen in Afghanistan heute gesünder sind, sondern weil sie sich einfach nicht mehr trauen, Krankenhäuser aufzusuchen. Insbesondere die ländliche Bevölkerung macht sich aus Angst vor Übergriffen gar nicht mehr erst auf den Weg in die Stadt.

Die (Frauenrechtsorganisation) *medica mondiale* musste Ende 2008 die Rechtsberatung von Frauen in Kandahar einstellen, weil es für alle, die Ratsuchenden wie die Anwältinnen zu gefährlich geworden ist, in einem immer frauenfeindlicher gewordenen Klima auf Frauenrechte zu pochen.

Vor allem in den ländlichen Gebieten Afghanistans, dort wo die Menschen so dringend Unterstützung benötigten, sind viele Hilfe- und Aufbauprojekte bereits zum Erliegen gekommen. Auch Kunduz ist betroffen.





Aufgrund der sich drastisch verschlechternden Sicherheitslage musste die Welthungerhilfe, die dort viele Jahre lang bei der Wiederankurbelung der Landwirtschaft geholfen hatte, ihre Aktivitäten zunächst reduzieren und schließlich ganz einstellen. Auch der Versuch, die Arbeit von einer Nachbarprovinz aus zu koordinieren, scheiterte. Immer wieder wurde das dortige Büro angegriffen: Anfang 2009 gar mit Granatwerfern. Als dann im Juli ein afghanischer Mitarbeiter bei einem Sprengstoffangriff ums Leben kam, war nicht mehr auszuschließen, dass die Welthungerhilfe als deutsche Organisation gezielt ins Visier der bewaffneten Opposition gekommen ist.

Schwierigkeiten haben aber auch Organisationen, die wie die Caritas, nicht mit eigenen Strukturen vor Ort sind, sondern ihre Unterstützung – sozusagen „low profile“ – mit lokalen Partnern umsetzen. Die Arbeit leide, weil die lokalen Partner die Zuversicht verlieren, berichtet die Caritas. Afghanische Kollegen fürchten um ihre Sicherheit; das Vertrauen in die staatlichen Institutionen schwindet. Allzu oft sind Menschen, die im Kontakt mit ausländischen Organisationen stehen, ausgeraubt und entführt worden. Wer bei Straßensperren mit einer falschen Visitenkarte angetroffen wird oder in dessen Handy die Telefonnummer einer ausländischen Organisation gefunden wird, muss um sein Leben fürchten. Viele NGOs haben damit begonnen, ihre Unterstützung auf die vermeintlich sicheren größeren Städte zu konzentrieren: auf Kabul, Herat und Masar.

Von Januar bis September 2009 verzeichnete das NGO-Sicherheitsbüro ANSO 114 Übergriffe auf Mitarbeiter von Hilfsorganisationen, bei denen 17 Personen ums Leben kamen. Zunehmend ist auch das Personal von Krankenhäusern, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen zum Ziel von Anschlägen geworden. Die Präsenz von ausländischen Soldaten bedeutet keineswegs mehr ein Mehr an Schutz, sondern ein zusätzliches Risiko.

Deutlich wird, dass das Ziel der internationalen Schutztruppen, ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau des Landes zu schaffen, gescheitert ist. Afghanistan ist heute ein durchweg unsicherer Ort, ein Ort, der immer weniger von Aufbau und Entwicklung gekennzeichnet ist als eben von Krieg. Auch die afghanischen Partner von medico leiden darunter. Mit Mitteln des Auswärtigen Amtes unterstützen wir seit vielen Jahren die Beseitigung von Minen und anderer explosiver Kriegshinterlassenschaften. Es mag Ihnen grotesk verkommen, sich inmitten von kriegerischen Zuständen um Formen konkreter Demilitarisierung zu kümmern, aber aus der Perspektive der afghanischen Bevölkerung ist diese Arbeit ohne Alternative. Ziel humanitären Minenräumens ist die Rückgabe von Land an Dorfgemeinschaften: um Nahrungsmittel anbauen zu können, über Weidefläche zu verfügen oder auch nur um zu wissen, dass die eigenen Kinder auf einem sicheren Schulweg unterwegs sind.

Lange Zeit ist die Arbeit unserer afghanischen Partner, mit denen wir bereits in den 90er Jahren in der Kampagne zum Verbot von Landminen zusammengearbeitet haben, gut vorangekommen. Nun sind auch sie einem stetig gestiegenen Risiko ausgesetzt. Acht Mitarbeiter des Mine Dog Detection Center (MDC) sind in den letzten zwei Jahren bei Überfällen ums Leben gekommen; weitere 80 Mitarbeiter wurden entführt und kamen erst nach langwierigen Verhandlungen wieder frei. Fahrzeuge und Gerät im Werte von 500 000 Euro gingen verloren, wobei nie geklärt werden konnte, ob die Tali-

ban hinter solchen Übergriffen standen oder einfache Kriminelle, die auf diese Weise ihren Lebensunterhalt zu sichern versuchten. Viele Landesteile sind inzwischen auch für die Minenräumer zu „no go areas“ geworden.

Die Gefahren aber könnten künftig noch größer werden. Kürzlich erschien auf einer Website das State Department ein Artikel, der voll des Lobes für die Arbeit der afghanischen Minenräumer war. Gepriesen wurde freilich nicht das Minenräumen selbst, sondern seine Funktion als Mittel der Aufstandsbekämpfung. Minenräumer, so der Artikel, bezögen einen Gehalt, weshalb sie weniger anfällig seien, sich der Opposition anzuschließen.

Exemplarisch wird das Problem deutlich: Schritt für Schritt sind in den letzten Jahren in Afghanistan humanitäre und entwicklungspolitische Vorhaben von der Dynamik des Krieges erfasst und strategischen Zielen untergeordnet worden. Der Bau von Schulen und Krankenstationen, das Räumen von Minen, die Förderung landwirtschaftlicher Alternativen zum Drogenabbau – all das muss nicht mehr nur eigenständige Ziele folgen, sondern wird von anderen als Mittel von Aufstandsbekämpfung betrachtet – und gerät somit auch ins Visier der bewaffneten Opposition.

Für die Partner, für NGOs wie medico, aber resultiert daraus durchaus ein Dilemma. Überzeugt von der zivilen Bedeutung von humanitären und Wiederaufbauprojekten, müssen wir doch feststellen, dass eine solche Arbeit für strategische Zwecke in Dienst genommen und dabei mehr und mehr gefährdet wird. Umso notwendiger ist es deshalb für Hilfsorganisationen, auf Unabhängigkeit zu pochen.

Und das ist auch der Grund für die Kritik von NGOs an all den modernen sicherheitspolitischen Konzepten, die im NATO-Jargon „Comprehensive Approach“, in Deutschland „Vernetzte Sicherheit“ und in den USA, deutlich weniger verschwimmt, „Integrated Civ-Mil Campaign Plan for Afghanistan“ genannt werden. In der Konsequenz geht es in diesen Konzepten immer um die Unterordnung von Entwicklungszusammenarbeit und Aufbauhilfe unter militärische Ziele.

Mit schwerwiegenden Folgen, denn wenn militärische Interessen dominieren, dann orientieren sich Hilfeleistungen eben nicht mehr an den Bedürfnissen der Empfänger, sondern an den Interessen der Geber. In Afghanistan ist zu beobachten, wie das Gros der Hilfen auf die Landesteile konzentriert wird, die von strategischem Interesse sind, während vergleichsweise ruhige Provinzen, wie das Hazarajat, wo doch eigentlich ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau bestünde, weniger von Hilfen profitieren.

Wer genau hinschaut, entdeckt in dem internationalen Engagement in Afghanistan heute eine bemerkenswerte Umkehrung dessen, was in all den Jahren öffentlich bekundet wurde. Die Entsendung von Truppen dient nicht mehr dazu, ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau zu schaffen, sondern die zivilen Maßnahmen sollen umgekehrt mithelfen, das militärische Handeln effektiver zu machen. Und das scheint uns der Kern aller militärischer „CIMIC“-Programme zu sein, so auch der „Provincial Reconstruction Teams“ (PRTs) der NATO, von denen Deutschland eines in Kunduz und ein weiteres in Faizabad unterhält. Sie entpuppen sich bei näherer Betrachtung als die Instrumentalisierung von Entwicklungszusammenarbeit für militärische Zwecke.

Die in VENRO zusammengeschlossenen NGOs lehnen solche Formen der zivil-militärischen Zusammenarbeit ab. Sie haben die Arbeit von NGOs in Afghanistan erschwert und



Helfer, ausländische wie afghanische in den Verdacht gebracht, Parteigänger der Militärs zu sein. Sie tragen nun dazu bei, dass auch die Arbeit von Hilfsorganisationen in den Strudel des militärischen Scheiterns hineingezogen wird.

Vor dieser Gefahr hat VENRO übrigens schon gewarnt, als erstmals von Soldaten als Aufbauhelfern die Rede war. Trotz guter Argumente, alle nachzulesen in einem VENRO-Positionspapier aus dem Jahre 2003, konnten wir uns nicht durchsetzen. Nicht selten wurden wir sogar beschuldigt, doch nur Angst zu haben, dass uns mit der Bundeswehr ein Konkurrent entstanden sei, der uns die Pfründe streitig machen würde. Endlich tun unsers Jungs doch mal was Gutes. Was sollte daran schlecht sein.

Heute, da sich der Rechtfertigungsnebel gelegt hat, sehen wir klarer. Es sind grundsätzlich unterschiedliche Mandate, die Militärs und Hilfsorganisationen haben. Militärs gründen sich qua Verfassung auf einen territorialen Sicherheitsbegriff, der von nationalen Interessen getragen wird (Stichwort: es ist die Sicherheit Deutschlands, die am Hindukusch verteidigt wird), während sich Hilfsorganisationen am Begriff von „human security“ orientieren, der vor einigen Jahren vom UNDP ins Spiel gebracht wurde und die Verwirklichung universeller Menschenrechte im Auge hat. Die Verteidigung partikularer Interessen aber ist etwas grundsätzlich anderes als das Bemühen um allgemeine, universell gültige politische und soziale Rechte.

Das zumindest aber wird nun deutlich. Es sind nicht die Bedürfnisse und Interessen der afghanischen Bevölkerung, die im Mittelpunkt stehen, sondern die Absicht, dass von Afghanistan keine Gefahr mehr für Deutschland und die internationale Sicherheit ausgehen darf, wie es im gerade erst verabschiedeten Afghanistan-Konzept der neuen Bundesregierung heißt. Zwangsläufig resultiert aus einer solchen Sicht eine Dominanz des Militärischen, und nicht von ungefähr dreht sich in den Debatten der deutschen Öffentlichkeit auch alles um dieses Thema. Es geht um die Sinnfälligkeit der Entsendung von Truppen, Tornados oder AWACS, Sicherheitskonzepte werden erörtert, die Traumatisierung der Soldaten beklagt, die Angemessenheit von Bombardements diskutiert, – all das fraglos von immenser Bedeutung, aber eben doch geeignet, die Nöte der Afghaninnen und Afghanen aus dem Blick zu verlieren.

Ganz anderes in Afghanistan. Spricht man da mit den Leuten, geht es um ganz andere Dinge. Vor zwei Jahren habe ich Kabul besucht, und wir hatten lange Gespräche über die wichtigsten Probleme Afghanistans. Das größte ist der Mangel an Zuversicht, der letztlich die gesamte afghanische Gesellschaft erfasst und zu einer Fragmentierung der Gesellschaft geführt hat. Dann die grassierende Armut, die mangelnde Rechtsstaatlichkeit und ineffiziente staatliche Strukturen. Erst an fünfter oder sechster Stelle kamen in den Gesprächen der Krieg, die Auseinandersetzungen mit den Aufständischen und die Anwesenheit der ausländischen Truppen.

Damit wird eine völlig andere Perspektive deutlich. Nimmt man die zum Maßstab, dann ist die Bilanz des internationalen Engagements in Afghanistan niederschmetternd. Acht Jahre nach Beginn der Intervention ist Afghanistan noch immer eines der ärmsten Länder der Welt. Im „Human Development Index“ des UN-Entwicklungsprogramms rangiert Afghanistan heute auf Platz 181. Die Lebenserwartung liegt bei 43 Jahren, und in vielen Regionen ist die Müttersterblichkeit die höchste der Welt. Die Arbeitslosigkeit der erwerbstätigen

Bevölkerung liegt zwischen 50 – 70 Prozent. Von blühenden Landschaften, die den Menschen am Hindukusch mit der Ankunft der fremden Soldaten in Aussicht gestellt wurden, keine Spur. Weltweit sind etwa 85 Mrd. Dollar für den Militäreinsatz in Afghanistan ausgegeben worden und nur 7 Mrd. Dollar für den Wiederaufbau.

Was Wunder, dass die Zustimmung der afghanischen Bevölkerung zur Präsenz von ausländischen Soldaten sinkt. Lag sie 2007 noch bei 67 Prozent, ist sie 2008 auf 59 Prozent gesunken. Das ist zwar noch immer eine Mehrheit, doch ist es unterdessen auch eine Mehrheit, die sich unzufrieden mit der Art des internationalen Engagements äußert. Viele fürchten die Rückkehr der Taliban, sind aber zugleich enttäuscht von dem, was ihnen die Intervention bislang gebracht hat. 70 Prozent der Befragten einer gerade veröffentlichten Studie von Oxfam nennen Armut und Arbeitslosigkeit als Hauptursache für den andauernden bewaffneten Konflikt in ihrem Land. An zweiter Stelle die schwache afghanische Regierung sowie Korruption. Die Taliban und die Einmischung von Nachbarstaaten werden als die dritt- und viertwichtigsten Ursachen angesehen.

So absurd es klingt: die Bundeswehr führt in Afghanistan heute Krieg, weil die Chance auf Schaffung von Frieden verspielt wurde. Viel zu viel Zeit habe man vergeudet, sagte Tom Koenigs (MdB, B90/Grüne) kürzlich. Viel zu lange, so will ich ergänzen, ist man einer Strategie aufgesessen, die nicht wirklich die afghanische Bevölkerung im Blick hatte, sondern einen ominösen Krieg gegen den Terror, den Anspruch der NATO, so etwas wie ein globales Gewaltmonopol auszuüben, geostrategische Interessen, etc. etc.

Ob die Chance auf Frieden einmal wiederkommen wird, das muss sich erst noch zeigen. Ohne eine grundlegende Korrektur der bisherigen Afghanistan-Politik jedenfalls wird sie nicht kommen. Frieden, das ist die Lektion, die aus Afghanistan zu lernen ist, basiert nicht auf militärischer Stärke, sondern auf dem Vertrauen der Menschen und einem glaubhaften Bemühen um soziale Gerechtigkeit.

Die Rolle, die NGOs unter Umständen, wie sie in Afghanistan herrschen, spielen können, ist begrenzt. NGOs können einen Beitrag zur sozialen Entwicklung leisten, Friedenbemühungen fördern und Prozesse der Demokratisierung unterstützen, sie können aber nicht das ersetzen, was in Afghanistan so dringend gebraucht wird: funktionierende staatliche Institutionen, die den Rechten und Erwartungen der Bevölkerung entsprechen. Ein verlässliches Rechtswesen, ein Ende von Korruption und Willkür. All das haben wir in den zurückliegenden Jahren immer wieder gefordert. Auch die afghanische Zivilgesellschaft hat das getan, die immer wieder deutlich macht, dass mehr Druck auf Karsai ausgeübt werden müsse. Und da ist es schon verwunderlich, dass es erst einer nicht mehr zu verleugnenden Wahlfarce bedurfte, um den internationalen Druck auf Karsai zu erhöhen. Wer es früher hätte wissen wollen – ein Blick in den Korruptionsindex von Transparency International hätte genügt. In den letzten Jahren ist Afghanistan auf den vorletzten Platz abgerutscht. Nur Somalia rangiert noch schlechter.

Soll Afghanistan noch eine Chance haben, dann ist eine grundlegend andere internationale Afghanistan-Politik notwendig.

1. Um das schwindende Vertrauen überhaupt noch zurückzugewinnen zu können, bedarf es zuallererst eines starken Signals an die Menschen in Afghanistan, dass es nicht so



weiter geht. Auch und gerade der Bundestag ist gefordert, das deutlich zu machen, wenn er über die Verlängerung des Mandats für die Entsendung der Bundeswehr entscheidet. Jedes Weiter so! verbietet sich.

Wer aus dem Krieg herauskommen will, muss erkennen, dass es falsch gewesen ist, der NATO das Mandat für den Militäreinsatz zu übertragen. Angesichts der Bilanz des bisherigen Engagements sind die UN heute aufgefordert, über ein neues Mandat zu entscheiden, das die Sicherheitsinteressen der afghanischen Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt. Eine internationale Afghanistan-Konferenz, wie sie jetzt für Anfang des Jahres im Gespräch ist, könnte dazu beitragen. Sie müsste allerdings endlich all jene mit an den Tisch holen, die 2001 auf dem Petersberg ausgeschlossen waren: die Vertreter der afghanischen Zivilgesellschaft, die Frauenorganisationen, die Anrainerstaaten und weitere wichtige Akteure wie Russland oder China.

Fatal aber wäre es, wenn der Bundestag das Mandat für die Entsendung deutscher Soldaten einfach so verlängern würde. Stattdessen sollte er die Bundesregierung auffordern, alles zu unternehmen, um einem weiteren Engagement in Afghanistan eine andere Legitimationsgrundlage zu geben. Aus sich heraus, so Noam Chomsky vom angesehenen MIT in den USA kürzlich im Interview, könne der Westen kein Recht beanspruchen, in Afghanistan militärisch präsent zu sein; darüber könnten nur die Afghanen selbst entscheiden.

2. Ein konzeptioneller Neubeginn ist notwendig, der das, was bisher nur zur Rechtfertigung militärischer Ziele herhalten musste, zum tragenden Konzept macht. Statt Aufstandsbekämpfung ist zivile Konfliktlösung gefragt. Unerlässlich ist, überall dort, wo Entwicklung entsteht, auf regionaler und lokaler Ebene, mit allen relevanten Kräften, auch den Taliban, in Verhandlungen zu treten. Nur wenn es gelingt, im Konsens getragene Gemeinde- und Provinzverwaltungen aufzubauen, werden auch Wirtschafts- und Sozialprogramme fruchten und hat der Frieden eine Chance. Ermunternd sind dabei die Untersuchungen des Dachverbandes der in Afghanistan tätigen NGOs (ACBAR), mit denen die Wirksamkeit kommunaler Friedensarbeit in Afghanistan nachgewiesen wurde. Es geht um einen Strategiewechsel, der sich nicht mit ein paar Millionen mehr fürs Zivile begnügt (um am Ende damit doch nur die Wirksamkeit des militärischen Engagements zu steigern), sondern um einen Plan, der den Weg frei macht für eine politische Lösung, die von der afghanischen Bevölkerung weitgehend selbst bestimmt wird.

3. Zentrales Augenmerk muss auf das Zustandekommen rechtstaatlicher Strukturen, die Sicherstellung demokratischer Grundrechte und dabei nicht zuletzt der Rechte der Frauen gelegt werden. Mit Sorge betrachten wir in diesem Zusammenhang das auch von der Bundesregierung propagierte Konzept der „Selbsttragenden Sicherheit“, das eine rasche Aufstockung der afghanischen Sicherheitskräfte, sowohl im Militär als auch in der Polizei vorsieht. Angesichts der im Land herrschenden Korruption, angesichts grassierender Armut und Arbeitslosigkeit bedeuten mehr Militär und mehr Polizei nicht automatisch mehr Sicherheit für die Menschen. Wenn die afghanischen Sicherheitskräfte tatsächlich auf 130 000 Soldaten und 80 000 Polizisten aufgestockt werden sollten, wie es die Planung der NATO vorsieht, dann würden die damit einhergehenden Kosten ein Drittel des afghanischen BIP betragen und das Fünffache des gesamten Staatsbudgets.

4. Dringend erforderlich ist es, den Aufbau staatlicher Institutionen zu fördern, die sich den Menschen verpflichtet fühlen und deren Erwartungen und Bedürfnissen auch entsprechen können. Eine sozialpolitische Offensive ist notwendig, um die Folgen der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Eine Wiederankurbelung der Wirtschaft wird ohne regulative Eingriffe, ohne Subventionen und andere protektionistische Maßnahmen nicht gelingen. Die bisherige Entwicklung hat gezeigt, dass es falsch gewesen ist, sich allein von der Liberalisierung der Märkte eine Erholung der afghanischen Wirtschaft zu versprechen. Es ist ein Unding, dass schon die Einrichtung einer Handelskammer, wie sie von der gtz betrieben wurde, von den USA als „kommunistisch“ diffamiert wird.

5. So sehr wir auf rasche und spürbare Verbesserungen drängen, steht für uns doch auch fest, dass nachhaltige Veränderungen nicht von heute auf morgen gelingen werden. Voraussetzungen sind partizipative Prozesse, in die alle relevanten Akteure eingebunden werden müssen, begleitet von Verhandlungen und vertrauensbildenden Maßnahmen, um schließlich langfristig angelegte Aufbauprogramme zu definieren, die nicht von außen übergestülpt werden und am Ende nur der Legitimation bzw. der Absicherung von Truppenpräsenz dienen.

### III.

Lassen Sie mich abschließend auf die Äußerungen von Verteidigungsminister Guttenberg zu sprechen kommen. In seinem Focus-Interview hat er auch gesagt – ich zitiere – „dass man in Afghanistan an seine Grenzen stößt, wenn man von einer Demokratie westlichen Stils zu träumen beginnt. Ein solcher Traum ist mit den Realitäten vor Ort nicht vereinbar. Auch dieser Traum hat uns viel Zeit gekostet“.

Mit Blick auf die Verhältnisse, die in Afghanistan herrschen, mag auch darin etwas Zutreffendes zum Ausdruck kommen. Gewiss war die Idee naiv, das Modell des OECD-Staates nach Afghanistan exportieren zu wollen. Dennoch kann ich mich nicht ganz des Eindrucks erwehren, dass er für die Grenzen, auf die man in Afghanistan nun stößt, vor allem die Afghanen selbst verantwortlich machen will.

So notwendig realistische Einschätzungen sind, so wenig darf dabei übersehen werden, dass die Sache der Afghanen schon lange nicht mehr die Sache der Afghanen alleine ist. Auch der Westen hat über Jahrzehnte hinweg heftig Einfluss genommen. Mit dem Argument, Freiheit und Demokratie verteidigen zu wollen, hat er den Kampf der Mujaheddin gegen die sowjetische Besatzung finanziert. Später hat er zugeesehen, wie das Land von eben den Mujaheddin vollends in Schutt und Asche gelegt wurde. Er hat, in der Hoffnung, endlich wieder einen Garant für Stabilität gefunden zu haben, der sich obendrein noch als Bündnispartner in den Auseinandersetzungen mit dem Iran anbot, Mitte der 90er Jahre die Bildung der Taliban unterstützt. Und er hat dann 2001 erneut mit den Mujaheddin und Warlords gemeinsame Sache gemacht, als es darum ging, die Taliban wieder aus Afghanistan zu vertreiben.

2001, zu Beginn des internationalen Engagements, standen die Voraussetzungen für die Herausbildung demokratischer Verhältnisse nicht einmal schlecht. Mit großem Enthusiasmus beteiligten sich die Afghanen an der Loya Jirga und stimmten für eine neue Verfassung. Der Moment, in dem die Demokratie scheiterte, kam, als der damalige US-Botschafter und die UN dafür sorgten, dass in der Loya Jirga neben



den gewählten Delegierten auch 50 Plätze für die Warlords reserviert wurden. Es waren die Afghanen, denen mit diesem skandalösen Akt die Grenzen für den Traum ihrer Demokratie aufgezeigt wurden. Um sich selber die Finger nicht schmutzig machen zu müssen, hatte der Westen mit Kriegsverbrechen paktiert, mit anderen Worten: den Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben.

Wer so vorgeht, muss sich nicht wundern, wenn Demokratie scheitert. Nicht eine vermeintliche Rückständigkeit der Afghanen steht dem Traum von demokratischen Verhältnissen entgegen, sondern die Art und Weise, wie der Westen in den letzten Jahrzehnten von außen eingegriffen hat. Taliban, Warlords, Milizen, Drogenbarone – sie alle sind nichts anderes als die Gespenster der Ruinen gescheiterter Interventionen.

## Die Lageentwicklung in Afghanistan und die Perspektiven der „neuen“ Strategie der NATO

*Vortrag von Prof. Dr. Diethelm Weidemann  
in der Veranstaltungsreihe des Linken Asienforums  
am 17. Dezember 2009*

Gegenwärtig spricht alle Welt über Afghanistan. In der Bundestagsdebatte zur Verlängerung des ISAF-Mandats konnten wir einen FDP-Abgeordneten erleben, der sich berufen fühlte, der Opposition eine Afghanistan-Lektion zu erteilen, aber vermutlich nicht einmal weiß, wo Khost, Jalalabad oder Paktia liegen. Und in den Medien stellen Journalisten, die bisher vornehmlich den Zuckungen des postmodernen bürgerlichen Zeitgeistes folgten, vorübergehend tiefsinnige Betrachtungen über Afghanistan an – so dass man fast geniert ist, zum gleichen Thema zu sprechen. Schon vor Jahren hat Hans Christoph Buch eine solche Szenerie ungemein treffend beschrieben: „Ähnlich wie für die Zeit des Kosovo-Krieges, als jeder Journalist, der etwas auf sich hielt, über Nacht zum Balkan-Experten avancierte, wimmelt es seit dem 11. September von selbst ernannten Afghanistan- und Islam-Experten, deren Sachkenntnis keiner Kontrolle unterliegt.“<sup>1</sup> Kommentar überflüssig, da dies exakt die Situation auch im Herbst 2009 umreißt.

In einem Vortrag Ende November habe ich im Schwerpunkt das Wesen des seit Jahrzehnten andauernden Afghanistan-Konflikts, die Phasen seiner Entwicklung und Aspekte der deutschen Haltung zum Afghanistan-Krieg behandelt. Der Text wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung publiziert und seine Feststellungen müssen hier und heute nicht wiederholt werden.<sup>2</sup> Ich möchte mich auf einige Eckpunkte der Lageentwicklung nach 2002, auf die Zwänge zu einem grundlegenden Strategiewechsel und die Aussichten der „neuen“ Strategie der NATO in Afghanistan konzentrieren. Ich bin selbstverständlich bereit, im Rahmen der Diskussion etwas zur deutschen Haltung und Politik zu sagen, verzichte aber im Vortrag bewusst darauf, mich an der Kundus-Hysterie zu beteiligen.

### I. Zur militärischen Lageentwicklung

Am 6.10.2001 befanden sich etwa 90 Prozent des afghanischen Territoriums unter der Kontrolle der Taliban. Anfang Dezember 2009 kontrollierten die Taliban trotz etwa 100 000 Mann ausländischer Truppen im Lande nach jüngsten Angaben nahezu 80 Prozent der Provinzen. Damit stellt sich für jeden erkennbar die Frage, wofür und mit welchem Ergebnis von der NATO in Afghanistan acht Jahre lang Krieg geführt wurde.

Die heutige Situation ist nicht in erster Linie das Resultat der Stärke der Taliban, sondern massiver militärischer und in einem übergreifenden Sinn strategischer Fehler.

1. Der erste und grundlegende Fehler bestand darin, diesen Krieg überhaupt zu beginnen. Es handelte sich um einen ebenso kopflosen wie arroganten Einmarsch der stärksten Militärmacht der Welt, faktisch zur Wiederherstellung des Images der USA nach den Anschlägen vom 11. September 2001, die in keiner Weise ein Werk der Taliban waren. Gleichzeitig folgte dieser Krieg den gleichen Grundlinien regionaler Machtprojektion, die 16 Monate später zur Entfesselung des Irak-Krieges führten. Die Militärintervention der Vereinigten Staaten von 2001 war ein Zusammenspiel von auf der so genannten Exklusivitätstheorie basierendem amerikanischem Nationalismus und regionaler Machtstrategie der sich selbst als „Imperium“ verstehenden Hypermacht. Der fünfte machtpolitische Krieg um Afghanistan ist von den USA weder für die Befreiung Afghanistans von der Taliban-Herrschaft begonnen worden, noch wird er heute mit diesem Ziel geführt.

2. Es handelte sich von Anfang an und handelt sich auch heute jenseits aller semantischen Manöver um einen Krieg. Wir sollten nicht vergessen, dass alle innenpolitischen antidemokratischen Maßnahmen in den USA von der Bush-Administration damit gerechtfertigt wurden, dass sich die Vereinigten Staaten „im Krieg“ befänden und dass die Afghanistan-Operation expressis verbis offiziell als „Krieg gegen den internationalen Terror“ deklariert wurde. Ganz nebenbei war es ein Angriff auf das Regime eines fremden Staates, also auch von dieser Seite eindeutig ein Krieg. Das regierungsoffizielle deutsche Gerede von einem „Stabilisierungseinsatz“ ist damit nichts anderes als eine bloße Worthülse.

Die Anschläge vom 11. September 2001 wurden von nichtstaatlichen terroristischen Gruppen verübt. Damit erhebt sich die Frage, ob die eifertige Ausrufung des Bündnisfalls durch die NATO entsprechend § 5 des Washingtoner Vertrages überhaupt gerechtfertigt war. Mit der Antwort auf diese Frage steht oder fällt jedoch die Rechtmäßigkeit des Krieges oder seine Einschätzung als Aggression – ganz abgesehen von der allgemein bekannten Tatsache, dass nichtstaatliche, transnational oder überregional operierende terroristische Kräfte überhaupt nicht mit einem konventionellen Krieg eliminiert werden können.

In diesem Zusammenhang muss Barack Obamas Versuch, bei der Verleihung des Friedens-Nobelpreises zur Begründung der Notwendigkeit des Afghanistan-Krieges diesen als „moralisch gerechten Krieg“ zu bezeichnen und mit dem Kampf der Völker gegen den Hitlerfaschismus im Zweiten Weltkrieg zu vergleichen, als absolut inakzeptabel und eigentlich skandalös zurückgewiesen werden.

3. Die als kurzfristige militärische Exekution gedachte Operation mit dem pathetischen Code „Operation Enduring



Freedom“ besaß kein wirkliches Konzept, was man definitiv erreichen wollte, wie man es erreichen wollte und unter welchen Voraussetzungen man das Land wieder verlassen wollte. Es ist ein Armutzeugnis nicht nur für die politische Führung, sondern auch für die Stäbe von USA und NATO, dass man nach fast acht Jahren ergebnislosem Krieg darüber nachzudenken begann, was über die bis heute gescheiterte Ausschaltung von Al Qaida hinaus eigentlich die Zielstellung des Krieges in Afghanistan ist – deren Definition zu Beginn der Kampfhandlungen eine entscheidende Voraussetzung dafür gewesen wäre, ein planmäßiges Ende der „Operation Enduring Freedom“ festzulegen.

4. Das allgemein weit überzogen unter dem Namen „Strategie“ gehandelte operative Vorgehen war erstens gekennzeichnet durch eine fatale Unterschätzung des Gegners – das US-Kommando hatte die Taliban überhaupt nicht ernst genommen und der schnelle Zusammenbruch des Regimes schien Washington Recht zu geben; zweitens durch eine völlige Ignorierung des realen Gefechtsfeldes, das in weiten Gebieten Afghanistans überhaupt keinen traditionellen Landkrieg mit entfalteten Bodentruppen gestattet und in den gebirgigen Regionen das Untertauchen selbst größerer Formationen in den zahlreich vorhandenen Höhlensystemen (z. B. Tora Bora) oder in entlegenen unzugänglichen Tälern ermöglicht; und drittens durch die absolute Negierung der historischen (negativen) Erfahrungen Großbritanniens und der UdSSR in Afghanistan. Daraus ergaben sich zwangsläufig gravierende militärische Fehler. Es sei daran erinnert, dass die Briten sich im 19. Jahrhundert mehrfach blutige Köpfe holten: So verließ z. B. im 1. anglo-afghanischen Krieg vom gesamten Expeditionskorps nur ein Mann lebend die paschtunischen Stammesgebiete und auch das nur, weil die Afghanen ihn die Botschaft von dem Desaster überbringen lassen wollten. Die UdSSR hatte auf dem Höhepunkt ihrer Intervention 130 000 Mann eingesetzt (insgesamt von 1979 – 1989 unter Berücksichtigung der turnusmäßigen Ablösungen 620 000 Mann). Die Verluste betragen 14 453 Gefallene, 53 753 Verwundete und 415 932 schwer Erkrankte (Typhus, Hepatitis etc.).<sup>3</sup> Dennoch konnte der Krieg nicht gewonnen werden.

5. Die schwerpunktmäßige Orientierung der US-Truppen auf Luftschläge erwies sich angesichts des Geländeprofiles und der dezentralen Dislozierung der Taliban-Milizen als militärisch vergleichsweise wirkungslos. Der Bodenkrieg wurde weitgehend von den Truppen der Nordallianz geführt. Erst das hat den Auftaktsieg von 2001 überhaupt möglich gemacht und zum unerwartet schnellen Zusammenbruch des Taliban-Regimes geführt. Bereits 2001/02 zeigte sich das Unvermögen der stärksten Militärmacht der Welt, wirksam und nachhaltig in einem vom Gegner asymmetrisch geführten Konflikt zu agieren. An dieser durch die Militärdoktrin des Pentagon bewirkten Grundsituation hat sich bis heute qualitativ nichts geändert. Die ständige Aufstockung der Truppen ohne wirklichen Strategiewechsel ist dafür ein demonstrativer Beweis.

6. Das Wiedererstarben der Taliban und die aktuelle Ausdehnung des bewaffneten Widerstandes auf nicht zum Taliban-Orbit gehörende Gruppen war und ist ein unmittelbares Ergebnis der verfehlten US-Strategie. Nach dem Fall der wesentlichen Städte Ende 2001 gab es keine wirkliche Zerschlagung und Entwaffnung der Taliban. Statt ihrer nachhaltigen Ausschaltung als militärischer Faktor wurden 35 Taliban-

Feldkommandeure und ihre Milizen von den USA gekauft, während man die Spitzenkader nach Pakistan entkommen ließ. (Es verdichten sich Vermutungen, dass dies zumindest durch Rumsfeld mit Absicht geschah).<sup>4</sup> Die ambivalente Haltung der USA erklärt sich zum Teil aus dem Pashtunen-Konzept des State Department, das die Taliban-Herrschaft durch einen Aufstand paschtunischer Stämme stürzen wollte und dem die qualitativ neue Rolle der Nordallianz von Anfang an ein Dorn im Auge war. Ende November 2001 habe ich auf einem Kolloquium in der Humboldt-Universität folgendes gesagt: „Sie [die Taliban] scheinen militärisch geschlagen zu sein, wenngleich die Erfahrungen aus den bisherigen Kriegen in Afghanistan zur Vorsicht mahnen. Ihre völlige Ausschaltung aus dem politischen Prozess, das heißt auch der nicht dem Terror verhafteten gemäßigten Kreise aus den paschtunischen Stammeseliten, wäre ausgesprochen kontraproduktiv und gefährlich, weil dies unverzüglich zu einer neuen paschtunischen Irredenta führen würde.“

7. Afghanistan konnte und kann nicht aus einer Reihe von festungsartig gesicherten Feldlagern heraus und mit Patrouillen oder gelegentlichen Stoßtrupps befriedet und kontrolliert werden. Das gilt im Besonderen für das deutsche Kontingent, das in seinen Stützpunkten zu 80 Prozent nur sich selbst schützt, wofür es hinreichend Informationen aus erster Hand gibt. Die in Deutschland gegenwärtig grassierende Kundus-Hysterie resultiert – neben der bewussten Nutzung als innenpolitisches Instrument oder medialer Quotenbringer – in erheblichem Maße aus der völligen Ignorierung der Tatsache, dass mit der Bundeswehr eine Armee in Afghanistan Krieg führen soll, die weder von der Ausbildung noch von der Ausrüstung her auf diesem Operationsfeld kriegsfähig ist. Daraus ergeben sich zwangsläufig einerseits Stress bedingte Fehlhandlungen (wie Feuereröffnung durch Kontrollposten) und andererseits auch direkte Fehlentscheidungen (wie in Kundus).

8. Aus der Gesamtentwicklung der Lage ergibt sich am Ausgang des Jahres 2009, dass die Zielsetzung des seit Oktober 2001 in Afghanistan geführten Krieges trotz der massiven Einbeziehung der NATO-Verbündeten der USA weder militärisch noch übergreifend sicherheitspolitisch erreicht worden ist. Das wird in einer Gegenüberstellung von Fakten für jeden deutlich.

Truppenstärke der ISAF	Bewaffnete Zusammenstöße mit Taliban und anderen	
August 2003	5 581	
August 2004	8 065	
Juli 2005	9 685	1 755
September 2006	19 897	
November 2006	31 267	3 589
2007		6 000
März 2008	43 332	10 000
August 2009	64 500	16 000
		(Hochrechnung)
(dazu gegenwärtig 26 000 Mann OEF-Einheiten)		

Die Stärke des Bundeswehr-Kontingents erhöhte sich von 1 200 Ende 2001 auf bislang 4 500 Mann.<sup>5</sup> Zur Gesamtstärke der ausländischen Truppen von rund 90 000 Mann kommen noch etwa 70 000 Angehörige privater Sicherheitsfirmen.



Alle Indikatoren machen deutlich, dass die jeweilige Stärke der Interventionstruppen und das Ausmaß des bewaffneten Widerstandes in einem direkten Wechselverhältnis stehen. Einer Erhöhung der Truppenstärke bis 2009 auf das Sechseinhalbfache von 2005 steht eine Zunahme der bewaffneten Zusammenstöße auf nahezu das Zehnfache im gleichen Zeitraum gegenüber. Das heißt schlicht und ergreifend, dass mit der wachsenden Truppenpräsenz nicht nur die Zahl der aktiven Kampfhandlungen und Anschläge drastisch zugenommen hat, sondern parallel dazu sich auch die Sicherheitslage Schritt für Schritt verschlechterte und heute dramatisch schlechter ist als von 2002 bis 2004.

## II. Anmerkungen zur politischen Lageentwicklung

Nach dem Sturz des Taliban-Regimes ergab sich folgendes politisches Spektrum:

- der nicht in den Untergrund gegangene Teil des politischen Flügels der Taliban, überwiegend kompromisslose Islamisten, aber persönlich nicht an Bürgerkrieg und Terror beteiligt;
- die Führungsspitze der Nordallianz, aus Vertretern der nichtpaschtunischen ethnischen Gruppen, vielfach ehemalige Milizenführer (Warlords) wie Dostum und Fahim, aber auch zahlreiche konservative Politiker aus den Parteienkoalitionen der Bürgerkriegsperiode wie der damalige Interimspräsident Burhanuddin Rabbani;
- die monarchistische Fraktion, überwiegend durch Politiker aus dem westeuropäischen Exil (Frankreich, Italien, Deutschland) repräsentiert und nach der Wiedererrichtung einer konstitutionellen Monarchie strebend;
- die traditionellen Pashtunen-Eliten sowohl aus den paschtunischen Provinzen als auch jener Teil der ehemaligen Oberschicht, die vor Krieg, Bürgerkrieg und den Taliban nach Pakistan geflohen waren (wie der Karsai-Clan) – der sogenannte Peshawar-Flügel. Sie sind gesellschaftlich durchgehend konservativ und ihr Hauptziel ist die Wiederherstellung der paschtunischen Dominanz in ganz Afghanistan wie zu Zeiten der Monarchie;
- demokratische zivilgesellschaftliche Kräfte, die während des Bürgerkrieges einen hohen Blutzoll zahlen mussten oder ins Exil getrieben wurden. Sie waren daher schwach und zersplittert, traten aber aktiv und entschieden für einen demokratischen Neuanfang in Afghanistan ein. Es erübrigt sich fast zu sagen, dass sie auch heute einem starken Druck der konservativen und islamistischen Kräfte ausgesetzt sind.

Die heutige politische Situation in Afghanistan ist die Konsequenz der politischen Taktik der Bush-Administration im Zeitraum 2001/02, denn sie setzte ihre Interessen und Vorgaben nicht nur entschlossen, sondern auch rücksichtslos durch. Das politische Vorgehen der USA lässt sich in aller Kürze wie folgt umreißen:

- Ausschluss der politischen Strömung der Taliban aus dem politischen Prozess;
- zeitweilige Duldung der durch die Zerschlagung der Taliban-Frontlinie im Norden und die Einnahme Kabuls zu einem qualitativ neuen Machtfaktor gewordenen Nordallianz;
- vorübergehender Flirt mit der monarchistischen Fraktion bis zur Loya Jirga von 2002; Avancen an die Pashtunen-Hierarchie und intensive Versuche, sie zur Kollaboration zu gewinnen;

→ weitgehende Ignorierung der zivilgesellschaftlichen Kräfte.

Die Einsetzung einer Übergangsregierung durch ausländische Mächte, in erster Linie durch die USA, und die gleichfalls durch die USA direkt gesteuerte Loya Jirga von 2002 waren daher nicht der Beginn eines demokratischen Prozesses in Afghanistan, sondern de facto die Wiedereinsetzung der alten Machteliten, sowohl der traditionellen als auch der im Bürgerkrieg aufgestiegenen. Bereits ab Sommer 2002 begann der durch Washington gestützte Prozess der schrittweisen Pashtunisierung des Kabuler Regimes.

Notwendig wäre gewesen, in einem von Stammes- und Clan-Loyalitäten geprägten und beherrschten Land mit der Vermittlung demokratischer Werte und Entscheidungswege an der Basis zu beginnen, also in den Dörfern und Städten: um in einer zweiten Phase gewählte Vertretungskörperschaften bis hin zur Provinzebene zu konstituieren. Allgemeine Parlamentswahlen und die Etablierung einer demokratisch gewählten Regierung konnten nur der vorläufige Abschluss eines solchen Prozesses sein, wenn man ernsthaft auf die Schaffung eines demokratischen Staatswesens hinarbeiten wollte. Das hätte die Chance eines echten gesellschaftlichen, staatlichen und politischen Neuanfangs in Afghanistan gegeben.

Die USA gingen den umgekehrten Weg mit allen heute sichtbaren Autoritäts- und Legitimitätsdefiziten für die Kabuler Regierung und der Tatsache, dass dieses Regime auf fatale Weise mit Kriegsherren, Drogenbaronen und islamistischen Eiferern durchgesetzt ist. Auch im Parlament wird die Anzahl der offenen Taliban-Anhänger bzw. Taliban-Vertreter auf ca. 60 geschätzt. Der ehemalige Leiter der Forschungsabteilung der Weltbank, Paul Collier, machte darauf aufmerksam, welche Folgen Wahlen in Ländern haben, in denen die gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen für demokratische Entscheidungen fehlen. In solchen Staaten werde nach den Wahlen kein verantwortungsvolles Regierungshandeln betrieben, den Siegern würden keine Grenzen gesetzt und politische Führungen werden zwangsläufig korrumpiert.<sup>6</sup> Der falsche politische Kurs in Afghanistan wurde zusätzlich dadurch forciert, dass die USA niemals Zweifel daran zuließen, dass sie ihre Stellvertreter vor Ort rücksichtslos durchsetzen würden – wie sich bereits auf der Emergency Loya Jirga vom Sommer 2002 in schockierender Weise zeigte.

Was wurde zwischen dem Sommer 2002 und dem Sommer 2009 in Afghanistan real erreicht? Beginnen wir mit der Nennung einiger Eckpunkte:

- 22.12.2001: Einsetzung Hamid Karsais als Übergangspräsident
- Mai/Juni 2002: Tagung der Emergency Loya Jirga und Bestätigung Karsais als Interimspräsident
- 4.1.2004: Eine Verfassunggebende Loya Jirga verabschiedet die neue Verfassung
- Präsidentschaftswahlen, Karsai wird mit 55,5 Prozent im Amt bestätigt
- 18.9.2005: Parlamentswahlen
- 19.12.2005: Konstituierung des Parlaments

Das liest sich zunächst wie der normale Beginn eines Demokratisierungsprozesses, aber wie sieht die Realität aus?

Es gibt seit 2001 ein neues Regime, das seit 2004 auch durch Wahlen formal legitimiert ist, aber bis heute seine Legitimation und Akzeptanz in ganz Afghanistan überhaupt nicht durchsetzen konnte und das seit 2005 große Teile des



Territoriums erneut an die Taliban verloren hat. Wie die regelmäßigen schweren Anschläge des Jahres 2009 selbst im Zentrum Kabuls (indische Botschaft, UN-Gästehaus) zeigen, beherrscht der gegenwärtige afghanische Staat nicht einmal den Großraum Kabul.

Die wirtschaftliche Lage des Landes ist acht Jahre nach dem Sturz der Taliban weiterhin katastrophal, lediglich im Norden und Westen gibt es lokale bzw. regionale Fortschritte. Von der Existenz einer afghanischen Volkswirtschaft kann gegenwärtig nicht wirklich gesprochen werden, selbst der überwiegende Teil von Waren des täglichen Bedarfs stammt aus dem Ausland, mehrheitlich auf dem Wege eines florierenden Schmuggels. Der einzige bislang gedeihende Wirtschaftszweig war mit Beteiligung Kabuls und stillschweigender Duldung der Interventionstruppen der Drogensektor. „Seit der Besetzung Afghanistans kam es dort zu einem dramatischen Anwachsen des Rauschgifthanbaus. Aus Angst, die Zivilbevölkerung gegen sich aufzubringen, schauen die internationalen Truppen zu.“<sup>7</sup> Afghanistan ist 2009 nicht nur nicht in der Lage, notwendige Importe selbst zu bezahlen, es fordert auch für die nächsten zwanzig Jahre die Finanzierung seiner eigenen Sicherheitskräfte durch das Ausland.<sup>8</sup>

Im Kultur- und Bildungswesen hat es 2002 bis 2005 eine Reihe begrüßenswerter positiver Entwicklungen gegeben (deutlicher Ausbau des Schulwesens, Wiederaufnahme der Universitätsausbildung, erste Anfänge eigenständiger Medien, Wiederaufleben der Literatur etc.). Es wäre aber leichtfertig, den massiv wachsenden Druck konservativer und offen islamistischer Kräfte, auch innerhalb der Regierung Karsai, auf diesen Bereich seit 2005 zu ignorieren. Es wurde dabei deutlich, dass eine einflussreiche Fraktion des Regimes gesellschaftskonzeptionell nicht weit von den Taliban entfernt ist.

Im Gefolge von Krieg und Bürgerkrieg waren 2001 die sozialen Strukturen und die sozialen Beziehungen in Afghanistan weitgehend zerrüttet. Eine Wiederbelebung konnte nur in den Regionen stattfinden, die seit 2002 von Taliban-Terror und NATO-Krieg weitgehend verschont blieben – die Kerngebiete der Usbeken, Tadshiken und Hazara. Wir sollten uns aber nicht der Illusion hingeben, dass dies etwa mit einer demokratischen Ausrichtung geschah und geschieht. Auch in diesen Gebieten geht es überwiegend um die Wiederherstellung traditioneller, durch den Islam geprägter Beziehungen.

Der Bürgerkrieg und besonders die Taliban-Herrschaft haben in Afghanistan tiefe mentale Spuren hinterlassen. Eine der folgenschwersten ist die extreme Verschärfung der ethnischen Spannungen zwischen den großen Volksgruppen. Schon der Widerstand der Nordallianz gegen den Machtanspruch der Taliban formierte sich eindeutig entlang ethnischer Linien. Der paschtunische Herrschaftsanspruch manifestierte sich auch 2009 ungebrochen selbst im Alltagsleben.<sup>9</sup> Die nichtpaschtunischen Gruppen reagierten daher ausgesprochen allergisch auf die schleichende Re-Pashtunisierung des Kabuler Regimes. Ein Resultat der Gesamtentwicklung besteht auch darin, dass die nationalen, also gesamtafghanischen Gemeinsamkeiten heute geringer sind als am Ende der Monarchie (1973).<sup>10</sup> Nicht wenige Kenner der afghanischen Verhältnisse haben große Zweifel, ob ein gesamtafghanischer Staat eine wirkliche Perspektive besitzt.

Es stellt sich damit sehr konkret insgesamt und auch für Deutschland die Frage, was in Afghanistan schützenswert ist, wofür wir das Leben unserer Soldaten riskieren und wo-

für wir unter Einbeziehung der für 2010 geplanten 800 Mio. seit 2002 Milliarden Euro ausgegeben oder präziser gesagt, in den Sand gesetzt haben.

### III. Die „neue“ NATO-Strategie – Versuch eines Auswegs aus der afghanischen Sackgasse

Die Perspektivlosigkeit des bisherigen Vorgehens wurde im zweiten Halbjahr 2008 selbst den NATO-Militärs klar und damit auch die Notwendigkeit, sowohl im militärischen als auch im politischen Bereich neue Schwerpunkte zu setzen. Es war unübersehbar, dass die politische Lage stabilisiert werden musste.

Die Kontrolle der Regierung beschränkt sich auf Kabul und einige andere Städte, wobei sie auch hier nur relativ ist, wie zahlreiche schwere Anschläge selbst in stark gesicherten Zentren unter Beweis stellen.

Die Regierung besitzt nicht das Vertrauen der Bevölkerung, die wegen der verbreiteten Korruption,<sup>11</sup> des Nepotismus (Clan-Loyalität geht immer noch eindeutig vor Rechtsstaatlichkeit),<sup>12</sup> des Amtsmissbrauchs vieler Würdenträger<sup>13</sup> und der Aufnahme zahlreicher offener Reaktionäre (Justiz)<sup>14</sup> in das System auf Distanz geht oder die Regierung schlichtweg verachtet.

Nach acht Jahren bleiben die realen und der Bevölkerung zu Gute kommenden Aufbauleistungen marginal. In den peripheren Gebieten sind sie so gut wie nicht vorhanden. Daraus erwächst nicht allein eine zunehmende politische Unzufriedenheit, sondern auch ein bedeutendes soziales Konfliktpotential. Wenn sich dieses öffentlich artikuliert und organisiert, wird ein neuer massiver gesellschaftlicher Sprengstoff entstehen.

Selbst bis in Teile der politischen Klasse in den NATO-Ländern hat es sich inzwischen herumgesprochen, dass das Wiedererstarken und die neue Qualität der Präsenz der Taliban nicht nur und nicht einmal in erster Linie ein militärisches Problem ist. Es wäre nicht möglich gewesen ohne die direkte Unterstützung oder die ideologische Tolerierung durch einen erheblichen Teil der paschtunischen Volksgruppe. Wenn diese Situation anhält, besteht darin das eigentliche Sicherheitsproblem. Bis heute gibt es aber in dieser Richtung nichts, was man als durchdachtes Gegenkonzept bezeichnen könnte. Die vagen Absichtserklärungen, man wolle künftig die Bevölkerung stärker gegen die Taliban schützen, erweisen sich als politisches und militärisches Kartenhaus, wenn ein nicht geringer Teil eben dieser Bevölkerung mit dem, was die NATO als „Terror“ bezeichnet, sympathisiert.

Das Kabuler Regime und die NATO sind seit 2008 mit einer neuen Qualität des bewaffneten Widerstandes konfrontiert:

Er kann erstens nicht mehr auf die Kräfte reduziert werden, die man gemeinhin bisher als Taliban bezeichnete. Sie stellen zwar zweifellos den Kern des bewaffneten Widerstandes, sind aber nicht wie zuvor faktisch mit ihm identisch. Identifizierbare Gruppen sind die eigentlichen Taliban (fast ausschließlich islamistische Pashtunen), die traditionell gegen jede fremde Kraft Widerstand leistenden ethnozentristischen bzw. ethnonationalistischen Pashtunen, zahllose lokale Milizen unterschiedlichster Couleur, autonom operierende antizentralistische Kräfte, Gruppen ausländischer Jihadis (auch aus europäischen Ländern), verschiedene Al Qaida-Zellen, sowie nicht zuletzt bewaffnete Drogenhändler-Organisationen.



Dieser Widerstand ist auch nicht mehr unter das Schlagwort Terrorismus zu subsumieren. Es handelt sich vielmehr und zunehmend um einen asymmetrisch geführten Widerstandskrieg gegen die Anwesenheit ausländischer Truppen auf afghanischem Territorium und um einen Anti-Regime-Krieg gegen die Kabuler Zentralregierung, also um die erste Phase eines Bürgerkrieges.<sup>15</sup>

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass dieser Widerstand nicht zuletzt auch unter ethnischen oder regionalen Losungen über die Zentren des bisherigen Taliban-Operationsgebietes hinaus in eine allgemeine Aufstandsbewegung umschlägt.

Unabhängig von dieser Ebene der bewaffneten Auseinandersetzung muss auch einmal deutlich gesagt werden, dass ein nicht geringer Teil der Zusammenstöße, vor allem aber der Anschläge und Morde in den Provinzen überhaupt nichts mit den Taliban zu tun hat. Das sind unter Ausnutzung der gegenwärtigen katastrophalen Sicherheitslage betriebene, für Afghanistan charakteristische bewaffnete Clan- und Stammesfehden aus ethnischen oder lokalen machtpolitischen Rivalitäten oder aus archaischer Blutrache, und nicht zuletzt die Fortsetzung der weit in die Geschichte zurückreichenden räuberischen Wegelagerei paschtunischer Stämme mit modernen Mitteln.

Diese Entwicklung fordert, ob die NATO dies will oder nicht, einen grundlegenden Strategiewechsel, wenngleich bereits an dieser Stelle die Frage aufzuwerfen wäre, ob es dafür nicht bereits zu spät ist. Einige Schwerpunkte der veränderten Strategie wurden im Laufe des Jahres 2009 erkennbar:

- Erneute Aufstockung der Truppenstärke der NATO-Kontingente, um den Taliban die Fähigkeit zum operativen Handeln zu nehmen, die beträchtliche Erhöhung der Mannschaftsstärke der afghanischen Armee und der deutliche Ausbau der nationalen Polizeikräfte zur Absicherung des Hinterlandes.
- Stabilisierung und Sicherung der „Etappe“ der ausländischen Truppen durch eine stärkere Orientierung auf den Schutz der Bevölkerung vor Anschlägen. Politische Stabilisierung durch die Verbreiterung der Basis des Regimes und durch einen modus vivendi mit den so genannten gemäßigten Taliban. Richard David Precht schrieb sarkastisch: „Statt Freiheitsbotschaft und Menschenrechtsbellizismus gegenüber demokratieresistenten Stammeskriegern geht es nun nur noch um das Gleichgewicht des Schreckens zwischen konkurrierenden Warlords, fanatischen Taliban und der kleptokratischen Stammesclique des Kabuler Präsidenten Karsai. Ruhe, nicht Frieden und Freiheit, ist das Ziel der neuen amerikanischen Regierung.“<sup>16</sup> Und Heinz Theisen formuliert hinsichtlich der umworbenen „gemäßigten“ Taliban nicht minder illusionslos: „„Gemäßigte“ Taliban gibt es allenfalls im Hinblick auf taktische Kompromisse, in denen die Nato die ethnischen gegen die islamistischen Motive auszuspielen versuchen sollte.“<sup>17</sup>
- Erhöhung der Legitimität des Regimes durch Wahlen.

Wenden wir uns nun kurz einigen Aspekten zu, zunächst den Wahlen.

#### IV. Die Präsidentenwahlen vom August 2009

Diese Präsidentenwahlen fanden unter schlechteren politischen Ausgangsbedingungen statt als jene vom Oktober 2004. Auch die Sicherheitslage war deutlich schlechter, womit bereits vor der Wahl klar war, dass die Wahlbeteiligung erheblich geringer sein würde als 2004. Bereits im März 2009 schrieb Thomas Ruttig, einer der besten deutschen Afghanistan-Kenner: „Aber es gibt erhebliche Bedenken, dass die Situation im Lande keine auch nur annähernd akzeptablen Wahlen zulässt und die schwachen politischen Institutionen nicht in der Lage sind, ein legitimes Ergebnis zu produzieren.“<sup>18</sup> Und kurz vor den Wahlen erklärte Malalai Dadoja: „Es ist eine Wahl im Schatten des Kriegsherrentums, der Korruption und der Okkupation. Sie wird keine Legitimität haben“.<sup>19</sup>

Die Wahlen waren weiterhin von vornherein belastet durch die von Washington angesteuerte Zielstellung, unter allen Umständen den Machterhalt des Karsai-Regimes zu sichern. Damit war die Wahlmanipulation de facto vorprogrammiert. Am 14. August waren insgesamt 33 Kandidaten registriert, darunter zwei Frauen,<sup>20</sup> von Ruttig mit wenigen Ausnahmen als „populistische Einzelgänger oder unbekannte Exilanten“ charakterisiert.<sup>21</sup> Der Schachzug Karsais, Karim Chalili (Hazara) und Muhammad Qazem Fahim (Tadshike) für eine Kandidatur als Vizepräsidenten zu gewinnen, zielte darauf ab, sich als Vertreter der nationalen Einheit zu präsentieren, wurde aber als bloßer Coup zum Machterhalt des bisherigen Systems bewertet, da es sich bei beiden um berüchtigte Warlords handelt.

Am 16. September veröffentlichte die Unabhängige Wahlkommission (IEC) das vorläufige Wahlergebnis. Danach sollte Hamid Karsai 54,6 Prozent und sein Herausforderer Abdullah 27,8 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten haben. Die Wahlbeteiligung wurde mit 38,7 Prozent angegeben.<sup>22</sup> Die Veröffentlichung des vorläufigen Endergebnisses stieß international auf massive Kritik, da bereits in den ersten Tagen nach den Wahlen umfangreiche Fakten über einen großflächigen Wahlbetrug bekannt wurden – wie massenweise verbrannte Wahlzettel, die Existenz von ca. 3 Mio. gefälschten Identitätskarten oder von 800 fiktiven Wahllokalen, in denen die Urnen mit Tausenden von gefälschten Wahlzetteln gefüllt wurden. In einigen Paschtunen-Provinzen wurden zehnmal soviel Stimmzettel für Karsai ausgezählt als überhaupt Wähler registriert waren und so weiter und so fort.<sup>23</sup> Am 20. Oktober veröffentlichte die Electoral Complaints Commission (ECC), die nicht unter dem Zugriff von Karsais Apparaten stand, ihren Abschlußbericht, der 1,3 von 5,6 Mio. abgegebenen Stimmen für ungültig erklärte und Karsai maximal 49,67 Prozent der Stimmen zugestand, während auf Abdullah 30,59 Prozent entfielen, woraus sich die verfassungsmäßige Notwendigkeit einer Stichwahl ergab.<sup>24</sup> Als sich Karsai weigerte, seine Parteigänger aus der IEC zurück zu ziehen, erklärte Abdullah seinen Verzicht auf die Stichwahl. Daraufhin stellte die IEC die Gültigkeit des ersten Wahlgangs fest und erklärte Karsai unter dem Beifall westlicher Politiker<sup>25</sup> zum Wahlsieger.<sup>26</sup> Damit erreichte eine der größten Wahlfarce der jüngsten Zeit ihr vorläufiges Ende.

Eine große Rolle für das Wahlergebnis spielte jenseits des Wahlbetrugs das für Afghanistan spezifische Wahlverhalten der Bevölkerung. Sie stimmte kaum politisch ab, sondern in erster Linie ethnisch. Das zeigen die Zahlen aus den jeweili-





gen Siedlungsgebieten der großen Volksgruppen. Hinzu kam, dass in den noch stark tribal strukturierten Gebieten ganze Dorfbevölkerungen für den Kandidaten stimmten, den der jeweilige Dorfälteste oder Clan-Chief vorgab.

Ein besonderer Treppenwitz der Geschichte besteht darin, dass infolge des geschilderten spezifischen Wahlverhaltens Karsai angesichts des absoluten Gewichts der pashtunischen Stimmen auch ohne Wahlmanipulation im Amt bestätigt worden wäre. Die große Mehrheit der Pashtunen wird niemals einen Tadshiken oder Usbeken zum Präsidenten wählen, selbst wenn die einzige Option dann die Wahl des als Marionette der USA verachteten Hamid Karsai ist. Dr. Abdullah Abdullah, der ehemalige Außenminister (United National Front, ehemals Nordallianz), hatte daher als Tadshike a priori keine wirkliche Chance.

Die Wahlmanipulation, der unwürdige Eiertanz Karsais um die Stichwahl und der Rückzug Abdullah Abdullahs wegen erneuter Betrugsgefahr haben exakt das Gegenteil des mit der Wahl angestrebten Ziels bewirkt: nämlich eine zusätzliche Delegitimierung des Karsai-Regimes, die Zunahme der Verachtung des Systems, und eine weitgehende künftige innenpolitische Erpressbarkeit der Regierung. Aber grundsätzlich ist festzustellen, dass der Ausgang der Präsidentenwahlen von 2009 wie die Wahl von 2004 die antidemokratischen Herrschaftsstrukturen auf lokaler und Provinzebene nicht berührt und nichts am grundlegenden inneren Kräfteverhältnis und an den Machtpositionen der antimodernen und antidemokratischen Gruppierungen geändert hat.

In summa hat die Wahl also nicht zur politischen Stabilisierung Afghanistans geführt, sondern eher zur politischen und vor allem ideologischen Stärkung der bewaffneten Opposition, denn Karsai und sein korruptes Netzwerk haben mit ihrem massiven und zudem ungemein dreisten Wahlbetrug ihre absolute Verachtung für demokratische Grundverhaltensregeln gezeigt, weiteres Vertrauen verloren und somit den Taliban eine Karte von unschätzbarem ideologischen Wert in die Hände gespielt. Das wird einen zusätzlichen negativen Einfluss auf die Sicherheitslage in Afghanistan haben.

Gleichzeitig hat wegen der Nichtannullierung der Ergebnisse der Wahlfarce der Westen politisch das Gesicht verloren und sind die Idee und die Grundprinzipien der Demokratie in Afghanistan nachhaltig diskreditiert worden. Um die willigen Vollstrecker der US-Interessen in Afghanistan an der Macht zu halten, war der Westen letztlich bereit, die eigene Glaubwürdigkeit aufs Spiel zu setzen.

## V. Zu den Aussichten der NATO-Strategie in Afghanistan – vorläufige Anmerkungen

Am 1. Dezember 2009 legte Präsident Barack Obama nach wochenlangen internen Beratungen mit Spitzenpolitikern und der Militärführung sein strategisches Konzept für das weitere Vorgehen in Afghanistan als Ansprache an die Nation in der Militärakademie West Point vor. An dieser Stelle ist keine detaillierte Reflexion dieser Grundsatzklärung möglich, die auch weit über Afghanistan hinausgehende Aspekte einschließt. Aber einige für unser Thema essentielle Kernpositionen sollen zumindest kurz referiert werden.

1. Nach Obamas Auffassung ist Afghanistan noch nicht verloren, obwohl die Lage sich seit Jahren ungünstig entwickelt hat. Es steht keine unmittelbare Machtübernahme durch die Taliban bevor, aber selbst der unbefriedigende status quo ist nicht als auf Dauer gesichert anzusehen. Die La-

ge ist ernster, als bisher von allen Verantwortlichen angenommen.

2. Es ist im vitalen nationalen Interesse der USA, 30 000 weitere Soldaten nach Afghanistan zu entsenden, um die militärische Initiative zu gewinnen und die afghanischen Sicherheitskräfte auf die zur Selbstverteidigung notwendige Stärke zu bringen, damit die USA in 18 Monaten mit dem Abzug ihrer Truppen beginnen können.

3. Diese Entscheidung wurde getroffen, weil Amerikas Sicherheit in Afghanistan und Pakistan auf dem Spiel steht. Die Ziele des militärischen Engagements bleiben die gleichen: der Sieg über die Al Qaida in Afghanistan und Pakistan und ihre Ausschaltung, um zu verhindern, dass sie jemals wieder die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten bedrohen können.

4. Dazu ist es notwendig, dass mehr Afghanen am Kampf teilnehmen und dass die Verantwortung für den Kampf schrittweise auf Afghanistan übertragen werden kann.

5. Die zweite, nichtmilitärische Säule des Konzepts besteht in einer effektiven zivilen Strategie, die stärker als bisher die zivilen Strukturen unterstützt, aber klare Forderungen nach guter Regierung, Verantwortlichkeit und entschiedenem Kampf gegen Korruption stellt. Die direkte wirtschaftliche Zusammenarbeit soll auf Bereiche konzentriert werden, in denen ein unmittelbarer Nutzen für die Bevölkerung erreicht werden kann – z. B. die Landwirtschaft.

6. Es muss absolut klar sein, dass ein Erfolg in Afghanistan untrennbar mit einem Erfolg gegen den gleichen Gegner in Pakistan verbunden ist. Das erfordert eine gemeinsame Strategie und die Anerkennung der Tatsache in Pakistan, dass es sich nicht aus diesem Ringen heraushalten kann.<sup>27</sup>

Über den allgemein diskutierten Fakt der Truppenaufstockung hinaus ist bemerkenswert, dass Obama eingesteht, dass die USA und die NATO in Afghanistan nicht mehr die militärische Initiative besitzen, aber sich weitestgehend auf Al Qaida konzentrieren, die aus meiner Sicht überhaupt nicht der entscheidende militärische Gegner in Afghanistan ist, und daher die eigentliche bewaffnete Opposition außen vor lässt. Deutlich erkennbar ist der Versuch, diesen von USA und NATO ausgelösten und geführten Krieg schnellstmöglich zu afghanisieren, eine ausgesprochen zweischneidige Konzeption. Unübersehbar ist auch der implizite Druck auf Pakistan, sich stärker in diesem Krieg zu engagieren. Eingerahmt wird dies alles mit der nachdrücklich behaupteten, aber keineswegs bewiesenen These, dass in Afghanistan und Pakistan die Sicherheit der USA auf dem Spiel steht. Das ist faktisch eine direkte Fortsetzung der Argumentationslinie der neokonservativen Bush-Administration und letztlich auch der darauf basierenden gescheiterten Strategie. Es wird deutlich, dass man sich unter verschiedenen Aspekten mit dieser Erklärung noch konkret auseinandersetzen muss. Hier nur einige wenige Anmerkungen im Kontext zu dieser Strategie.

Gegenwärtig gibt es eine rege Diskussion um die Frage, ob die von Barack Obama beschlossenen und von der NATO beflissen akzeptierten Truppenverstärkungen eine qualitative Veränderung der militärischen Lage in Afghanistan und der Sicherheitssituation insgesamt bringen werden. Es ist gleichermaßen interessant wie bedauerlich, dass diese immerhin grundsätzliche Frage überwiegend politisch beantwortet wird und zwar je nach politischem Standort bejahend oder verneinend. Es wäre aber notwendig, dieses Problem unter Heranziehung der Erfahrungen anderer Kriege in Afghanistan



auch nüchtern militärisch zu beleuchten, ehe ein solches Vorgehen erneut Tausende von Menschenleben kostet. Die nachfolgenden Bemerkungen können daher nur eine persönliche Sicht, ein Aufwerfen zu klärender Probleme sein. Eines soll aber vorab zu bedenken gegeben werden: Eine Strategie, die eindeutig auf den scheinbaren Erfolg des US-Exitmanövers in Irak abhebt, der erst ab 2012 feststeht oder auch nicht, kann angesichts eines völlig anderen Operationsfeldes und eines überhaupt nicht mit dem Irak zu vergleichenden Gegners grundsätzlich nur mit sehr großer Zurückhaltung betrachtet werden.

Mit welchen Faktoren wird die NATO also konfrontiert werden?

Erstens werden die Taliban entgegen den Hoffnungen einiger US-Generale sich nicht zu offenen Feldschlachten stellen. Das zusätzliche Kontingent von 40 000 Mann wird also, auf das ganze Land bezogen, quasi versickern. Hinzu kommt die angesichts der gezielten Angriffe auf den Nachschub sowohl in Afghanistan als auch in Pakistan immer schwieriger werdende Logistik, ganz zu schweigen von den künftigen Kosten des Unternehmens. Offizielle Untersuchungen des Kongresses sprechen von einer Million Dollar pro Soldat – d. h. allein die von Obama beschlossene Truppenverstärkung wird mit mehr als 30 Mrd. Dollar zu Buche schlagen.

Auch wenn die Taliban sich nicht zur offenen Feldschlacht stellen, besteht die sehr konkrete Gefahr, dass sie ihre Operationsfähigkeit erhöhen und unter Nutzung moderner Kommunikationstechnik mit regional koordinierten Angriffen kleiner, hochmobiler Einheiten die NATO-Truppen in noch größere Schwierigkeiten als bisher bringen.

Wenn sich der bewaffnete Widerstand von Kräften außerhalb des traditionellen Taliban-Umfeldes weiter ausdehnt, gibt es in Afghanistan zunehmend keine Etappe mehr, sondern der Kampf muss dann in allen Teilen des Landes und in mehreren Richtungen geführt werden.

Das bedeutet, dass die Fortsetzung der bisherigen operativen Praxis der NATO-Truppen mit lediglich mehr Soldaten keine substantielle Änderung der Lage bringen kann. Truppenstärke und Technik allein entscheiden keine Guerrilla-Kriege, das hat Vietnam gezeigt und das hat das 130 000 Mann starke UdSSR-Kontingent plus Armee der DRA, die nicht nur die dreifache Stärke der heutigen afghanischen Armee, sondern auch eine weitaus höhere Kampfkraft besaß, zwischen 1979 und 1992 am eigenen Leibe erfahren.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor für die künftige Strategie der NATO ist die von ihnen selbst aufgebaute und ausgebildete afghanische Armee.

Die Armee ist von ihrer Sollstärke von angestrebten ca. 300 000 Mann weit entfernt. Gegenwärtig sind (noch) 97 000 Mann eingeschrieben, aber keineswegs etwa bereits unter Waffen stehend. Wilfried Nachtwei betrachtet es bereits als einen Erfolg, dass etwa 30 000 Mann in der Lage sind, unter eigener Führung zu operieren. Und das angesichts der Tatsache, dass die Stärke der bewaffneten Opposition in afghanischen Polizeikreisen auf etwa 2 000 Gruppen und ca. 200 000 Mann geschätzt wird.<sup>28</sup>

Selbst militärische Quellen kommen nicht umhin, den sehr niedrigen Ausbildungsstand zu konstatieren, der viele Ursachen hat, aber auch daraus resultiert, dass ein erheblicher Teil der Rekruten aus Analphabeten besteht und daher moderne Waffen nicht beherrschen kann.

Die Armee verfügt über eine ausgesprochen unzureichen-

de Ausrüstung, sie ist im Prinzip noch eine Art Landwehr, aber keine moderne Armee.

Die Armee leidet unter einer hohen Desertionsrate, die bis 2008 etwa 30 Prozent jährlich erreichte. Der heutige Stand von 10 Prozent wird bereits als Erfolg betrachtet. Das bedeutet in konkreten Zahlen, dass im Jahre 2009 bisher „nur“ etwa eine Division in Kriegsstärke desertiert ist. Die Zahl der verschwundenen Waffen ist aus verständlichen Gründen immer noch Verschlussache.

Hier stellt sich nun die Frage: Wohin gehen die Deserteure? Einfach nach Hause oder vielleicht doch zu den Taliban? Hat man sich schon jemals überlegt, wie viele Rekruten, ob desertiert oder noch nicht, eventuell direkt von den Taliban „delegiert“ worden sind, um nach den unvermeidlichen Abzug der NATO über eigene, vom Westen ausgebildete reguläre Streitkräfte im Kampf um die Macht in Afghanistan zu besitzen?

Wenn man dazu noch den Zustand der Polizei in Rechnung stellt, den Grad ihrer Einsatzfähigkeit, ihre wegen der schlechten Besoldung überdurchschnittliche Anfälligkeit für Korruption und ihre gleichfalls sehr hohe Desertionsrate, dann sind die Perspektiven für eine qualitative sicherheitspolitische Wende in Afghanistan eher düster.

Die NATO steht daher unausweichlich vor der Alternative, entweder zur Schaffung einer einigermaßen stabilen Sicherheitslage letztendlich mit enormen Kosten eine Besatzungsarmee von 200 000 bis 250 000 Mann mindestens bis zum Jahre 2020 zu unterhalten, oder endlich zu erkennen, dass es ein gravierender Fehler war, diesen Krieg überhaupt und in der bisherigen Weise zu führen und als logische Konsequenz die ausländischen Truppen zwar geordnet, aber schnellstmöglich zurückzuziehen. Wenn es um das Schicksal ganzer Völker und um die längst überfällige Beendigung eines aus machtpolitischen Interessen vom Zaune gebrochenen Krieges geht, ist die mögliche Beschädigung des Images eines raumfremden Militärpaktes politisch und historisch irrelevant. Theisen stellt fest, dass der Krieg in Afghanistan weder militärisch noch über zivile Projekte zu gewinnen ist und schlussfolgert: „Die erste Niederlage wird der Nato in Afghanistan nicht erspart bleiben.“<sup>29</sup>

Was nun die Konsequenzen aus dieser Situation für eine deutsche Außen- und Sicherheitspolitik betrifft, möchte ich kommentarlos mit einem Zitat aus dem Spiegel schließen: „In Wahrheit glaubt vermutlich auch längst kein Mitglied der Bundesregierung, dass es – erstens – jemals gelingt, einer Organisation wie al-Qaida an einem lokalen Schauplatz das Handwerk zu legen. Dass es, zweitens, möglich sein kann, die Taliban durch militärische Mittel zur Aufgabe ihres Fanatismus zu bewegen; dass, drittens, Afghanistan ein geeignetes Experimentierfeld dafür ist, eine mittelalterliche Gesellschaft in eine freiheitliche Demokratie zu verwandeln, und dass, viertens, die Bundeswehr die Warlords vom Wert der Menschen-, speziell der Frauenrechte, überzeugt. Keine deutsch-amerikanische Freundschaft rechtfertigt dauerhaft einen militärisch perspektivlosen Einsatz.“<sup>30</sup>

#### Anmerkungen

- 1 Buch, Hans Christoph, „Die Tamtam begannen ihre dumpfen Wirbel“, in: Berliner Zeitung, 7.1.2002 (im Folgenden BLZ).
- 2 Weidemann, Diethelm, Der Afghanistan-Konflikt – Historische und gesellschaftliche Hintergründe, Evolution und Lageentwicklung, Vortrag am 26.11.2009 in Berlin, in: www.rosalux.de
- 3 BLZ, 14. – 15.2.2009.
- 4 Nur ein lebender Osama bin Laden gestattet es, die nach dem



11. September errichtete massive Drohkulisse innerhalb und außerhalb der Vereinigten Staaten bis heute aufrecht zu erhalten.
- 5 Cordesman, Anthony, *The Afghan-Pakistan War: A Status Report 2009. A Brief Summary*, Center for Strategic and International Studies, 12.8.2009; EP/Fraktion GUE/NGL, *Im Windschatten der NATO. Die Europäische Union und der Krieg in Afghanistan*, Brüssel, Oktober 2009, S. 9 – 10.
- 6 Collier, Paul, *Gefährliche Wahl. Wie Demokratisierung in den ärmsten Ländern der Erde gelingen kann*. München, Siedler 2009.
- 7 Theisen, Heinz, „Der Kulturkrieg“, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 2.8.2009.
- 8 „Offenbarungseid Karsais“, in: *Neues Deutschland*, 9.12.2009.
- 9 Ein Pashtune aus einem Grundbesitzer-Clan in der Provinz Paktia erklärte gegenüber Hans Wallow: „Wir Pashtunen sind ein altes, stolzes Herrschervolk. Mit uns zu reden, ist ein Ausdruck von Respekt. Ein Pashtune vergisst keine Beleidigung. Siehe Wallow, Hans, „Verdornte Rosen in Paktia“, in: *ND*, 16.6.2009.
- 10 „Den Stammesbrüdern in Westpakistan stehen die Pashtunen immer noch näher als den afghanischen Tadshiken, Usbeken und Hazaras ... Die Dünnbärtigen und die Hazaras sind käuflich. Wir Pashtunen haben aber noch eine Ehre.“ Ebenda
- 11 Der Präsident eines der ärmsten Länder der Welt, Hamid Karsai, dessen Gehalt in etwa mit dem eines hiesigen Oberstudienrates vergleichbar ist, hat sich kürzlich in Dubai auf der künstlich für Superreiche geschaffenen Insel Palm Jumeirah eine Luxusvilla gekauft. Stewart, Heather/Black, Ian, „Verschollener Ruhm“, in: *The Guardian*, London, zit. nach Freitag, Berlin, 20(2009)50, 10.12., S. 8.
- 12 Der Nepotismus wird besonders in der Staatsspitze augenfällig. Karsais Bruder Ahmed Wali ist sowohl Provinzchef in Kandahar als auch einer der großen Drogenhändler, der vom kleinen Restaurantbesitzer durch massive Privatisierungskriminalität zu einem der reichsten Männer Afghanistans aufstieg. Siehe Ruttig, Thomas, „Wenn ‚ein paar Rupien‘ die Wahlen entscheiden“, in: *ND*, 28. – 29.3.2009; Germund, Willi, „Bruder Präsident, Bruder Drogenfürst“, in: *BLZ*, 13.8.2009.
- 13 Es ist aktenkundig, dass hohe Beamte des Innenministeriums in großem Umfang staatliches Eigentum gegen entsprechende Bestechungsgelder der kriminellen Schattenwirtschaft zugeschoben haben.
- 14 Zahlreiche Urteile zeigen, dass gegen die Rechtsprechung im Regime Karsai selbst die iranische Justiz fast noch liberal erscheint
- 15 Einen interessanten Einblick in diese Problematik gibt der langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Todenhöfer, der schon in den Zeiten der sowjetischen Militärintervention enge Beziehungen zu den Mujaheddin-Gruppierungen unterhielt und sich kürzlich im direkten Operationsgebiet der Taliban aufhielt. Ohne seine Differenzierung der bewaffneten Opposition voll zu teilen, sind seine Überlegungen jedoch eine ernsthafte Diskussion wert. Siehe, Todenhöfer, Jürgen, „Zu Gast bei einer Geisterarmee“, in: *BLZ*, 16.9.2009. Siehe auch Burke, Jason, „Eine perfekte Guerrilla“, in: *The Observer*, London, nachgedr. in *Freitag* 20(2009)30, 23.7., S. 9.
- 16 Precht, Richard David, „Feigheit vor dem Volk“, in: *Der Spiegel*, Hamburg, Nr. 32/2009, 3.8., S. 118.
- 17 Theisen, a. a. O.
- 18 Ruttig, Thomas, s. Anmerkung 12.
- 19 Dadoja, Malalai, „Die große Lüge Afghanistan“, 26.7.2008 in: *ZNnet*. [www.lebenshaus-alb.de/magazin/005859](http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/005859) <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/005859.html>
- 20 kölnische rundschau online, 14.8.2009
- 21 Ruttig, a.a.O.
- 22 Presidential and Provincial Council Elections 2009. Afghanistan 2009 Elections. <http://iec.org.af/results/index.html> (16.9.2009); Präsidentschaftswahl in Afghanistan 2009. <http://de.wikipedia.org/präsidentschaftswahl> in Afghanistan 2009 (17.9.2009).
- 23 Siehe u. a. (in chronologischer Reihenfolge). Germund, Willi, „Wahlfälschung auf Afghanisch“, in: *BLZ* 22. – 23.8.2009; Ruttig, Thomas, „Der große Betrug am Hindukusch“, in: *ND* 4.9.2009; „Großer Betrug bei Afghanistan-Wahl“, in: *Süddeutsche Zeitung*, München, 11.9.2009 (im folg. SZ); „Wahl in Afghanistan wurde massiv gefälscht“, in: *SZ* 17.9.2009.
- 24 *BLZ* 20.10.2009; *ND* 21.10.2009 und ebenda 22.10.2009. Siehe auch Boone, Jon, „Afghanistan: anatomy of an election disaster“, in: *The Guardian*, 20.10.2009. [www.guardian.co.uk/world/2009/oct/20/](http://www.guardian.co.uk/world/2009/oct/20/), [www.guardian.co.uk/world/2009/oct/20/afghanistan-election](http://www.guardian.co.uk/world/2009/oct/20/afghanistan-election)
- 25 Fras, Damir, „Zu Gast beim Wahlbetrüger“, in: *BLZ* 20.11.2009.
- 26 Alexander, Dietrich/Mühlmann, Sophie, „Karsai wird der Sieg geschenkt“, in: *Berliner Morgenpost*, 2.11.2009; „Afghanistan hat keine Wahl mehr“, in: *ND* 3.11.2009.
- 27 The White House. Office of the Press Secretary, December 01, 2009. „Remarks by the President in Address to the Nation on the Way Forward in Afghanistan and Pakistan“, [www.whitehouse.gov/the-press-office/remarks-president-address-nation-way-forward-afghanistan-and-pakistan](http://www.whitehouse.gov/the-press-office/remarks-president-address-nation-way-forward-afghanistan-and-pakistan).
- 28 Wallow, „Verwilderte Rosen ...“, a. a. O.
- 29 Theisen, a. a. O.
- 30 Precht, a. a. O., S. 118.

## Aus der internationalen Linken

### Ein harmonischer Parteitag

*Vom 18. Parteitag der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE) berichtet Willy van Ooyen, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag. Der Parteitag, der vom 6. bis 8. November 2009 in Madrid stattfand, verabschiedete einmütig 172 politische Thesen, ein Grundlagenpapier zu Organisation und Finanzen und reformierte das Statut der Partei.*

Die Diskussion der politischen Dokumente endete erwartungsgemäß: Mit 82 Prozent Ja-Stimmen wurde die Unterstützung der PCE für die Vereinigte Linke (IU) und den Prozess ihrer Neugründung angenommen. Nur weniger als 13 Prozent (56 Delegierte aus Asturien, Salamanca, der Extremadura und eine Minderheit aus Madrid) unterstützten einen Antrag zum Austritt der Partei aus der IU und ein eigenständiges Antreten bei Wahlen. Auch andere bisher in Opposition stehende Gruppen, wie jene von Juan de Dios Villanueva aus Sevilla, schlossen sich dem offiziellen zur Diskussion stehenden Programmvorschlag an, ein weiteres Beispiel für den großen Rückhalt des neuen Generalsekretärs in der Organisation. In der Endabstimmung wurden die Politischen Thesen mit überwältigender Mehrheit, bei nur vier Gegenstimmen und 13 Enthaltungen, angenommen.

Atmosphärisch war Erleichterung, Entspannung und neues Selbstbewusstsein deutlich spürbar. Die Delegierten waren sich auch darin einig, dass die PCE das Ergebnis der „Neugründung“ der IU nicht vorwegnehmen dürfe, sondern alle politischen Schritte müssten gemeinsam beschlossen werden, einschließlich der Dokumente und des Namens, der sich aus diesem Prozess ergeben wird. Die kommunistische Partei wird in diesem Diskussionsprozess die Meinung vertreten, dass die IU erhalten bleiben soll.

Die PCE beschloss auch, ausschließlich Beziehungen mit den CCOO (Comisiones Obreras) aufrecht zu erhalten und sich nicht anderen Gewerkschaften zu öffnen. Diese Haltung wurde mit einer Zustimmung von 70 Prozent angenommen und damit Polemiken, die bis in die 1990er Jahre zurückreichen, ein Ende gesetzt. Die traditionalistischen Positionen hinsichtlich IU und CCOO sind klar in der Minderheit geblieben. Die Partei sprach sich für eine „ökologische Wende“ aus. Die Delegierten nahmen einen Antrag an, der ein grünes Modell befürwortet. Diese Positionierung erhielt bei der Abstimmung fast 94 Prozent Zustimmung.



Der Europaabgeordnete Willy Meyer betonte in einem Interview mit El Pais, dass die Kommunistische Partei Spaniens schon früher eine antistalinistische Stellung eingenommen habe. In der UdSSR hat es eine Degeneration seit Stalin gegeben. Die UdSSR hat angefangen zu verlieren, weil sie sich vom kommunistischen Grundgedanken weit entfernt habe. Zum Fall der Mauer: Was wir nicht teilen, ist der Zynismus derjenigen, die den Fall dieser Mauer feiern und die von Palästina oder von Mexiko begrüßen.

Eindeutiger Höhepunkt des Parteitages war die Rede von Cayo Lara, Generalkoordinator der Vereinigten Linken (IU). Er nahm in seiner mit stürmischem Beifall und großen Emotionen begleiteten Rede zur Frage des Generalstreiks Stellung: Derzeit werde es keinen geben, weil die Mehrheitsgewerkschaften der Meinung sind, dass die Bedingungen dafür aktuell nicht vorhanden sind. Umso notwendiger sei es deshalb, die Menschen zu mobilisieren, auf die Straße zu gehen, um die Ablehnung dieses Systems zu zeigen.

Eingangs bedankte er sich bei der Partei und hob wörtlich das äußerst freundschaftliche Verhältnis zwischen Partei und IU hervor, als zweites bedankte er sich bei den Gästen der Parteien Lateinamerikas und würdigte die Bedeutung der dortigen Entwicklung, um gleich darauf auch auf Europa und die europäischen Linksparteien einzugehen und zu betonen, wie wichtig die verstärkte Zusammenarbeit sei. Er betonte die Bedeutung der Präsenz dieser Parteien auf dem Kongress. Gesondert ging er auf das wichtige Beispiel der Erfahrungen der deutschen LINKEN ein und betonte die Notwendigkeit einer allgemeinen politischen Entwicklung der kommunistischen Parteien.

Als seine wesentlichsten Referenzpersonen in der politischen Arbeit nannte er J. L. Centella, W. Meyer und F. Frutos. Nach seiner Rede umarmten sich Centella und Lara im Blitzlicht der Fotografen. Der Saal tobte, es gab stehende Ovationen, Sprechhöre, Tränen etc.

Jose Luis Centella ist der neue Generalsekretär der Kommunistischen Partei Spaniens. Er war in der KP Spaniens bisher verantwortlich für Internationale Beziehungen und Vorstandsmitglied der Europäischen Linkspartei. Gleichzeitig war er Parteisekretär in Andalusien und Koordinator der IU im Küstenort Benalmadena. Gemeinsam mit Maite Mola, ebenfalls EL-Vorstandsmitglied, zeichnete er auch für das umfangreiche Papier, das dem Parteitag zur Diskussion und Abstimmung vorlag, verantwortlich. Er bzw. die von ihm geführte Liste erhielt 85,29 Prozent der Delegiertenstimmen. Centella tritt die Nachfolge von Francisco Frutos an, der nach elfjähriger Amtszeit nicht mehr für den Posten des Generalsekretärs kandidiert hatte.

Centella, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei von Andalusien (PCA) ist, führte die Kandidatur im Bundesvorstand der Kommunistischen Partei Spaniens an; 429 stimmten für die Liste, 72 gaben „weiße Zettel“ ab und zwei stimmten gegen die Liste. Außerdem bleibt Centella Verantwortlicher für Internationale Beziehungen der Kommunistischen Partei Spaniens und ist Mitglied des Präsidiums der IU. Erstmals seit vielen Jahren hat es eine einzige Liste als Wahlvorschlag für das Leitungsgremium gegeben. Im neuen Comite Federal mit 123 Mitgliedern gibt es mehr Frauen und 40 Prozent neue Gesichter. Jose Luis Centella (Cordoba, 1958) eröffnet eine neue Etappe in der Entwicklung der Partei (El Pais). In seiner ersten Rede als Generalsekretär betonte er die dringende Notwendigkeit einer großen Mobilisie-

rung gegen das Kapital, denn alle, auch die besten Programme seien sonst nur Papier und brächten nichts.

Der Parteitag solle ein Parteitag der Mobilisierung sein, eine Mobilisierung, die sich nicht auf die Straße beschränken darf, sondern die auch ein ideologischer Kampf sein muss, denn wenn wir den Kampf der Ideen verlieren, haben wir schon verloren. Er rief auch zur Einheit und zur Mobilisierung mit den Gewerkschaften auf. Insbesondere diese müssten ihren Mitgliedern die Notwendigkeit von Aktionen verständlich machen.

Die Beziehungen zu den spanischen Gewerkschaften, besonders zu den Comisiones Obreras spielten auf dem Parteitag eine wesentliche Rolle. Auch von Gewerkschaftsseite wurde ein stärkeres gemeinsames Interesse signalisiert: Nicht nur der Vorsitzende der Comisiones Obreras, sondern auch der Vorsitzende der den Sozialdemokraten nahestehenden Gewerkschaft nahmen an dem Parteitag teil. Man kann von einer wieder wachsenden Nähe zwischen der Partei (bzw. IU) und den Comisiones sprechen.

Eine aktive Rolle auf dem Parteitag spielte der kommunistische Jugendverband „Die Revolution ist im XXI. Jahrhundert möglich. Es geht nicht ums Warten auf Veränderung in hundert Jahren, sondern um eine Mobilisierung jetzt“, so Jose Luis Centella. „Statt einer Linken voller Hemmungen, brauchen wir eine Linke ohne Komplexe.“

Nach seiner Wahl am Ende des dreitägigen Kongresses sprach der neue Generalsekretär von einem heftigen Ruck, von einem „Generationswechsel“, um die inneren Konflikte zu beenden, und gelassen den Prozess mit der IU zu beschreiten. „Diese Debatte bedeutet, sich als verlässlicher Partner der IU zu verstehen, zu zeigen, dass diese Bewegung auf die Kommunistische Partei Spaniens rechnen kann. Wir werden loyal sein“, sagte Centella. „Wir stehen zur der heldenhaften Vergangenheit unserer Partei, es gibt nichts, wofür wir uns zu schämen hätten.“

Bei der politisch interessanten Frage, ob die IU als bloßes Wahlbündnis angesehen werden sollte (eine kleinere Minderheit war für Austritt und eigenständige Kandidaturen) oder als „politisches und soziales Projekt“ sprach sich eine deutliche Mehrheit für Letzteres aus. Allerdings ist auch klar, dass die KP bei der Debatte um die Neugründung der IU das Heft in der Hand haben wird. Zu überdenken werden auch die Frage des Verhältnisses von Partei und Bewegung sowie der parlamentarischen Präsenz der Bewegung gegenüber einer sich zurückhaltenden Partei sein.

Bereits am Samstag hatte eine Diskussion über die internationalen Beziehungen und die EL stattgefunden. Forderungen nach einem EL-Austritt wurde eine klare Absage erteilt. Auch eine Neubewertung des Realsozialismus, insbesondere der Rolle der Sowjetunion in eine orthodoxe Richtung wurde abgelehnt.

Von den anwesenden ausländischen Parteien wurden Vertreter der KP Kubas, der KP Vietnams und der portugiesischen KP gebeten, im Plenum zu sprechen.



## Beschluss der KPRF zum 65. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg

*Interview mit Iwan Melnikow, stellvertretender Vorsitzender der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF); aus: „Sowjetskaja Rossija“, 29. September 2009*

### ● Die Führung der KPRF hat sich schon häufig zum Thema des Großen Vaterländischen Krieges geäußert. Was ist neu an dem vorliegenden Beschluss?

Wenn man das Thema des Großen Vaterländischen Krieges und des Zweiten Weltkrieges insgesamt neu durchdenken will, dann ist der Hintergrund wichtig, vor dem das geschieht. Dieser nimmt sich gegenwärtig vorwiegend negativ aus. Einerseits ist in mehreren westlichen Ländern und auch in einigen Staaten Osteuropas eine Kampagne der Verfälschung des Bildes dieses Krieges im Gange. Andererseits werden die Veteranen immer weniger, mit deren Berichten und deren Beispiel in unserem Land viele Generationen aufgewachsen sind. Diesen Verlust an zielbewusster, durchdachter Arbeit wollen oder können die heutigen Medien oder gar offiziellen Stellen nicht ersetzen. Daher haben wir uns zur Aufgabe gestellt, die Tatsachen und Grundeinschätzungen zu dieser Zeit klar und verständlich darzulegen. Das ist in dem hier zur Rede stehenden Beschluss des ZK der KPRF nach meiner Meinung gut gelungen. Er ist nicht nur für die Propaganda gedacht, sondern soll den Menschen einen echten Bildungszuwachs bringen. Würde man diesen Text für ein Geschichtslehrbuch benutzen, dann könnten wir sicher sein, dass unsere Kinder mit Respekt und Anerkennung für die Heldentaten der Kriegsgeneration als wahre Patrioten aufwachsen.

### ● In die Geschichtslehrbücher wird er leider wohl kaum Eingang finden, denn zwischen dem Sieg im Vaterländischen Krieg und dem Modell, dem die Sowjetgesellschaft folgte, besteht doch ein direkter Zusammenhang?

Das ist richtig. Wir analysieren den Zweiten Weltkrieg daher auch ganz bewusst vom Klassenstandpunkt her. Das wird schon in den ersten Sätzen des Beschlusses deutlich: „Die Krise des Kapitalismus hat im 20. Jahrhundert zweimal zu blutigen Weltkriegen geführt. An der Wende von den 1920er zu den 1930er Jahren hat der Imperialismus als reaktionärste und hässlichste Frucht der Bourgeoisie den Faschismus hervorgebracht ... Die Existenz der UdSSR war für die Weltoligarchie unerträglich. Selbst angesichts der Gefahr der Versklavung durch den Faschismus hatte in den Fragen von Krieg und Frieden lange Zeit das Klasseninteresse der bürgerlichen Demokratien das Übergewicht. England, Frankreich und die USA waren sich mit Hitlerdeutschland einig in dem Bestreben, den ersten Staat der Arbeiter und Bauern in der Welt zu vernichten.“

Zugleich wird darauf hingewiesen, wie effektiv die Sowjetregierung, die diese Bedrohung erkannte, an der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Staates arbeitete: „Durch einen einzigartigen Sprung in der industriellen Entwicklung gelang es der UdSSR, das feste Fundament künftiger Siege zu legen und damit ihre Zukunft zu sichern.“ In dem Teil des Beschlusses, wo der Verlauf des Krieges dargelegt wird, heißt es klar und eindeutig, dass der Sieg nicht mit bloßen Händen errungen wurde. Die Sowjetmacht brachte eine gan-

ze Schar talentierter Konstrukteure hervor. Aus Arbeiter- und Bauernjungen wurden kreative Köpfe, von denen viele in dem Beschluss namentlich erwähnt werden. Die Schule der sowjetischen Konstrukteure war stärker als die größten technischen Genies der Faschisten, denen das wissenschaftliche und industrielle Potenzial nahezu ganz Europas zur Verfügung stand. Ich denke, diese Seite des Krieges wird mit so vielen überzeugenden Argumenten geschildert, dass Behauptungen sich als haltlos erwiesen, die UdSSR habe den Sieg nur durch ihre Mobilisierungswirtschaft und mit dem Schweiß politischer Gefangener errungen. Grundlage des Sieges war die heroische Arbeit der gesamten Gesellschaft, in der jeder wusste, wie wichtig sein eigener Beitrag war, sich unter Gleichgesinnten fühlte und den Kampf für Heimat und Vaterland nicht als leere Losung begriff. Schließlich ging es um ein Vaterland, wo eine gerechte Gesellschaft aufgebaut wurde, die von der Ausbeutung des Menschen im Interesse einer Handvoll Geldsäcke befreit war. Dazu heißt es im Beschluss: „Ein derartiger Massenheroismus war den Armeen der bürgerlichen Staaten fremd. In den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges wurden über 11 000 Soldaten als Helden der Sowjetunion geehrt. Darunter waren 8 160 Russen, 2 068 Ukrainer, 309 Belorussen, 161 Tataren, 108 Juden, 96 Kasachen und viele Angehörige weiterer Nationalitäten. Die Völker unseres sozialistischen Vaterlandes standen zusammen. Deshalb waren sie unbesiegbar.“ Das ist kein hohles Pathos. Helden gab es in allen Ländern. Aber die sowjetischen Menschen haben so gekämpft, dass man ihnen ein Denkmal für Standhaftigkeit setzen müsste.

### ● Heute wird der Plan „Ost“ gern verschwiegen, nach dem die Faschisten die Bevölkerung Osteuropas und der UdSSR, vor allem die slawischen Völker, ausrotten wollten.

Auch darauf geht der Beschluss ein. Manche hätten es gern, dass davon keine Rede mehr ist. Im Beschluss heißt es dazu: „Wer versucht, die Existenz des menschenfeindlichen Planes ‚Ost‘ zu bestreiten oder vergessen zu machen, vergeht sich am historischen Gedächtnis der Menschheit. Die Umsetzung dieses Planes hat das Sowjetvolk gewaltige Opfer gekostet. Von den 26,6 Millionen Toten, die dieser Krieg in unserem Lande gefordert hat, waren fast zwei Drittel Zivilisten, die zum Teil mit den barbarischsten Methoden ums Leben gebracht wurden.“ Darauf soll hingewiesen werden, da jetzt das Thema des Krieges überall in der Welt wieder stärker debattiert wird, aber mit völlig anderen Akzenten. Da geht es vor allem um die Auseinandersetzungen in der Führung des faschistischen Deutschlands, um die Beteiligung der europäischen Mächte – wobei stark übertrieben wird – und um alles mögliche Andere. Vom Kampf der slawischen Völker, vor allem denen der Sowjetunion, gegen ihre Versklavung, ist jedoch kaum etwas zu hören. Hier wird das Bild des Krieges stark entstellt. Gar nicht davon zu reden, dass man versucht, Faschismus und Sowjetmacht auf eine Stufe zu stellen. Das darf auf keinen Fall geschehen. Eine exakte Behandlung des Planes „Ost“ wird der jungen Generation die Augen öffnen, worum es in diesem Krieg wirklich ging.

### ● Das ist wohl nötig, und zwar von Anfang an – mit der Wahrheit über den Molotow-Ribbentrop-Pakt, der heute von gewissen Politikern in Europa dazu benutzt wird, die UdSSR beinahe zum Auslöser des Zweiten Weltkrieges zu erklären.

Diese Frage konnten wir in dem Beschluss nicht umgehen. Ich zitiere: „Die Sowjetregierung, konfrontiert mit dem



verräterischen Spiel des Westens, fasste den Beschluss, den Nichtangriffspakt mit Deutschland zu unterzeichnen. Diesen Schritt ging die Sowjetunion als letzte in Europa.“ Was hat das gebracht? Zwei Jahre von unschätzbarem Wert für die Stärkung der Verteidigung unseres Landes. Das war nach unserer Meinung zweifellos ein Erfolg der sowjetischen Diplomatie. Die UdSSR hat nicht zugelassen, dass sich die imperialistischen Mächte zu einem antisowjetischen Block zusammenschließen. Die politische Spaltung der europäischen Staaten schuf die Voraussetzungen dafür, dass später die Antihitlerkoalition entstand.

### ● Welche Pläne hat die Partei für das Gedenken an den 65. Jahrestag?

Gemeinsam mit Veteranenverbänden und Jugendorganisationen werden wir zahlreiche Veranstaltungen durchführen, Gedenkfeiern und Treffen mit Veteranen von Front und Hinterland. Wir wollen erreichen, dass die Generationen sich begegnen. Das Gedächtnis an diesen Krieg zu bewahren ist eine Aufgabe für jeden Kommunisten und Patrioten. Da heute gewisse Kreise die Geschichte verfälschen und die Grenze zwischen Gut und Böse verwischen wollen, sehen wir es als unsere Aufgabe an, die wahre Bedeutung dieses Sieges Schritt für Schritt der Öffentlichkeit wieder ins Bewusstsein zu bringen. Dafür werden wir auch andere mit diesem verbundene Themen behandeln – vom 130. Geburtstag Stalins bis hin zur Kurilenfrage. Es wird eine Rundtischdiskussion zum Thema „65 Jahre Sieg – Geschichte und Gegenwart“ geben. Wir werden eine Gedenkmedaille stiften. Und im Mai 2010 wollen wir eine Festveranstaltung mit möglichst breiter Beteiligung organisieren. Bei jeder Veranstaltung in Moskau und den Regionen ist es unser Anliegen, den Sieg nicht nur als historische Tat unseres Volkes darzustellen, sondern zugleich als Beweis für die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus.

## Solidarität mit Kuba vor neuen Herausforderungen

Von Brigitte Schiffler, Cuba Sí Hamburg;  
aus: „Disput“ Nr. 1/2010

Anders als in vielen Ländern dieser Welt muss in Kuba niemand hungern, doch die sozialistische Gesellschaft steht angesichts globaler Wirtschaftskrise, verheerenden Naturkatastrophen und Wirtschaftsblockade der USA vor gewaltigen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund fand im Dezember 2009 ein Nachhaltigkeitsworkshop in Kuba statt, an dem vier Mitglieder der AG Cuba Sí und drei Vertreter der Partei Die Linke teilnahmen, um die gegenwärtige Entwicklung der von Cuba Sí geförderten Projekte zu analysieren und angesichts der weltweiten Krise neue Handlungsziele zu formulieren.

Seit 1993 gibt es die Solidaritätsprojekte „Milch für Kubas Kinder“, die nach dem Zusammenbruch der osteuropäischen Planwirtschaften und den dadurch ausbleibenden Futtermittellieferungen im Einklang mit den begrenzten finanziellen Möglichkeiten des Landes die Produktion von Milch auf der Basis ökonomischer, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit ermöglichen sollen. Seitdem ist viel erreicht wor-

den. Heute existieren in vier Provinzen Milchprojekte, die viele Arbeitsplätze mit guten Konditionen geschaffen haben, die integriert in lokale Produktionsstrukturen sind und umweltschonende Technologie und Technik einsetzen. Cuba Sí unterstützt im Einzugsbereich der Projekte auch Forschungseinrichtungen zu einheimischen Futtermitteln, Rinderzuchtanlagen, Kantinen- und Schuleinrichtungen, Kulturprojekte und Weiterbildungsmaßnahmen.

Partnerorganisation für die Projektdurchführung ist ACPA, die kubanische Vereinigung für Tierproduktion, eine NGO mit 35 000 Mitgliedern in ganz Kuba, die mit Teresa Planas Pérez eine Frau zur Präsidentin gewählt haben. Im November 2006 fand erstmals ein Workshop zur Bewertung der Nachhaltigkeit der Milchprojekte statt, beim zweiten Workshop im März 2008 war die Aufgabe, die Umsetzbarkeit der im ersten Workshop ausgearbeiteten Empfehlungen zu analysieren. Bei diesem dritten Workshop ging es nun um die Dimensionen der veränderten Bedingungen und um eine entsprechende Neuausrichtung der Projekte. Das Besondere an den Workshops ist die breite Teilnahme von Produzenten und Spezialisten aus den Projekten. Gemeinsam mit Vertretern des Landwirtschaftsministeriums und der kubanischen Vereinigung für Milchproduktion fand die Auswertung der Herausforderungen, Gefahren und Risiken, Alternativen und Lösungen für die zukünftige Zusammenarbeit statt.

Die Errungenschaften: Die Projekte sind erfolgreich. Überall ist die Milchproduktion gestiegen, neue Futterpflanzen gewährleisteten hohe Qualität der Milch und damit höhere Preise, die Böden sind verbessert worden, es werden keine Pestizide benutzt, hochwertiges Saatgut wurde zurückgelegt, Informatik und strategische Planung angewandt.

Die wichtigsten Neuerungen: Es wird nicht nur Milch produziert, sondern mit dem Ziel der Verbesserung der Ernährungslage werden zunehmend Kaninchen, Büffel und Ziegen gezüchtet. Das Programm zur Diversifizierung der Landwirtschaft enthält auch die Herstellung von organischen Düngemitteln. Es werden nach wie vor in erster Linie Genossenschaften und Staatsbetriebe unterstützt, aber auch einzelne Privatbauern erhalten nun zur Erhöhung der Lebensmittelproduktion Fördergelder, was intensiv diskutiert wurde.

Fazit: Die Privatbauern bereichern sich nicht, denn sie sind eingegliedert in Kredit- und Dienstleistungscooperativen, müssen eidesstattliche Erklärungen über ihre Einkommen abgeben und sind zur Abgabe eines Teils ihrer Produkte verpflichtet. Alles, was sie verkaufen, wird erfasst. Sie können das ihnen zugeteilte Land weder verkaufen noch vererben.

Als zukünftige Notwendigkeit stellt sich heraus: Der Informationsaustausch zwischen allen Beteiligten soll intensiviert werden. Die Erfahrungen der einzelnen Projekte müssen durch Aufarbeitung, Systematisierung und Verallgemeinerung nutzbar werden, so dass sie als Referenzprojekte wirken können. Gemeinsame Planungsworkshops sollen organisiert, die Mitarbeiter der Projekte systematisch in neuen Lernmethoden und audiovisuellen Medien geschult werden. Und die Projekte sollen längerfristig angelegt werden, um die Planungs- und Genehmigungsprozesse zu erleichtern. Ein Schwerpunkt soll die Förderung von frauenfreundlichen Arbeitsbedingungen sein, z. B. wurde die Einrichtung von Kindergärten angeregt.

Neue Herausforderungen sind: zu wenig Möglichkeiten, die notwendigen Materialien für Reparatur und Ausbau in Kuba zu erwerben; zu teure Technik, um neues Weideland zu



gewinnen; zu wenig Kenntnisse, wie den Naturkatastrophen zu begegnen ist.

Die Teilnehmer waren hoch motiviert und bedauerten, dass die Zeit so knapp war. Aber schon im Januar sollen neue Vorschläge eingereicht werden, und Cuba Sí wird über die großen Herausforderungen beraten.

In den folgenden Tagen konnten wir deutschen Teilnehmer des Workshops mehrere Projekte in drei Provinzen kennen lernen und waren tief beeindruckt, welche Bedeutung unsere solidarische Arbeit für viele Menschen hat. Die umfasst nicht nur die Milchprojekte, sondern auch z. B. ein Kulturhaus für etwa 50 Kinder. Spontan luden sie uns zu einer Theaterprobe ein, und schon waren wir mitten auf der Bühne. Dank ACPA nahmen wir an einer Veranstaltung ihres Projektes Palomas – keine Gewalt gegen Frauen – teil. Prämiert wurde u. a. ein Film über Frauen in Führungspositionen in landwirtschaftlichen Projekten – einige davon lernten wir bei den Cuba-Sí-Projekten persönlich kennen. Starke Frauen, die mit viel Arbeit die Hurrikanschäden beseitigen: „Jede Nacht bin ich voll Vertrauen. Wenn alles organisiert wird, dann bekommt man wieder Mut. Zu sehen, was wir mit den Händen anpflanzen, das ist Freude.“

Etwa 20 Prozent des kubanischen Inlandsprodukts haben die Hurrikane 2008 vernichtet, so Oscar Martínez Cordovés, stellvertretender Leiter der Abteilung internationale Beziehungen der KP Kubas. Der Klimawandel führe zur Verstepfung, die Regenzeit habe sich verschoben. Es hätten auch die Preisanstiege für Lebensmittel und Öl sowie der Preisverfall für Nickel und die geringeren Einnahmen beim Tourismus dazu geführt, dass das Jahr 2009 das schwierigste Jahr für Kuba war. Dennoch werde Kuba weiterhin 60 Prozent seiner Staatsausgaben für Bildung, Gesundheit, Sport, Kultur und Renten ausgeben und hier keine Einschränkungen vornehmen. Kuba müsse die Ungleichheit in den Lebenslagen angehen, doch die Vereinheitlichung zweier Währungen und die Veränderung der Subventionierung von Lebensbereichen ohne Gegenleistung seien schwierig zu lösende Probleme. Hierzu will die Partei vor dem Parteitag einen Kongress veranstalten und die Bevölkerung breit in den Diskussionsprozess einbeziehen.

Spannend waren die Treffen bei Prensa Latina, der kubanischen Nachrichtenagentur, und Mundo Latino, der kubanischen Institution für Dokumentarfilme. Der Präsident von Prensa Latina gab uns einen guten Einblick in Geschichte und derzeitige Arbeit dieses Bereiches. Die wichtigste Aufgabe sei heute, mittels Fernsehsendungen Informationen über das Alltagsleben in Kuba aktuell weiterzugeben. Am 8. Januar 2010 startet eine neue Nachrichtensendung. Aber man stoße auf Grenzen, weil die notwendige Technologie fehlt. Bei Mundo Latino, seit 23 Jahren Filmproduzent über das authentische Leben in Kuba, möchte der Präsident seine Produkte stärker in Deutschland vorstellen und fragt nach Ideen der Zusammenarbeit.

Im Haus der Freundschaft empfängt uns der Vizepräsident des ICAP, der Institution für Völkerfreundschaft, mit der Cuba Sí seit seiner Gründung politisch zusammenarbeitet. Das Jahresabschlussfest der Völkerfreundschaft im Parque Lenin, zu dem wir eingeladen werden, ist ein würdiger Abschluss unserer Delegationsreise.

Wer neugierig auf unsere Arbeit geworden ist, findet mehr Informationen auf unserer Webseite [www.cuba-org.de](http://www.cuba-org.de), z. B. auch über Reisen nach Kuba. Kuba braucht Devisen.

## Bolivien: Sicherheit, Veränderungsprozess und regionale Strategie

*Von Juan Carlos Pinto Quintanilla, Nationaler Koordinator der Regierung Boliviens für Verbindung mit der Zivilgesellschaft und den sozialen Gruppen; aus dem Nachrichtenmagazin *Rebelión* vom 16. Dezember 2009*

Amerika erlebt eine Zeit revolutionärer Veränderungen. Niemals zuvor sind in der Region in solcher Weise die Bedingungen zusammengetroffen, um in unseren Ländern einen strukturellen Wandel von historischen Ausmaßen möglich zu machen. Jahrzehnte des revolutionären Kampfes unserer Völker haben diesen historischen Moment ermöglicht, in dem verschiedene Länder im Rahmen der formalen Demokratie einen Veränderungsprozess beginnen, der die stets vergessenen, von den machthabenden Gruppen mit Geringschätzung behandelten Mehrheiten in den Mittelpunkt rückt, jene, die in der offiziellen Geschichte, die sie selbst gestalteten, immer ignoriert worden sind.

Bolivien hat diesen Weg eingeschlagen und hat dafür viele Gründe. Ausgehend von der Anerkennung der Unterschiedlichkeit seiner Kulturen und der Rückeroberung seiner Würde hat es den Weg der Umgestaltung begonnen unter einer Führung, die die Millionen Gesichter der indigenen Menschen repräsentiert, die diesen Teil Amerikas bevölkern und die von der Geschichte die Anerkennung als Staatsbürger fordern, die ihnen durch eine ausschließende und kolonial gehandhabte Demokratie verweigert wurde.

Dieser strukturelle Wandel, der im Rahmen der formalen Demokratie abläuft, lässt die imperialen und lokalen Usurpatoren der Macht an einen revolutionären Prozess denken. Das ist er tatsächlich, wenn die Revolution auch nur darin besteht, eine Demokratie mit eigener Identität zu errichten, die die bisher Ausgegrenzten einschließt. Die Kämpfe für dieses Ziel durchziehen unsere ganze Geschichte – manchmal als schweigender Widerstand, dann wieder als kraftvolle Erhebungen und Aufstände. Jetzt, da die Mehrheit die Regierung errungen hat, wird der Kampf der Kräfte zu einer permanenten Erscheinung. In einer neoliberalen Betrachtungsweise, die Demokratie als Abwesenheit von Konflikten auffasst, erleben wir eine zunehmende Unsicherheit auf lokaler und regionaler Ebene.

Aber dieses demokratische Aufbauwerk als eine Form, die Konflikte zu organisieren und eine Kultur des Friedens, der Partizipation in der Verschiedenartigkeit zu schaffen, verändert die Begriffe im Verständnis des Zusammenlebens plurikultureller Gesellschaften wie der lateinamerikanischen und auch in den Beziehungen zwischen den Ländern. Der Markt kann nicht mehr das einzige Maß unserer Verbindungen untereinander sein. Vor allem nicht zwischen Ländern, die eine gemeinsame Geschichte des antikolonialen Kampfes besitzen, zwischen indigenen Völkern, die ihre Identität als die Urbevölkerung bis in die Gegenwart bewahrt haben.

### Die Unsicherheit in der kolonialen Unterwerfung

Aus der Sicht der kolonialen und imperialen Herrschaft erleben wir heute einen Prozess regionaler Unsicherheit. Die Formen von Beherrschung und Unterordnung, in denen sich unsere Verhältnisse historisch entwickelt haben, werden in



Frage stellt. Es ist richtig, dass die imperiale und kapitalistische Produktionsweise weiterhin die beherrschende ist und unsere Daseinsweise als Länder bestimmt, die im internationalen Kontext darauf angewiesen sind, die Länder der ersten Welt nachzuahmen und sich ihnen unterzuordnen.

So funktionierte historisch die imperiale Ordnung des Zusammenlebens mit Hilfe von Gruppen an der Macht, die einfach Schemata und Politiken reproduzierten, die nichts mit der Mehrheit der Bevölkerung zu tun hatten, sondern von den schäbigen Sonderinteressen kleiner lokaler Gruppen bestimmt waren, die sich selbst als „national“ betitelten, sich bereicherten, unsere Naturressourcen verschleuderten und unsere Arbeitskraft ausbeuteten. Die kommerzielle Logik der intensiven Ausbeutung unserer Ressourcen, deren Kauf und Verkauf war die Hauptrichtlinie dieses aufgezwungenen Verhältnisses. Seit der Kolonialzeit und über die ganze republikanische Epoche hinweg wurden Desintegration und Konfrontation untereinander in den Bereichen der abhängigen Märkte angestrebt, die das kapitalistische Imperium schuf, um die Naturressourcen entsprechend seinen Interessen auf die effektivste Art ausbeuten zu können.

Niemals wurden die strukturellen Bande in Erwägung gezogen, die unsere Völker miteinander verbinden und die sich im Laufe der Geschichte immer wieder erneuert haben, trotz der zweifelhaften Grenzziehungen zwischen einigen Nachbarländern, deren Völker in Wirklichkeit die gleiche indianische Identität aufweisen, die hinter „nationalen“ Beschränkungen verborgen wird. In der Anfangszeit der Republik träumten ihre Väter von einem Projekt der kontinentalen Einheit, das, ausgehend von unserer Verschiedenheit, eine neue Identität hervorbringen sollte. Aber diese Träume starben unter den Interessen und den Waffen der Machtgruppen, die die Länder unter sich aufteilten und die Grenzen verteidigten, die uns bis heute trennen.

Diese Logik der Konfrontation, die in der historischen Errichtung der Nationalstaaten des Kontinents präsent ist, sollte die „höheren“ Interessen der lokalen Machtgruppen rechtfertigen, die an den indigenen Völkern vorbei den Boden und die Naturressourcen unter sich aufteilten. Einige Länder entschieden sich dafür, Millionen Indigene auszurotten. Andere, die ihre mehrheitlich indigene Herkunft nicht verleugnen konnten, ererbt von Völkern, die zum Zeitpunkt der Kolonisierung bereits Nationen waren, unterwarfen diese einer intensiven Ausbeutung als Arbeitskräfte und schlossen sie von jeglicher politischer Beteiligung aus. Eine rassistische Einfärbung sollte ihnen dazu dienen, die Überlegenheit der kolonialen Herrschaft über die Besiegten zu rechtfertigen.

So entwickelten sich unsere Völker ohne Berücksichtigung der Interessen und Hoffnungen der Mehrheiten. Man ließ sie glauben, die einzige Daseins- und Lebensweise sei die unwürdige Unterordnung und die Bitte um Almosen. Sie sollten mit dem Minderwertigkeitskomplex leben, den Kolonisatoren nicht gleich zu sein, die kamen, um uns zu sagen, dass wir sie nachahmen müssten.

Die Kriegs- und Sicherheitskonflikte des Kontinents sind mit den eigensüchtigen Machtinteressen der Eliten jedes Landes verbunden, die eine nationale Identität zu konstruieren suchten, welche es ihnen gestatten sollte, ihre hegemoniale Herrschaftsstrategie zu behaupten. Diese gründete sich einerseits auf die Mestizisierung als Voraussetzung der staatsbürgerlichen Zugehörigkeit und ließ andererseits die ethnischen und Rassenunterschiede beiseite, um Marktver-

hältnissen zum Durchbruch zu verhelfen. Die kriegerischen Konflikte zwischen den Ländern Lateinamerikas hängen mit der Notwendigkeit zusammen, die strukturellen Probleme bei der Konstituierung der Staaten zu lösen. Da man die Unterstützung des Volkes nicht besaß, musste man in verschiedenen historischen Situationen dazu greifen, einen äußeren Feind aufzubauen, um die nationale Einheit zu wahren.

### Bolivien: der koloniale Charakter des Staates

Bolivien hat in seiner Geschichte kriegerische Konfrontationen mit einigen Nachbarländern erlebt, die allesamt mit territorialen Verlusten endeten. Bolivien entstand als Republik ohne Beachtung seiner plurinationalen Realität. Diese wurde nicht beachtet, weil die Gruppen an der Macht die Ausgrenzung zu einem Charakteristikum des Staates machten. Das ging so weit, dass bis 1952 formal nur 2 bis 5 Prozent der Bolivianer staatsbürgerliche Rechte besaßen. Auch später, als bereits das allgemeine Wahlrecht eingeführt war, blieben die Formen und Inhalte des gesellschaftlichen Zusammenlebens stets ausschließend und rassistisch.

Unter diesen Umständen wurde regionale Sicherheit als ein Problem gesehen, das sich auf permanenter Unsicherheit hinsichtlich des territorialen Bestandes, auf dem historischen Trauma territorialer Zerstückelung gründete. Mit Leichtigkeit konnten Fremde aus den Nachbarländern unsere Grenzen überschreiten und ungehindert unsere Naturschätze ausbeuten, während der Staat seine materielle Präsenz, die Armee und die Sicherheitskräfte, auf die Städte konzentrierte, um gegen die Volksbewegungen vorzugehen, die nicht nachließen, ihre Teilhabe an der öffentlichen Politik zu fordern.

Die Spannungen mit den Nachbarländern hatten als Hauptfaktor die historische Unfähigkeit des bolivianischen Staates zur Bewahrung der Herrschaft über sein Territorium. Das war in ökonomischen Marktinteressen begründet. Man ließ nicht nur den Grenzübertritt von Nachbarn mit eindeutigen Plünderungsabsichten zu, sondern baute ihnen sogar noch Brücken in Form der institutionalisierten Korruption unter den Behörden der Grenzgebiete, die ihren eigenen wirtschaftlichen Vorteil suchten. Der Staat war nicht in der Lage, seine institutionelle Präsenz durchzusetzen, sondern überließ die Nutzung des nationalen Territoriums kleinen Gruppen und lokalen Oligarchien sozusagen als Familienbesitz.

Militärregime wie demokratische Regierungen benutzten die Spannungen mit den Nachbarländern, vor allem mit Chile, um zu einem permanenten nationalen Kreuzzug für eine „Bolivianität“ aufzurufen, die Identität aufbauen und die Differenzen auslöschen sollte. Dabei übersahen sie offenbar, dass Konflikte und innere Konfrontation die Existenzform des bolivianischen Staates permanent in Frage stellten, weil er einen Diskurs mit doppelter Moral führte. Denn während er zur Rückeroberung unserer historischen Territorien und verlorenen Küsten aufrief, betrieb er im Rahmen des Neoliberalismus den freien ökonomischen Austausch, aus dem unsere erklärten Feinde Nutzen zogen.

Somit war der Staat zwar präsent als Monopol der Macht und der Repression zugunsten der Aufrechterhaltung ausschließender ökonomischer Marktmodelle, aber er war abwesend, wenn es um die Teilhabe der Bevölkerung und den Aufbau einer Staatsbürgerschaft ging. Diese Konstellation macht das politische Verhalten der herrschenden Kreise verständlich, die mit einer Kriegslogik versuchten, die Mehrheit





zu unterwerfen, nicht aber zu überzeugen oder einzubeziehen. Eine solche Sicht auf das Land konnte nichts anderes als ständige Konfrontation hervorbringen.

### Sicherheit auf der Basis des „Vivir bien“ („Guten Lebens“)

Evo Morales, der den historischen Anspruch indigener Führerschaft zurückerobert hat, repräsentiert den Bruch mit dieser Staatslogik, die ihre Widersprüche im Rahmen der Konfrontation nicht lösen konnte. Erstmals in der Geschichte des Landes wurde sie durch den überzeugenden Triumph der MAS mit 53,74 Prozent der Stimmen (in den Wahlen vom Dezember 2005 – d. Ü.) nach den Regeln der formalen Demokratie besiegt.

In diesem Zusammenhang gewinnt das Thema der Sicherheit eine neue Perspektive. Die Mehrheit der Bevölkerung erhält Zugang zu besseren Lebensbedingungen, da jetzt der Staat zu einer Widerspiegelung und einem Werk der plurinationalen Mehrheit des bolivianischen Volkes wird. Sicherheit besteht nicht mehr außerhalb des Lebens des Volkes. Angesichts der Umgestaltung des Staates kann sie keine Entschuldigung für Repression oder Konfrontation mehr sein.

Das „Gute Leben“, „Vivir bien“, als Philosophie dieses neuen Transformationsprozesses bedeutet die Möglichkeit für sozialen Ausgleich und die Einbeziehung der Bürger, wobei der Staat im Prozess der Umverteilung und der Durchsetzung der Grundrechte der Bürger die zentrale Rolle übernimmt. Die Nationalisierungen und die allmähliche Umgestaltung der sozialen Verhältnisse für die Mehrheit bringen diesen großen Wandel zum Ausdruck. Während im neoliberalen Staat die Rechtssicherheit der Investitionen und Unternehmen im Zentrum staatlichen Handelns standen, setzt der plurinationale Staat, ohne diese Bereiche zu vernachlässigen, soziale Transformation und Sicherheit für ein besseres Leben der Mehrheit an die erste Stelle.

### Die Armee im Prozess der Veränderungen

Die alten Stützen der kolonialen Staatsräson durchlaufen unter den neuen, veränderten Bedingungen der Demokratie einen Prozess der Transformation. Die alte Armee als Unterdrückungsinstrument, deren letzte Aktion in der Stadt El Alto mehr als 70 Bürger das Leben kostete, als man den neoliberalen Präsidenten Gonzalo Sánchez de Lozada aus dem Lande jagte, erlebt heute einen inneren Wandel. Dieser schließt ihre Loslösung von den Eliten ein. So ist z. B. sichergestellt, dass an der Militärhochschule, bisher das Zentrum der militärischen Ausbildung der Eliten und ihrer Beziehungen zum Imperium, jetzt eine obligatorische Quote von indigenen Teilnehmern gilt.

Ähnlich hat sich in diesen vier Jahren die Rolle des Staates verändert. Die Überschüsse aus der Erdgasproduktion auf Grund der Nationalisierung sind in Sozialprogramme für Kinder, alte Menschen und Frauen gelenkt worden. Für deren Verteilung auf dem gesamten nationalen Territorium wird die Armee eingesetzt, die dadurch in den Augen der Zivilgesellschaft neues Ansehen erwirbt und ein neues Verhältnis zu ihr aufbaut.

Für ihre eigentliche Aufgabe, die Sicherung der Grenzen, hat die Armee den größten Teil ihrer Truppen in die Grenzgebiete verlagert, wo sie neue Kasernen errichtet, um die Souveränität des Staates zu festigen und den Kampf gegen Schmuggel und Drogenhandel zu verstärken. Der plurinationale

Staat stellte Ressourcen für die materielle Ausrüstung der Armee zur Verfügung, die im Kampf gegen den Drogenhandel benötigt werden.

Die militärische Führung trifft wöchentlich mit Präsident Evo Morales zusammen, den sie als ihren Oberkommandierenden voll anerkennt. Unter seinem Befehl hat das Militär Übergriffe paramilitärischer und ziviler Gruppen abgewehrt, die öffentliche Einrichtungen gestürmt und Soldaten gedemütigt haben, in der Hoffnung, damit eine repressive Gegenreaktion des Militärs auszulösen. Aber eine solche ist nicht erfolgt. Die Logik der Gewalt kam nicht zum Ziel. Erst bei dem Massaker im Departement Pando (im September 2008 – d. Ü.), als Paramilitärs und von oppositionellen Präfekten organisierte Bürgerwehren etwa 40 Indigene und Bauern umbrachten, sah sich der Staat gezwungen, die Armee einzusetzen, den Belagerungszustand zu erklären und die Verantwortlichen in Haft zu nehmen.

Dies ist die Grundtendenz, die eines der Merkmale des neuen Nationalgefühls in unserem Lande darstellt: Das Militär nimmt gemeinsam mit den Bürgern an öffentlichen Aktionen teil und begreift sich als Teil des Volkes. Zugleich darf man nicht aus dem Auge verlieren, dass die Armeehierarchie in ihrer großen Mehrheit an der (US-)„Schule der Americas“ ausgebildet wurde und – ob auf Befehl oder aus eigener Initiative – an den Massakern beteiligt war, die die Bolivianer in den neoliberalen Zeiten erleiden mussten. Auch bei den jüngst gescheiterten Abenteuern der separatistischen „bürgerlichen“ Terroristen ist eine gewisse Mitwirkung ranghoher Militärs im aktiven Dienst oder im Ruhestand nicht zu übersehen.

### Die Polizei: alte Aufgaben aus neuer Sicht?

Was die Nationale Polizei betrifft, Garant der öffentlichen Sicherheit im alten Staat, so sind die Bemühungen um ihre Umgestaltung bisher größtenteils ergebnislos geblieben. Immerhin ist es gelungen – wie bei der Armee – der Ausbildungseinrichtung des Oberkommandos der Polizei den Elitecharakter zu nehmen, Vertretern der indigenen Völker eine Polizeikarriere auf hoher Ebene zu ermöglichen und auf diese Weise eine bessere Repräsentanz in den Polizeiorganen zu sichern. Im ganzen Lande ist die Infrastruktur, über die die Polizei verfügt, wesentlich entwickelt worden, um ihre Effizienz zu verbessern.

Die Spezialorgane für den Kampf gegen den Drogenhandel haben ihre Aktivitäten verstärkt, seit die bolivianische Regierung entschieden hat, die DEA (US-Drogenbehörde – d. Ü.) aus dem Land zu weisen, nachdem man festgestellt hatte, dass diese im Antidrogenkampf eine Doppelrolle spielte. So ergaben im Fall Huanchaca Ermittlungen in einem riesigen Laboratorium, dass unter dem Schutz der DEA Fonds für die Destabilisierung von Regierungen, ähnlich wie gegen Nicaragua in vergangenen Jahrzehnten, bereitgestellt wurden.

Seitdem diese US-Institution aus unserem Lande verschwunden ist, haben sich die Erfolge bei der Beschlagnahme von Drogen und der Unterbindung des Drogenhandels verdoppelt. Und das trotz der ständigen Wanderung der Kartelle nach dem „Globo“-Effekt, der bewirkt, dass die Drogenherstellung in Bolivien wächst, wenn in Kolumbien oder Peru die Verfolgung verstärkt wird, und umgekehrt.

Es trifft zu, dass wir nicht über dieselben technologischen Hilfsmittel verfügen, die die DEA besitzt. Aber die Regierung



hat nach dem Prinzip der Souveränität entschieden, dass der Kampf gegen den Drogenhandel von den Bolivianern selbst geführt werden soll. Sie stellte dafür Mittel zur Verfügung und kaufte Technik ein, die uns die Zerschlagung der Drogenkartelle ermöglicht, die auf unserem Territorium agieren.

Obwohl unsere Wirtschaft schwach ist und das Einkommen aus dem Verkauf von Kokablättern weiterhin für eine große Anzahl von Familien in den tropischen Gebieten Boliviens eine wichtige Existenzgrundlage bleibt, strebt man durch Vereinbarung und Abkommen eine Reduzierung der Koka-Anpflanzungen im Rahmen der gesetzlich zulässigen Produktion an. Mit der freiwilligen Zerstörung von Pflanzungen durch gewerkschaftliche Organisationen wurden dabei wichtige Fortschritte erzielt. Sie wollen damit die Regierung auf diesem Gebiet unterstützen.

## Öffentliche Unsicherheit und Lynchjustiz

Die Zahlen zur öffentlichen Unsicherheit in Bolivien sind nicht vergleichbar mit den hohen Werten in den Nachbarländern, aber der Drogenhandel und seine Internationalisierung haben bewirkt, dass auch hier die Gewalt zunimmt. Wegen der gewachsenen Präsenz internationaler Drogenhändlerbanden fordern Bürger ein effektiveres Vorgehen der Polizei und eine Verbesserung der Politik der öffentlichen Sicherheit.

Meist sind es die Armen in Stadt und Land, die am meisten unter den Verbrechen zu leiden haben; ebenso unter der Ineffizienz von Polizei und Richtern, die unfähig sind, in den vom Gesetz festgesetzten Zeiträumen Anklage zu erheben, oder sich dafür hergeben, durch zu große Milde die gesetzlichen Normen in Misskredit zu bringen. Mit ihrer Verschleppungstaktik versuchen sie zugleich die verbreitete Korruption in den Justizorganen zu verschleiern.

Daher kommt es zunehmend zu Fällen von Lynchjustiz, hauptsächlich in Randgebieten der Städte, wo die organisierte Bevölkerung das Recht in die eigenen Hände nimmt. Diese Tatsachen werden von Justizbehörden und Medien, die mehrheitlich in Opposition zur Regierung stehen, benutzt, um die Anerkennung der indigenen und kommunitären Justiz (in der neuen Verfassung Boliviens – d. Ü.) anzugreifen, die willkürlich und mit politischer Absicht mit den Fällen von Lynchjustiz gleichgesetzt wird.

## Zivilputsche, Terrorismus und Tätigkeit der Polizei

Auch die Polizei hat bei den Akten von Aufruhr und Subversion gegen die Regierung Evo Morales eine wichtige Rolle gespielt. Bei dem zivilen Putschversuch einiger Präfekten im Jahre 2008 trat sie als Schutz- und nicht als Repressionsorgan auf. Sie bewahrte die Putschisten vor Gegenwehr. Viele Polizisten, auch höhere Polizeioffiziere, wurden bei der Ausübung ihrer Rolle geschlagen und gedemütigt. Bei Ermittlungen zu diesen verbrecherischen Aktionen zum Schaden von Staatseigentum wurden die Schuldigen festgestellt, aber sie konnten in ihrer großen Mehrheit nicht festgenommen oder vor Gericht gestellt werden, weil sie mit der Komplizenschaft von Richtern rechnen konnten, die in Opposition zur Regierung stehen.

Die geheimdienstliche Tätigkeit der Polizei hat in den vergangenen Monaten zur Zerschlagung einer terroristischen separatistischen Gruppe geführt, die von den „Bürgerbewegungen“ der oppositionellen Präfekten angeworben wurde, um in Bolivien einen Bürgerkrieg zu entfesseln. Ihre Eliminie-

rung führte zur politischen Zerschlagung der oppositionellen Gruppe. Um die Schuldigen und die Finanziere zu verschleiern, warf diese der Regierung und der Polizei „Verletzung der Menschenrechte“ vor. Einer der Beschuldigten, der ehemalige Vorsitzende von „American Watch“ in Bolivien, einer US-Institution, die als „Wächter der Achtung der Menschenrechte“ auftritt, lebt heute als Flüchtling in den USA. Sie finanzierte und deckte die Aktionen der terroristischen Gruppe. Zu diesem wirksamen Handeln in einigen Fällen und ihrem Fehlen in anderen kommt das hohe Niveau der Korruption sowohl auf den oberen Ebenen als auch unter den einfachen Polizisten. Daher gilt die nationale Polizei den Bürgern Boliviens nach wie vor als eine der weniger vertrauenswürdigen Behörden.

## Neue Institutionen im plurinationalen Staat

Armee und Polizei, die Organe der nationalen Sicherheit des kolonialen und republikanischen Staates, behalten zwar ihre institutionelle Rolle, sind aber, wie wir gesehen haben, im Rahmen des neuen Sicherheitsverständnisses, das der plurinationale Staat aufzubauen sucht, in einer Umgestaltung begriffen. Ihre Rolle als Institutionen bleibt in der neuen Verfassung erhalten, die auf diesem Gebiet den Wortlaut der früheren Verfassung übernommen hat, um institutionelle Reibungen zwischen beiden Kräften zu vermeiden. Allerdings unterstreicht die neue Verfassung außerdem eindeutig in ihrem Artikel 10 als ein Grundprinzip, dass Bolivien ein pazifistischer Staat ist, der Aggressionskriege ablehnt und die Einrichtung ausländischer Stützpunkte auf seinem Territorium verbietet. In der Vergangenheit versuchte man unter dem Schatten des äußeren Feindes die wahren Konflikte zu verbergen, die die Bevölkerung erlebt. Man muss anerkennen, dass unter den Prinzipien, die heute die Verfassung leiten, die Selbsterkenntnis unserer Plurinationalität und die Notwendigkeit, Ausgleich und soziale Gerechtigkeit herzustellen, die besseren Wege sind, um nationale und regionale Sicherheit zu schaffen.

## Regionale Sicherheit auf dem Wohlergehen der Völker aufbauen

So muss man die soziale Transformation verstehen, die heute in Lateinamerika in Bewegung gekommen ist. In der ALBA sind diese revolutionären Prozesse aufgegriffen worden, jeder mit seinen eigenen Merkmalen und historischen Besonderheiten, als gemeinsame Grundlage für die Herausbildung einer eigenen lateinamerikanischen Identität, ausgehend von unserer Vielfalt und begleitet von der Entwicklung der Brüderlichkeit, die über die Ziele des Marktes gestellt wird, um dauerhafte Netze der Solidarität auszubilden, die eine Konfrontation ausschließen.

Wichtige Wege sind durch diese kontinentale Annäherung geöffnet worden. Auch über makroökonomische kontinentale Pläne hinaus, die ohne Beteiligung des Imperiums verfolgt werden, sind Anzeichen sichtbar, die nie zuvor in der Geschichte aufgetreten sind: Bolivien zum Beispiel vollzieht eine Annäherung an Länder wie Chile und Paraguay, mit denen es in der Vergangenheit in kriegerische Konflikte verwickelt war, die tiefe Wunden geschlagen und territoriale Verluste hinterlassen haben. Heute gibt es mit beiden Ländern bedeutende gemeinsame Pläne der gegenseitigen Unterstützung, und die alten Themen der Vergangenheit werden mit der notwendigen Ehrlichkeit behandelt, ohne den Groll außer



acht zu lassen, der in der Volksseele geschürt worden ist.

Diese direkte Diplomatie, die in der Brüderlichkeit unserer Völker wurzelt, stößt auf große Schwierigkeiten bei Regierungen, die sich auf die Seite des Imperiums gestellt haben und sich zu seinen Sprachrohren auf dem Kontinent machen, um Handelspräferenzen und Vorteile zu erhalten. Das ist der Fall bei Kolumbien, das mit der Zustimmung zur Einrichtung von sieben US-Militärbasen auf seinem Territorium Kriegstreiberei in das Klima des Kontinents hineinträgt und das Signal gibt, dass das Imperium gesonnen ist, mit denen abzurechnen, die aus der Knechtschaft und Unterordnung unter seine kontinentalen Herrschaftsprojekte ausbrechen.

Mit Peru, dem Bruderland Boliviens, bestand aus historischen Gründen und wegen der gemeinsamen Identität stets eine Nähe, die über die Regierungen hinausging. Trotzdem gibt es heute einen diplomatischen Konflikt. Die unterschiedlichen politischen Optionen auf dem Kontinent bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen den Ländern. Das heißt, das Recht auf Selbstbestimmung muss heute auch vor dem Hintergrund des Zusammenlebens gesehen werden, das alle Völker angeht.

Die Konflikte und Wortwechsel zwischen den Präsidenten beider Länder können nicht von Dauer sein, denn Bolivien vertritt das Verfassungsprinzip, ein pazifistisches Land zu sein. Das kann manchmal zu der direkten Diplomatie in Kontrast geraten, die Evo Morales als eine neue Eigenschaft des Volksrepräsentanten in der Regierung pflegt.

Bolivien hat durch die kontinentale Führungsrolle von Evo Morales die volle Identifikation und Unterstützung der indigenen Völker des ganzen Kontinents. Sie sehen sich durch die Person eines Indio-Präsidenten, der symbolisch den Anbruch der Zeit der indigenen Völker zum Ausdruck bringt, vor der Geschichte bestätigt. Neue Kämpfe und Forderungen gegenüber ihren jeweiligen Regierungen entwickeln sich heute auf dem Kontinent, sie fordern politische Partizipation und Territorium als historische Ansprüche.

Die Probleme der indigenen Völker und die der Errichtung gerechterer und ausgeglichenerer Gesellschaften müssen Teil der politischen Tagesordnung Lateinamerikas und der Völker selbst sein. Das bringt es mit sich, dass sich die bestehenden Strukturen von Herrschaft und Ausschluss in Frage gestellt sehen, wodurch in den alten Formen der Organisation der Macht regionale Unsicherheit entsteht. Aber zugleich wird eine neue Form geboren, die Demokratie zu begreifen, zu schaffen und an ihr teilzuhaben, damit niemand ausgeschlossen sei. Sicherheit gründet sich auch auf der Fähigkeit der Staaten, sich für die Verbesserung der Lebensqualität ihrer Bevölkerung einzusetzen, auf deren Partizipation ausgehend von den originären und interkulturellen Identitäten, die letzten Endes das sind, was unser lateinamerikanisches Sein ausmacht.

## Paraguay vor der Alternative eines Wandels

*Das erste Jahr der Regierung von Ex-Bischof Fernando Lugo*

*Von Ignacio González Bozzolasco, Soziologe, Chefredakteur der Zeitung „El Dedo en la Laga“ (Der Finger in der Wunde) der Partei „Bewegung zum Sozialismus“ (MAS) (gekürzt)*

Am 20. April 2009 haben wir in Paraguay den ersten Jahrestag des historischen Wahlsieges von Ex-Bischof Fernando Lugo bei den letzten Präsidentschaftswahlen gefeiert. Nach etwas mehr als einem Jahr seiner Amtszeit (seit dem 1.8. 2008) ist die politische Lage in Paraguay durch zahlreiche Schwierigkeiten und innenpolitische Minenfelder auf dem Weg zu dem im Wahlkampf versprochenen Politikwechsel gekennzeichnet.

### Zur Vorgeschichte

Das traditionelle Zweiparteiensystem in Paraguay war von langen Perioden der Hegemonie der einen oder der anderen Partei gekennzeichnet. Die letzte Herrschaftsperiode der ANR (im täglichen Sprachgebrauch die Colorado-Partei) umfasste die Jahre von 1947 bis 2008, darunter auch die 35 Jahre währende Militärdiktatur von General Alfredo Stroessner. Diese Diktatur (1954 – 1989) war eine der längsten in Lateinamerika und konsolidierte perverse Machtstrukturen, die sowohl die Herrschaft über den Staat als auch die Armee und die Colorado-Partei in einer Hand vereinten.

Die Stroessner-Diktatur hat nicht nur die Herrschaft der Colorado-Partei in schwierigen Zeiten gesichert, sondern zugleich eine Teilhabe der wichtigsten Machtgruppierungen des Landes geregelt und die Volksbewegungen niedergehalten. Nur so konnte der Fortbestand der Machtausübung der Colorado-Partei über mehrere Jahrzehnte gesichert werden. Die Organisationen der Arbeiter, Bauern und Studenten waren vor allem im ersten Jahrzehnt der Diktatur Ziele ihrer Angriffe. Auch die Linke litt unter harten Schlägen. Unter der Losung „Demokratie ohne Kommunismus“ führte die Diktatur einen gnadenlosen Feldzug gegen jedwede progressive politische Betätigung und schaltete drei Generationen von sozialistischen Kämpfern aus.

### Die demokratische Öffnung und die Kräfte der gegenwärtigen Etappe

Die Stroessner-Diktatur wurde durch einen Staatsstreich aus den Reihen des Regimes selbst beendet. In der Nacht des 2. Februar 1989 führte General Andrés Rodríguez, einer der wichtigsten Militärführer der Streitkräfte und Schwager des Diktators Stroessner, den Putsch an, der dessen Regime stürzte. Mit diesem Staatsstreich wurde die sogenannte Übergangsperiode zur Demokratie eingeleitet, die zwar einige demokratische Freiheiten brachte und Möglichkeiten für die politische Mitwirkung von bisher ausgegrenzten Bevölkerungsschichten eröffnete, andererseits aber weiterhin die Macht der bisher regierenden Gruppierungen sicherte.

Dabei kam es zu einer Aufspaltung der Colorado-Partei in mindestens drei Strömungen, die sich jedoch auf Nicanor Duarte Frutos als Präsidenten einigen konnten, der sein Amt 2003 antrat. Er stand vor der Herausforderung, die scharfen Auseinandersetzungen innerhalb seiner Partei wieder zu beenden, ohne die Interessen der ökonomisch mächtigen



Gruppierungen des Landes zu beeinträchtigen. Während seiner Regierungszeit hatte er das Glück eines wirtschaftlichen Aufschwungs, der sich aber lediglich in makro-ökonomischen und sozialen Kennziffern niederschlug, den breiten Sektoren der Bevölkerung jedoch keinerlei Verbesserung brachte.

Die scharfen politischen Gegensätze (auch im Inneren der Colorado-Partei) und der Verschleiß der Regierung Duarte zum Ende ihrer Amtszeit schufen die Voraussetzungen dafür, dass Bischof Lugo, bekannt als „Armenbischof“ wegen seines Wirkens in einer der ärmsten Regionen des Landes (San Pedro), als einigende Figur über alle Differenzen hinweg hervortreten und ein breites Spektrum politischer und sozialer Kräfte um sich scharen konnte.

## Die Bildung der Patriotischen Allianz für den Wandel

Die verschiedenen politischen Organisationen der Linken und die rechten politischen Parteien versuchten die Kandidatur des nunmehr ehemaligen Bischofs jeweils für sich zu verinnahmen und deren politisch-ideologische Orientierung von Anfang an zu prägen.

Am Ende waren es zwei große Kräfte, die die Präsidentschaftskandidatur Lugos unterstützten: Der Soziale Volksblock (BSP), der die sozialen Bewegungen und die linken Organisationen zusammenfasste und die Nationale Abstimmung (CN), die die rechten Oppositionsparteien vertrat. Aus dem Zusammenschluss beider Sektoren entstand die Patriotische Allianz für den Wandel, die politische Wahlplattform für Lugo.

Die Linke war in diesem Bündnis fast vollständig vertreten, wobei sehr unterschiedliche ideologische Standpunkte zum Vorschein kamen. Die Aktionseinheit konnte schließlich um die Hauptforderung nach einer notwendigen Vertiefung der Demokratie hergestellt werden. Diese Einigung über den Präsidentschaftskandidaten wurde leider bei den Kandidatenlisten für die Parlamentswahlen nicht erreicht, was die Wahlchancen der Linkskräfte hinsichtlich einer starken parlamentarischen Vertretung zunichte machte. Dementsprechend waren die Wahlergebnisse der zersplitterten Linken ausgesprochen schlecht; sie erhielten nur eine geringe Zahl von Parlamentssitzen. Die Rechte dagegen war der große Gewinner der Parlamentswahlen, insbesondere die bisherige rechte Opposition zur Regierung, die eine breite Mehrheit erzielen konnte. Damit wurde am 20. April 2008 in Paraguay eine eindeutig progressive Regierung gewählt, während vom Parlament ein klares konservatives Signal ausging.

## Ein Jahr Regierung Lugo: Fortschritte und Probleme

Die Regierung Lugo trat ein sehr schweres Erbe an. Paraguay ist eines der ärmsten Länder des Subkontinents. 35,6 Prozent der Bevölkerung leben offiziell in Armut, mehr als 20 Prozent in extremer Armut. Der vorhandene Reichtum des Landes ist zutiefst ungleich verteilt, grundlegende Aufgaben des Staates wie Bildung und Gesundheit, aber auch Infrastruktur und Kommunikation sind von jahrzehntelanger Vernachlässigung gekennzeichnet.

Die starke Ausdehnung der Agro-Industrie hat andererseits verheerende Folgen für Kleinbauern und Landarbeiter mit sich gebracht. Viele sahen sich gezwungen, den ländlichen Raum zu verlassen und in die Städte abzuwandern.

Trotz des schweren Erbes und der Schwierigkeiten einer komplexen politischen Situation lassen sich für das erste

Jahr der Regierung Lugo eine Reihe von Erfolgen feststellen. Vor allem auf dem Gebiet der medizinischen Versorgung, des Kampfes um die nationale Souveränität und bei der Unterstützung der Armen, konnten Fortschritte erreicht werden. Lugo ist es gelungen, auch einige traditionell konfliktbeladene Themen wieder auf die Tagesordnung zu setzen, wie z. B. die Agrarreform. In die Behandlung dieses Themas wurden die Organisationen der Bauern und Landarbeiter einbezogen.

Auch bei der Behauptung der nationalen Souveränität gab es wichtige Fortschritte, besonders bei der Einforderung der Rechte Paraguays an der in zwei bi-nationalen Wasserkraftwerken erzeugten Elektroenergie. Paraguay ist dank der beiden in Zusammenarbeit mit den großen Nachbarländern Argentinien und Brasilien erbauten Kraftwerke einer der weltgrößten Produzenten von Elektroenergie. Dennoch haben die jeweiligen Regierungen in den letzten Jahrzehnten sehr unvorteilhafte Bedingungen der großen Nachbarn beim Betrieb dieser Anlagen hingenommen. Das Kraftwerk in Itaipú liefert nahezu 95 Prozent der produzierten Energie nach Brasilien, wofür lediglich die Produktionskosten gezahlt werden. Das Wasserkraftwerk von Yacretá, das gemeinsam mit Argentinien errichtet wurde, liefert ebenfalls einen Großteil der erzeugten Energie in das Nachbarland, in diesem Falle nach Argentinien, das seinerseits seinen Verpflichtungen zur Fertigstellung der Gesamtanlage noch immer nicht nachgekommen ist. In beiden Fällen hat die Regierung neue Wege des Meinungsaustauschs und Dialogs mit den Partnern geöffnet.

Auf sozialem Gebiet wurde eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, um den ärmsten Schichten der Bevölkerung zu helfen, auch wenn diese noch unzureichend sind. Im Rahmen sozialer Notpläne erhielten verarmte Bauern und indigene Dorfgemeinschaften Nahrungsmittel und medizinische Hilfe.

## Unzulänglichkeiten und Rückschritte

Der Triumph Lugos und der APC sind ein wichtiger Meilenstein in der Geschichte Paraguays. Handelte es sich doch um den ersten friedlichen und demokratischen Regierungswechsel zwischen unterschiedlichen Parteien in der Geschichte des Landes. Alle früheren erfolgten ohne Ausnahme mit militärischen Mitteln. Für viele Analytiker und politische Kreise ist dieser friedliche Machtwechsel ein enormer Erfolg des Präsidenten.

Der Wechsel allein bringt jedoch noch keinen definitiven Bruch mit dem Erbe der Vergangenheit. Dazu sind tiefgreifende politische Veränderungen notwendig, die zu spürbaren und schnellen Entwicklungen in den bisher von der politischen Teilhabe ausgegrenzten Bevölkerungsschichten und in der Bevölkerung allgemein führen. Wir müssen jedoch feststellen, dass eine solche Politik des Wandels noch nicht klar zu erkennen ist. Schon mit der Benennung der Kabinettsmitglieder hat die neue Regierung durch die zahlenmäßig starke Präsenz von rechten Kräften, insbesondere der PLRA (Liberalen Partei) insgesamt ein deutlich konservatives Zeichen gesetzt.

## Öffentliche Sicherheit und Repression

Im Bereich der Sicherheitspolitik, einem traditionellen Feld reaktionärer Kräfte, werden jedwede Änderungen weiterhin verzögert. In seinen Erklärungen und noch mehr in seiner Praxis gibt das Innenministerium der Repression eindeutig



den Vorzug vor einer Präventionspolitik. Selbst vor der Kriminalisierung der an sozialen Kämpfen beteiligten Kräfte, eine von den Vorgängerregierungen oft geübte Praxis, macht man nicht Halt. Seit dem Amtsantritt der gegenwärtigen Regierung hat es wiederholt Fälle der gewaltsamen Repression gegen soziale Bewegungen gegeben: gegen Bauernverbände, die Land besetzt und Straßen blockiert haben, gegen gewerkschaftliche und indigene Organisationen, selbst gegen Menschenrechtsaktivisten.

## Sozialpolitik

Auch in Hinblick auf die Sozialpolitik gibt es kaum nennenswerte Fortschritte, an einigen Stellen im Vergleich zu früheren Regierungen sogar Rückschritte. Die Agrarreform, eines der Aushängeschilder im Wahlkampf des Ex-Bischofs, ist bisher nicht wirklich vorangekommen. Zwar wurde auf Druck der Bauernorganisationen die CEPRA geschaffen, die zentrale Koordinationsstelle für die Landreform, aber wirklich wichtige und beachtenswerte Schritte sind ausgeblieben. Das ist größtenteils dem Einfluss der konservativen Kräfte innerhalb der Regierung geschuldet, die von den Verbänden der landwirtschaftlichen Großbetriebe und Großgrundbesitzer unterstützt werden. In einem Land mit den vielleicht ungerechtesten Besitzverhältnissen an Boden in ganz Lateinamerika haben jegliche Maßnahmen oder auch deren Ausbleiben auf diesem Gebiet ein Höchstmaß an sozialer Brisanz.

Auch in Hinblick auf die Subventionen für die am stärksten bedürftigen sozialen Schichten sind große Unzulänglichkeiten zu beobachten. Analysieren wir die Subventionen für Elektroenergie an die Kleinverbraucher, lässt sich feststellen, dass die gegenwärtige Regierung de facto einen Schritt zurück hinter ihre Vorgänger getan hat. Der sogenannte Sozialtarif für Elektroenergie, der eine Subvention an die Kleinverbraucher entsprechend einer Einteilung in Verbrauchsklassen darstellt, wurde früher quasi automatisch gewährt. Nach dem neuen, in diesem Jahr verabschiedeten Gesetz wird der Zugang der Begünstigten zu diesem Sozialtarif in großem Maße eingeschränkt. Außerdem gibt es einen ganzen Katalog an neuen bürokratischen Maßnahmen und Bedingungen, die ebenfalls die Gewährung behindern.

Auf der anderen Seite hat sich die Regierung in der Auseinandersetzung mit den ökonomisch herrschenden Kräften des Landes nicht sehr standhaft gezeigt und sogar bereits getroffene Entscheidungen zurückgenommen. Dies war beispielsweise bei dem Gesetz der Fall, das den Einsatz von Insektenvernichtungsmitteln in der Landwirtschaft insgesamt und die Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln per Flugzeug beim Sojaanbau regelt. Bereits kurz nach seiner Verabschiedung wurde die Umsetzung suspendiert. Diese Entscheidung zieht insbesondere kleine Produzenten in Mitleidenschaft, deren Flächen an die großen Sojafelder angrenzen und die von den über ihren Häusern und Höfen niedergehenden Giftstoffen erkranken und in ihrer Gesundheit geschädigt werden.

## Wirtschaftspolitik

In der Wirtschaftspolitik verfolgt die Exekutive eine extrem konservative Linie. Diese geht auf den aktuellen Finanzminister Dionisio Borda zurück, der dieses Amt auch schon zwischen 2003 und 2005 unter der Vorgängerregierung innehatte. Der von der Exekutive vorgelegte Antikrisenplan, mit dem die Auswirkungen der gegenwärtigen weltweiten Krise

abgemildert werden sollen, ist ein klarer Beweis dafür. Nach diesem Plan werden alle Anstrengungen auf die Absicherung der Gewinne im Bankensektor und im Agrobusiness konzentriert, obwohl diese Bereiche bereits in den vergangenen Jahren ihre Gewinne überdurchschnittlich steigern konnten. Besonders im Laufe des Jahres 2008 erzielte der paraguayische Bankensektor enorme Gewinnmargen, die ihn weltweit zu einem der rentabelsten machten. Auch die Soja- und die Fleischproduzenten machten nie gekannte Gewinne. Auf der Gegenseite bleiben die Subventionen und Aufwendungen für Sozialprogramme weiterhin völlig unzureichend und spärlich. Eine weitere unpopuläre Maßnahme der Exekutive war die Ablehnung einer Anpassung des geltenden gesetzlichen Mindestlohnes. Diese auf Empfehlung des Finanzministers getroffene Entscheidung stellt eine klare Verletzung gesetzlicher Bestimmungen dar, die eine Neuanpassung des Mindestlohnes für den Fall zwingend vorschreiben, dass die Inflationsrate 10 Prozent erreicht oder überschreitet. Und bereits im Dezember 2008 hatte die Zentralbank Paraguays eine Inflationsrate von 10,3 Prozent ausgewiesen.

## Politische Unterstützung durch das Volk

Die rechte Mehrheit in der Regierung und die Tatsache, dass die Patriotische Allianz für den Wandel (APC) in dem mehrheitlich konservativen Parlament eine Minderheit darstellt, führen dazu, dass der außerparlamentarischen Unterstützung durch die Volksmassen in der Konfrontation mit den reaktionären Kreisen innerhalb der Regierung außerordentliche Bedeutung zukommt. Leider hat sich die Exekutive des Präsidenten bis jetzt nicht entschließen können, auf diese Unterstützung zurückzugreifen.

Die linken Kräfte, die den Präsidenten unterstützen, haben von Anfang an die große Bedeutung der Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung hervorgehoben. Dadurch wäre es möglich, eine politische Struktur mit Basis in den Volksmassen zu schaffen, die den Präsidenten unterstützt. Lugo hat sich bis jetzt aber für eine stärker ausgleichende und nachgiebige Haltung entschieden. Die Gefahr dieser Entwicklung besteht darin, dass sie den Präsidenten näher an die rechten Kräfte in der Regierungskoalition heranführt und ihn im Gegenzug weiter von den breiten Volksschichten und linken Kräften entfernt.

Die Linke, die ihrerseits durch das schleppende Vorankommen des Wandels beunruhigt ist, befindet sich zurzeit in einem Prozess wachsender Einheit. Das Ergebnis dieser Bemühungen, so sie erfolgreich verlaufen, würde zu einer stärkeren Position gegenüber der Rechten führen, gleich ob inner- oder außerhalb der Regierung. Die Einheitsbestrebungen sollen zu einer Kräftebündelung sowohl in institutioneller Hinsicht (über die Positionen, die innerhalb der Regierung besetzt werden) als auch hinsichtlich der Mobilisierungskraft unter den sozialen Bewegungen und sonstigen organisierten Kräften in der Bevölkerung führen.

## Welcher Wandel?

Das hier dargestellte Bild zeigt einen Prozess voller Widersprüche und noch unbestimmter Tendenzen. Über welchen Wandel reden wir folglich?

Man kann zweifellos sagen, dass eine Phase wichtiger Entscheidungen bevorsteht. Wir sind an einer Weggabelung angekommen, von der ein Weg zum Bruch mit der bisherigen politischen Ordnung, zur Konfrontation mit den bisher herr-



schenden politischen Kreisen führt. Der andere Weg hingegen wäre die Fortführung der bisherigen Ordnung.

Das ist die große Entscheidung, vor der Paraguay heute steht: entweder ein lediglich oberflächlicher Wandel, ein Auswechseln der Symbole oder ein tiefgreifender Wandel der Strukturen und Grundlagen. Mit einem Satz: Es geht darum, Ungerechtigkeit, Ungleichheit und gesellschaftliche Ausgrenzung zu überwinden oder nicht zu überwinden.

Bisher ist nichts entschieden, aber der Moment der Entscheidung rückt näher. Die Entwicklungen der kommenden Monate werden zeigen, was das Wort Wandel in Paraguay bedeutet.

## Die verschiedenen Strategien der lateinamerikanischen Linken

*Von Valter Pomar, Sekretär für Internationale Beziehungen der Partei der Werktätigen Brasiliens; aus der Anthologie América Latina Hoy. Reforma o Revolución, veröffentlicht von Ocean Sur*

Es hat sich eingebürgert, von zwei linken Bewegungen in Lateinamerika zu sprechen – einer „fleischfressenden“ und einer „vegetarischen“, einer radikalen und einer moderaten, einer revolutionären und einer reformistischen, einer sozialistischen und einer kapitalistischen.

Dichotome Definitionen dieser Art stammen von offiziellen oder inoffiziellen Sprechern des US-Außenministeriums und sind darauf gerichtet, in der lateinamerikanischen Linken Zwietracht zu säen. Sie soll sich selbst zerfleischen statt gegen ihre gemeinsamen Feinde vorzugehen.

Ich will überhaupt nicht bestreiten, dass in der lateinamerikanischen Linken programmatische, strategische, taktische, organisatorische, historische und soziologische Differenzen existieren. Von ihnen wird noch die Rede sein. Eine dichotome Interpretation der tatsächlich vorhandenen Unterschiede nützt nur den Rechten, ist aber vor allem theoretisch falsch.

Die reduktionistische Sichtweise, die besagt, dass es zwei linke Bewegungen in Lateinamerika gibt, hilft der politischen Rechten, weil sie die Schlussfolgerung impliziert, dass das Erstarken der einen die Schwächung der anderen bedingt – eine Gleichung, die unsere gemeinsamen Feinde komplett aus dem Bild ausblendet. Diese Darstellung ist auch deshalb theoretisch falsch, weil sie das historische Phänomen der letzten elf Jahre (1998 – 2009) – das gleichzeitige Erstarken verschiedener lateinamerikanischer linker Bewegungen – nicht erklären kann.

Im Gegensatz zu den Anhängern der reduktionistischen Sichtweise in all ihren Varianten vertreten wir die Ansicht, dass das Erstarken der verschiedenen Strömungen der lateinamerikanischen Linken von 1998 bis heute zum Teil auf ihre Vielfalt zurückzuführen ist. Diese hat es erst ermöglicht, die soziologische, kulturelle, historische und politische Mannigfaltigkeit der unterdrückten Klassen unseres Kontinents auszudrücken. Wäre die linke Bewegung homogen und uniform, gäbe es nur eine oder zwei Strömungen, dann hätte sie nicht ihre heutige Stärke erreicht.

Wir vertreten weiter die Ansicht, dass das kontinuierliche Erstarken der lateinamerikanischen Linken in hohem Maße von der Kooperation der verschiedenen Strömungen ab-

hängt. Diese schließt ideologische und politische Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen linken Gruppierungen nicht aus. Diese müssen aber bei größtmöglicher strategischer Kooperation ausgetragen werden.

Diese Kooperation wird umso komplizierter, je weniger wir den Prozess begreifen, in dem wir uns befinden.

Die materielle und politische Basis, die eine Zusammenarbeit zwischen den meisten verschiedenen Strömungen der lateinamerikanischen linken Bewegung möglich macht, ist die Tatsache, dass sie sich alle in der gleichen strategischen Situation befinden. Ob diese weiterbestehen wird oder nicht, hängt vom sozialen und politischen Kampf ab, der gerade stattfindet.

Die ultraradikalen oder hypermoderaten Strömungen, die die Existenz dieser gemeinsamen strategischen Situation bestreiten, sind auch jene, die den lokalen herrschenden Klassen oder dem Imperialismus bewusst oder unbewusst in die Hände arbeiten.

### Zur historischen Entwicklung

Die Region, die wir heute als Lateinamerika kennen, hat ihren Beitrag zur sogenannten primitiven Akkumulation geleistet und wurde seitdem vollständig in das System des Weltkapitalismus integriert. Aus der Debatte über den Charakter dieser Integration stammen die unterschiedlichen Positionen zur Art der aktuellen Entwicklung in jedem Land und in der Region sowie zu den Möglichkeiten eines reformistischen oder revolutionären Kampfes für „demokratischen Kapitalismus“ oder Sozialismus.

Der nationale Widerstand gegen Invasion und Ausplünderung durch europäische Mächte sowie der Widerstand der unmittelbaren Produzenten gegen die Ausbeutung durch einheimische und ausländische herrschende Klassen hat seit 1492 verschiedene Formen angenommen.

Im 20. Jahrhundert war das politische Umfeld von zunehmender Industrialisierung, Imperialismus, Weltkriegen, der russischen Revolution, Revolutionen und antikolonialen Kriegen geprägt. In den lateinamerikanischen Volkskämpfen verbanden sich Forderungen nach politischer Demokratie, nationaler Souveränität und Landreform mit antikapitalistischen und sozialistischen Zielsetzungen.

Bis in die 50er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein wurden vor allem national-demokratische Forderungen gestellt: die Überwindung des Imperialismus und die Abschaffung der Latifundien (die für einige „feudale Überreste“ darstellten), die Demokratisierung des Staates und die Erlangung nationaler Souveränität. Diese national-demokratische Orientierung wurde von den meisten Sozialisten geteilt. Ebenso von den kommunistischen Parteien, die seit den 1920er Jahren in Erscheinung traten.

Von den Marxisten als Stufentheorie (zuerst die bürgerliche, dann die sozialistische Revolution als aufeinanderfolgende Entwicklungsstufen) bezeichnet, wurde die national-demokratische Orientierung – selbst in der Linken – aus drei Hauptgründen kritisiert:

- a) weil sie den organischen Zusammenhang zwischen Latifundien, Imperialismus und Kapitalismus unterschätzte;
- b) weil sie an die Möglichkeit eines Bündnisses des Proletariats mit der „nationalen Bourgeoisie“ glaubte;
- c) weil sie etwas als in sich relativ abgeschlossene „Stufen“ ansah, das besser als „Fließen“ oder „Hinüberwachsen“ betrachtet werden sollte.



Am konsequentesten bei der Formulierung der Stufentheorie, als auch bei ihrer Verteidigung gegen Kritik waren die kommunistischen Parteien. Wir wollen diese Debatte hier nicht im Detail nachvollziehen, aber zwei Punkte sollten hervorgehoben werden.

Erstens hatten jene recht, die auf die Notwendigkeit hinwiesen, die „Hemmnisse“ für eine kapitalistische Entwicklung in Lateinamerika zu relativieren. „Imperialismus“ und „Latifundien“, Abhängigkeit und begrenzter Binnenmarkt sind längst „verdaut“ und in der bereits bestehenden kapitalistischen Entwicklung aufgegangen. Aus diesen Hindernissen die Möglichkeit eines revolutionären Bündnisses (antiimperialistisch und gegen die Latifundien gerichtet) zwischen der „nationalen“ Bourgeoisie und dem Proletariat abzuleiten bedeutete, einen zweitrangigen Widerspruch (der tatsächlich existierte und Teile der Bourgeoisie zu radikaleren Positionen brachte) als Hauptwiderspruch anzusehen. Dies wiederum führt zu dem Fehler, aus dem angeblichen Hauptwiderspruch ohne die notwendige materielle Grundlage den Schluss zu ziehen, dass das Proletariat als die Linke in der bürgerlich-demokratischen Revolution agiert.

Zweitens hatten jene recht, die argumentierten, dass man beim Kampf um den Sozialismus in Lateinamerika die „anstehenden Aufgaben“ einer bürgerlich-demokratischen Revolution nicht vernachlässigen darf. Themen wie nationale Souveränität, Industrialisierung, politische Demokratisierung, Landreform und öffentliche Daseinsfürsorge sind immer noch das Rohmaterial für jeglichen politischen Kampf, der von den Sozialisten in Lateinamerika geführt wird. Dass die Bourgeoisie nicht bereit ist, den Kampf für diese Ziele anzuführen, setzt diese nicht von der politischen Tagesordnung ab. Und dass das Proletariat aufgerufen ist, sich zum Verfechter solcher Forderungen zu machen, beseitigt nicht deren bürgerlich-demokratischen Charakter.

Diese theoretische Debatte kann ihre Lösung nur in der Praxis finden. So kann beim entsprechenden Kräfteverhältnis auf nationaler, kontinentaler und globaler Ebene der Kampf für historisch gesehen bürgerlich-demokratische Ziele durchaus eine strategische Rolle spielen. Wenn das Proletariat stark und radikal genug ist, kann der Kampf um national-demokratische Ziele in Umwälzungen sozialistischer Art „hinüberwachsen“. Ist jedoch das Proletariat schwach und unbedeutend, wird der Kampf für die „demokratische Revolution“ weder demokratisch noch revolutionär sein oder eine Veränderung in Richtung Sozialismus ermöglichen.

Die Diskussion über den Charakter der lateinamerikanischen Revolution (sozialistisch oder demokratisch) lief immer parallel zur Debatte über die Art des revolutionären Weges: gewaltvoll oder friedlich, Guerillakrieg oder Aufstand. Wieder wurden verschiedene Konstellationen erdacht: von den „Stufentheoretikern“, die radikalere Formen der Gewalt favorisierten, bis zu den Sozialisten, die sich am konsequentesten für einen „friedlichen Übergang“ einsetzten.

Die verschiedenen „stufentheoretischen“ und „reformerischen“ Varianten wurden durch die kubanische Revolution von 1959 ernsthaft infrage gestellt. Für Teile der Linken war die strategische Diskussion (über Charakter und Weg der Revolution) damit entschieden, da nun ein „Modell“ existierte. Dies ungeachtet der Tatsache, dass die tatsächliche kubanische Revolution eine Sache war, und das danach formulierte „Modell“ eine ganz andere. Ähnlich verhielt es sich auch bei der russischen Revolution von 1917 und der chinesischen

Revolution von 1949. Die Modelle vereinfachten die tatsächlich angewandte Strategie, ja, sie standen häufig in krassem Widerspruch zu ihr.

## Betrachtungen zum Thema des Übergangs zum Sozialismus und zur Strategie

Bei den Begriffen „Kapitalismus“, „Übergang“, „Sozialismus“ und „Kommunismus“ gibt es so viel Konfusion, dass unbedingt erklärt werden muss, was in diesem Text unter den verschiedenen Begriffen verstanden wird.

Unter Kapitalismus verstehen wir eine Produktionsweise, die auf Privateigentum an den Produktionsmitteln beruht. Dabei sind die direkten Produzenten gezwungen, ihre Arbeitskraft den Kapitalisten zu verkaufen, die sich den von den Lohnarbeitern geschaffenen „Mehrwert“ aneignen. Wir stellen dem Kapitalismus eine andere Produktionsweise gegenüber, die auf gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln basiert. Dabei ist es unumgänglich, die Kategorien Kommunismus (dieser anderen Produktionsweise) und Sozialismus (der Übergangsperiode zwischen der einen und der anderen) zu verwenden.

Aus den bekannten historischen Gründen wird der Begriff „Kommunismus“ von großen Teilen der Linken abgelehnt oder einfach nicht benutzt. Darunter sind auch einige, die sich selbst als Revolutionäre bezeichnen. Jedoch aus theoretischer Sicht ist dieser Begriff unentbehrlich, kann doch dadurch unterschieden werden zwischen dem „Übergang“ und dem „Endziel“ (der aufzubauenden Gesellschaft in ihrer reifen Form).

Wenn wir von Sozialismus sprechen, meinen wir damit die Übergangsetappe vom Kapitalismus zum Kommunismus. Daher ist der sozialistische Übergang (oder auch Sozialismus) per Definition eine Gesellschaftsordnung, in der es sowohl Kapitalismus als auch Antikapitalismus gibt. Der Gradmesser dafür, ob wir vor der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung stehen, ist die Existenz einer organischen, strukturierten Bewegung hin zu gesellschaftlichem Eigentum mit all seinen komplexen sozialen Folgen. Mit anderen Worten ausgedrückt, ist die Existenz einer Bewegung hin zur Vergesellschaftung der Produktion, des Eigentums und der politischen Macht der Gradmesser dafür, ob wir uns vor einem sozialistischen Übergang befinden.

Diese Definition von Sozialismus – als Bewegung zu einem Ziel – enthält mindestens zwei mögliche Ursachen für Missverständnisse. Erstens kann man den Begriff des Übergangs als linearen Prozess, als fortschreitende Akkumulation verstehen. Dabei wird jeder Rückschritt als ein Zeichen der Rückkehr zum Kapitalismus gewertet; als ein Grund zu glauben, der Übergang zum Sozialismus sei unterbrochen. Die zweite Form des Missverständnisses besteht darin, dass der Kampf, den wir im Kapitalismus um den Sozialismus führen (a), mit dem sozialistischen Aufbau oder Übergang (b) verwechselt wird.

Unserer Meinung nach liegt der Schlüssel zur Beseitigung dieser Missverständnisse darin zu prüfen, wer die politische Macht ausübt. Dies begründet den Unterschied zwischen Rückzug und panischer Flucht, zwischen Zugeständnis und Kapitulation, zwischen „Herumdoktern“ am Kapitalismus und dem Kampf für Reformen.

Zum Beispiel muss der Unterschied zwischen dem Kampf um den Sozialismus und dem sozialistischen Übergang nicht in den Maßnahmen selbst liegen, wohl aber in der Politik, im



Kräfteverhältnis und in der Staatsmacht. So können materielle Beschränkungen eine revolutionäre Regierung z. B. dazu zwingen, prokapitalistische Maßnahmen zu ergreifen. Dennoch erhalten diese Maßnahmen einen anderen strategischen Sinn, wenn sie von einer bürgerlichen oder einer sozialistischen Regierung durchgeführt werden.

Wenn wir den Kampf um den Sozialismus in einen wirklichen sozialistischen Übergang umwandeln, d. h., den Aufbau des Sozialismus in Angriff nehmen wollen, ist es notwendig, die Staatsmacht zu kontrollieren. Das bedeutet, die Mittel zu haben, auf die Struktur der Gesellschaft Einfluss zu nehmen, die Wirtschaft und die Produktionsmittel zu kontrollieren. Natürlich werden die Produktionsmittel von der bestehenden materiellen Basis bestimmt. Der politische Wille der ganzen Welt oder die absolutistischste Staatsmacht wären nicht in der Lage, eine vorkapitalistische materielle Basis in den Rohstoff zu verwandeln, der sich zum Aufbau des Sozialismus eignet. Politische Macht kann aber innerhalb bestimmter Grenzen gewährleisten, dass kapitalistische Entwicklungspolitik in den Dienst eines strategischen Projekts des Aufbaus des Sozialismus gestellt wird.

Denn solange die Arbeiterklasse nicht die Macht im Staate hat, wird sie wenig Einfluss auf die ökonomischen Makrofaktoren nehmen können, die tagtäglich Kapitalismus produzieren und reproduzieren. Nur mit Hilfe der Staatsgewalt kann die Arbeiterklasse die bestehende Akkumulationsweise in der Gesellschaft verändern, die Hauptachse von privatem Eigentum und privater Akkumulation hin zu kollektivem Eigentum und gesellschaftlicher Akkumulation verschieben.

Die Staatsmacht zu erobern ist ein komplizierter Prozess, dessen springender Punkt die Eroberung des Gewaltmonopols ist. Natürlich kann dieses Monopol hinterfragt werden. Aber das heißt nicht, die Staatsmacht selbst infrage zu stellen. Zusätzlich zum Gewaltmonopol umfasst die Eroberung der Staatsmacht weitere Elemente, wie die Schaffung eines neuen Systems politischer und rechtlicher Institutionen; die Möglichkeit, die Wirtschaft zu führen und die soziale Kommunikation zu steuern; die De-facto- und De-jure-Anerkennung durch andere Staaten, etc. Außerdem ist Macht, wie wir wissen, ein gesellschaftliches Verhältnis, das gewonnen oder verloren werden kann. Was auf der Mikroebene mit vor kurzem gewählten Lokalregierungen gerade passiert, kann auch auf der Makroebene mit Staaten geschehen, die aus großen sozialen Revolutionen entstanden. Revolutionen sind nur in bestimmten Reden „unumkehrbar“, nicht aber in der realen Geschichte.

Keine Gesellschaftsklasse und kein Klassenbündnis hat je die Staatsgewalt errungen, indem nur ein Weg zur Sammlung der Kräfte oder zur Eroberung der Macht benutzt wurde. Der Sieg des Oktoberaufstands in Russland, die Volkskriege in China und Vietnam oder der Guerillakrieg in Kuba wären unverständlich, wenn wir bei jedem Ereignis die Hauptform des Kampfes von anderen Formen trennten, die außerdem angewandt wurden: Kämpfe von Massen oder Avantgarden, legale oder illegale Kämpfe, Wahlen oder direkte Aktionen.

Es sind jedoch die historischen Bedingungen eines Landes oder einer Zeit, die einer bestimmten Kampfform die Rolle des Katalysators, des Rammbocks im Endkampf gegen die feindlichen Klassen und ihre Staatsmacht zuweisen. Dennoch ist die Hauptkampfform organisches Ergebnis einer konkreten Situation, das nicht auf andere Bedingungen übertragen werden kann.

Von der Eroberung der Staatsmacht war hier schon mehrfach die Rede, dennoch müssen wir auf das Offensichtliche zurückkommen: Wenn Macht ein gesellschaftliches Verhältnis ist, dann erfordert die Eroberung der Staatsmacht die Schaffung eines bestimmten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, eines politischen und sozialen Bündnisses, dessen Ziel es ist, ein bestimmtes Programm in die Praxis umzusetzen.

Was für ein Programm? Die Antwort auf diese Frage führt uns zurück zur Debatte über den Charakter der Revolution.

In einer kapitalistischen Gesellschaft erfordert der Aufbau einer geschichtlichen Alternative zu den Widersprüchen, die innerhalb einer bestimmten Gesellschaft existieren, den Beginn des sozialistischen Übergangs. Aber diese theoretische und historische Schlussfolgerung, nach der es an der „Tagesordnung“ ist, den Kapitalismus abzulösen, kann, wenn sie auf das Gebiet der politischen Strategie übertragen wird, auf mindestens zwei unterschiedliche Weisen verstanden werden:

→ der linke Weg tritt für das Errichten eines politischen und sozialen Bündnisses ein, das auf einem sozialistischen Programm basiert;

→ der „volksdemokratische und sozialistische“ Weg tritt für das Errichten eines politischen und sozialen Bündnisses ein, das auf einem Programm basiert, welches demokratische mit sozialistischen Maßnahmen verbindet.

Im gegenwärtigen Entwicklungsstadium des Kapitalismus sind demokratische Maßnahmen nicht sozialistisch, können jedoch in eine antikapitalistische Richtung gehen.

Für diejenigen, die meinen, die Begriffe Sozialismus und Antikapitalismus seien Synonyme, ist dies nicht mehr als ein Wortspiel. Sicher ist Sozialismus konsequenter Antikapitalismus – die Art von Antikapitalismus, welche die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise bedeutet. Doch im Alltag wendet man sich auf verschiedene Weise gegen den Kapitalismus: beim Kampf für höhere Löhne, für Landreform, gegen private Monopole, bei der Verteidigung staatlicher Unternehmen, für eine transparente Politik, gegen Imperialismus.

Diese Kämpfe werden gegen Erscheinungen des Kapitalismus oder bestenfalls gegen eine hegemonistische Form von Kapitalismus in einer gegebenen historischen Situation geführt. Sie selbst zielen nicht auf den Sieg über den Kapitalismus generell als der Produktionsweise ab, die auf Privateigentum und privater Aneignung des Mehrwerts basiert.

Dies sind kapitalistische Kämpfe gegen den Kapitalismus: Kämpfe, die zum Ziel haben, demokratischere kapitalistische Gesellschaften – demokratischer im politischen, ökonomischen und sozialen Sinne – zu schaffen.

Dennoch können diese kapitalistischen Kämpfe gegen den Kapitalismus unter bestimmten Bedingungen eine Bewegung beinhalten, die der Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise förderlich ist. In diesen Fällen scheint es, als ob neben dem Antikapitalismus oder dem proletarischen Sozialismus ein Kleinaktionärskapitalismus oder ein Kleinbürgersozialismus existiere.

Das politische und soziale Bündnis, das zu einer Herausforderung und Eroberung der Staatsmacht fähig sein soll, muss um ein Programm herum organisiert werden, das sozialistische Maßnahmen (Aufgaben oder Ansprüche) mit antikapitalistischen Maßnahmen verbindet, die selbst nicht sozialistisch sind. Um eine exaktere Formulierung zu verwenden





den: es sind demokratische, bürgerlich-demokratische Maßnahmen: zum Schutz des Kleineigentums vor dem Großeigentum, des Öffentlichen (im Unterschied zum Gesellschaftlichen und Kollektiven) vor dem Privaten, des Nationalen vor dem Imperialismus.

Die linke Sicht auf die Schaffung des politischen und sozialen Bündnisses kann aus zwei Gründen nicht zum Erfolg führen. Der erste hängt mit der Debatte über den Charakter der Revolution in Lateinamerika zusammen, einer Revolution, die (wie wir schon anmerkten) demokratische Aufgaben übernehmen muss. Der zweite Grund ist ausschließlich politischer Art: das Kräfteverhältnis, das der Eroberung der Staatsmacht vorausgeht und das Bewusstseinsniveau der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten machen es unmöglich, einen einzigen Machtblock zu schaffen, der hauptsächlich auf den „direkten Kampf für den Sozialismus“ ausgerichtet ist.

Das bedeutet: Wenn der Kapitalismus dominiert, dann liegt das daran, dass das vorherrschende Bewusstsein der Menschen nicht sozialistisch ist. Das Bewusstseinsniveau kann nur im Verlauf des Prozesses wirklich sozialistisch werden. Deshalb kann der programmatische Ausgangspunkt des neuen politischen und sozialen Bündnisses nicht konsequent sozialistisch sein.

Das heißt: Der Klassenkampfprozess wird nicht unbedingt die „Betriebstemperatur“ erreichen, die für die Schaffung eines sozialistischen Bewusstseins bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung notwendig ist. Die sozialistischen Teile des Bündnisses müssen sowohl an der „Erhöhung der Betriebstemperatur“ (durch die Stimulierung des Kampfes) als auch an der Erhöhung des Bewusstseinsniveaus arbeiten.

Aus den schon erwähnten Gründen muss das politische und soziale Bündnis, das zur Herausforderung und Eroberung der Staatsmacht fähig ist, zur Lösung folgender Probleme organisiert werden: Fragen der Zukunft (des Aufbaus des Sozialismus) und vor allem Fragen von Vergangenheit und Gegenwart (die der real existierende Kapitalismus hervorbringt).

Das bedeutet, dass sozialistische Kräfte die Staatsmacht nur erobern und behaupten können, wenn es ihnen gelingt, politische Mehrheiten zu organisieren, die auf der Grundlage von Sofortmaßnahmeprogrammen die aktuell drängenden Probleme anpacken. Das klassische Beispiel ist nach wie vor die Losung „Brot, Frieden und Boden“.

Die kubanische Revolution von 1959, die russische Revolution von 1917 und die chinesische Revolution von 1949 resultierten aus ununterbrochener demokratischer und nationaler Radikalisierung des Volkes. Sie waren ursprünglich keine „sozialistischen Revolutionen“. Sie wurden es eher wegen des Verlaufs, den sie nahmen, und wegen des globalen Zusammenhangs, in dem sie stattfanden.

Es ist also nur sinnvoll, von einem „direkten Kampf für den Sozialismus“ zu sprechen, wenn wir ihn folgendermaßen interpretieren: die Eroberung der Staatsmacht, die die Durchsetzung volksdemokratischer programmatischer Maßnahmen anstrebt, kann zu einem integrierenden Bestandteil des sozialistischen Übergangs werden, ohne dass dies mit Notwendigkeit voneinander getrennte Zwischenstadien sein müssen.

Das Wort „Notwendigkeit“ ist in dieser Analyse grundlegend, denn die „Stufentheorie“ ist falsch, weil sie eine Notwendigkeit von in sich abgeschlossenen Zwischenstadien

annimmt. Dies bedeutet nicht, dass es solche Zwischenstadien nicht geben kann und sie nicht „in sich abgeschlossen“ sein können – wie es während der russischen Revolution mit der NÖP (Neue Ökonomische Politik – d. Ü.) geschah und jetzt beim chinesischem „Marktsozialismus“ auftritt, der vielen wie ein in die Länge gezogenes Abgehen vom Aufbau des Sozialismus erscheint.

Der Ausdruck „kann werden“ ist ebenfalls grundlegend, denn er zeigt an, dass wir vor einem politischen Problem stehen, das vom Kräfteverhältnis, vom Bewusstseinsniveau der Massen und von der generellen Richtung des Prozesses abhängt. Dies ist ein politisches Problem, das Lösungen hervorbringen kann, die letztendlich vom materiellen Entwicklungsniveau und dem vorher von einer Gesellschaft geschaffenen produktiven Potenzial abhängen.

Aus diesen Gründen ist es zwingend notwendig, zwei Arten linker Haltungen zu bekämpfen:

- die Art, die für einen abstrakten, von antikapitalistischen Teilkämpfen abgekoppelten Sozialismus eintritt und
- die Art, die rein antikapitalistische Maßnahmen mit „sozialistischen“ Maßnahmen im weitesten Sinne verwechselt.

Diese zweite Art einer linken Haltung ist in Lateinamerika heute sehr verbreitet. Sie missversteht die rhetorische und politische Radikalität der Prozesse, die meist durch die Unnachgiebigkeit der herrschenden Klassen hervorgebracht wurde, mit deren ökonomischem und sozialem Radikalismus. Sie vergisst, dass die Überwindung von Kapitalismus erfordert, dass es erst einmal eine kapitalistische Entwicklung geben muss, die dann überwunden werden kann.

Zu dem bereits Gesagten soll noch eine weitere Art linker Haltung hinzugefügt werden: der Flügel der Neo-Stufentheoretiker in der gemäßigten lateinamerikanischen Linken. Er hat den Zusammenhang zwischen den demokratischen Aufgaben und dem Kampf um den Sozialismus gekappt. In einigen Fällen handelt es sich dabei um eine Linke, die den Sozialismus aufgegeben hat. In anderen Fällen ist es eine Linke, die, anstatt dem Kräfteverhältnis zu widerstehen und es zu überwinden, davor kapituliert. Oder es ist eine Linke, die sich immer noch ernsthaft für den Sozialismus engagiert, dabei aber einer „Prozessstrategie“ folgt – frei nach dem in Brasilien sehr populären Lied „Möge das Leben mich führen“.

Wir können also sagen, dass es mindestens drei grundsätzliche programmatische Entwürfe gibt: das linke, das neo-stufentheoretische und das volksdemokratische Konzept. Die Anhänger des linken Konzepts nehmen die Unterschiede zwischen den einzelnen Stadien nicht in angemessener Weise wahr; die Neo-Stufentheoretiker sehen zwischen den Stadien eine chinesische Mauer; und die Volksdemokraten versuchen den Kampf gegen den Neoliberalismus mit dem Kampf für den Sozialismus organisch zu verbinden.

Diese Unterschiede überlappen sich auf verschiedene Weise, wenn wir uns von der programmatischen Diskussion zur Diskussion darüber bewegen, welcher Weg eingeschlagen werden soll – die Sammlung der Kräfte oder die Ergreifung der Macht.

## Guerrillakrieg und Wahlen

In den 1960er Jahren kam es zu einer radikalen Zunahme des Klassenkampfes in ganz Lateinamerika. Darin spiegelt sich die Zuspitzung der Widersprüche, die für das kapitalistische Entwicklungsmodell in der Region typisch sind: Es ist



abhängig und konservativ. Den Hintergrund bildeten eine wachsende US-Einmischung in der Region und der Konflikts zwischen den politischen „Lagern“.

Zu diesem Zeitpunkt sammelte sich ein Teil der lateinamerikanischen Linken – angeregt durch die kubanische Erfahrung – hinter der Losung von der Schaffung „vieler Vietnams“, und ging zur Strategie des Guerillakrieges (meist in der „fokalistischen“ Version) über.

In einigen Ländern erwuchs der Guerillakrieg organisch aus der nationalen Situation. In den meisten Fällen war das jedoch nicht oder nicht ausreichend der Fall. Mit Ausnahme von Nicaragua und Kuba führte der Guerillakrieg in keinem Land Lateinamerikas zum Sieg der Revolution. In einigen Ländern wie El Salvador und Guatemala wurde die Guerilla stark genug, um Friedensvereinbarungen zu erreichen, die den Rahmen für die Beendigung des bewaffneten Konflikts bildeten; aber in den meisten Fällen wurde die Guerilla komplett vernichtet. Im Lateinamerika von heute gibt es nur noch in Kolumbien relevante Gruppen, die für die taktische Zweckmäßigkeit der Guerillastrategie eintreten.

In den späten 1970er und frühen 1980er Jahren begann sich mit dem Ende des Guerillazyklus eine andere Strategie herauszubilden. Sie stellte eine Kombination von sozialen Kämpfen, Wahlen und der Ausübung der Regierungsgewalt auf nationaler, sub-nationaler und lokaler Ebene dar.

Diese Strategie ist durch eine Welle von Siegen linker und progressiver Parteien bei nationalen Wahlen in lateinamerikanischen Ländern (von Hugo Chávez 1998 in Venezuela bis Carlos Funes 2009 in El Salvador) gekrönt worden.

Diese Welle von Wahlsiegen ist das Ergebnis verschiedener Umstände, besonders:

- einer relativen Nachlässigkeit der USA in ihrem Hinterhof
- der negativen Auswirkungen des Neoliberalismus, auch auf die Rechtsparteien
- des Erstarkens der Linken – besonders durch die Verbindung von sozialen Kämpfen und Wahlen.

Gegenwärtig besteht in der Region ein neues Kräfteverhältnis, das einerseits die Veränderungen in den einzelnen Ländern vorantreibt und andererseits imperialistische Einmischung in Grenzen hält.

Neben dieser regionalen Situation existieren noch zwei andere Variable von globalem Charakter: die strategische Defensive des Kampfes um den Sozialismus sowie eine lange und tiefe Krise des Kapitalismus.

Dies ist die materielle Basis, die eine Zusammenarbeit der verschiedenen linken Strömungen Lateinamerikas ermöglicht: die Existenz einer historischen Situation, in der die Präsenz der Linken in mehreren Regierungen der Region, die strategische Defensive des Kampfes um den Sozialismus sowie eine lange und tiefe Krise des Kapitalismus miteinander verwoben sind.

Dies sind die grundlegenden Variablen der strategischen Situation, die für ganz Lateinamerika gelten. Sie ermöglichen und verlangen ein hohes Niveau der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Sektoren der lateinamerikanischen Linken. Ohne diese ist es nicht möglich, die strategische Defensive zu überwinden und die Risiken abzuwenden, die von der Krise des Kapitalismus ausgehen.

Aus der Sicht einer sozialistischen Linken sind die zu lösenden zentralen Fragen, wie man die Existenz linker und progressiver Regierungen als Ausgangspunkt des Kampfes um den Sozialismus nutzt und wie man die verschiedenen

aktuellen Prozesse in jedem Land so koordiniert, dass sie sich gegenseitig verstärken.

## Integration und Strategie

Während des ganzen 20. Jahrhunderts stand die lateinamerikanische und die karibische Linke zwei großen Hindernissen gegenüber: der Stärke ihrer nationalen Gegner und der Einmischung von außen. Letztere war immer präsent, besonders wenn die Linke die Regierungsgewalt anstrebte oder tatsächlich übernahm. Wenn die lokalen herrschenden Klassen nicht in der Lage waren, die Linke von der Regierungsgewalt fernzuhalten, griffen sie auf die US-Marines zurück.

Heutzutage unterstützt ein progressives, linksorientiertes Umfeld Wahlen und Wiederwahlen. Es hilft Umstürze (z. B. gegen Hugo Chávez und Evo Morales) zu verhindern und war entscheidend für die Verurteilung der Invasion Ecuadors durch kolumbianische Truppen. Des Weiteren neutralisiert oder schwächt sie zumindest die Verhängung von Wirtschaftsblockaden, die eine kritische Rolle in der Strategie der Rechten gegen die Allende-Regierung in Chile gespielt haben und von denen Kuba noch immer betroffen ist.

Das günstige Kräfteverhältnis in der Region schafft bessere Bedingungen dafür, dass jeder nationale Prozess seinen eigenen Lauf nehmen kann. Dies schafft Möglichkeiten für alle Programme und Strategien der Linken, die bis zu einem gewissen Grad beispiellos sind. Deshalb ist es die erste Aufgabe der lateinamerikanischen Linken, dieses Kräfteverhältnis auf dem Kontinent zu erhalten.

Wenn linke Kräfte die Regierung eines Landes erobern, tun sie dies mit einem Programm, das auf sozialer Gleichheit, politischer Demokratisierung und nationaler Souveränität basiert.

Die Verteidigung der nationalen Souveränität richtet sich nicht nur gegen „imperialistische Machtzentren“. Sie umfasst auch die Lösung von Konflikten, die zwischen den Ländern der Region bestehen.

Diese Konflikte wurden nicht von den gegenwärtig amtierenden Regierungen „erfunden“. Sie sind meist das Erbe früherer Zeit, der ungleichmäßigen und abhängigen Entwicklung in der Region. In den meisten Fällen können sie nicht kurzfristig überwunden werden. Da sie strukturelle Ursachen haben, kann eine Lösung nur langfristig und im Rahmen der regionalen Integration gefunden werden.

Eine Verschärfung dieser regionalen Konflikte hätte als Nebenerscheinung die Verschleierung einiger viel maßgeblicher Widersprüche mit den imperialistischen Machtzentren zur Folge.

Aus strategischer Sicht müssen wir deshalb sicherstellen, dass diese Widersprüche nicht zu Hauptwidersprüchen werden. Denn wenn dies geschieht, wird das Kräfteverhältnis in Lateinamerika sich zugunsten der Einmischung von außen verschieben.

Es ist bekannt, dass die linken und progressiven Regierungen der Region unabhängig von unterschiedlichen Strategien und Schritten den Weg der Entwicklung und Integration eingeschlagen haben.

Wie bereits gesagt, sind größere oder kleinere Erfolgchancen auf nationaler Ebene von einem Kräfteverhältnis in Lateinamerika abhängig, das für linke und progressive Positionen vorteilhaft ist.

Unser strategisches Problem kann also wie folgt zusammengefasst werden: Wie bringt man mehrere nationale Stra-



tegien zu einer gemeinsamen kontinentalen Strategie zusammen, wobei die Einheit in der Vielfalt gewahrt bleibt?

Die strukturelle Lösung der regionalen Konflikte setzt eine Verringerung der Ungleichheit nicht nur innerhalb jedes Landes, sondern auch zwischen den nationalen Wirtschaften unseres Subkontinents voraus. Der institutionelle Charakter der Integration – sowohl in den multi- als auch in den bilateralen Beziehungen – muss diesem Anliegen angepasst werden.

Der Abbau der Ungleichheit innerhalb jedes Landes bedeutet, sich einem „verfluchten Erbe“ zu stellen und tiefgreifende soziale Reformen durchzuführen. Das reicht jedoch nicht aus, um vorhandene Ungleichmäßigkeiten zwischen den Wirtschaftssystemen zu beseitigen. Dies ist ein Ziel, das langfristig die Kombination von solidarischen Schritten, direktem Austausch und marktregulierenden Maßnahmen erfordert.

Heute existieren drei „Modelle“ der Koexistenz: das dekadente Modell (das Unterordnung unter die USA bedeutet); die Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerikas (ALBA: ein Handelsblock aus neun Staaten Lateinamerikas und der Karibik – d. Ü.) und die Union südamerikanischer Nationen UNASUR (eine Staatengemeinschaft von zwölf südamerikanischen Staaten – d. Ü.).

Was wir über die Zukunftsfähigkeit, den Charakter der unterzeichneten Verträge, ihre tatsächliche Verwirklichung und den Einfluss auf die Schuldnerländer auch denken mögen – das ALBA-Modell ist aller Anerkennung wert.

Aber kein Kräfteverhältnis, keine institutionellen Mechanismen und keine wirtschaftliche Lage werden es den Ländern der Region erlauben, die Solidaritätsprinzipien des ALBA-Modells anzunehmen und/oder so vorzugehen, wie die venezolanische Regierung es getan hat. Das ist vor allem deshalb nicht möglich, weil kapitalistische Länder auf die Dauer keine sozialistische Außenpolitik betreiben.

Obwohl jede linke Alternative eine „Solidaritätskomponente“ haben sollte, muss die Hauptdimension der Vereinbarungen in der gegenwärtigen Phase der lateinamerikanischen Integration immer noch Handel, ökonomische und institutionelle Vereinbarungen beinhalten. Sie muss Regierungen, staatseigene und/oder Privatunternehmen des UNASUR einbeziehen (eingeschlossen die Bank des Südens und der Verteidigungsrat).

Dieser Weg birgt einige Risiken:

- a) Initiativen wie UNASUR bedeuten, sich mit politischen und ideologischen Gegnern, die immer noch wichtige Länder der Region regieren, an einen Tisch zu setzen.
- b) Die Dynamik der Integration bedeutet Phasen eines stärkeren politischen Handelns durch die Präsidenten – unterbrochen von Zeiträumen, in denen der insgesamt bürokratischere Geist der Außenministerien der Länder dominiert.
- c) Handels- und Wirtschaftsabkommen fördern stets mehr oder weniger die Interessen des Kapitals, zumindest solange die kapitalistische Produktionsweise in den beteiligten Ländern vorherrschend ist.
- d) Die beteiligten Unternehmen streben stets in erster Linie nach schnellem Profit und erst in zweiter nach dem strategischen Ziel der Operation, nämlich Entwicklung und Integration.
- e) Das Überleben des UNASUR hängt von der Beteiligung und dem Engagement der wichtigsten Volkswirtschaften der Region ab.

Die Schlussfolgerung aus alledem lautet: Im Rahmen eines allgemeinen strategischen Gleichgewichts („die Regierung benutzen für den Kampf um die Macht“), müssen wir eine eindeutig nationale Politik betreiben. Diese nationalen Komponenten müssen in eine kontinentale Strategie münden, deren Schrittmaß von Verlauf und Geschwindigkeit der Transformation in den größeren Ländern, beginnend mit Brasilien, bestimmt wird. Selbst wenn dies den Marsch verlangsamt, ist es am besten, die „Avantgarde“ in der Nähe der Hauptkräfte zu halten. Deshalb wollen wir im folgenden darauf eingehen, wie man das Bestehen linker und progressiver Regierungen als Ausgangspunkt im Kampf um den Sozialismus nutzen kann.

## Die kürzlich gewählten Regierungen und der Kampf um den Sozialismus

Wenn wir die hypermoderaten und die ultralinken Kräfte ausblenden, können wir sagen, dass es unter den lateinamerikanischen Sozialisten im Hinblick auf die bestehenden linken und progressiven Regierungen in der Region zwei Grundpositionen gibt:

→ jene, die solche Regierungen nur als Teil des Prozesses der Sammlung der Kräfte ansehen;

→ jene, die diese Regierungen als einen grundlegenden Bestandteil der Sammlung der Kräfte und des Weges zur Machtergreifung betrachten.

Beide Positionen anerkennen grundsätzlich den Zusammenhang von Reform und Revolution.

In der Geschichte der Menschheit gibt es Phasen, da sich die Entwicklung durch Reformen vollzieht, und solche, da dies über Revolutionen geschieht. Der Unterschied zwischen beiden liegt in drei miteinander zusammenhängenden Aspekten: dem Inhalt der Veränderungen, der Art und Weise, wie solche Veränderungen durchgesetzt werden und der Geschwindigkeit, mit der sie ablaufen. Aber der grundlegende Unterschied ist der Charakter der Veränderungen.

Die Privatisierung des Gemeindelandes, die Ausbreitung der Maschinen oder die imperialistische Offensive in China, um Beispiele aus dem 18., 19. und 20. Jahrhundert zu nennen, waren deshalb revolutionär, weil sie die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse veränderten. Dieser Aspekt war es, und nicht die Geschwindigkeit oder die gewalttätige Form, der den revolutionären Charakter der genannten Prozesse bestimmte.

Revolutionäre Prozesse fallen nicht vom Himmel. Revolutionen stellen einen bestimmten Augenblick in der Entwicklung der Widersprüche einer Gesellschaft dar, da diese Widersprüche einen Grad der Zuspitzung erreichen, der das Umschlagen in eine andere Qualität ermöglicht. Anders ausgedrückt, treten Revolutionen dann auf, wenn sich eine Gesellschaft nicht mehr durch Reformen weiterentwickeln kann. Es gibt folglich in der Geschichte einer Gesellschaft Kontinuität und Brüche zwischen Momenten der Reform und Momenten der Revolution. Eine Revolution kann nicht ohne Reformen existieren; und sie findet genau deshalb statt, weil Reformen nicht mehr ausreichen.

Hier sei hinzugefügt, dass ein entscheidender Faktor des Umschlagens von Reformen in eine Revolution das Verhältnis der Kampfbereitschaft der beherrschten Klassen zum Widerstand der herrschenden Klassen ist. Wenn die da unten energisch für Veränderungen kämpfen und die da oben brutalen Widerstand leisten, dann sind die Bedingungen reif,



dass der Kampf um Reformen in eine Revolution umschlägt. Wechselt man vom historischen auf den strategischen Blickwinkel, dann liegt es auf der Hand, dass Wahlen nicht ausreichend sind, um den Aufbau des Sozialismus einzuleiten. Sie bringen uns an die Regierung, aber nicht an die Macht. Daher ist es notwendig, in Gesellschaften, in denen die Linke über Wahlen an die Regierung gekommen ist, einen Weg zur Macht zu bahnen, der davon ausgeht, dass wir als absolut relevante Variable einer revolutionären Politik an der Regierung sind, als Bestandteil der historischen Umstände und nicht als „Betriebsunfall“ oder eine „unerwünschte Abweichung“.

Seltsamerweise haben die meisten Linken keine theoretischen Schwierigkeiten, Elemente von Reform und Revolution in einer Strategie zu verbinden, wenn es sich um einen Gewerkschaftskampf oder Parlamentswahlen handelt. Aber sie tun sich enorm schwer damit, wenn eine Regierung so etwas tut. Einer der Gründe für diese Schwierigkeit ist, dass in den meisten Fällen, da die Linke nach Wahlsiegen die Regierung übernahm, sie nicht imstande war, die Kräfte für den Aufbau des Sozialismus zu bündeln. Entweder gab sie ihr Programm auf, wurde bei Wahlen besiegt oder durch einen Putsch und/oder ausländische Interventionen gestürzt. Wenn schon sozialistische Revolutionen eine Seltenheit sind, scheinen Übergänge zum Sozialismus durch gewählte Regierungen noch seltener zu sein.

Dennoch sollte aus der Erfahrung der Niederlage – wie die der Unidad Popular in Chile, oder dem Scheitern einiger klassischer revolutionärer Versuche – nicht die Undurchführbarkeit eines strategischen Weges abgeleitet werden. Die Niederlage erlaubt nur die Feststellung, dass die Linke besiegt wurde, als sie bestimmte Optionen unter gegebenen historischen Bedingungen wahrnahm.

Diejenigen, die glauben, dass Wahlsiege der Linken immer das Vorspiel zu einer Niederlage sind, müssen zwei Fragen beantworten:

- a) Wie bündelt man Kräfte in einem historisch kritischen Augenblick, in dem „Wahldemokratie“ vorherrscht?
- b) Wie verleiht man den klassischen Wegen der Machtergreifung Legitimität in einem kritischen Augenblick, da die Linke Wahlsiege verbucht?

Und nun etwas für diejenigen, die glauben, dass es unter bestimmten historischen Bedingungen mit einer entsprechenden Politik möglich ist, durch Wahlsiege Regierungen zu bilden, die die Kräfte für die Entwicklung zum Sozialismus bündeln. Sie müssen sich folgende Fragen beantworten:

- a) Sind solche Regierungen eine Art „Zwischenstation“ auf einem Weg, der zum revolutionären Endkampf führt?
- b) Sind solche Regierungen wesentlicher Bestandteil einer Möglichkeit, die Macht zu erobern, die sich von Aufstand und Bürgerkrieg unterscheidet?

Diejenigen, die die zweite Position vertreten, sind aufgefordert, sich mit einer anderen paradigmatischen Erfahrung der lateinamerikanischen Linken vertraut zu machen: der Regierung der Unidad Popular in Chile (1970–73).

Die hypergemäßigte Linke ist der Ansicht, dass sie wenig aus der Erfahrung der Unidad Popular zu lernen hat, da die UP sich ausdrücklich als Weg zum Sozialismus bekannte. Bestenfalls verwendet sie die Erfahrung der UP, um eine ehrfurchtgebietende Furcht vor den Rechten, dem Imperialismus und den Streitkräften zu schüren, sowie um „nachzuweisen“, dass man das Kräfteverhältnis „nicht überfordern“ sollte.

Auch die ultraradikale Linke hält nicht viel von den Erfahrungen der UP, denn diese passen nicht zu ihren bevorzugten Paradigmen: Aufstand, Guerillakrieg oder neuerdings dem Kult der sozialen Bewegungen.

Sie wiederum nutzt die populäre UP-Erfahrung bestenfalls zur Bestätigung ihrer Furcht vor den Rechten, dem Imperialismus und den Streitkräften sowie zum „Beweis“ dafür, dass es sinnlos ist, den Weg zum Sozialismus über Wahlsiege zu versuchen.

Die Hypergemäßigten und Ultralinken bezweifeln entschieden die Möglichkeit, Wahlen (und die dabei errungenen Mandate) als Ausgangspunkt für den Kampf um den Sozialismus zu nutzen.

Wenn wir die Rolle gewählter Regierungen im Kampf um den Sozialismus diskutieren, tun wir das in einer historischen Situation, die sich von der 1970-73 unterscheidet. Aber die Fragen, die studiert und debattiert werden müssen, haben sich nicht grundlegend verändert. Es sind nach wie vor:

- der Aufbau und das Programm eines Volksbündnisses in einer bestimmten historischen Situation;
- die Kombination zwischen der Präsenz im Staatsapparat und dem Aufbau einer Gegenmacht, besonders in den Streitkräften;
- der Umgang mit der Haltung der herrschenden Klassen, die angesichts der Bedrohung ihres Eigentums und ihrer Macht das Recht brechen und die Lage bis zu explosiven Situationen eskalieren;
- der Reifegrad des real-existierenden Kapitalismus in jeder konkreten Gesellschaft und die daraus folgende Möglichkeit der Durchführung sozialistischer Maßnahmen.

Das große Novum, das die Bedingungen der eingangs erwähnten Gleichung beeinflusst, ist die Herausbildung eines Kräfteverhältnisses in Lateinamerika zwischen 1998 und 2008, das es gestattet, Einmischung von außen zu verhindern. Solange diese Situation weiter besteht, ist es theoretisch und praktisch möglich, auf einen Weg der Machtergreifung zu setzen, der sich, obwohl revolutionär, von Aufstand und Bürgerkrieg unterscheidet.

(Fokalistische Strategien umgehen das Problem der Mobilisierung und nehmen an, dass ein „militärischer Funke“ automatisch die Unterstützung durch das Volk herbeiführt – d.Ü.)

## Zum Gedenken an Harald Neubert

*Auszüge aus der Rede von Dr. Helmut Steinbach bei der Trauerfeier am 11. September 2009*

Das Unfassbare ist geschehen: In den Abendstunden des 19. August verstarb Prof. Dr. Harald Neubert im Alter von 77 Jahren. Was bleibt, ist Trauer, ist Leere, die nicht auszufüllen ist. Sein Tod reißt niemals zu schließende Lücken auf – für seine Nächsten, für seine Freunde, für seine Weggefährten.

Seine ehemaligen Arbeitskollegen des Instituts für Internationale Arbeiterbewegung, das Harald Neubert zwei Jahrzehnte erfolgreich leitete, haben – wie sie in einem Nachruf sagen – „einen national und international hoch geschätzten Wissenschaftler verloren, der ... mit seinen Leistungen und seinem gradlinigen Charakter Vorbild war und bleibt“.



Die Linken – nicht nur in Deutschland – haben einen hoch begabten Theoretiker und unermüdlischen Kämpfer verloren, der auch nach den Umbrüchen der Jahre nach 1989 seinen marxistischen Überzeugungen treu geblieben ist. Harald Neubert fügt in seinem letzten Abschiedswort hinzu, dass diese Treue zu unserer Überzeugung „in mancherlei Hinsicht ein schmerzvolles Umdenken einschloss“.

In einem von den beiden Vorsitzenden der Partei DIE LINKE Lothar Bisky und Oskar Lafontaine sowie vom Vorsitzenden des Ältestenrates Hans Modrow und dem Landesvorsitzenden Berlin Klaus Lederer unterzeichneten Nachruf heißt es, dass die Partei mit Prof. Dr. Harald Neubert einen verdienstvollen Wissenschaftler verliert, dessen Andenken sie in Ehren halten wird.

Die meisten von uns kennen Harald Neubert vor allem aus der Blütezeit seines Schaffens. Wir begegneten ihm als einem Mann von Schöpferkraft und Fleiß, von Selbstbewusstsein und forderndem Drängen, es ihm gleich zu tun. Wer aber weiß schon, welche Mühen ihn das gekostet hat, welche Zweifel ihn manchmal plagten auf seinem Weg.

Harald Neubert wurde am 6. Februar 1932 in einem kleinen Ort Sachsen-Anhalts in einer Arbeiterfamilie geboren. Er besuchte nur eine 3-Klassen-Dorfschule. Viel konnte man dort nicht lernen. Schon frühzeitig prägte sich bei ihm der Wunsch aus, fortzugehen und das dörflich-provinzielle Umfeld hinter sich zu lassen.

Nach erfolgreichem Abschluss der Tischlerlehre mit dem Prädikat „Sehr gut“ begann er 1949 ein Studium an der Arbeiter- und Bauernfakultät in Halle. Dieses fiel ihm anfangs schwer. Nach dem 1. Semester erreichte er nur eine Gesamtnote von 4,3. Das war ein ernstes Signal. Fortan half ihm sein etwas älterer Zimmergenosse, mit dem er bis zu seinem Tod eng befreundet war. Im zweiten Studienjahr erreichte er bereits eine glatte „Zwei“. Das Abitur schloss er 1952 mit „Ausgezeichnet“ ab.

Im gleichen Jahr nahm Harald Neubert ein fünfjähriges Geschichtsstudium in Leningrad auf. Auch hierüber urteilt er: „Der Anfang des Studiums war nicht leicht“: Das Ausbildungsprogramm war anspruchsvoll. Die bisherigen Russischkenntnisse reichten nicht aus. Mit der ihm eigenen Disziplin und mit immensem Fleiß trat er seiner eigenen Unsicherheit entgegen. Über 50 Stunden wöchentlich belegte er die obligatorischen Lehrveranstaltungen, zusätzlichen Russisch- und Französischunterricht. Vor ein Uhr nachts ging das Licht in seinem Zimmer nie aus.

Die Eindrücke und Erfahrungen während seines Studiums in der Sowjetunion waren ambivalent: Einerseits sprach er mit Hochachtung von seinen Lehrern am Lehrstuhl Mittelalterliche Geschichte Europas, deren Weltaufgeschossenheit ihm eine neue Weltsicht eröffnete. Andererseits wurde ihm – wie er selbst sagt – die „sowjetische ideologische Orthodoxie“ bewusst.

Nach Beendigung des Geschichtsstudiums, hatte er – wie es damals üblich war – ein „praktisches Jahr“ zu absolvieren. Das erfolgte an der Parteischule in Weimar. In dieser Zeit lernte er seine spätere Frau kennen. Nunmehr bereits mit den Pflichten eines Familienvaters, setzte Harald Neubert seine wissenschaftliche Laufbahn fort: von 1958 bis 1963 als Assistent am Institut für Allgemeine Geschichte der Humboldt-Universität Berlin. Auch hier schreibt er über den schweren Anfang: „Mir kamen des Öfteren Zweifel, ob meine Willenskraft ausreicht, die neuen Hürden zu überwinden“.

Und es gelang ihm. Im Frühjahr 1964 promovierte er mit einer Dissertation zur mittelalterlichen Geschichte Italiens. Sein wissenschaftlicher Betreuer und Gutachter bescheinigt ihm „viel Intelligenz, weitgehenden Willen zu kritischer Forschungsmethode, Gewissenhaftigkeit und sehr viel Fleiß“.

Vom Dezember 1963 bis zum Jahreswechsel 1969/70 arbeitete Harald Neubert in der Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees der SED. In diese Zeit fielen viele wichtige Ereignisse des internationalen Geschehens und der Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung, so 1964 das Memorandum Palmiro Togliattis, 1968 der Einmarsch der Truppen des Warschauer Vertrages in die CSSR und die problembehaftete Vorbereitung und Durchführung der letzten Weltkonferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 in Moskau. Diese Ereignisse stellten auch hohe Anforderungen an Harald Neubert. Angesichts sich zuspitzender Diskussionen und Probleme in der kommunistischen Bewegung entwickelte er nicht selten eine eigene, offiziell nicht gern gehörte Sicht und vertrat sie auch in der internationalen Arbeit. Es war wohl ein schwieriger Balanceakt, dass Harald Neubert auf diesem glatten Parkett nicht ausrutschte, sondern sich im Gegenteil den Ruf erwarb, „bester Italienkenner der Partei“ zu sein.

Höhepunkt im beruflichen Leben von Prof. Dr. Harald Neubert war seine langjährige Tätigkeit als Lehrstuhlleiter und später als Direktor des Instituts für Internationale Arbeiterbewegung an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften von 1970 bis 1990. Zunächst ging es um eine Umprofilierung der Arbeit. Als Lehre aus der Internationalen Beratung in Moskau wurde eine Ausrichtung der wissenschaftlichen Arbeit auf praktische Belange der internationalen kommunistischen Bewegung gefordert. Dem zu entsprechen war ein langer, auch mit Krisen des Instituts verbundener Prozess. Am Ende aber war er erfolgreich. Dieser Prozess ist untrennbar mit dem Namen Harald Neubert verbunden.

Neben seinen Leitungsaufgaben schärfte er energisch sein eigenes wissenschaftliches Profil. Das von ihm angestrebte Ziel, wissenschaftliche Forschungen stärker in Publikationen einfließen zu lassen, wurde von ihm selbst vorbildlich demonstriert. In dieser Zeit erschienen nahezu 150 Bücher, Broschüren, Aufsätze für Zeitungen und Zeitschriften aus seiner Feder. Im Herbst 1973 wurde er zum Ordentlichen Professor berufen. 1974 habilitierte er sich mit einer Arbeit über die Politik der Italienischen Kommunistischen Partei.

In seiner Funktion als Institutsdirektor erreichten die internationalen Kontakte von Harald Neubert eine neue Stufe. 1972 wurde eine „Gemeinsame Kommission für Internationale Arbeiterbewegung“ europäischer sozialistischer Länder gebildet. Harald Neubert wurde deren stellvertretender Leiter. Als sich in den 1970er und insbesondere in den 1980er Jahren schwierige Entwicklungsprobleme des Sozialismus und der kommunistischen Bewegung abzeichneten, wurde Harald Neubert zu einem gefragten Gesprächspartner auf Parteitagungen kommunistischer und sozialistischer Parteien und auf internationalen Konferenzen. Seine unkonventionelle, undogmatische Art, an neue Bedingungen heranzugehen und nach neuen Lösungen zu suchen, löste – bei aller Vorsicht, mit der das zu geschehen hatte – Respekt aus.

Obwohl zeitweilig in Ungnade gefallen, wurde er 1982 zum Mitglied der Außenpolitischen Kommission beim Politbüro des ZK der SED berufen. Nunmehr konnte er für sein



neuartiges Herangehen an komplizierte Probleme dieser Zeit in einer privilegierten Stellung, aber weiterhin mit der gebotenen Vorsicht hinsichtlich des Machbaren, eintreten. Seine wissenschaftlich und politisch fundierten Vorschläge waren oft Ausgangspunkt für neuartige Einschätzungen in wichtigen Dokumenten. Zwei Beispiele dafür seien genannt:

Den Berichten der Parteitage der SED zu internationalen Fragen lagen seit Mitte der 70er Jahre neue Überlegungen zur Einheit der kommunistischen Weltbewegung zugrunde, die aus der Feder von Harald Neubert stammen. Hervorgehoben wurde erstmals die Kompliziertheit und Mannigfaltigkeit der konkreten Bedingungen und Aufgaben der einzelnen kommunistischen Parteien, sowie die damit verbundene Möglichkeit des Auftretens abweichender Auffassungen. Vermieden wurde die frühere leichtfertige Qualifizierung dieser Auffassungen als Revisionismus.

In der Öffentlichkeit wenig bekannt ist, dass Harald Neubert auch einen beachtlichen Anteil am Zustandekommen des gemeinsamen Dokumentes von SED und SPD „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ von 1987 hat. Für die aus damaliger Sicht sensationelle Neubewertung des Begriffs und der Politik der friedlichen Koexistenz hat er die wesentlichen gedanklichen Vorleistungen erbracht. In den vorbereitenden Diskussionen haben seine dazu schriftlich fixierten Thesen eine entscheidende Rolle gespielt.

Noch einmal sei betont: Als Institutsdirektor hat uns Harald Neubert ein reiches Erbe hinterlassen, das auch die Heranbildung einer neuen Generation marxistischer Wissenschaftler und Parteiaktivisten einschließt.

In den 80er Jahren verstärkten sich die Sorgen Harald Neuberts über das Schicksal des Sozialismus und der kommunistischen Bewegung. Aus seinen persönlichen Notizen dieser Zeit wird deutlich, dass er deren tiefe Krise – ihre Symptome und auch ihre vorwiegend inneren Ursachen – schonungslos analysierte. Bis zuletzt suchte er nach Lösungen. Aber der Niedergang des sogenannten realen Sozialismus war nicht mehr aufzuhalten. Harald Neubert musste – wie so viele – den schmerzhaften Verlust dessen erleben, wofür er ein Leben lang gekämpft hatte. Mit dem Untergang der DDR hörte kurze Zeit später auch die Akademie für Gesellschaftswissenschaften auf zu existieren. Harald Neubert wurde arbeitslos.

Aber das war nur eine berufliche Kategorie. Sofort stürzte er sich in die Arbeit unter nunmehr völlig neuen Bedingungen. Auf vielfältige Weise nahm er Einfluss auf die Neuformierung und Entwicklung seiner Partei, der er treu geblieben war. Zur Identität und zum historischen Selbstverständnis der PDS und später der Partei DIE LINKE, zu deren Programmatik und internationaler Einordnung hat Harald Neubert wichtige Beiträge geleistet. Sie waren diktiert von seinem Wissen um die Notwendigkeit eines Neuansatzes, gepaart mit einer konsequenten Parteinahme für die sozialistischen Ideale.

Vielfältig waren seine publizistische Tätigkeit und seine Einflussnahme auf die Bildungsarbeit der Partei. Er unterzog die Vergangenheit einer kritischen Bewertung, um den Blick für den Weg in die Zukunft zu öffnen. Dabei forderte Harald Neubert in seiner leidenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Geschichte des Sozialismus und der DDR eine historisch und politisch gerechte Sicht.

Seit der Neuformierung der Partei bis in seine letzten Lebensmonate hat sich Harald Neubert in der internationalen

Arbeit der Partei engagiert. Wiederum oder noch immer zählte er auf Parteitag und internationalen Kongressen befreundeter Parteien zu einem begehrten Gesprächspartner. Durch seine engen, oft langjährigen Verbindungen zu vielen Persönlichkeiten der sozialistischen und kommunistischen Bewegung beförderte er die internationalen Beziehungen der Partei. Von Anfang an gehörte er der Arbeitsgemeinschaft „Friedens- und Internationale Politik“ des Parteivorstandes an. Eine hohe Anerkennung für sein vorwärtsweisendes Engagement war seine Berufung in den Ältestenrat der Partei. Harald Neubert hat dessen Beratungen mit seiner klaren und kritischen Sicht wesentlich mitgeprägt. So war das erste dort beratene Dokument eine von ihm ausgearbeitete Empfehlung für den Fortgang der Programmdebatte in der Partei. Der Vorsitzende des Ältestenrates Hans Modrow hat mich ausdrücklich gebeten, auch in seinem Namen die großen Leistungen Harald Neuberts für die Partei und die linke Bewegung hoch zu würdigen und ihm dafür zu danken.

Noch im März dieses Jahres hat Harald Neubert – schon gezeichnet von einer schweren Krankheit – die Kraft aufgebracht, zwei Buchmanuskripte fertig zu stellen: eine Geschichte der Italienischen Kommunistischen Partei in ihrer Aufstiegsphase von Antonio Gramsci über Palmiro Togliatti und Luigi Longo bis Enrico Berlinguer und – als letztes Buch – eine Arbeit zur Geschichte der internationalen Einheit der Kommunisten von Marx und Engels bis 1989 mit Schlussfolgerungen für die Gegenwart.

Harald Neubert fasst hier seine früheren Forschungsergebnisse, seine politischen Erfahrungen und seine Publikationen unter aktuellen Aspekten zusammen. Es ist sein politisches Testament. Er selbst urteilt darüber: „Sie stellen eine Quintessenz der Ergebnisse meiner wissenschaftlichen und politischen Tätigkeit dar.“ Wie die Linken diese Erfahrungen und Erkenntnisse bewahren und nutzen werden, das war für ihn Hoffnung und Sorge zugleich. Gegenwart und Zukunft, die wir zu formen haben, werden mit dem verbunden sein, was uns Harald Neubert so reichlich hinterlassen hat.



## Tragik der politischen Ungeduld: Zum 65. Jahrestag des Warschauer Aufstandes

Von Dr. Holger Politt, ehemaliger Leiter des Warschauer Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung; aus: [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

Vor fünf Jahren, genau am 1. August 2004, sagte Gerhard Schröder, der damalige Bundeskanzler, in Warschau ohne Umschweife, dieser Tag sei ein Tag der deutschen Schande. Deutsche Bundeskanzler sagen so etwas höchst selten. Der junge Gerhard Zwerenz hatte es bereits damals, im August 1944 gewusst, denn als er von der italienischen Front nach Warschau umgesetzt wurde, um den Aufstand niederzuschlagen, desertierte er. Er flüchtete vom rechten Weichselufer aus in Richtung Osten, von wo die Rote Armee unaufhaltsam auf die östliche Stadtgrenze der polnischen Hauptstadt vorrückte. Von den komplizierten politischen Umständen dieses Aufstands konnte der junge deutsche Soldat nichts wissen. Er hatte auch keine Vorstellung davon, dass die Stadt 14 Monate zuvor im Ghetto schon einmal von einem Inferno heimgesucht wurde. Aber er hatte ein Gefühl für das sich anbahnende Verbrechen, welches einen deutschen Bundeskanzler 60 Jahre später veranlasste, von einer Schandtat zu sprechen.

In der Wahrnehmung der meisten Polen ist der Warschauer Aufstand eines der zentralen Ereignisse des Zweiten Weltkriegs. Wer an einem 1. August die Gelegenheit hat, in der Stadt zu sein, wird auf Schritt und Tritt die große emotionale Verbundenheit spüren, die den Aufständischen entgegengebracht wird. Die hohe Ehrerweisung gilt den Landsleuten, die ihren waghalsigen Kampf zumeist mit dem Leben bezahlen mussten. In den vielen Jahrzehnten, die seit dem Aufstand ins Land gegangen sind, stiegen sie im öffentlichen Bild in den Rang untadeliger Nationalhelden auf, die in der besten Tradition polnischer Unabhängigkeitskämpfe des 18. und 19. Jahrhundert stehen. Staatspräsident Lech Kaczyński knüpft an dieses Bild an, wenn er meint, der Aufstand sei Polens größter Beitrag im Zweiten Weltkrieg gewesen. Die Aufständischen, so sein knappes Fazit, hätten an entscheidender Front für ein freies Polen gekämpft. Dass aber zu keiner Zeit eine realistische Aussicht auf einen militärischen oder politischen Erfolg bestanden hatte, wird dabei nicht erwähnt. Es zählt vor allem das moralische Beispiel, der aufopfernde Heldentum der vielen jungen Aufständischen, die sich dem brutalsten Okkupanten, den die Stadt jemals in ihrer Geschichte gesehen hat, mit tausendfach unterlegenen militärischen Mitteln offen entgegenstellten. Ihr legitimes Ziel war die Befreiung der Stadt von der deutschen Besetzung.

Die USA und Großbritannien, die nach der Konferenz in Teheran mit der UdSSR im Bunde bereits eine europäische Nachkriegsordnung zu zimmern begannen, ließen Polens Exilregierung in London vorher über diplomatische Kanäle wissen, dass sie einem Aufstand dieser Größenordnung wegen der ins Auge fallenden militärischen Unterlegenheit kei-

nen politischen Nutzen abringen könnten. Die Westalliierten hegten im Sommer 1944 die stille Hoffnung, dass Warschau aus- und stillhalten würde. Ein in vieler Hinsicht aussichtsloser Waffengang gegen die Deutschen lag nicht in ihrem Interesse. Sie wollten das widerständige Warschau, den treuen Verbündeten, der seine politischen Sympathien fest auf die Westalliierten ausrichtete, nicht in letzter Stunde geopfert sehen.

In Warschau wurde in den Julitagen des Jahres 1944 jedoch anders entschieden. Die Führungsspitze der Armia Krajowa (AK), die im Untergrund über ein dichtes und verzweigtes Netzwerk des Widerstands verfügte, empfahl der Londoner Exilregierung, den Aufstand in der besetzten Hauptstadt zu wagen, auch wenn sie um das hohe Risiko wusste, das sich aus dem eklatanten Missverhältnis zwischen dem nominalen Mannschaftsbestand – die AK verfügte im Aufstandsgebiet über mehrere zehntausend Soldaten, und der höchst unzureichenden Bewaffnung ergab. Die Führung des Aufstands rechnete vor allem mit dem menschlichen Faktor, mit dem persönlichen Mut der Menschen, die seit Jahren auf den Moment der Abrechnung mit den Okkupanten warteten. Diese vage Hoffnung gab den Ausschlag für eine Entscheidung, die zu den tragischen in der Geschichte des Landes gezählt werden muss.

Auf polnischer Seite wurden nach dem Ende der Kämpfe im Oktober 1944 über 200 000 Todesopfer gezählt. Wird die hohe Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung berücksichtigt – allein über 180 000 – dann kann gut ermessen werden, mit welchen brutalen Mitteln die Niederwerfung des Aufstands durch die deutsche Seite erfolgte. Im Ergebnis ihres Sieges zerstörten die Okkupanten ab Oktober 1944 Warschaus Innenstadt, versuchten Polens Hauptstadt endgültig von der Landkarte zu tilgen. Die überlebenden Warschauer, etwa eine halbe Million Menschen, mussten die Stadt verlassen und wurden an verschiedenen Orten interniert. Als die Rote Armee im Januar 1945 die deutschen Soldaten aus Warschau vertrieb, fand sie auf der linken Weichelseite eine menschenleere Stadt und ein schier endloses Trümmerfeld vor. In Kapitulationsverhandlungen gelang es der AK-Führung, für die am Leben gebliebenen Aufständischen den Status von Soldaten einer regulären Armee auszuhandeln, so dass sie in Kriegsgefangenschaft kamen. An die Abmachung, die am Leben gebliebenen Zivilisten in der Stadt zu belassen, hielten die Deutschen sich nicht.

Wenn Historiker heute auf dieses Ereignis zurückschauen, kommen sie nicht umhin, die Tatsache festzuhalten, dass der Warschauer Aufstand den Krieg in Europa um keinen einzigen Tag verkürzt, der deutschen Seite vergleichsweise nur geringfügigen materiellen und personellen Schaden zugefügt hat. Es trat im Ergebnis das ein, was die westlichen Alliierten insgeheim befürchteten. Die Niederlage des Aufstands besiegelte das faktische Ende der AK als einer wichtigen politischen Kraft, das Ende einer Untergrundstruktur, die im besetzten Europa ihresgleichen zu suchen hatte. Sie besiegelte das Ende aller Träume des Londoner Lagers, nach dem Krieg in territorialer, politischer und gesellschaftlicher Hinsicht an Vorkriegspolen anknüpfen zu können. Der heimliche Sieger hieß Stalin, der von nun an kaum noch übertriebene Rücksicht auf das bürgerliche, das westliche Polen zu nehmen brauchte. Für ihn zählten in Polen von nun an immer mehr die Kommunisten, die in den dreißiger Jahren seinem die Kommunistische Partei Polens eiskalt vernichtenden Terror



entkommen waren und nun zu den Gründungsvätern der Volksrepublik Polen werden mussten und schließlich wurden.

Oberflächlich betrachtet könnte der Opfergang der Warschauer als bloße Fortsetzung der Aufstandstradition des 19. Jahrhunderts verstanden werden, in deren Kontext Polens beste Köpfe ihrem Volk in tiefer Verzweiflung über die empfindlichen und deprimierenden Niederlagen die Rolle eines Christus der Nationen zuschrieben, welcher, sich opfernd, die anderen rettete. Berühmt wurde die Losung „Für unsere und eure Freiheit“. Näher betrachtet wird aber der Anfang des Zweiten Weltkriegs zum besseren Schlüssel für das Verständnis.

Im September 1939 wurde das Land nach Beschlusslage eines teuflischen Paktes zwischen Hitler und Stalin aufgeteilt. Zu Grabe getragen wurde das Versailler System und Polen als dessen Symbol. Die damaligen und späteren sowjetischen Erklärungen, wonach der Westen sein eigenes Nachkriegssystem bereits mit dem Münchener Abkommen von 1938 abgerissen habe, im September 1939 im Osten Polens somit lediglich den eigenen legitimen Schutzbedürfnissen nachgekommen worden sei, sprachen immer nur einen Teil der historischen Wahrheit aus. Bei den Siegesfeiern an der zwischen den beiden Diktatoren vereinbarten Demarkationslinie, die mitten durch das damalige Polen verlief, wurde gemeinsam das Ende des Bastards von Versailles begrüßt. Stalin übersah sträflich, dass es Hitler bereits um viel weiter gefasste Ziele ging. Sein blindmachender Hass auf die westlichen Demokratien und auf das bürgerliche Polen brach ihm und seinem Land fast das Genick, da er sich zum Partner einen Bluthund auserkor, der es auf Europas Osten in ganz besonderer, brutaler Weise abgesehen hatte.

Polen war im September 1939 im Unterschied zu heute territorial eher ein Land Osteuropas. Die Landesgrenzen verliefen im Schnitt 300 Kilometer weiter östlich. Nur wenige Polen begriffen nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion im Sommer 1941, dass von nun an im Kampf gegen Hitler eine neue Zeitrechnung begann. In den Augen vieler überfiel einfach der eine Okkupant den anderen. Den meisten fiel es ganz einfach schwer, in der Roten Armee nun eine Kraft zu sehen, die zu einem ganz entscheidenden Element im Befreiungskampf Europas vom faschistischen Joch aufsteigen sollte. Einer der noch wenigen war der im US-amerikanischen Exil weilende Wirtschaftswissenschaftler und Sozialist Oskar Lange, der als Mitglied der Polnischen Sozialistischen Partei PPS seinen in London weilenden Parteifreunden im Winter 1941/42 mitteilte, dass die Hoffnungen auf eine Befreiung Polens von nun an im großen Maße an einen Sieg der Sowjetunion im Krieg gegen Deutschland gebunden seien. Welche komplizierten Konsequenzen für das Land damit eingeschlossen sein werden, war ihm bewusst. Kein zweites Land auf Seiten der späteren Sieger erlebte im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg eine derartig einschneidende Verschiebung des eigenen Territoriums, die bereits als solche für mehrere Millionen Menschen eine totale und damit schmerzhaft Umstülpung aller bisherigen Lebensverhältnisse bedeutete.

Das Londoner Lager der Polen, welches an der Themse über die Exilregierung und an der Weichsel über einen sehr gut organisierten, kampferfahrenen und verlässlichen Untergrund verfügte, entschied anders, entschied gegen die sich nach den Teheran-Gesprächen allmählich abzeichnende neue geopolitische Situation im östlichen Teil Europas. Inso-

fern war der Warschauer Aufstand, auch wenn er sich militärisch ausschließlich gegen die deutsche Besatzung richtete, eine nicht zu übersehende Aufwallung gegen die drohende Aufteilung Europas in unterschiedliche Einflusssphären, die später nach Jalta konkrete Gestalt anzunehmen begann, ein letzter Aufschrei jener Republik, die im September 1939 unterging und deren übriggebliebene Vertreter nun auf das Recht pochten, diese nach dem Krieg wiedererrichten zu können. Das sich befreiende und befreite Europa begann seine Nachkriegskonstruktion allerdings nicht mehr nach dem im Zweiten Weltkrieg endgültig versunkenen Versailler System auszurichten, sondern einigte sich entsprechend neuer Kräfteverhältnisse unter den Siegermächten auf andere Koordinaten. Das Londoner Lager der Polen verlor in dieser Hinsicht im Sommer und Herbst 1944 an der Weichsel den politischen und diplomatischen Anschluss.

Kritiker des Warschauer Aufstands, wie es sie unter polnischen Historikern nicht wenige gibt, verweisen immer wieder auf diese Aspekte. Eine wichtige gesellschaftliche und politische Kraft des Landes stellte sich mit dem riskanten Unternehmen des Aufstands ins Abseits, spielte danach, wenn es um die Geschicke des Landes ging, eine immer geringer werdende Rolle. Im Laufe der kommenden Jahre wurden die Reste des Londoner Lagers immer mehr an den Rand gedrückt, wichen der neuen gesellschaftlichen und politischen Ordnung, die sich im Namen Volksrepublik Polen symbolisierte.

In geopolitischer Hinsicht war die Volksrepublik, deren offizielle Geburtsstunde später auf den 22. Juli 1944, also vor den Aufstand zurückdatiert wurde, ein Kind des in Jalta zwischen den drei entscheidenden Großmächten allgemein akzeptierten Nachkriegssystems, damit also der Gegenentwurf zum Vorkriegspolen. Auf die Welt kam dieses Kind aber bereits vorher, im Moment der Niederlage des Warschauer Aufstands, weshalb bis heute von entsprechender politischer Seite immer wieder versucht wird, die Volksrepublik vor allem als moralisch fragwürdigen Nutznießer der Niederlage der Aufständischen hinzustellen. Eingeschlossen darin ist die Behauptung, die Rote Armee, die Mitte August 1944 das rechte Weichselufer der polnischen Hauptstadt erreicht hatte, wäre in der Lage gewesen, den Aufständischen militärisch beizustehen und den Aufstand zu retten. Stattdessen habe sie tatenlos zugesehen und eine politische Situation geerntet, die den Nachkriegsplänen Moskaus sehr entgegengekommen sei. In der Tat, der Ausgang des Aufstands war auch ein politischer Sieg Stalins. Vergessen wird dabei nur, dass die Entscheidung, auf eigene Faust gegen den zu diesem Zeitpunkt zwar angeschlagenen, militärisch aber immer noch mächtigen und kreuzgefährlichen Feind loszuschlagen, alleine in Warschau gefällt wurde. Niemand aus Moskau drängte dazu. Wie gefährlich der Gegner noch war, zeigte sich vom Januar bis Mai 1945, als die Rote Armee und die mit ihr verbündete Polnische Volksarmee auf dem Weg von der Weichsel bis an die Spree Hunderttausende Soldaten verlor.





# Atomdialog – liebt Russland die Bombe?

Von Kai Ehlers; aus: *Eurasisches Magazin*, Nr. 11, 2009

„Moskaus Liebe zur Bombe“ las man kürzlich in der FAZ. Man ist irritiert. Hat man sich an das freundliche „Change“ auf allen Seiten doch schon gewöhnen wollen: die atomare Abrüstungsinitiative des US-Präsidenten Obama, das Ende des Raketenstreits, neue Gespräche zwischen Russland und NATO, Erneuerung der Partnerschaft zwischen Russland und EU, ja, sogar die Bereitschaft seitens der EU, die Vorschläge Medwedews für ein „Zweites Helsinki“ zu erörtern. Hat man sich also getäuscht? Sind die Russen, was sie immer waren: machtgerig und gefährlich? Wollen sie den Preis für die Entspannung hochtreiben, weil sie wissen, dass Obama angesichts des fatalen Bush-Erbes Erfolg braucht?

Solche und ähnliche Vermutungen kann man den Medien entnehmen, seit der Sekretär des russischen Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew Mitte Oktober in der „Iswestija“ Einzelheiten über eine neue Militärdoktrin mitteilte, die im Dezember verabschiedet werden soll. Kern: Russland wolle die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen senken. In einer für die nationale Sicherheit kritischen Situation werde ein präventiver Atomschlag gegen Angreifer nicht ausgeschlossen. Das gelte auch für Angriffe auf regionaler oder lokaler Ebene.

Kritik wurde laut. Diese wies tags darauf Pawel Solotarjow, Vizedirektor des USA- und Kanada-Institutes in Moskau, Prof. an der Akademie der Militärwissenschaften und Präsident der Stiftung für Unterstützung einer Militärreform, zurück. In einem Gespräch mit „Ria Nowosti“ wies er Einwände gegen die Ankündigungen Patruschews mit der Begründung zurück, je höher der Grad der Ungewissheit darüber sei, wann Atomwaffen eingesetzt werden dürften, desto effektiver sei die Abschreckung. Die Rede sei jetzt nicht mehr nur von einem „umfassenden Krieg wie früher, als die Gefahr von den USA ausging, und es nur mit den USA einen groß angelegten Krieg geben konnte. Da wir aber nicht (gemeint ist – nicht mehr – d.V.) Feinde der USA sind, tritt die Atomwaffe in unseren gegenseitigen Beziehungen im Sicherheitsbereich in den Hintergrund. Wir und die USA sehen sie als einen Belastungsfaktor und denken mehr daran, wie wir bei der Nichtverbreitung zusammenarbeiten könnten. Eben dazu wird eigentlich der neue Vertrag vorbereitet – nicht etwa dazu, einander durch Visiere anzusehen und zu zählen, wer wie viele Raketen hat“.

## Umfassendere Aufgaben der atomaren Abschreckung

Auf die Frage, ob Moskau mit dieser neuen Doktrin nicht den Defensivcharakter seiner bisherigen Militärstrategie aufgeben, entgegnete Solotarjow: „Es ist einfach so, dass der Aufgabenbereich über den alten Rahmen hinausgeht, weil jene Variante der Abschreckung, die in all den Jahren des kalten Krieges am wichtigsten war, nicht mehr aktuell ist. Da es aber Atomwaffen in der Welt gibt, müssen umfassendere Aufgaben der atomaren Abschreckung festgeschrieben werden.“ Konventionelle Waffen reichten nicht mehr. Es gebe keine Garantie, dass man lokalen Konflikten gewachsen sei. „In Anbetracht dessen, dass Russland seinen Streitkräften

ein neues Gesicht geben will, dass diese folglich zahlenmäßig reduziert werden, nimmt auch die Mobilisierungsbereitschaft sowohl der Wirtschaft als auch der Menschenreserven ab.“

Aus berufenem Munde war auch noch zu hören, warum die Zahl der Atomsprengköpfe nicht unter 1 500 gesenkt werden dürfe, wie Obama es vorschlug, der 1 000 als Ziel genannt hatte. Generaloberst Nikolai Solowzow warnte bei einer Tagung im Schulungszentrum der strategischen Raketen truppe in Balabanowo vor amerikanischen Plänen, strategische Raketen mit hochpräzisen konventionellen Sprengköpfen auszurüsten zu wollen. Damit könne die internationale Sicherheit untergraben werden. Die existierenden Vorwarnsysteme seien nicht in der Lage festzustellen, mit was für einem Sprengstoff eine anfliegende Rakete ausgerüstet sei. Die angegriffene Seite werde von der schlimmsten Variante ausgehen, einen nuklearen Sprengstoff vermuten und entsprechend reagieren. Das könne die Menschheit an den Rand einer nuklearen Katastrophe bringen.

## Senkt Russland die nukleare Schwelle?

Dass die Argumente dieser Riege von Militärs im Westen sämtliche antirussischen Reflexe mobilisieren, liegt auf der Hand. Ein ähnlicher Effekt ließe sich allerdings problemlos mit Aussagen von US-Militärs oder NATO-Vertretern erzielen. Ein solches Vexierspiel macht jedoch keinen Sinn. Die Frage ist vielmehr, ob mit solchen Positionen die Wirklichkeit beschrieben ist.

Senkt Russland die nukleare Schwelle? Tatsächlich sehen schon die Doktrinen von 2005 und 2007 vor, dass bei Bedrohung der „nationalen Sicherheit“ mit dem Einsatz von Atomwaffen geantwortet werden könne. Diese Formulierungen waren eine Antwort auf die Senkung der atomaren Schwelle durch die Bush-Administration. Weder bisher noch jetzt ist auf russischer Seite jedoch von der Herstellung einer „Erstschlagsfähigkeit“ die Rede, sondern – im Unterschied zum US-Programm des „global strike“ – immer noch von einer „Reaktion“. Die Androhung einer „präventiven Reaktion“ aber spricht wohl eher von Verwirrung als von Aggression.

## Zuviel Altrüstung für einen Neuanfang der Beziehungen

Sind die USA und Russlands jetzt Partner? Obama scheint gewillt zu sein, einige entscheidende Hindernisse, die die Bush-Ära in den Beziehungen zwischen Russland und den USA hat entstehen lassen, beiseite zu räumen: Das war zunächst die Aussicht, dass nach dem Auslaufen von START I ab Januar 2010 keine Vereinbarungen zur Begrenzung der strategischen Waffen zwischen den wichtigsten Waffenträgern – USA und Russland – mehr bestünde und damit eine Phase der Hochrüstung notwendig einsetzen müsste. Das hätte für beide Seiten eine Belastung ohne strategischen Nutzen bedeutet, der nur Kosten verursacht hätte. Schon jetzt liegen auf beiden Seiten doppelt so viele Bomben auf Halde und im Altbestand wie einsetzbar sind. (USA 5 200 aktive Köpfe, davon 2 700 Reserve plus 4 200 Altbestand; Russland 4 830 aktive Köpfe, davon 2 043 Reserve und 8 150 Altbestand) Eine Reduzierung kommt einer Verschrottung des Alt- und Effektivierung des Neu-Bestandes gleich. Ernst würde es dann, wenn eine Vereinbarung auf tendenzielle Vernichtung aller, auch der bereits ausgelagerten Atomwaffen getroffen oder zumindest anvisiert würde. Solange das



nicht geschieht, kann von einer neuen Beziehung zwischen den beiden Atommächten nicht gesprochen werden.

Das Gleiche gilt für die Raketenfrage: Solange Obamas Begründung für die Stornierung des Stationierungsprogramms in Osteuropa nur damit begründet wird, ein uneffektives System durch ein effektiveres zu ersetzen, das die USA allein neu aufbaut, hat sich in der Beziehung zwischen Russland und den USA nichts Qualitatives geändert. Solange bleibt die „Rücknahme“ ein Akt der Propaganda, so wie es vorher die Stationierung war. Auch sie war keine effektive Bedrohung Russlands, sondern eine Provokation.

### Medwedjews europäische Sicherheitsarchitektur

Mit Skepsis ist auch die neue Debatte um Medwedews Vorschlag einer „Europäischen Sicherheitsarchitektur“ zu betrachten. Solange Medwedew dabei unter den Verdacht gestellt wird, mit dem Vorschlag die Expansion von NATO und EU eingrenzen zu wollen und die von Medwedew nach wie vor vertretene Perspektive der multipolaren Neuordnung im globalen Rahmen ausgeblendet bleibt, kann auch hier von einer neuen Orientierung nicht die Rede sein.

Bleibt schließlich der marode Zustand der russischen Armee, die nicht in der Lage sei, das Land mit konventionellen Kräften zu schützen. Tatsache ist, dass die Rote Armee nach Auflösung der SU zerfiel, ihre Umstellung auf eine professionelle Truppe überfällig ist. Das schlimmste Zeugnis bekam diese Armee in Tschetschenien ausgestellt. Erst 2005 hat Putin die Armereform ernsthaft angeordnet; die größten Umstellungen stehen noch bevor. Tatsache ist aber auch, dass diese Armee immer noch in der Lage war, einem Saakaschwili Einhalt zu gebieten, ohne dass die NATO diesen Vorgang zum Kriegsfall hochstilisierte.

### Bislang stellen die USA nur neue Regeln auf, um ihren verlorenen Einfluss wiederherzustellen

Betrachtet man all dies, dann zeigt sich, dass die gegenwärtigen Maßnahmen der Entspannung und Abrüstung zwar zu begrüßen sind, von der Hinwendung zu einer neuen Ordnung, gar einer globalen Friedensordnung bisher jedoch nicht die Rede sein kann. Das bleibt so, solange „Change“ nur bedeutet, dass die USA neue Regeln aufstellen, um ihren verlorenen Einfluss wiederherzustellen – und seien sie noch so sympathisch vorgetragen. Wenn sich daran nichts ändert, werden aus Russland, wie übrigens auch aus anderen Teilen der Welt, nicht zuletzt auch aus China, trotzig Doktrinen der Selbstverteidigung zu hören sein. In neue Bereiche stieße die internationale Politik erst dann vor, wenn nicht mehr Hegemonien, sondern im Einvernehmen der neu herausgebildeten globalen Integrationsräume eine kooperative Pluralität angestrebt würde.

## Das Schicksalsjahr

*Helmut Altrichters Buch „Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums“, C.H. Beck, München 2009; Rezensiert von Werner Pirker; aus: Junge Welt, 7. Dezember 2009*

Das Jahr, als in Berlin das Grenzregime der DDR zusammenbrach und mit ihm das sozialistische Staatensystem, das Jahr 1989 – es war auch das Schicksalsjahr der Sowjetunion. Diese Ansicht vertritt Helmut Altrichter, Inhaber des Lehrstuhls für Osteuropäische Geschichte an der Universität Erlangen, in seinem Buch „Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums“. Zu Recht, meint der Rezensent.

Die Umstürze in Osteuropa, die im Zusammenspiel von Volksbewegung und Eliteputsch über die Bühne gingen, hatten in der von der KPdSU-Führung unter Michail Sergejewitsch Gorbatschow eingeleiteten Umgestaltung (Perestroika) des sowjetischen Systems ihren entscheidenden Anstoß erhalten. Umgekehrt wirkten sie beschleunigend auf die Zerfallsprozesse in der UdSSR ein. Indem die sowjetische Führung die „Bruderländer“ in die volle Unabhängigkeit entließ, hatte sie die mit ihr verbündeten Kräfte auf freier Wildbahn ausgesetzt. Doch nicht nur Erich Honecker, Todor Shiwkow, Nicolae Ceausescu und die anderen von Moskau bisher abhängigen und nun plötzlich emanzipierten Parteiführer wurden „vom Leben bestraft“, sondern auch Gorbatschow selbst, dessen Strategie der Überführung der UdSSR in das imperiale System des Westens souverän gescheitert ist.

### Perestroika-Stagnation

1989 machten sich in Moskau erstmals die Grundzüge eines neuen politischen Systems bemerkbar. Die antisozialistischen Kräfte stellten zwar noch schüchtern, aber unüberhörbar die Machtfrage. Die Weichen wurden auf der 19. Parteikonferenz der KPdSU im Juni 1988 gestellt. Sie war von Gorbatschow einberufen worden, weil die Perestroika, die einen Ausweg aus der Stagnation des politischen und wirtschaftlichen Lebens weisen sollte, selbst in Stagnation geraten war.

Die ursprüngliche Perestroika-Konzeption, sofern von einer solchen je die Rede sein konnte, war vor allem auf eine radikale Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus ausgerichtet. Noch war der Weg zum Kapitalismus mit den besten sozialistischen Vorsätzen gepflastert. Das sowjetische „Mehr Demokratie wagen“ schien ursprünglich durchaus sozialismusspezifisch gedacht gewesen zu sein: Bildung von Räten der Arbeitskollektive, Wahl der Betriebsdirektoren durch die Belegschaften, Selbstverwaltung. Letztere war in Einheit mit dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung, der Bilanzierung von Aufwand und Ertrag konzipiert.

Das Problem war: Gorbatschows Reformpolitik, die zumindest verbal das schöpferische Potenzial des Volkes freisetzen wollte, löste nie den erforderlichen Massenenthusiasmus aus. Das lag zum einen an der über Jahrzehnte anerzogenen sozialen Trägheit und zum anderen am nicht minder eingefleischten Misstrauen gegenüber schönen Worten von oben. In dieser Situation vollzog die Gorbatschow-KPdSU ihren dramatischen Strategiewechsel. Nicht mehr die Entwicklung eines neuen ökonomischen Systems auf sozialistischer Grundlage sollte fortan im Mittelpunkt der „revolutionären



Reformen“ stehen, sondern die radikale Umgestaltung des politischen Systems.

Der zentrale Beschluss der 19. Parteikonferenz war, dass Parteitage oder Konferenzen der KPdSU künftig keine die Geschicke des Landes zentral bestimmenden Beschlüsse zu fassen hätten. Die Partei müsse als Machtorgan abdanken und „Alle Macht den Sowjets“ überlassen. Kraft ihrer in Artikel sechs der sowjetischen Verfassung festgelegten „führenden Rolle“ beschloss die KPdSU ihren Rücktritt von der Macht und die Bildung eines Kongresses der Volksdeputierten. Dieser sollte in freier Wahl zustandekommen, alle zwei Jahre zusammentreten, die Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung erörtern (was früher den Parteitag vorbehalten war) und die Abgeordneten zum Obersten Sowjet, dem die Rolle des arbeitenden Parlaments zugedacht war, bestimmen.

### Mehrparteiensystem

Auf den ersten Blick nahm sich auch dies nicht als ein Schritt zur kapitalistischen Restauration, sondern als ein „Zurück zu Lenin“ aus. Denn die Vorstellung vom Staat, die der sowjetische Staatsgründer mit Vehemenz vertrat, beruhte nicht auf der Allmacht der Kommunistischen Partei, sondern auf der der Sowjets. Im Ergebnis dieses Beschlusses von 1989 entstand aber praktisch ein Mehrparteiensystem. Die politische Differenzierung erfolgte nicht zwischen Parteimitgliedern und Parteilosern, sondern quer durch die KPdSU, der das Gros der führenden Oppositionellen angehörte. Die Angriffe des „demokratischen Lagers“ richteten sich nicht gegen die Partei als Summe ihrer Mitglieder, sondern gegen die „Apparatpartei“. Das war der populistische Konsens, personifiziert in Boris Jelzin, auf dessen Grundlage sich schließlich der Sturz der KPdSU im August 1991 sichtbar vollzog – im Gegensatz zum hinter den Kulissen hergestellten Elitenkonsens. Jelzins Machtbasis war der Oberste Sowjet der Russischen Föderation. 1993 ließ er die „Sowjetmacht“ in Schutt und Asche legen.

Millionen Fernsehzuschauer verfolgten 1989 aufmerksam, wie im Kongress der Volksdeputierten die Probleme des Landes auf eine schonungslos offene Art erörtert wurden, wie das in bürgerlichen Gesellschaften kaum nachvollziehbar ist. Der Buchautor gibt diese Debatte sehr ausführlich und äußerst objektiv wieder, z. B. den dramatischen Auftritt eines Afghanistanveteranen, der in bitteren Worten den Undank des Vaterlandes beklagte und die Opposition des verräterischen Defätismus bezichtigte, ebenso wie die Replik des Dissidenten Andrej Sacharow. Alles in allem war die Debatte Spiegelbild einer zerfallenden Gesellschaft.

Unaufhaltsam trieben die Ereignisse zum „point of no return“. Das machte sich vor allem in Nationalitätenkonflikten bemerkbar, die sich flächenbrandartig ausbreiteten. Zum Katalysator des Scheiterns der Sowjetunion wurde die nationale Frage. Sie war trotz aller Errungenschaften im zwischen-nationalen Zusammenleben ungelöst geblieben, weil das sowjetische Gesellschaftsmodell sein wichtigstes Versprechen, die soziale Emanzipation, nur sehr unzulänglich einzulösen imstande war.

Helmut Altrichter beschreibt das Schicksalsjahr des gescheiterten Oktoberprojekts mit dialektischem Einfühlungsvermögen. Sein Text ist frei von antikommunistischen Ausfällen und moralisierender Rechthaberei. Dennoch sieht der Autor das Scheitern des sozialistischen Versuchs in einer

dieser Gesellschaftsordnung eigenen Unvernunft. Den Gorbatschow-Leuten gesteht er zu, sie hätten das System reformieren, nicht zerstören wollen. Doch habe es sich als nicht reformierbar erwiesen. Man könnte in Michail Sergejewitsch auch den Zauberlehrling sehen, der der Kräfte, die er rief, nicht mehr Herr werden konnte. Objektiv aber hat er die Interessen jener Herrschaftsschicht bedient, die an einem kapitalistischen Umsturz der Eigentumsverhältnisse interessiert war.

## Völkisch radikalisiert

Aus: [www.german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com), 5. Januar 2010

Wenige Monate vor den Parlamentswahlen in Ungarn, einem der engsten Partnerstaaten Deutschlands in Europa, warnen Beobachter vor einer Radikalisierung der dortigen Politik. Der mutmaßliche künftige Ministerpräsident Viktor Orbán (Fidesz-Partei) deutet an, dem deutschen Vorbild folgen und ungarischsprachigen Bürgern der Nachbarstaaten die ungarische Staatsbürgerschaft verleihen zu wollen. Ungarn würde damit bis zu 2,5 Millionen Menschen vereinnahmen. Die völkischen Pläne stoßen schon jetzt auf Widerstand. Im Inland reißt die Radikalisierung, die aus Orbáns Fidesz-Partei heraus betrieben wird, tiefe Gräben auf. Völkischer Antisemitismus und Gewalt gegen Roma nehmen dramatisch zu; der Mythos vom „jüdischen Bolschewismus“ „ist in Ungarn lebendiger denn je“ und wird auf die jetzige sozialistische Regierung angewandt, berichtet die Kulturwissenschaftlerin Magdalena Marsovszky im Gespräch mit dieser Redaktion. Beobachter sagen Ungarn nach Orbáns als sicher geltendem Wahlsieg im April „lange Jahre einer autoritären Herrschaft“ voraus. Orbán und seine Fidesz-Partei arbeiten eng mit Vorfeldorganisationen der deutschen Außenpolitik und mit deutschen Parteien zusammen. Die extrem rechte Partei Jobbik, mit welcher Fidesz gelegentlich kooperiert, feiert inzwischen öffentlich das Staatsoberhaupt der Zwischenkriegszeit, Miklós Horthy – einen Parteigänger NS-Deutschlands.

Wenige Monate vor den ungarischen Parlamentswahlen im April wächst im In- und Ausland die Furcht vor einer weiteren Radikalisierung der völkischen Politik Budapests. Umfragen sagen seit langem einen klaren Wahlsieg von Viktor Orbán und seiner Fidesz-Partei voraus; unklar scheint allenfalls zu sein, ob Fidesz eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit erreichen kann. Zudem wird mit einem Wahlerfolg der extrem rechten Partei Jobbik gerechnet, die bei den Europawahlen im vergangenen Juni fast 15 Prozent erreichen konnte. Nicht auszuschließen ist, dass Jobbik zweitstärkste Partei nach Fidesz wird. Für Deutschland hat die Entwicklung aus mehreren Gründen besondere Bedeutung. Ungarn gehört zu seinen engsten Partnerstaaten in Europa, wird wirtschaftlich von der Bundesrepublik dominiert und nimmt in den deutschen Planungen für Südosteuropa eine herausragende Stellung ein. Außerdem betreibt Budapest eine völkische Politik, die den Strategien Berlins in vollem Maße entspricht.

### Nach deutschem Modell

Deutlich wird dies vor allem auf dem Feld der Außenpolitik. In mehreren Nachbarstaaten Ungarns (vor allem in Rumänien, der Slowakei und Serbien) leben ungarischsprachige



Minderheiten, die Budapest einer besonderen Einflussnahme unterwirft. Modell ist die völkische deutsche Politik, die seit je spezielles Augenmerk auf die deutschsprachigen Minderheiten im Ausland richtet. Berlin unterhält eine Abteilung im Bundesinnenministerium, die sich den „deutschen Volksgruppen“ im benachbarten Ausland widmet. Zudem hat die Bundesregierung vielen Angehörigen deutschsprachiger Minderheiten deutsche Papiere verliehen. Rund 200 000 Bürger Polens etwa besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft. Ein identisches Vorgehen zieht nun Viktor Orbán in Betracht. Demnach könnten bis zu 2,5 Millionen Bürger Rumäniens, der Slowakei, Serbiens und weiterer Staaten die ungarische Staatsbürgerschaft erhalten. Schwere Spannungen werden insbesondere zwischen Budapest und Bratislava erwartet, die bereits 2009 heftige Konflikte austrugen, weil Ungarn in wachsendem Maße Ansprüche bezüglich der ungarischsprachigen Minderheit in der Slowakei erhebt. Schon jetzt urteilt die slowakische Regierung, es bestehe für die Zeit nach den ungarischen Parlamentswahlen ein „besonders hohes Risiko ansteigender Spannungen“.<sup>1</sup>

### Die Heilige Ungarische Krone

Die Verschärfung der völkischen Außenpolitik nach deutschem Modell geht bei Orbán und Fidesz mit einer Radikalisierung im Innern einher. Wie die Kulturwissenschaftlerin Magdalena Marsovszky vom Institut für Politikwissenschaften der Ungarischen Akademie der Wissenschaften gegenüber dieser Redaktion erläutert, besitzt dabei eine völkisch-mythische Lebensraumideologie aus dem 19. Jahrhundert große Bedeutung – die „Lehre von der Heiligen Ungarischen Krone“. Diese „Lehre“ beschreibt das „ungarische Volk“ inklusive der „Auslandsungarn“ als völkisch-mythische „Einheit“. Sie prägte Ungarn besonders zwischen den Weltkriegen. Heute betrachten erneut sämtliche „rechtsnationalen Gruppierungen die Lehre von der Heiligen Ungarischen Krone und nicht die demokratische Verfassung als geltende Rechtsgrundlage“, berichtet Marsovszky.<sup>2</sup> Auf dieser völkischen Basis nimmt zur Zeit nicht nur die Gewalt gegen Roma, sondern auch der Antisemitismus dramatisch zu. So ist etwa „der antisemitische Mythos vom ‚jüdischen Bolschewismus‘ in Ungarn lebendiger denn je“, schildert Marsovszky; er wird in völkischen Kreisen auch auf die regierenden Sozialisten, eine de facto sozialdemokratische Partei, angewandt. Marsovszky zufolge verlangt eine Fidesz-Abgeordnete, die sozialdemokratische „Schädlingsregierung wegzuputzen“.

### Autoritäre Herrschaft

Beobachter sagen Ungarn nach Orbáns als sicher geltendem Wahlsieg im April eine düstere Zukunft voraus. „Auf Ungarn dürften lange Jahre einer autoritären Herrschaft zukommen“, schrieb unlängst das prominente österreichische Nachrichtenmagazin „Profil“<sup>3</sup>: „Der neue Premier wird die Macht in seinen Händen konzentrieren. Die Justiz, das Finanzamt und die meisten Medien werden auf sein Kommando hören oder ihm ungefragt Gehorsam leisten. ... Patriotismus wird Bürgerpflicht.“ In diesem sozialen Klima werde sich auch die extrem rechte Partei Jobbik bestens entfalten können, ist zu hören. „Die rechte Mitte“, urteilt der Publizist Tamás Mészáros, „hat sich dank der Anstrengungen des Fidesz fortlaufend radikalisiert. Sie ist nunmehr mit ihren radikalen Rändern zusammengewachsen.“<sup>4</sup>

### Partner

Viktor Orbán und die Fidesz-Partei arbeiten eng mit Vorfeldorganisationen der deutschen Außenpolitik und mit deutschen Parteien zusammen. Die Budapester Außenstelle der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung zählt den Fidesz zu ihren Kooperationspartnern. Die Fidesz-nahe Stiftung für ein bürgerliches Ungarn (Polgári Magyarországért Alapítvány, PMA) wurde mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung und der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung gegründet – auf einem Festakt in der Budapester Gyula-Andrássy-Universität, die in Kooperation mit staatlichen deutschen Stellen errichtet wurde und eng an Berlin gebunden ist. Fidesz ist Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP), in der die deutschen Parteien CDU und CSU eine recht starke Stellung innehaben, und in der EVP-Fraktion im Europaparlament. Im Europaparlament stellt Fidesz darüber hinaus ein Präsidiumsmitglied.

### Feinde Ungarns

In Ungarn arbeitet der eng mit deutschen Organisationen kooperierende Fidesz auf kommunaler Ebene mit der extrem rechten Partei Jobbik zusammen, in deren Gründung Magdalena Marsovszky zufolge Fidesz-Kreise involviert gewesen sind. Jobbik ist mittlerweile dazu übergegangen, den ehemaligen Horthy-Faschismus in aller Öffentlichkeit zu preisen. Am 22. November nahmen an die 2 000 Personen an einer Kundgebung in Budapest teil, die Jobbik zum 90. Jahrestag des Einmarschs von Miklós Horthy in Budapest abhielt. Dabei wurde Horthy, der sich nach seinem Einmarsch als „Reichsverweser“ an die Spitze des ungarischen Staates gesetzt hatte, wegen seiner „Austreibung“ der Kommunisten und „anderer Feinde Ungarns“ als Held und als Vorbild für eine künftige völkische Regierung in Budapest gefeiert. Horthy hatte sich außenpolitisch eng an NS-Deutschland angelehnt und im Schutz und mit Unterstützung des Deutschen Reichs unter anderem die Wohngebiete der ungarischsprachigen Minderheiten in der Slowakei und in Rumänien annektiert.

### Anmerkungen

- 1 Fico skeptisch gegenüber Orbán; volksgruppen.orf.at 31.12.2009
- 2 s. dazu S. 61f. in diesem Heft
- 3, 4 Gregor Mayer: Versinkt Ungarn im Faschismus? Populist Viktor Orban greift nach der Macht; www.profil.at, 14.12.2009



# Lebensraum Karpatenbecken

Über das Erstarken der völkischen Rechten in Ungarn sprach *german-foreign-policy.com* mit Magdalena Marsovszky. Magdalena Marsovszky ist Kulturwissenschaftlerin, Mitarbeiterin im Zentrum für Demokratie- und Extremismusforschung im Institut für Politikwissenschaften der Ungarischen Akademie der Wissenschaften sowie im Villigster Forschungsforum zu Nationalsozialismus, Rassismus und Antisemitismus e. V. ([www.forschungsforum.net](http://www.forschungsforum.net)) und untersucht seit Jahren den völkischen Rechtsschub in Ungarn; aus: *www.german-foreign-policy.com*, 5. Januar 2010

## ● Es gilt als sicher, dass die Partei Fidesz bei den Wahlen in diesem Jahr an die Regierung kommt. Wie ist die Stimmung in Ungarn?

Viele haben Angst. Im Moment sieht es so aus, dass der Fidesz die Wahlen mit einer Zweidrittelmehrheit gewinnen und sogar Verfassungsänderungen ohne Abstimmung mit anderen Parteien durchführen kann. Wenn das nicht geschieht, ist es vorstellbar, dass der Fidesz zumindest partiell mit der rechtsextremen Partei Jobbik zusammenarbeitet, um seine Pläne zu verwirklichen. Jobbik hat bei den Wahlen zum Europaparlament im vergangenen Juni fast 15 Prozent erhalten und könnte dieses Jahr den Voraussagen zufolge mindestens genauso viele Stimmen bekommen. Es ist nicht auszuschließen, dass Jobbik sogar die zweitstärkste Partei wird – noch vor den Sozialisten. Jobbik würde sicherlich den Fidesz punktuell bei Abstimmungen unterstützen, so wie es zwischen 1998 und 2002 die rechtsextreme Partei MIÉP (Partei für Ungarische Gerechtigkeit und Ungarisches Leben) tat, als sie noch Abgeordnete im Parlament hatte. MIÉP nannte sich damals „die Opposition der Opposition“ und stimmte immer mit dem Fidesz. Der Fidesz wiederum koalitiert schon seit 2006 auf kommunaler Ebene vielfach mit Jobbik. Fidesz-Chef Viktor Orbán betont zwar immer wieder, dass er, wenn er an die Regierung kommt, nicht mit extremistischen Parteien koalieren wird, aber das heißt nicht viel: „Extremistisch“ nennt er nämlich vor allem die Sozialisten.

## ● Wieso das?

Das hat mit dem strukturellen Antisemitismus von Fidesz zu tun. Der antisemitische Mythos vom „jüdischen Bolschewismus“ ist in Ungarn lebendiger denn je. Völkische Kräfte – und das ist nicht nur Jobbik, dazu gehört auch der Fidesz – heben immer die geschichtliche Kontinuität zwischen den heutigen Sozialisten und den Kommunisten im ehemals real existierenden Sozialismus hervor, deren damalige Herrschaft sie „jüdischen Bolschewismus“ nennen. Daher kommt es, dass in völkischen Kreisen die Sozialisten als Extremisten bezeichnet werden.

## ● Und das, obwohl die Sozialisten eine schlicht sozialdemokratische Partei sind?

So ist es. Der völkischen Auffassung zufolge ist sogar der westliche Liberalismus eine Form „jüdischer Unterwanderung“ der „Volksgemeinschaft“; entsprechend sind Sozialliberale eines der Hauptziele antisemitischer Stereotypisierungen. Der frühere Ministerpräsident Gyurcsány, ein Sozialdemokrat, sowie sozialliberale Intellektuelle gelten den Völkischen derzeit als Hauptgegner. Bekannte Schriftsteller wie Imre Kertész, Péter Esterházy oder György Konrád wer-

den immer wieder mit Ratten verglichen, die ausgerottet werden müssten. Fidesz-nahe Medien kritisieren die Sozialisten darüber hinaus mit Mitteln, die ich auch als strukturell antisemitisch bezeichnen würde.

## ● Wieso strukturell antisemitisch?

Ich möchte Ihnen das anhand eines Beispiels erklären. Im Herbst 2006 kam es in Budapest zu Krawallen, bei denen vor allem Rechtsextreme randalierten. Dabei wurde das Gebäude des öffentlich-rechtlichen Fernsehens gestürmt, in Brand gesetzt und symbolisch zur national befreiten Zone erklärt. Es waren die schwersten Unruhen seit Jahrzehnten, sie trafen die Polizei völlig unvorbereitet, und diese reagierte unverhältnismäßig. Nationalgesinnte und Patrioten, das heißt, die völkischen Kräfte bezeichnen den harten Polizeieinsatz als gezielten Angriff einer „illegitimen Lügenregierung“, die vorsätzlich gegen „revolutionäre Patrioten“ vorgegangen sei und eine „Menschenjagd“ zu verantworten habe. Es ist sehr bezeichnend, dass der Fidesz-nahe Sender Hír TV die Krawalle eine „Revolution“ nannte. Der Vorsitzende des Parlamentskomitees für Menschenrechte, Minderheiten und Religionsfragen, Zoltán Balogh (Fidesz), hat im Jahr 2008 ein Buch mit dem Titel „Menschenjagd auf Anweisung“ vorgestellt; Titel und Inhalt unterstellen dem damaligen sozialistischen Ministerpräsidenten Gyurcsány, er habe die Polizeiübergriffe im Herbst 2006 angewiesen. In einer Gesprächsrunde in der Gedenkstätte „Haus des Terrors“ ebenfalls im Jahr 2008 bezeichnete Balogh die Opfer der Polizeigewalt sogar als die „heutigen Gulag-Heimkehrer der stalinistischen Diktatur“.

## ● Und Völkische hören heraus, es sei wieder der „jüdische Bolschewismus“ am Werk ...

Nicht nur das. Selbsternannte Patrioten und rechte Gruppierungen greifen immer wieder Symbole der Regierung wie das Parlament und das Gebäude des öffentlich-rechtlichen Fernsehens an oder auch das sowjetische Ehrenmal. Die Polizei errichtet deshalb an den Nationalfeiertagen und bei Demonstrationen immer öfter Sicherheitszonen um diese Einrichtungen. Die Fidesz-nahen Medien deuten das als Einschränkung der Meinungsfreiheit und behaupten, man könne den Nationalfeiertag praktisch nicht mehr frei feiern, das Volk lebe heute wieder in einer stalinistischen Diktatur. Das ist eine Täter-Opfer-Umkehr, die der wissenschaftlichen Forschung zufolge ein zentrales Element antisemitischer Hetze ist. Auch diese Täter-Opfer-Umkehr verleitet Oppositionsführer Orbán immer wieder dazu, die gegenwärtige sozialistische Regierung als extremistisch zu bezeichnen.

## ● Das sind extreme Töne für den Chef einer Partei, die demnächst womöglich mit einer Zweidrittelmehrheit regieren kann ...

Im Fidesz ist das nichts Außergewöhnliches. László Balázs-Piri, ein Fidesz-Mann und Präsident der Stiftung, welche die Gedenkstätte „Haus des Terrors“ in Budapest unterhält, hat vor einigen Jahren behauptet, Linksliberale hätten eine besondere Physiognomie und seien „Bazillenträger der Diktatur“. Jüngst, zum Jahrestag des Aufstandes von 1956 am 23. Oktober, sprach er im Fidesz-nahen Hír TV davon, die „entartete Linke und die Kommunisten“ seien „wie das wilde Unkraut – einfach nicht auszurotten“. Ein parteiunabhängiger Kommunalpolitiker bezeichnete das ungarische



Parlament gar als „Synagoge am Kossuthplatz“, die „auszuräuchern“ sei. Aus Fidesz-nahen Medien fließt solche Hetze tagtäglich.

### ● **Man hört, Orbán wolle nach dem Regierungsantritt die Verfassung ändern?**

Viktor Orbán betont in seinen Reden immer wieder, dass er die Nation „einigen“ will. Am 16. Dezember sprach er in der Stadt Zenta in der Vojvodina, wo eine ungarischsprachige Minderheit lebt, davon, dass er alle Magyaren zusammenführen werde – also das, was diejenigen versäumt hätten, die die Nation wie eine Rabenmutter behandelten, nämlich Sozialisten und Liberale. Orbán will vermutlich den sogenannten Auslandsungarn die ungarische Staatsbürgerschaft verleihen. Außerdem sprach er kürzlich von einem gemeinsamen magyarischen Wirtschaftsraum. Der Ausdruck spiegelt eine Art Lebensraumideologie wider. Orbán hat schon vor einigen Jahren von einem „wirtschaftlichen Lebensraum im Karpatenbecken“ gesprochen. Unlängst hat er außerdem betont, dass er die Verfassung ändern will, um die Nation auch nach innen wieder zu „einen“.

### ● **Worum geht es genau?**

Orbán sagt, die Verfassung sei ihm zu technokratisch, es fehle ihr die Seele. Er betont immer wieder, die christlichen Werte würden zu wenig vertreten. Das kann nichts anderes bedeuten, als dass Orbán in die Verfassung die Lehre von der Heiligen Ungarischen Krone aufnehmen will, eine völkisch-mythische Lebensraumideologie aus dem 19. Jahrhundert. Diese Lehre spielt in allen Äußerungen der Völkischen eine entscheidende Rolle. Sie besagt im Kern, dass das gesamte „ungarische Volk“ – und darunter werden auch die ungarischsprachigen Minderheiten im Ausland verstanden – eine völkisch-mythische Einheit sei. Alle rechtsnationalen Gruppierungen betrachten die Lehre von der Heiligen Ungarischen Krone und nicht die demokratische Verfassung als geltende Rechtsgrundlage. Die Krone selbst ist seit dem 19. Jahrhundert eine politisch-mythisch aufgeladene Reliquie und wurde besonders zwischen den Weltkriegen Objekt einer sakralen Verehrung. Die Resakralisierung der Krone erfolgte im Jahr 2000 während Orbáns erster Amtszeit. Die Krone wurde damals feierlich aus dem Nationalmuseum in das Parlament überführt, wo sie heute noch steht. Mit diesem Akt wurde die völkische Lehre von der Heiligen Ungarischen Krone aktualisiert; die Krone ist seitdem wieder mehr als nur ein Museumsstück und soll im Parlament nach den Vorstellungen der Völkischen und zum Ärger der Demokraten die Einheit der Nation symbolisieren. Mitglieder völkischer Organisationen legen ihren Eid gewöhnlich auf die Heilige Ungarische Krone ab.

### ● **Nun gibt es ja noch die rechtsextreme Partei Jobbik. Worin unterscheidet sie sich vom Fidesz?**

Die Unterschiede zwischen Fidesz und Jobbik sind gar nicht so groß. Beide betrachten die Lehre von der Heiligen Ungarischen Krone als Rechtsgrundlage, auch wenn Orbán dies immer nur andeutet – der Fidesz deutet immer nur an, was Jobbik offen ausspricht. Beide Parteien denken völkisch, beide denken in Großungarn-Kategorien, beide wollen die „magyarische Erde“ vor dem internationalen Großkapital schützen und das Moratorium für den freien Verkauf ungarischen Bodens an Ausländer aufrecht erhalten. Viele Beob-

achter betrachten Fidesz als Jobbik light. Vermutlich war Fidesz sogar in die Gründung von Jobbik eingebunden.

### ● **In die Gründung einer konkurrierenden Partei?**

Es heißt, nach den Wahlen von 2002, die der Fidesz verloren hatte, habe der vormalige Kanzleramtsminister István Stumpf Jobbik quasi erfunden. Stumpf hat wohl bemerkt, dass sich die Studierenden an den Universitäten damals um einen Anführer der studentischen Selbstverwaltung gruppierten; dieser Anführer hieß Gábor Vona. István Stumpf sagte damals auf einer Konferenz in Budapest: Was wäre, wenn eine noch radikalere Partei als der Fidesz ins Leben gerufen würde, die sich Meinungen erlaubt, die seriösen Parteien in Europa nicht gestattet sind, die aber diese Meinungen äußern kann, ohne der Mutterpartei zu schaden? Stumpf hat tatsächlich den Begriff Mutterpartei gewählt; ich deute das so, dass der Fidesz seiner Ansicht nach eine radikalere Partei ins Leben rufen sollte, um Dinge aussprechen zu lassen, die er selbst nicht aussprechen kann – praktisch ein Sprachrohr für alles, was offiziell noch tabuisiert ist. Schon damals haben bedeutende Personen in Ungarn wie der Philosoph G. M. Tamás davor gewarnt, eine solche Partei könne gefährlich werden. Nach Stumpfs Äußerung wurde dann Gábor Vona in den Bürgerkreis „Bund für die Nation“ eingeladen.

### ● **Was ist das für eine Organisation?**

Die Bürgerkreise sind 2002 nach der Wahlniederlage von Viktor Orbán ins Leben gerufen worden. Aus anfänglich vereinzelten Bürgerkreisen ist inzwischen eine gegenkulturelle Massenbewegung entstanden. Der zentrale Bürgerkreis „Bund für die Nation“ wurde damals von Viktor Orbán geleitet, und zu ihm wurde Gábor Vona eingeladen. Die Bürgerkreise sind deswegen sehr wichtig, weil sie eine antidemokratische außerparlamentarische Opposition bilden. Fürsprecher ist der rechte Politologe Tamás Fritz geworden, der wissenschaftliche Direktor des „Hauses des Terrors“ in Budapest. Im „Haus des Terrors“ laufen tatsächlich viele Fäden zusammen. Fritz spricht andauernd von steigender „Zigeunerkriminalität“ und von einem „Anti-Magyarismus“, der durch die gegenwärtige sozialistische Regierung angeheizt würde, um von den brennenden Problemen des Landes abzulenken. Nebenbei bemerkt: Mitglied im Kuratorium der Stiftung, die das „Haus der Terrors“ unterhält, ist auch der Politologe László Tóth Gy., Vorsitzender im Redaktionskomitee der rechtsradikalen Internetzeitung der Partei Jobbik, barikad.hu. Das wichtigste Ziel der Bürgerkreise, die sich als zivilen Widerstand gegen die mit vermeintlich „bolschewistischen“ Methoden arbeitende Regierung begreifen, ist es, die sozialistische „Schädlingsregierung wegzuputzen“. Diesen Ausdruck hat die Fidesz-Abgeordnete Ildikó Bíró anlässlich des zweiten landesweiten Treffens der Bürgerkreise benutzt. Man sieht: Es wird in Ungarn tagtäglich auf schlimmste Weise gehetzt, nicht nur von Jobbik, sondern gerade auch vom Fidesz und seinem unmittelbaren Umfeld.



# 60 Jahre Volksrepublik China

Vortrag von Dr. Helmut Ettinger in der Veranstaltungsreihe des Linken Asienforums, 29. Oktober 2009

Am 1. Oktober 1949 verkündete Mao Zedong auf dem Tiananmen-Platz in Beijing die Gründung der Volksrepublik China. Ein Gongschlag der Geschichte, mit dem sich das größte Volk der Erde, eine der ältesten Kulturnationen, auf den Weg in die moderne Zeit machte. Die jüngste Etappe der chinesischen Geschichte begann, die grandiose Siege und tiefe Niederlagen, kühne Ideen und tragische Irrtümer kennt. Wer hätte damals vorauszusagen gewagt, dass das noch weitgehend im Feudalismus lebende, von den Kolonialmächten des Westens ausgeplünderte und gedemütigte, von Japan zerstörte, von einem blutigen Bürgerkrieg geschüttelte China in nur einem Menschenalter zu einer Weltmacht aufsteigt, wo sich die durchschnittliche Lebenserwartung von 35 auf 73 Jahre erhöht, die sich anschiekt, drittgrößte Volkswirtschaft der Welt und Exportweltmeister zu werden, die über die größten Devisenreserven von unvorstellbaren 2 300 Mrd. Dollar verfügt und von der der kapitalistische Westen hofft, sie könnte zur Lokomotive werden, die die Weltwirtschaft aus ihrer tiefsten Krise zieht?

60 Jahre VR China – das sind der Sieg der Volksrevolution unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas, die staatliche Unabhängigkeit, erste Umgestaltungen in Richtung Sozialismus wie die Bodenreform und der Beginn der Industrialisierung, das sind aber auch maoistische Experimente wie der Große Sprung oder die Kulturrevolution, die das Land ins Chaos stürzten, um Jahrzehnte zurückwarfen und Millionen Opfer kosteten. Als unumstritten gilt, dass die Großmacht China, wie wir sie heute kennen, vor allem das Ergebnis des von Deng Xiaoping 1978 begründeten Reform- und Öffnungskurses ist, der nun seit dreißig Jahren die Entwicklung des Landes bestimmt. Der allerdings wäre ohne die vorausgegangenen dreißig Jahre Geschichte der VR China nicht denkbar gewesen.

Das heutige China ist nicht nur eines der am meisten bewunderten, sondern auch am meisten umstrittenen Staaten dieser Welt. Kein Land wird bei jeder Gelegenheit so scharf kritisiert, angegriffen, ja regelrechten Kampagnen ausgesetzt. Beispiele sind die Olympischen Spiele in Beijing 2008 oder die gerade zu Ende gegangene Frankfurter Buchmesse 2009. Der Mainstream der deutschen Medien ist geradezu auf vorhandene Probleme – etwa in der Nationalitätenpolitik, bei den Menschenrechten oder bei der Meinungsfreiheit fixiert, so dass die Öffentlichkeit die Größe des Erreichten, die Dynamik der Transformationsprozesse oder die Vielfalt des gesellschaftlichen Lebens kaum mehr wahrnimmt. Das beklagen Sinologen und in China tätige Fachleute immer wieder.

Hier kommen wir zum Anliegen dieses Vortrages. Dies soll kein geschichtlicher Abriss sein. Ich möchte zu einigen wenigen ausgewählten Problemen des heutigen Chinas Stellung nehmen, die in der deutschen Öffentlichkeit ständig präsent sind. Dabei ist mir wichtig,

- auch die chinesische Sicht darzustellen, die in den deutschen Medien häufig ausgeblendet, ironisiert und nicht ernst genommen wird;
- die historische Perspektive einzubeziehen. Die heutigen Ergebnisse werden nur verständlich, wenn man sich den Ausgangspunkt klar vor Augen führt;

→ Erfahrungen aus der Anschauung vor Ort einzubringen, wozu ich seit über 40 Jahren Gelegenheit hatte.

Zum Anfang fast eine Binsenweisheit: Was immer man über China oder das Agieren seiner Führung denken mag: Dort geht es jeden Tag darum, grundlegende Lebensbedingungen – Nahrung, Kleidung, Wohnung, Arbeit und Umwelt – für 1,3 Milliarden Menschen zu schaffen. Kein anderes Land dieser Welt hat Probleme von solchen Dimensionen zu bewältigen.

Aus eigenem Erleben kann ich bestätigen: Das China von heute ist mit dem der 50er bis 70er Jahre nicht zu vergleichen. Das Land hat auf dem Wege von der Plan- zur Marktwirtschaft einen der größten und schnellsten Transformationsprozesse in der Geschichte der Menschheit erlebt. Das Durchschnittseinkommen pro Kopf und Jahr stieg von 151 Dollar im Jahre 1978 auf 4 660 Dollar 2008. Etwa 300 Mio. Menschen wurden von Armut befreit, was die Weltbank veranlasste, China den internationalen Spitzenplatz bei der Armutsbekämpfung zuzuerkennen. Heute leben fast 50 Prozent der Chinesen in den Städten. 1949 waren es kaum 10 Prozent. China hat mehrere gigantische Aufgaben gleichzeitig zu lösen – von der Vollendung der Industrialisierung bis zur Errichtung der Informationsgesellschaft. Für ökonomische und soziale Veränderungen dieser Dimension brauchte Europa etwa 200 Jahre.

Dieser rasante Prozess hat gewaltige Widersprüche und Entwicklungsunterschiede hervorgebracht. China ist eine moderne Industriemacht und ein Entwicklungsland zugleich. Man findet dort Megastädte mit modernster Infrastruktur, aber auch rückständige Dörfer in entlegenen Gebieten, die noch elektrifiziert werden müssen. In Shanghai fährt der Transrapid, während das Hochland von Tibet erst 2006 an das weltweite Eisenbahnnetz angeschlossen wurde.

Nun zu einigen konkreten Problemen:

**Häufig wird behauptet, die chinesische Wirtschaftsentwicklung komme nur Wenigen zugute, die Masse des Volkes habe nichts davon.**

Zunächst: In den dreißig Jahren Reform- und Öffnungspolitik ist das Lebensniveau für alle Chinesen beträchtlich gestiegen. Aber in der Tat gibt es in China heute etwa 500 000 Millionäre, zugleich leben noch ca. 10 Prozent der Bevölkerung – das sind etwa 130 Mio. Menschen – in Armut. Die neue wohlhabende städtische Mittelschicht wird auf 200 Mio. geschätzt. Seit Einführung der Marktwirtschaft wirken sich zudem die historisch gewachsenen Unterschiede im Entwicklungsstand zwischen den fortgeschrittenen Küstenregionen und den zurückgebliebenen Inlandgebieten drastisch aus. Wenn man das BIP pro Kopf der Bevölkerung mit 100 Prozent ansetzt, dann liegt Ostchina etwa bei 200 Prozent, Zentralchina bei 90 Prozent und Westchina bei 40 Prozent.

Während das Dorf zu Beginn der Reform in den 80er Jahren besonders profitierte, als die Volkskommunen aufgelöst und das Land den Bauern zur langfristigen Pacht übergeben wurde, sind die Landbewohner heute die Hauptverlierer der Reform. Die wachsende Benachteiligung des Dorfes in den Arbeits- und Lebensbedingungen ist zum sozialen Problem Nr. 1 geworden, das die politische Stabilität des Landes auf Dauer bedrohen kann.

Wie ist dieses Phänomen zu erklären? Zunächst mit dem Gang des Reformkurses selbst, dessen Orientierung in den



einzelnen Etappen wechselte. In den 90er Jahren unter KP-Generalsekretär Jiang Zemin standen die Signale auf Wachstum um jeden Preis. Das Dorf wurde sich selbst überlassen. Die 2000 Jahre alte Steuer auf landwirtschaftliche Produktion (Agrarsteuer) wurde weiter erhoben, die Einnahmen für den Aufbau moderner Industrien verwendet. In den Teilen der Landgebiete, die Zugang zu den Märkten der Großstädte hatten, entwickelten sich Landwirtschaft und ländliche Kleinindustrie stürmisch. Die Einkommen der Bauern schossen in die Höhe. Die wohlhabenden Dörfer mit ihren neuen Häusern in den Küstenprovinzen sind bis heute zu besichtigen. Auf die Dauer war die Landwirtschaft allein aber nicht kapitalkräftig genug, um sich selbst zu modernisieren. Die Arbeitsproduktivität blieb mehr und mehr zurück.

In China ist der Boden seit Beginn der sozialistischen Umgestaltungen Staatseigentum. In der Reform wurde er den Bauernfamilien zur Erbpacht übergeben. Er kann aber vom Staat bei dringendem Bedarf – Bau von Straßen, Industrieobjekten etc. – gegen Entschädigung konfisziert werden. Der bekannteste Fall ist der Drei-Schluchten-Staudamm am Jangtse. Die Provinzen, die durch die Dezentralisierung der Zuständigkeiten bei der Abschaffung der zentralen Planung zu Herren ihrer eigenen wirtschaftlichen Entwicklung wurden, nehmen dieses Recht wahr. Die Betroffenen müssen sich eine neue Lebensgrundlage suchen. Mit der Entschädigung geht es dabei nicht immer korrekt zu, kommt es zu Fällen von Korruption. Außerdem schrumpft landwirtschaftliche Anbaufläche. Das ist ein Riesenproblem von nationalen Ausmaßen, denn bereits vor der Reform musste China ca. 20 Prozent der Weltbevölkerung von 7 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Welt ernähren.

Die zurückbleibenden ländlichen Gebiete sind immer weniger in der Lage, die Kosten für die ländliche Infrastruktur (Gemeindestraßen), für Schulgebäude und Gesundheitseinrichtungen aufzubringen, die vorher von den Volkskommunen getragen wurden. Die Qualität sinkt, der Einschulungsgrad und der Anteil der Schulabschlüsse gehen zurück. Das Dorf nimmt diese Ungleichheit nicht länger hin, denn in den Städten werden diese Einrichtungen sämtlich aus dem Staatshaushalt finanziert. Immer häufiger kommt es zu spontanen Unruhen, mit denen die ländlichen Verwaltungs- und Sicherheitsorgane nicht zurecht kommen und oft mit Gewalt reagieren.

Was unternimmt die Politik? Hier kommt die „4. Führungsgeneration“ der VR China – KP-Generalsekretär Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao – ins Bild, die erste in der Geschichte des Landes, die auf dem 16. Parteitag 2002 regulär, mit der Aussicht auf maximal zwei Wahlperioden, ins Amt gewählt wurde. Sie stellte sich als zentrale Aufgabe zu verhindern, dass sich in China eine „Zweiklassengesellschaft“ entwickelt und verfestigt. Sie wandte sich viel stärker den sozialen Problemen zu, die die bisherigen Reformschritte verursacht hatten. Damit unterschied sie sich deutlich von der Vorgänger-Mannschaft um Jiang Zemin. Für diese Kurskorrektur waren mit der gewachsenen wirtschaftlichen Stärke Chinas die notwendigen Voraussetzungen entstanden. Im Jahre 2003 erließ die chinesische Regierung strengere Richtlinien zur Einschränkung der Landbeschlagnahme bei erhöhten Entschädigungssätzen. Im Jahre 2006 wurde die Agrarsteuer aufgehoben.

2007 beschloss der 17. Parteitag der KP Chinas folgende Maßnahmen:

- eine Aufstockung der Mittel für die Entwicklung der Landgebiete im neuen 5-Jahr-Programm um 15 Prozent, das sind fast 20 Prozent des gesamten Staatshaushalts,
- die Einführung der kostenfreien, vom Staat finanzierten neunjährigen Mittelschulbildung für Stadt und Land,
- den Aufbau einer kooperativen Krankenversicherung (mit Beiträgen des Versicherten, der Gemeinde und des Staates) für die Landbevölkerung bis 2010. Deren Realisierung erweist sich als kompliziert, weil die ärmeren Teile der Bauernschaft auch die dort vorgesehenen Beiträge nicht erbringen können,
- die Einführung von Sozialhilfe für arme Familien auf dem Lande wie bereits in den Städten.

Die Durchsetzung dieser Maßnahmen wird längere Zeit erfordern.

#### **China wird dafür kritisiert, dass es Bestimmungen der UN-Organisation für Arbeit (ILO) zum Arbeits- und Gewerkschaftsrecht ignoriere.**

Die Arbeitsbedingungen sind in China wie in vielen Entwicklungsländern kompliziert und mit denen in Europa häufig nicht zu vergleichen, vor allem nicht in den neuen privaten und ausländischen Betrieben, in Kleinunternehmen und Werkstätten. Schwarze Schafe sind besonders taiwanische, japanische, südkoreanische und auslandschinesische Unternehmer. Nach einer Phase des Laissez-faire, um Auslandskapital anzuziehen, ist inzwischen ein Prozess der Ausarbeitung und Einführung des chinesischen Arbeitsrechts in vollem Gange. Es schreibt Gewerkschaftsorganisationen in Unternehmen ab 25 Angestellte vor. Ebenso einen Mindestlohn, von dem man leben kann.

Gegenwärtig wird mit staatlichem Druck an der Etablierung von Gewerkschaftsorganisationen in ausländischen Betrieben gearbeitet. Als großer Erfolg wurde gefeiert, dass die US-Supermarktkette Wal Mart, die als ausgesprochen gewerkschaftsfeindlich bekannt ist, erstmalig in der Welt in seinen Filialen in China Gewerkschaften zulassen musste. Das Beispiel macht bei anderen Unternehmen, z. B. dem in den US ansässigen Multi Kodak, Schule. Ein Problem sind dabei zuweilen lokale Behörden, denen Investitionen an ihrem Standort wichtiger sind als Gewerkschaftsrechte.

Seit dem 1. Januar 2008 gilt in China das neue Arbeitsvertragsgesetz. Es enthält u. a. folgende Festlegungen:

- Die Arbeitgeber werden verpflichtet, mit jedem Arbeitnehmer binnen 4 Wochen einen regulären Arbeitsvertrag abzuschließen, in dem die Zahlung von Tariflohn, Urlaub, Arbeitszeiten, Überstunden usw. exakt festgelegt sind. Bei Verletzungen sieht das Gesetz Sanktionen vor.
- Der Umfang befristeter Arbeitsverträge ist abzubauen. Nach zwei Verlängerungen gilt ein solcher Vertrag automatisch als unbefristet.
- Leih- und Wanderarbeitern sind wie Festangestellten Tariflöhne zu zahlen. Sie erhalten das Recht, den Gewerkschaften beizutreten, die sich für ihre Rechte einzusetzen haben.

Vor der Annahme des Gesetzes im Nationalen Volkskongress (NVK), dem chinesischen Parlament, gab es heftige Auseinandersetzungen. Die Argumente der Unternehmerlobby und eines Teils der Provinzfunktionäre unterschieden sich nicht sehr von denen, die man oft in Deutschland hört: Die Abschaffung von Niedriglöhnen und Deregulierung mache den Standortvorteil zunichte. Auch der existierende Mindestlohn





wurde in Frage gestellt. Aber die Gewerkschaften setzten sich durch.

Beim Besuch einer Delegation der Partei der Europäischen Linken (EL) 2008 in China erklärten Vertreter des Gewerkschaftsbundes, ein Schwerpunkt der Gewerkschaftsarbeit sei jetzt die Überwachung der Einhaltung des Arbeitsvertragsgesetzes und des neuen Arbeitskonfliktgesetzes. Besonders kümmere man sich um die Belange der Wanderarbeiter – eine schwierige, weil neue und bisher unbekannte Aufgabe. Der Organisationsgrad unter ihnen wurde mit ca. 50 Prozent angegeben. Bei den Festangestellten betrage er 73 Prozent.

Das Lohnniveau in China ist in der Tat wesentlich niedriger als in Europa. Das sind allerdings auch die Lebenshaltungskosten. Aber die Löhne sind sehr differenziert: Die der Facharbeiter der IT-Branche in Shanghai liegen z. T. höher als in Taiwan, Südkorea oder Japan. Die der Wanderarbeiter weit darunter.

Auf einem Symposium zum Thema „Soziale Gerechtigkeit in China und Deutschland“, das die Rosa-Luxemburg-Stiftung 2007 mit chinesischen Partnern in Beijing durchführte, erklärten chinesische Wissenschaftler, die niedrigen Löhne seien auch darauf zurückzuführen, dass die Innovationskraft Chinas noch zu schwach sei. Die ausländischen Investoren sind vor allem am langfristigen Erhalt der „Werkbank China“ mit niedrigen Löhnen interessiert. Selbst bei Hightec-Produkten verbleiben Forschung und Entwicklung in der Regel in den Ausgangsländern. China kann in immer mehr Bereichen eigene Spitzenleistungen vorweisen, aber jetzt ist eine größere Breite nötig. Der 17. Parteitag der KP Chinas orientierte auf ein stärkeres Wachstum der Produktivität und der Fähigkeit zur selbstständigen Innovation, auf den Übergang vom vorwiegend extensiven zum vorwiegend intensiven Wachstumstyp.

Klar ist, dass China auf Dauer kein Billiglohnland bleiben kann. Schon jetzt spürt es den Druck noch billigerer Konkurrenz aus asiatischen Ländern wie Bangladesh oder Sri Lanka. Außerdem erstreiten die chinesischen Gewerkschaften durch selbstbewusstere Arbeitskämpfe in den modernen Betrieben höhere Löhne.

**Chinas politisches System wird als Diktatur bezeichnet, die kein Mehrparteiensystem und keine freien Wahlen kennt.**

In der Tat ist dies der Bereich der Reform- und Öffnungspolitik, wo die Veränderungen am langsamsten und zögerlichsten vor sich gehen. Chinesen führen dafür in der Regel zwei Gründe an:

China kommt nicht aus der europäischen Denktradition der Aufklärung und der bürgerlichen Demokratie, sondern des konfuzianischen „da tong“, der großen Gemeinschaft, einer legendären Gesellschaft ohne Klassen- und Interessengegensätze. Die Europäer haben die Regeln der Demokratie über Jahrhunderte erlernt, China kannte weder in der Jahrtausende alten Feudalgesellschaft noch im 20. Jahrhundert eine demokratische Tradition. Weitgehende persönliche Freiheitsrechte werden häufig so aufgefasst, dass nun alles erlaubt sei. Das könne nur ins Chaos führen.

Der Niedergang und Zerfall der UdSSR, des einstigen Verbündeten, sei für China ein traumatisches Erlebnis gewesen. Gorbatschows Methode, Demokratie und Glasnost schockartig einzuführen, ohne eine wirksame Wirtschaftsstrategie

zu besitzen, habe sich verheerend auf die Lage der Volksmassen ausgewirkt. In China wisse man, dass „Demokraten“ heute in Russland ein Schimpfwort sei, dass die liberalen Parteien, die die Schocktherapie vorantrieben, nicht mehr im Parlament vertreten seien und heute keine Rolle mehr spielten. Chinesische Thinktanks sind der Meinung, dass überstürzte politische Reformen für China genauso schädlich wären, wie die Schocktherapie für die UdSSR. Zuerst müsse man für wirtschaftliche Entwicklung und Stabilität sorgen, dann stünden politische Veränderungen auf der Tagesordnung. Aber die Zivilgesellschaft Chinas entwickelt sich, die Sozialstruktur, die Interessen werden vielfältiger und drängen auf politische Vertretung. Mehr Demokratie steht objektiv auf der Tagesordnung, allerdings nicht als einfache Übernahme des westlichen Modells und nicht als Schocktherapie. In der Praxis sind zwar langsame, aber stetige Veränderungen zu beobachten:

Der NVK nimmt seine Kontroll- und Aufsichtsrechte gegenüber der Regierung mit größerem Nachdruck wahr.

1999 wurde eine Verfassungsreform durchgeführt. Seitdem ist eine umfangreiche gesetzgeberische Arbeit mit kontroversen Debatten und Abstimmungen im Gange. Ca. 250 neue Gesetze wurden angenommen. Das Wirtschafts-, Zivil- und Arbeitsrecht sind im wesentlichen kodifiziert. Ein Grund für die umfangreichen Investitionen des Auslands in China ist die gewachsene Rechtssicherheit.

Seit 1988 werden die Gemeindevertretungen und die Bürgermeister auf den Dörfern direkt gewählt. Mehrere Kandidaten stellen sich zur Wahl. Hier zeigt sich drastisch, was „Erlernen der Demokratie“ bedeutet: Unterlegene Kandidaten empfinden die Niederlage bei der Wahl als Gesichtsverlust, d. h., als schweren Schlag für ihr Selbstwertgefühl und ihr Ansehen in der Gesellschaft. Familienclans, die in den Dörfern an Einfluss gewonnen haben, kaufen Stimmen, um eigene Kandidaten durchzusetzen. Wahlergebnisse werden von den Unterlegenen häufig nicht anerkannt; es entspinnen sich gewaltsame Konflikte. Auch in den Medien finden Debatten über den Wert derartiger Wahlen statt. Die Gegner führen ins Feld, der Aufwand lohne nicht, denn die Gemeinden hätten nichts Wichtiges zu entscheiden. Die Befürworter halten dagegen, in den Gemeinden werde durchaus über bedeutende Fragen des Alltagslebens der Menschen entschieden: über Familienplanung, Steuern oder Landerwerb. Die Wähler lernten ihre demokratischen Rechte gebrauchen, Bürgermeister trügen mehr Verantwortung, müssten Wahlversprechen erfüllen, jährlich über ihre Arbeit Rechenschaft ablegen. Untersuchungen zeigen, dass die Korruption zurückgeht, die Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen steigen, die Verwaltungskosten sinken. In China ist es üblich, bei schwierigen Entscheidungen längere Zeit Erfahrungen zu sammeln, bevor man den nächsten Schritt tut. Die Ausdehnung dieser Praxis auf die Provinz- und Landesebene wird folgen, aber sicher nicht in kurzer Zeit.

Bei einem großen sozialwissenschaftlichen Institut in Beijing wurde ein Zentrum gebildet, das interessante Experimente für eigene Wege zur Demokratie mit einem Preis auszeichnet. Zwei dieser Preisträger seien hier vorgestellt:

Chongqing, die größte zentral unterstellte Stadt Chinas mit 30 Mio. Einwohnern, auf dem Territorium der Provinz Sichuan in Westchina gelegen, praktiziert vor wichtigen Entscheidungen Bürgerbefragungen, die als öffentliche Versammlungen oder per Internet durchgeführt werden. Bisher



haben etwa 600 solcher Veranstaltungen mit über 100 000 Teilnehmern stattgefunden. Themen sind die Verwendung von städtischen Grundstücken, Mindestlöhne, Wasser-, Gas- und Strompreise, Straßen- und Brückenbau, Müll- und Abwasserentsorgung. Stolz ist man z. B. darauf, dass im Ergebnis dieses Verfahrens der Preis für eine Stadtbahnfahrt von ursprünglich geplanten 15 Yuan (etwa 1,50 Euro) auf 2 Yuan gesenkt wurde. Wegen der Größe der Stadt werden die Erfahrungen landesweit beachtet und haben bereits Nachahmer gefunden.

Die Gemeinde Zeguo in der boomenden Küstenprovinz Zhejiang kritisierte am Vorgehen Chongqings, dass bei öffentlichen Anhörungen vorwiegend redegewandte Bürger oder verdeckte Lobbyisten das Wort nähmen. Um gleiche Mitwirkungsmöglichkeiten für alle zu erreichen hat man dort vor der Entscheidung über die Verwendung des Gemeindehaushalts nach dem Zufallsprinzip eine Gruppe von 275 Bürgern ausgewählt. Sie wurden einen Tag lang von Experten eingehend über 30 vorliegende Bauprojekte (Kläranlage, öffentlicher Park, neue Straßen) informiert, wonach sie die 12 dringendsten Projekte auszuwählen hatten, weil das Budget nur so viele zuließ. Das Ergebnis wurde von der Gemeindevertretung fast ohne jede Änderungen akzeptiert. Die Anklänge an das Prinzip des partizipativen Haushalts, wie es in Porto Alegre/Brasilien entwickelt wurde und u. a. in Berlin-Lichtenberg angewandt wird, sind nicht zu übersehen.

Beide Beispiele als Wege für die Konsultation Betroffener, für eine breite Bürgerbeteiligung statt Wahlen mit mehreren Parteien finden in der chinesischen Öffentlichkeit viel Aufmerksamkeit.

Ein Grund für das langsame Tempo der politischen Reformen liegt darin, dass wegen des Fehlens demokratischer Traditionen von der Bevölkerung wenig Druck auf die Regierenden ausgeübt wird. Statt eines Mehrparteiensystems nach westlichem Muster erwarten die Menschen vom Staat nach Jahren der Wirren Stabilität, die Bekämpfung der Korruption, Rechtssicherheit, Gleichheit vor dem Gesetz und persönliche Entwicklungschancen. Auf diesen Gebieten haben die vergangenen Jahre beträchtliche Fortschritte gebracht.

Die Schwächen der westlichen Demokratie werden in China gesehen und thematisiert: Chinesen weisen im Gespräch auf schwindende Wahlbeteiligung, wachsende Politikverdrossenheit oder sinkende Mitgliederzahlen der politischen Parteien hin, darauf, dass die Wähler wenig Einflussmöglichkeiten auf die Regierungsbildung und die tatsächliche Politik der Parteien nach den Wahlen haben. Das macht dieses Modell für China nicht attraktiver.

### **Welches Bild bietet China in der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise?**

Bei dem hohen Grad der Integration Chinas in die Weltwirtschaft konnte diese Krise nicht ohne Wirkung auf das Land bleiben:

Ein großer Teil der Devisenreserven Chinas besteht aus US-Dollars. Dessen Schwäche hat zu beträchtlichen Verlusten geführt. Zudem hat China etwa ein Drittel seiner Reserven in US-Staatsanleihen angelegt. Dabei handelt es sich vor allem um die Exportüberschüsse im Handel mit den USA, die durch hemmungslose US-Importe billiger chinesischer Konsumgüter einerseits und durch das strikte Embargo auf den Export moderner Technik nach China zustande gekommen

sind. Darüber finden neuerdings Diskussionen im Internet statt, wo chinesische Nutzer, sogenannte Wangren („Netzbürger“) die Frage stellen, wer für diese Struktur der Devisenreserven und damit für die Verluste verantwortlich sei und welche personellen Konsequenzen das habe.

Das noch größere Problem für China ist das Wegbrechen wichtiger Exportmärkte, vor allem in den USA und Europa.

Die Folge war ein Rückgang der jahrelangen hohen Wachstumsraten des chinesischen BIP von zwei- auf einstellige Prozentwerte 2008 und im ersten Halbjahr 2009, die Schließung von Exportbetrieben, vor allem in Südchina, und ein beträchtlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit, vor allem unter Wanderarbeitern. Deutsche Medien waren schnell mit der Folgerung zur Hand, die chinesische Wirtschaft stehe vor dem Zusammenbruch, riesige soziale Unruhen seien zu erwarten. Beides ist bisher nicht eingetreten.

Ein grundsätzlicher Vorteil Chinas in dieser Krise besteht darin, dass es keine notleidenden Banken hat. Es muss also auch keine Milliardensummen zur Bankenrettung aufwenden wie die USA und viele EU-Staaten. Nach dem sozialistischen Prinzip, die Kommandohöhen der Wirtschaft in staatlicher Hand zu behalten, sind die großen chinesischen Banken staatliche Institutionen. Sie haben sich nicht in großem Umfang an den Risikogeschäften des weltweiten Finanzcasinos beteiligt. Die chinesische Volkswirtschaft insgesamt ist in einem gesunden Zustand, die Finanzlage des Staates komfortabel. Die 2,3 Bio. Dollar Devisenreserven, dazu etwa die gleich Summe Spareinlagen der Bürger in Yuan geben China beträchtliche Spielräume.

Die zentrale wirtschaftspolitische Schlussfolgerung lautet, die hohe Exportabhängigkeit des Landes abzubauen und den Verbrauch auf dem riesigen Binnenmarkt anzukurbeln – eine Aufgabe, die auch ohne die Krise anstand. Für das Jahr 2009 hat die Regierung ein Konjunkturpaket von ca. 460 Mrd. Euro aufgelegt. Damit soll die Wirtschaft angekurbelt und zugleich zur Lösung dringender sozialer Probleme beigegeben werden. Schwerpunkte sind u. a.:

- der Wohnungsbau auf dem Lande und in Katastrophengebieten, z. B. im Erdbebengebiet von Sichuan
- der Ausbau der Infrastruktur auf dem Dorf (Wasser, Strom, Verkehr)
- die Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze in ländlichen Gebieten für ehemalige Wanderarbeiter
- Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen auf dem Lande
- der Umweltschutz, vor allem die Energieeinsparung.

Klar ist, dass eine nachhaltige Steigerung des Binnenkonsums nur erreicht werden kann, wenn der Aufbau landesweiter sozialer Netze zügig vorankommt und die Menschen nicht wie bisher beträchtliche Summen für Gesundheitsvorsorge, Renten und die Ausbildung ihrer Kinder zurücklegen.

Auf staatliche Weisung reichen die chinesischen Banken verstärkt Kredite an die Realwirtschaft aus. Im ersten Halbjahr 2009 beliefen sich diese auf 770 Mrd. Euro. Ausländische Ökonomen warnen bereits vor einer „Kreditblase“.

Statt dessen gab es im Sommer die Sensationsnachricht, dass das BIP im 2. Quartal um 7 Prozent gewachsen sei. Für das ganze Jahr 2009 wird ein Zuwachs von 8 Prozent erwartet. Das ist ausreichend, um den Arbeitsmarkt stabil zu halten, auf den trotz konsequenter Geburtenkontrolle jedes Jahr ca. 8 Mio. neue Arbeitskräfte drängen. Der Umsatz auf dem chinesischen Binnenmarkt ist im ersten Halbjahr 2009 um 15 Prozent gestiegen.



All das hat die Hoffnung geweckt, China könnte zu einer Lokomotive werden, die die Weltwirtschaft aus der Krise zieht. Die Existenz der Schwellenländer erweist sich in dieser Situation als Glücksfall, denn sie sind gegenwärtig die Einzigen mit einem nennenswerten positiven Wachstum. Die G8 allein sind längst nicht mehr in der Lage, die Krise zu meistern. Um den Punkt auf i zu setzen, hat China dem IWF jüngst einen Kredit von 50 Mrd. Dollar für Sonderziehungsrechte angeboten.

Dafür stellt es selbstbewusst seine Forderungen:

- die rasche Erarbeitung von Regeln für die internationalen Finanzmärkte, den Abbau der Dominanz der G8 in der Finanzpolitik, mehr Mitsprache der Schwellen- und Entwicklungsländer im Rahmen der G20;
- keine Sperren für chinesische Investitionen im Ausland mehr. Während man bei den Verhandlungen um die Rettung von Opel den chinesischen Bewerber BAIC noch außen vor ließ, soll Daimler bereits mit chinesischen Staatsfonds über finanzielle Beteiligungen verhandeln. Diese werden als Partner interessanter, weil sie in dem Ruf stehen, nicht wie Hedgefonds nur an schnellem Profit, sondern an langfristiger Produktentwicklung interessiert zu sein;
- den Abbau des US-Dollars als einziger weltweiter Leitwährung, eine Diversifizierung auf den globalen Finanz- und Devisenmärkten. China bringt selbstbewusst den Yuan ins Spiel; es hat bereits mit asiatischen und lateinamerikanischen Staaten Abkommen über den Handel in Yuan geschlossen, wodurch diese Zugang zu Krediten außerhalb des US-Dollars erhalten.

#### Wie ist die Außenpolitik der VR China zu bewerten?

Man sollte China weder dämonisieren noch zum Retter der linken Welt stilisieren. Es ist ein großes Land mit eigenen Interessen, die es durchzusetzen sucht. Das ist ihm zuzugestehen.

Chinesen denken in historischen Dimensionen. Sie sehen ihr Land als natürliche Großmacht, die sich ihrer Geschichte und ihres Beitrages zur Weltzivilisation bewusst ist, die nach Jahrhunderten der Erniedrigung und Kolonialisierung die Chance sieht, ihren einstigen wirtschaftlichen und kulturellen Rang wieder zu erlangen.

Im Mittelpunkt aller Bemühungen steht die Erneuerung und Modernisierung des Landes. Die Außenpolitik soll dafür ein stabiles friedliches Umfeld schaffen. China ist sehr darauf bedacht, wegen seiner schieren Größe und seines Potenzials nicht bedrohlich auf andere Staaten zu wirken. Deshalb hatte die Regelung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten lange Zeit Priorität – mit Erfolg.

Drei Schwerpunkte des internationalen Auftretens Chinas sind zu erkennen: wirtschaftliche Entwicklung, Verteidigung der Souveränität der Staaten und Geltung des Völkerrechts.

Wirtschaftliche Entwicklung bedeutet Errichtung einer Mehrsektorenwirtschaft mit starkem staatlichem Sektor und Öffnung zur Weltwirtschaft

Verteidigung der Souveränität der Staaten bedeutet konsequentes Eintreten gegen jede Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten, Entwicklungshilfe ohne politische Vorbedingungen.

Geltung des Völkerrechts bedeutet Engagement für die Stärkung der UNO, für multilaterale Zusammenarbeit, gegen den bisherigen Unilateralismus der USA. Die VR China setzt

sich für eine Reform der UNO ein. Im Sicherheitsrat fordert sie eine stärkere Vertretung der Entwicklungsländer, weshalb sie sich gegen die Ambitionen von Japan/Deutschland/Brasilien auf einen ständigen Sitz ausspricht.

#### Ist Chinas Erdöldurst verantwortlich für die hohen Benzinpreise an deutschen Tankstellen?

Chinas rasantes Wirtschaftswachstum verursacht einen riesigen Rohstoffbedarf. China ist heute zweitgrößter Ölverbraucher nach den USA. 2010 wird es voraussichtlich 45 Prozent des Weltverbrauchs beanspruchen. Ähnlich ist die Lage bei anderen Rohstoffen. Umgerechnet pro Kopf der Bevölkerung liegt der Verbrauch Chinas allerdings hinter dem der entwickelten Industrieländer noch weit zurück. Jeder Chinese hat jedoch das gleiche Recht auf Entwicklung wie jeder Deutsche oder US-Amerikaner.

Chinas Rohstoffhunger ist nur ein Faktor für die steigenden Ölpreise. Schwerer wogen in den vergangenen Jahren der Verbrauch und die Spekulationskäufe der USA, deren Kriegspolitik und die Aktivitäten der Ölkonzerne, die jede politische Krise und andere Entwicklungen für Preissteigerungen nutzen.

China sucht seine Absatzmärkte und Rohstoffquellen zu diversifizieren. Schwerpunkte sind Afrika und Lateinamerika. Besonders erfolgreich ist es zur Zeit in Afrika. Der Afrikagipfel in Beijing im November 2006, an dem 53 Staaten, 27 Präsidenten und sechs Premierminister teilnahmen, hat einen neuen Schub der Zusammenarbeit ausgelöst. Diese ist für afrikanische Staaten lukrativ, weil China ein Komplettpaket aus Investitionen, technischem Know-How und Personal anbietet. Gegenwärtig werden 15 000 afrikanische Fachkräfte in China ausgebildet, wird medizinisches Personal nach Afrika entsandt. All das geschieht ohne politische Bedingungen. China hat von 2006 bis 2009 seine Entwicklungshilfe für Afrika verdoppelt, 30 der ärmsten Länder die Schulden erlassen und den chinesischen Markt für 400 Produkte Afrikas geöffnet. Ein Problem sind die billigen chinesischen Konsumgüter. Sie sind gut für die Konsumenten, aber schlecht für die einheimische Industrie.

Chinas Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell wird für Entwicklungsländer zunehmend attraktiver. China drängt es niemandem auf, ist aber zur Erfahrungsvermittlung bereit. Nach Jahrzehnten demütigender Abhängigkeit von den ehemaligen Kolonialmächten haben viele Entwicklungsländer erstmals nicht mehr nur die Wahl zwischen der Übernahme westlicher neoliberaler Konzepte oder der Isolation, sondern es bietet sich ihnen die Alternative eines nicht-westlichen Weges.

Selbst bisher so gefürchtete Institutionen wie IWF und Weltbank verlieren ihren Schrecken. In Afrika und Lateinamerika sind sie verhasst, weil Kredite stets mit den harten Auflagen des „Washingtoner Konsens“ verbunden wurden – Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, Privatisierung von Industrie und sozialer Daseinsfürsorge, Kürzung der Sozialausgaben, wodurch die Wirtschaften vieler Entwicklungsländer ruiniert und die Armut vergrößert wurden. Jetzt bieten sich ihnen Kredite aus China plus der Erfahrung, dass auch staatliche Unternehmen rentabel wirtschaften können, ihre erwirtschafteten Mittel in technische Innovation und soziale Projekte investiert werden, dass öffentliches Eigentum geschützt wird. Die Einrichtung von wirtschaftlichen Sonderzonen nach chinesischem Beispiel breitet sich weltweit aus. Die Weltbank schätzte sie 2007 auf ca. 3 000 in 120 Ländern.



China sieht seinen Weg in keiner Weise als Modell. Es definiert seine gegenwärtige Entwicklungsetappe als „Anfangsphase der sozialistischen Gesellschaft“ mit Mehrsektorenwirtschaft, erwartet die Anerkennung seines Entwicklungsweges, der durch seine Größe, die Geschichte, die Mentalität und die heutigen Realitäten in der Welt bestimmt wird. Es studiert eingehend ausländische Erfahrungen, reagiert aber zunehmend allergisch auf Versuche, ihm westliche Modelle aufzuzwingen.

China leistet durch seine Politik in den Bereichen Bevölkerung, Wirtschaft, Finanzen oder Umwelt eigene Beiträge zur Lösung von Existenzfragen der Menschheit. Wir übersehen und negieren die zahlreichen Probleme auf Chinas Weg nicht. Die können die Chinesen nur selber lösen. Aber man kann der VR China 60 Jahre nach ihrer Gründung nur Erfolg bei ihrer Bewältigung wünschen – zum Wohle ihres Volkes und der Weltgemeinschaft.

## **Kopenhagener Klimagipfel: Nur auf der Grundlage von Gerechtigkeit kann ein Abkommen geschlossen werden**

*Von Ma Jun, Leiter des Chinesischen Instituts für Öffentliche und Umweltangelegenheiten; aus: China-dialogue.net, 17. Dezember 2009, auf Deutsch zit. nach: Asienhaus-Rundbrief 1/2010*

### **Gleichheit und Wirksamkeit – widersprüchliche Ansätze?**

Klimawandel ist eine der komplexesten Herausforderungen, vor denen die Welt heute steht. Die Tatsache, dass die internationale Gemeinschaft zusammengekommen ist, um über einen Plan zur Reduzierung von Treibhausgasen nach 2012 zu verhandeln, spiegelt den Fortschritt der menschlichen Zivilisation wider. Dennoch – die Kluft zwischen den unterschiedlichen Positionen der Entwicklungsländer und der Industriestaaten hat sich in Kopenhagen als so groß erwiesen, dass der Abschluss eines rechtlich bindenden Abkommens unerreichbar scheint.

Es wird sehr schwierig werden, diese enorme Kluft nur durch technische Anpassungen zu überbrücken. Stattdessen sollten die Hauptakteure zu den fundamentalen Konzepten von Gleichheit und Wirksamkeit zurückkehren, wenn sie dieses Dilemma überwinden wollen.

### **Vergangenheit versus Gegenwart?**

Es gibt verschiedene Ansichten, wie man sich dem Umweltprinzip der „gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten“ nähern sollte. Untersuchungen zufolge sind die im Zuge der Industrialisierung in den vergangenen 150 Jahren ausgestoßenen Emissionen der entwickelten Länder die Hauptursache für die heutigen Auswirkungen des Klimawandels. Daher plädieren die Entwicklungsländer dafür, die Industriestaaten gesetzlich zur Emissionsreduzierung zu verpflichten. Gleichzeitig sollte aber das Recht der Entwicklungsländer auf Verbesserung ihrer Lebensumstände durch

wirtschaftliche Entwicklung respektiert werden; außerdem sollte es für diese armen Länder keine gesetzlich vorgeschriebenen Emissionsbeschränkungen geben. Die Industriestaaten bezweifeln jedoch, dass ein solcher Plan eine erfolgreiche Maßnahme gegen den Klimawandel darstellt. Sie argumentieren, dass ihre Emissionsreduktionen schnell von den ansteigenden Emissionen der wichtigsten Entwicklungsländer wie China und Indien kompensiert würden, deren Ausstoß von Kohlendioxid sich in den letzten Jahren enorm gesteigert habe.

Hier liegt das Problem: Aus dem Blickwinkel der Umweltgerechtigkeit müssten die Industriestaaten die Verantwortung für die in der Vergangenheit ausgestoßenen Emissionen übernehmen und die Entwicklungsländer sollten nicht von der gleichen Ausgangsbasis aus handeln müssen. Betrachtet man jedoch die Wirksamkeit und Effektivität, so wird deutlich, dass die Welt die gefährlichen Auswirkungen des Klimawandels nicht ohne Unterstützung der Entwicklungsländer bekämpfen kann. Diese müssten umgehend Anstrengungen unternehmen, ihren Emissionsanstieg einzudämmen. Hier liegt das Dilemma zwischen Gleichheit und Wirtschaftlichkeit beim Kampf gegen die globale Erwärmung.

### **Wirksamkeit und Gleichheit durch Technologietransfer in Einklang bringen**

Angesichts eines solch globalen und für die Zukunft der Menschheit kritischen Themas sollten wir die Wirksamkeit nicht der Gleichheit opfern – wir können uns das Risiko einer Klimakatastrophe nicht leisten. Andererseits können wir auch nicht die Gerechtigkeit der Wirksamkeit opfern – ein Abkommen, das nicht auf dem Prinzip der Gleichheit basiert, kann weder umgesetzt noch in Kraft gesetzt werden. Ein guter Weg, um Wirksamkeit und Gleichheit miteinander zu vereinbaren – und Interessenkonflikte zu lösen – ist die Forderung an die entwickelten Länder, Technologien und finanzielle Mittel bereit zu stellen, die den Entwicklungsländern dabei helfen, umgehend Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen.

Doch solche Versprechen wurden nie verwirklicht, obwohl sie seit 1992 auf der Agenda stehen. Aus diesem Grund bestehen viele Entwicklungsländer darauf, dass ein Abkommen nur dann erreicht werden kann, wenn auch dieses Problem gelöst ist. Dies ist der größte Zankapfel der Klimakonferenz. Der Geldbetrag, den die Industriestaaten zu zahlen bereit sind, ist sehr begrenzt – er liegt Lichtjahre von dem entfernt, was die Entwicklungsländer erwarten. Die Vereinigten Staaten haben gesagt, dass sie China keine Finanzhilfen für die Reduzierung seiner Emissionen geben; ein chinesischer Verhandlungsführer erwiderte, dass dieser Aussage „gesunder Menschenverstand“ fehle.

Dieser scharfe Kontrast zwischen den Einstellungen zeigt, dass sich die Vereinigten Staaten und einige andere westliche Nationen immer noch vor ihrer Verantwortung drücken wollen. Sie sind nicht bereit, ein Abkommen auf Grundlage einer globalen Umweltgerechtigkeit zu erreichen. Manche haben nicht einmal den Mut zu erkennen, wer für die heutigen Klimaprobleme verantwortlich ist. Aus diesem Grund ist für einige Industriestaaten eine rechtlich bindende Emissionsgrenze für Entwicklungsländer die Grundvoraussetzung für ihr eigenes Engagement. Darum sehen einige Industrieländer finanzielle Hilfen für Entwicklungsländer als eine Art von Wohltätigkeit an, obwohl es tatsächlich eine Kompensa-



tion für die Verschmutzung ist, die sie in den vergangenen 150 Jahren verursacht haben.

Wenn wir die Positionen auf beiden Argumentationsseiten berücksichtigen wollen, müssen die Industriestaaten ihre Verantwortung für vergangene Emissionen anerkennen. Auf der Grundlage eines ausgeglichenen Verhältnisses zwischen Wirksamkeit und Gleichheit sollten wir die Bereitstellung von finanzieller Unterstützung für Entwicklungsländer folgendermaßen planen: Basierend auf der Voraussetzung, dass die Grenze der durchschnittlichen globalen Erwärmung von 1,5 oder 2 Grad Celsius strikt durchgesetzt wird, sollte jeder Industriestaat seine historische Verantwortung schultern und rechtlich bindende Ziele für eine weitgehende Emissionsreduzierung festlegen, vor allem jene Ländern, die das Kyoto-Protokoll nicht ratifiziert haben.

In der Zwischenzeit sollten die am wenigsten entwickelten Länder in ihren Bemühungen um Eingrenzung und Anpassung unterstützt werden. Große Entwicklungsländer wie China und Indien haben Schwierigkeiten, ihre Emissionsziele zu erreichen und bedürfen der Hilfe der Industrieländer, um hier Abhilfe zu schaffen. Die entwickelten Länder sollten dann die Entwicklungsländer umfassend finanziell unterstützen, damit diese über die freiwilligen Emissionsziele hinaus ihre Emissionen noch weiter senken können. Nachdem solch ein Multi-Milliarden-Dollar-Klimafonds erst einmal eingerichtet ist, sollte ein entsprechendes Aufsichtssystem installiert werden, um sicherzustellen, dass die Mittel effektiv genutzt und nicht missbraucht oder veruntreut werden.

Es gibt keine Zweifel, dass das größte Hindernis in Kopenhagen in dem Versagen der Industrieländer liegt, ihre historische Verantwortung anzuerkennen. Nichtsdestotrotz sollten die Entwicklungsländer nicht einfach abwarten: Sie sollten ihre eigenen Governance-Strukturen aktiv verbessern, um offene, transparente und partizipative Aufsichtssysteme aufzubauen. Dies ist nicht nur für die sozioökonomische Entwicklung in armen Ländern wichtig, sondern es wird darüber hinaus das Vertrauen anderer Akteure in eine effiziente Verwendung von zukünftigen Klimafonds stärken. Das grundlegende Thema ist schließlich die Zahlung von Schulden und die Verhinderung eines gefährlichen Klimawandels. Wenn Finanzhilfen zur Emissionsreduzierung missbraucht werden, dann verpasst die Menschheit die letzte Chance, den Klimawandel zu stoppen.

## Die Beziehungen Chinas zu Lateinamerika

*Auszug aus der Studie „Die EU und die lateinamerikanische Linke“, siehe Seiten 88 – 105 in diesem Heft*

Neue Konstellationen ergeben sich aus den verstärkten Aktivitäten Chinas und anderer neuer Partner in Lateinamerika. Mit China, auch mit Indien und Iran entwickelt sich eine wachsende Zusammenarbeit, die sich auch im gemeinsamen Auftreten in internationalen Gremien niederschlägt. In diese Kooperation tritt zunehmend auch Russland ein, das sich früheren Partnern in Kuba und Peru wieder zuwendet, aber auch an Brasilien großes Interesse zeigt und mit Venezuela bereits eine umfangreiche Zusammenarbeit eingeleitet hat.

Russland strebt eine Verdoppelung seines Außenhandelsvolumens mit Lateinamerika an, das gegenwärtig bei 11 Mrd. US-Dollar liegt.

Schon 1988 erklärte Deng Xiaoping eine Lateinamerika-reise, die er unternahm, zum Beginn des „Pazifischen Jahrhunderts“. Mit ihr sollte eine neue Etappe der Süd-Süd-Beziehungen eingeläutet werden. Er erkannte vor allem das schnelle Wachstum lateinamerikanischer Länder als ein Potenzial. Realisierte China 1990 mit Lateinamerika einen Handelsaustausch in Höhe von 3 Mrd. US-Dollar, so waren es 2005 ca. 50 Mrd. US-Dollar im Import und Export. Bis 2008 stieg dieser Austausch auf mehr als 111 Mrd. US-Dollar an.<sup>1</sup> China ist kürzlich zum ersten Handelspartner Brasiliens aufgestiegen und hat die USA von diesem Platz verdrängt. Gleichzeitig steigerte China seine Kapitaldirektinvestitionen in Lateinamerika von ca. 5 Mrd. US-Dollar im Jahre 2005 auf gegenwärtig 25 Mrd. US-Dollar. Die lateinamerikanischen Exporte nach China betragen schon 2004 56 Mrd. US-Dollar. Davon sind 80 Prozent Rohstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Brasilien (Soja), Peru, Chile und Argentinien. Zustande gekommen sind eine Reihe gemeinsamer Projekte in Form von joint ventures. Diese bestehen vor allem in der gemeinsamen Erschließung und Ausbeutung von Rohstoffen, z. B. Kupfer in Chile und Peru, Eisen in Peru, Eisen und Stahl in Brasilien, Nickel auf Kuba oder Aluminium in Jamaika, aber auch in Infrastrukturvorhaben (Eisenbahnbau) und Vorhaben der industriellen Verarbeitung von Rohstoffen, besonders mit Venezuela. Inzwischen hat sich eine Zusammenarbeit auf technologischen Gebieten mit Brasilien entwickelt, die sich auf die Luftfahrt, die Raumtechnik und den gemeinsamen Bau von Satelliten konzentriert. Am 30. Oktober 2008 schickte China einen (in China gebauten) Telekommunikationssatelliten Venezuelas ins All. Gegenwärtig betreibt China ökonomisch-technische Zusammenarbeit mit 16 Ländern des Kontinents.

Nach den Besuchen hochrangiger Vertreter der chinesischen Seite besuchten sowohl Lula da Silva als auch Hugo Chávez mehrmals die Volksrepublik China. Mit dem Präsidenten Brasiliens wurde der Abschluss eines Freihandelsabkommens und Schritte zum Abschluss eines Vertrages mit dem MERCOSUR eingeleitet. Vereinbart wurde mit Brasilien ein 10-Mrd.-Investitionsabkommen in Energie- und Infrastrukturprojekte. China wird Investitionen in Höhe von 350 Mio. US-Dollar in Venezuela vornehmen, die zum Aufschluss neuer Erdölfelder eingesetzt werden. 60 Mio. US-Dollar werden in die Gasförderung investiert. China importiert täglich aus Venezuela 100 000 Barrel Erdöl, 3 Mio. Tonnen Benzin und 1,8 Mio. Tonnen Ölemulsionen. Geplant ist, die Erdöllieferungen bis 2015 auf eine Million Barrel pro Tag zu steigern. Chávez sprach nach seinem Chinabesuch im April 2009 vom Bau venezolanischer Raffinerien in China und von einem gemeinsamen Unternehmen für den Öltransport zur See. Chinas Führung erklärte, dass sie bereit ist, in den nächsten Jahren 100 Mrd. US-Dollar in Projekte in Lateinamerika anzulegen.

Im Oktober 2008 ist China Vollmitglied der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) geworden, in der es schon seit 1991 Beobachter war. Es bestimmte seine Einlage u. a. für den Fonds weicher Kredite im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen in Ländern wie Nikaragua, Bolivien und Haiti. Die IDB ist der größte Kreditgeber in Lateinamerika und der Karibik. Das II. Unternehmertreffen China – La-



teinamerika im Oktober 2008 in Harbin war mit 800 hochrangigen Teilnehmern besetzt.<sup>2</sup>

China setzt auf die Sicherung seiner Rohstoffinteressen und den Export seiner Billigwaren, d. h. Textilien, Elektronik und Haushaltswaren. Realisiert wird diese Politik mit der direkten Investition von Kapital. Die Bedingungen, unter denen dieses Engagement stattfindet, werden in Lateinamerika als beiderseitig vorteilhafte Alternative zur Kooperation mit transnationalen Konzernen bewertet. „Für die Lateinamerikaner stellt China eine neue ‚Handelsoption‘ außerhalb des amerikanischen Dickichts von Normen und Vorschriften dar, und China knüpft an die Geschäfte keinerlei politische Auflagen.“<sup>3</sup> Es drängt lateinamerikanische Länder allerdings, die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan einzustellen. „Aber China hält sich mit der politischen Instrumentalisierung seiner Auslandsinvestitionen zurück.“<sup>4</sup>

China tritt in Lateinamerika immer stärker als politischer Partner auf. Es ist bereits seit 2004 Beobachter in der OAS und in der CEPAL (UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik). Präsident Hu Jintao unternahm innerhalb von vier Jahren drei Lateinamerikareisen. Es gibt Dialoge auf Ministerebene und vielfältige andere Formen einer pragmatischen Zusammenarbeit. Die chinesische Regierung hat im November 2008 erstmalig in der Geschichte ein Dokument über ihre Politik gegenüber Lateinamerika und den karibischen Raum veröffentlicht. Darin bekennt sie sich zu einer Kooperation auf verlässlicher Grundlage und zum gegenseitigen Vorteil. Im politischen Bereich haben beide Seiten oft identische Interessen und Standpunkte. China unterstützte die Errichtung der 200-Meilen-Zone, setzte sich für die Souveränität des Panamakanals ein (die Regierung Panamas verkaufte die Rechte zum Betreiben der Häfen an chinesische Firmen), vertritt gemeinsam mit den lateinamerikanischen Ländern das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Es unterhält zu 24 Staaten der Region diplomatische Beziehungen und tritt für Multilateralismus und gleichberechtigte Handelsbeziehungen ein. Seine Annäherung an Venezuela gilt einem Land, dessen antiimperialistische Haltung bekannt ist. In der lateinamerikanischen Linken sind chinesische Gäste bei fast allen großen Zusammenkünften hoch willkommene Partner.

China realisiert mit dem Ausbau seiner Beziehungen zu Lateinamerika (und auch zu Afrika) eine Entwicklungsstrategie aufholender Ökonomie, die „relativ stabile globale Kräfteverhältnisse in Frage stellen“<sup>5</sup> kann, sodass „virulente Konkurrenz- und teilweise Konfliktverhältnisse“ entstehen können. Sie „basieren auf der Realität einer außenpolitischen, von Zentralasien über den Mittleren und Nahen Osten bis nach Afrika und Lateinamerika reichenden Offensive Peakings, die zu Bedrohungswahrnehmungen bei anderen führenden Staaten und insbesondere bei den USA führen.“<sup>6</sup>

Mit der Entwicklung der Beziehungen zu China schafft sich Lateinamerika ein Gegengewicht zur Minderung der Abhängigkeit von den USA und der EU. Auch in Mexiko ist China dabei, mit Erdölderivaten und Textilien amerikanische Firmen vom Markt zu verdrängen. China ist zum echten Konkurrenten anderer Mächte auf dem lateinamerikanischen Kontinent herangewachsen. Die Befürchtungen in den USA über die wachsenden Anteile chinesischer Unternehmen und den politischen Einfluss Chinas nehmen zu. Im Moment der Krise sehen lateinamerikanische Ökonomen eine Chance, dass sich diese wirtschaftlichen Beziehungen noch schneller aus-

bauen lassen. Für Lateinamerika ist China eine aufsteigende Macht, sodass ein wachsender Austausch längerfristigen Charakter haben kann.

Auf dem Venezuela-Treffen der europäischen Solidaritätsbewegung in Paris im Oktober 2008 wies der venezolanische Außenminister Nicolás Maduro darauf hin, dass sich in der internationalen Krise heute die globalen Machtblöcke neu ordnen. Er nannte dabei nicht nur den Aufbruch in Lateinamerika, sondern auch die neue Rolle Chinas, Indiens und Russlands.<sup>7</sup> Der chilenische Ökonom Orlando Caputo sieht voraus, dass die gegenwärtige Krise die Hegemonie der USA und ihrer Währung erschüttern wird, was zur Herausbildung einer neuen Globalisierung auf der Grundlage regionaler Blöcke führen könne. Er geht jedoch davon aus, dass die Zukunft abhängen wird „von den Entscheidungen der Regierungen, von den Mobilisierungen der Werktätigen und der sozialen Bewegungen“.<sup>8</sup>

#### Anmerkungen

- 1 Xinhua, 28.10.2008.
- 2 Ebenda.
- 3 Parag Khanna, Der Kampf um die Zweite Welt – Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung, Berlin Verlag 2008, S. 201.
- 4 Ebenda.
- 5 Tobias ten Brink, Geopolitik – Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz, Verlag Westfälisches Dampfboot 2008, S. 255.
- 6 Ebenda, S. 256.
- 7 Vgl. Harald Neuber, Die Krise als Chance, in: „Neues Deutschland“, Berlin, 28. 10. 2008.
- 8 Olmedo Beluche, La crisis de la economía mundial. Análisis y perspectivas de Orlando Caputo, Bericht über einen Vortrag auf dem Internationalen Seminar in Mexiko „Die Parteien und eine neue Gesellschaft“, 19. – 21. März 2009, Argenpress.info, 13. April 2009.

## Der Staatsstreich in Honduras – Farce oder neue Strategie der USA?

Von Achim Wahl, AK Lateinamerika der BAG Friedens- und Internationale Politik; aus: [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

Seit dem 28. Juni 2009, als gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Manuel Zelaya geputscht wurde, befindet sich das kleine mittelamerikanische Land faktisch im Ausnahmezustand. In den ersten Tagen nach dem Putsch bestimmten die Ereignisse die Schlagzeilen der internationalen Presse und Medien. Die Meldungen waren widersprüchlich: Bald schien es, eine Entscheidung bahne sich an und die Parteien kämen einander näher. Dann wurde dementiert und sogar der Ton verschärft, wurden bekannte Positionen wiederholt und getroffene Vereinbarungen in Frage gestellt. Schließlich war die zur Verfügung stehende Zeit abgelaufen, und eine dramatische Phase der Entwicklung des Landes wurde mit einer Wahlfarce beendet, die keine Lösung bringen wird.

Im Verlaufe der Zeit wurde deutlich, dass es in Honduras nicht nur um die Rückkehr des gestürzten Präsidenten geht. Vielmehr handelt es sich um einen tiefen sozialen Konflikt, der sich in dieser scharfen Auseinandersetzung äußert. Die soziale Spaltung der Gesellschaft resultiert aus der bisher unumschränkten Herrschaft einer zahlenmäßig kleinen Grup-



pe der politischen und wirtschaftlichen Elite, die ihre Macht durch die Armee absichert, einerseits, und der breiten unterdrückten Masse der Bevölkerung andererseits. Nach Angaben des Lateinamerikanischen Kirchenrates (CLAI) verfügt diese Elite, die drei Prozent der Bevölkerung von Honduras ausmacht, über 50 Prozent des Nationaleinkommens, d. h., 10 Prozent der Reichsten verfügen über 10 bis 25 mal mehr als die 10 Prozent Ärmsten der Bevölkerung.

Die Mehrheit der öffentlichen Unternehmen ist in der Hand von 15 Familien, von denen neun das Land beherrschen. Unter den ärmsten 121 Staaten der Welt nimmt Honduras den 98. Platz ein und zählt zu den sog. „failed states“. Es ist eines der ärmsten Länder Lateinamerikas nach Haiti und Brasilien. Die untersten Schichten haben ein tägliches Einkommen von ein bis zwei Dollar.

Im Land führte der Putsch zur Entwicklung einer breiten Widerstandsbewegung und zu einer weiteren Polarisierung der Kräfte. Gewalt und Willkür richteten sich deshalb insbesondere gegen protestierende Bauern, Jugendliche und Frauen, gegen die Aktivisten der entstehenden „Widerstandsfront“ und Menschenrechtsgruppen. Unmittelbar nach dem Putsch kam es zu zahlreichen Verhaftungen, Verletzten und Toten. Die Armee als Instrument der herrschenden Elite ging mit äußerst brutaler Gewalt gegen Demonstranten und Anhänger Zelayas vor. Der von den Putschisten eingesetzte Roberto Micheletti verhängte den Ausnahmezustand, es kam zu Dutzenden von Verhaftungen und Besetzungen von Radiostationen und Zeitungsredaktionen.

Der latente soziale Konflikt brach auf, als Präsident Zelaya politische Schritte unternahm, die den Vorstellungen und Positionen der herrschenden Kreise widersprachen.

## Entwicklung in Honduras in den letzten Jahren

Mitte des 20. Jahrhunderts wandelten US-Unternehmen, u. a. die United Fruit, Honduras in ein fast ausschließlich auf Bananenanbau und -export ausgerichtetes Land. Nicht umsonst wurde es in der westlichen Welt als „Bananenrepublik“ bezeichnet. Seit 1957 herrschte im Lande eine brutale Militärdiktatur. Der „Fußballkrieg“ mit El Salvador führte zum Niedergang der Wirtschaft und zur weiteren Verarmung eines großen Teils seiner Bevölkerung. Nur mit Hilfe finanzieller und militärischer Unterstützung der USA konnte eine Niederlage in diesem militärischen Konflikt verhindert werden. 1982 wurde die Periode der offenen Militärdiktatur beendet. Honduras gab sich eine neue Verfassung, die demokratische Wahlen vorsah und ein faktisches Zweiparteiensystem installierte.

Nach dem Sieg der Sandinisten in Nicaragua wurde Honduras durch die USA in ein Aufmarschgebiet und eine Nachschubbasis für die gegen die Sandinisten kämpfenden Somozasöldner (Contras) verwandelt. Von honduranischem Territorium aus operierten sie sowohl gegen Nicaragua als auch gegen die FMLN in El Salvador.

Den Plänen des damaligen US-Außenministers Henry Kissinger folgend, wurde 1983 die „Assoziation für den Fortschritt Honduras“ (APROH) gegründet. Die APROH wurde zum politischen Leitzentrum für die jeweiligen Regierungen entwickelt und erarbeitete politische und wirtschaftliche Vorgaben. Von ihr stammt der Vorschlag, in Nicaragua direkt gegen die Sandinisten zu intervenieren. Erst 1989 wurde unter internationalem Druck eine Vereinbarung über den Abzug der Contras abgeschlossen.

Die Regierungen der nachfolgenden Jahre setzten eine Politik der neoliberalen Regulierung der Wirtschaft mit freiem Zugang für das Auslandskapital durch. Die Folge dieser Politik war eine zunehmende Auslandsverschuldung und Vertiefung der Abhängigkeit, besonders von den USA. Die strukturellen Veränderungen waren auf eine systematische Transformation ausgerichtet:

- Sicherung der Dominanz der politischen Macht für die mit dem internationalen Kapital verbundenen Kreise;
- Umbau der Wirtschaft und Öffnung des Marktes für das internationale Kapital.

Im Jahre 2005 wurde Manuel Zelaya, seit 1970 Mitglied der Liberalen Partei, mit ca. 47 Prozent der Wählerstimmen zum Präsidenten des Landes gewählt. Er setzte sich gegen den Vertreter der Nationalpartei, Porfirio (Pepe) Lobo, durch.

## Die Abhängigkeit Honduras' von den USA

Keine der bisherigen Regierungen versuchte sich von der Fremdbestimmung durch die USA zu lösen. Sowohl wirtschaftlich als auch politisch ist Honduras ein abhängiges Land. Vertreter der herrschenden Kreise dachten sogar darüber nach, nach dem Beispiel Puerto Ricos den USA als assoziierter Bundestaat beizutreten.

Die aktuellen Angaben zur Wirtschaft und zum Handelsaustausch untermauern die obige Feststellung: Zirka 50 Prozent seines Außenhandels wickelt das Land mit den USA ab. In gleicher Höhe bewegen sich die direkten Kapitalinvestitionen nordamerikanischer Unternehmen in Honduras. Das Defizit der Zahlungs- und Handelsbilanz mit den USA beträgt rund eine Milliarde Dollar. Honduras produziert billige Waren, die in den USA teuer verkauft werden. Die wirtschaftliche und finanzielle Abhängigkeit von den USA ist gravierend. Honduras erhält über die Weltbank und die USAID finanzielle Hilfe in Milliardenhöhe. Allein für die Reformierung des Justizwesens wurden von der Weltbank 48 Prozent der gesamten Finanzierung zur Verfügung gestellt.

Ein wesentlicher Teil der Finanzmittel ist für das Militär vorgesehen. Beispielhaft dafür ist die Zeit John Negropontes als Botschafter der USA in Honduras. In den Jahren 1981 bis 1985 (d. h. in der Zeit der Aktivitäten der Contras gegen Nicaragua) wurden die Militärausgaben von 3,6 Mio. Dollar auf 77,8 Mio. Dollar erhöht. Honduranische Militärs werden an der von den USA geführten „Escuela de las Americas“ ausgebildet. Die 1946 gegründete Einrichtung befindet sich seit ihrer Schließung in Panama in Fort Benning im US-Staat Georgia. Nach Angaben der School of Americas Watch (SOAW) wurden seit Bestehen der Schule dort 3 500 honduranische Militärs ausgebildet. Für das Jahr 2009 sind weitere 92 vorgesehen.

Honduras beteiligt sich mit einem Kontingent Soldaten am Irak-Krieg der USA. Im Rahmen der Schaffung von Militärbasen in Lateinamerika stellt Soto Cano (Pamerola) in Honduras eine feste Position für die USA in Mittelamerika dar. Dort sind bis zu 500 amerikanische Militärangehörige stationiert. Soto Cano wurde als Kontroll- und Radarzentrum ausgebaut, um, wie offiziell behauptet wird, den Drogenhandel zu kontrollieren, der Honduras als Drehscheibe in Richtung USA benutzt. Von Soto Cano aus ist es möglich, die gesamte Region Mittelamerika und einen Teil der Karibik zu überwachen und, wenn nötig, schnell einzugreifen.

Kurz vor der Durchführung des Putsches im Juni 2009 nahm die Armee Honduras' am Manöver PANAMAX in Mittel-



amerika teil. Die Präsenz der USA und die militärische Zusammenarbeit sind sowohl eine wesentliche Grundlage für die Machtausübung im Lande als auch für die Tätigkeit militärischer und anderer Einheiten der USA, wie der DEA, der CIA und des Südkommandos der US-Armee, in der Region und darüber hinaus. In einigen Fällen haben sich militärische Hierarchien in Unternehmerverbände umgewandelt und verfügen über umfassende Befugnisse im Transport-, Kommunikations- und Ausbildungswesen. Für die USA hat Honduras besondere strategische Bedeutung. Oberstes Ziel ist es daher, die Sicherheit im Lande zu garantieren und die Möglichkeit eines Zusammengehens mit benachbarten Republiken wie Nicaragua und El Salvador, wo sich gesellschaftlich differenzierte Prozesse vollziehen, zu unterbinden.

## Die Regierungszeit Präsident Manuel Zelayas

Nach vorliegenden Pressemeldungen verblüffte Zelaya zur Mitte seiner Präsidentschaft Honduras mit der Erklärung, seine Regierung sei links und sozialistisch. Ein Mann, der aus der einheimischen Elite kommt, seit Jahren einer der beiden dominierenden Parteien angehört und seit 1985 im Kongress sitzt, vollzieht plötzlich eine politische Wende, die schwer zu erklären oder gar nachzuvollziehen ist. Welche Gründe bewogen Zelaya, eine solche Erklärung abzugeben?

Während der Präsidentschaft Zelayas erwarb sich Honduras den Ruf, das Land mit den höchsten Wachstumsraten in Mittelamerika zu sein, was von der „Ökonomischen Kommission für Lateinamerika“ (CEPAL) bestätigt wurde. Die „Interamerikanische Entwicklungsbank“ (BID) setzte unter diesen Voraussetzungen für Honduras einen Schuldenerlass in Höhe von 1,4 Mio US-Dollar durch. Zelaya strebte als Vertreter des liberalen Flügels seiner Partei ein Mehr an „Bürgerbeteiligung“ an, die in der Verfassung des Landes verankert ist, und initiierte dafür ein Gesetz, das vom Kongress bestätigt wurde. Die weitere Erhöhung der Benzinpreise im Lande führte Zelaya zu der Überlegung, sein Land der PETROCARIBE anzunähern, um in den Vorteil der im Rahmen dieser multilateralen Organisation von Venezuela gewährten günstigen Konditionen beim Kauf von Erdöl zu kommen.

Auf dem 4. Gipfeltreffen der PETROCARIBE im Dezember 2007 in Cienfuegos (Kuba) wurde Honduras als 17. Mitgliedstaat aufgenommen. Dem vorausgegangen war ein Besuch Hugo Chávez in Honduras, während dem bilaterale Verträge vereinbart wurden. Zelaya begründete diesen Schritt als wirtschaftliche Notwendigkeit sowie eine Möglichkeit, die Energieversorgung des Landes zu gewährleisten und frei werdende Mittel für soziale Zwecke einzusetzen. Nach Meinung Zelayas und seiner Unterstützer könnte sich niemand, auch nicht die USA, gegen diesen nicht politisch motivierten Schritt wenden, denn die USA selbst importieren Erdöl aus Venezuela. Das Land unterhält in den USA Raffinerien und ein Netz von Tankstellen.

Honduras wird laut Vertrag täglich 20 000 Fass Erdöl importieren, das zur Erzeugung von Elektroenergie eingesetzt werden soll. Der tägliche Bedarf beträgt 50 000 Fass. Gleichzeitig wurde der Benzinpreis in Honduras gesenkt. Vereinbart wurde die Bezahlung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Die Rückzahlung erfolgt zu 60 Prozent nach drei Monaten. Der Rest von 40 Prozent des Kredites wird mit einem Prozent für 25 Jahre verzinst.

Zelaya äußerte sich positiv über die Erweiterung der Beziehungen des Landes zur PETROCARIBE: „Wir waren Unter-

zeichner von PETROCARIBE und waren Beobachter von ALBA. Heute bedeutet die politische Entscheidung der Regierung, Alternativen zur Lösung der historischen Probleme des Landes zu suchen, praktisch den vollständigen Beitritt zur Bolivarischen Alternative für die Völker unseres Amerikas“. Die ALBA-Mitgliedschaft eröffne neue Chancen für das Land und für die Armen in Honduras. Am 25. August 2008 trat Honduras der ALBA bei.

Erste Reaktionen auf den Besuch von Hugo Chávez und den Abschluss des Vertrages erfolgten seitens der katholischen Kirche, die Zelaya vorwirft, sich gegenüber Venezuela zu verschulden. Gleiches galt für die Reaktion des Parlamentes, das mehrheitlich eine ablehnende Haltung einnahm. Besonders der konservative Teil der Liberalen Partei Zelayas sprach sich gegen PETROCARIBE und den Beitritt zur ALBA aus.

In die Reihe der Gegner Zelayas sind sowohl die Spitze der katholischen wie auch der evangelischen Kirche, der Oberste Gerichtshof, die Generalstaatsanwaltschaft, die Militärs und der Kommissar für Menschenrechtsfragen einzuordnen. Eine besondere Rolle spielten die Vertreter der APROH Roberto Micheletti und General Romeo Vázquez, Oberkommandierender der honduranischen Armee.

Das Bestreben Zelayas, Honduras zu modernisieren und politische und soziale Reformen durchzuführen, stieß auf entschiedenen Widerstand der oben genannten Kreise. Der sozialen Spaltung des Landes folgte eine zunehmende politische Polarisierung, die auch vor den herrschenden Kreisen nicht Halt machte. Die Konfrontation zwischen Zelaya und der Spitze seiner Partei und der anderen Organe ist Ausdruck der Differenzierung innerhalb der herrschenden Klasse, die im erweiterten Sinne sowohl auf die Region wie auch auf den gesamten Kontinent ausgedehnt werden kann. Zweifellos haben die Veränderungen, die in Lateinamerika vor sich gehen, Zelaya bewogen, sich Reformbestrebungen und anderen Partnern in Lateinamerika zuzuwenden.

Das ist der Hintergrund, vor dem sich die nachfolgenden Ereignisse seit Ende Juni 2009 in Honduras abspielten.

## Der Staatsstreich vom 28. Juni 2009

Auslösender Faktor für den reaktionären Putsch gegen Zelaya war schließlich sein Plan, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Im März 2009 erließ der Präsident ein Dekret, das vorsah, „eine breite Konsultation des Volkes zu realisieren, in der sich das Volk frei dazu äußern soll, ob es mit der Einberufung einer nationalen verfassungsgebenden Versammlung einverstanden ist.“ Zelaya sah dies als eine Volksbefragung, die am 28. Juni 2009 durchgeführt werden sollte. Entgegen der Verfassung des Landes annullierte das Oberste Gericht das Dekret und verbot seine Veröffentlichung.

Zelaya antwortete mit dem Gesetz zur Bürgerbeteiligung, wie es in der Verfassung festgeschrieben ist, und beauftragte das Nationale Institut für Statistik mit der Durchführung der Volksbefragung am 28. Juni. Die zu entscheidende Frage lautete: „Sind Sie einverstanden, dass in den allgemeinen Wahlen 2009 eine vierte Urne aufgestellt wird, in der das Volk über die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung entscheidet? Ja oder Nein“.

Mit der Absicherung der Volksbefragung beauftragte Zelaya die Armee, was von deren Chef, General Romero Vázquez, abgelehnt wurde. Daraufhin setzte Zelaya Vázquez als





Oberkommandierenden ab. Mit der Begründung, Zelaya strebe mit der Verfassungsänderung eine Verlängerung seiner Amtszeit an, verrate das Vaterland, missbrauche seine Macht und usurpiere die öffentliche Verwaltung, wurde Zelaya vom Militär entführt und außer Landes gebracht. Vázquez, ehemaliger Schüler der „Escuela de las Américas“, agierte in enger Abstimmung mit Roberto Micheletti, der sich zum Nachfolger Zelayas ausrufen ließ.

Hinter der Fassade der „Verteidigung der Verfassung“ und der „demokratischen Zivilgesellschaft“ agieren die Personen, die in der APROH zusammengeschlossen sind und seit Jahren das Land politisch dominieren. Von den herrschenden Eliten und den Militärs vorbereitet, zielte der Putsch darauf ab, die von Zelaya eingeleitete Annäherung an den sich herausbildenden Block progressiv orientierter Länder Lateinamerikas, besonders der ALBA, zu verhindern und Honduras nicht aus dem System der auf die USA orientierten Staaten ausbrechen zu lassen. Das bedeutet insbesondere, die weitere Durchführung des Planes Puebla – Panama zu sichern. Innenpolitisch richtete sich der Putsch gegen vorgesehene soziale Maßnahmen wie die Erhöhung des Mindestlohnes. Garantiert werden soll die Politik der Öffnung des Landes für transnationale Unternehmen, die im Erzbergbau und der Holzindustrie tätig sind, sowie die Fortsetzung der Politik der Privatisierungen.

### Die Lage in Honduras nach dem Putsch

Die Reaktionen aus den Kreisen der herrschenden Klasse, besonders des Militärs, lassen deutlich erkennen, dass eine koordinierte Aktion vorliegt. Der Putsch wurde mit Wissen der US-Botschaft vorbereitet und am Tage der beabsichtigten Durchführung der Volksabstimmung über die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung durchgeführt. Nach einem Treffen der Putschisten am 22. Juni 2009 mit dem US-Botschafter Llorens, wo man „nach einem Ausweg“ suchte, wurde der Putsch realisiert.

Das „Wall Street Journal“ vom 1. Juli beurteilte den Putsch wie folgt: „Der Militärputsch vom 28. Juni 2009 in Honduras, der den Präsidenten Zelaya ins Exil brachte, ist erstaunlicherweise demokratisch.“ Denn, so folgert das Blatt, „Legislative und Judikative blieben intakt.“

Der Generalstabschef der Armee, General Miguel Garcia Padget, wird allerdings deutlicher. Für ihn ist die Ausweitung des Einflusses des „kommunistischen Regimes Chávez“ der wahre Grund des Vorgehens gegen Zelaya. „Das Ziel der Ausweitung des Einflusses von Hugo Chávez ist klar: Es soll die USA im Herzen treffen. Aber unsere bewaffneten Kräfte haben dem an den Grenzen von Honduras ein Ende gesetzt.“

Offensichtlich ist, dass eine Volksabstimmung verhindert werden sollte, die außerhalb des bisherigen Zweiparteiensystems angestrebt wurde und eine stärkere Hinwendung zu anderen progressiven Entwicklungen in Lateinamerika ermöglicht hätte. Das Ziel des Putsches bestand vor allem in der Verhinderung einer weiteren Annäherung an die ALBA. Der Putsch in Honduras, organisiert und durchgeführt von den konservativen und rechten Eliten des Landes mit Unterstützung von außen, ist Ausdruck einer anlaufenden Gegenoffensive in Lateinamerika.

Kommentatoren meinen, dass die Putschisten Schlussfolgerungen aus vorangegangenen Umsturzversuchen (Venezuela, Haiti) gezogen haben, bei denen die gesamte demokratische Struktur außer Kraft gesetzt wurde. Diese Vorgehens-

weise wurde im Falle Honduras` vermieden. Möglicherweise wird damit eine Tür für Nachahmungen geöffnet, bei denen ein demokratischer Anstrich gewahrt werden soll.

Was Präsident Zelaya betrifft, so ist festzustellen, dass er sich von der Basis seiner Partei entfernt hatte und kein festes Bündnis mit der existierenden Linken und der Volksbewegung suchte. Im Lande rief der Putsch eine starke Gegenbewegung hervor. Hunderttausende gingen auf die Straße, demonstrierten für die Rückkehr des gestürzten Präsidenten und nahmen am ausgerufenen Generalstreik teil. Das Vorgehen der Reaktion erzeugte verstärkten Widerstand und führte zur Gründung der „Nationalen Widerstandsfront“ (FNR). Widerstand dieses Ausmaßes wurde nicht erwartet. Obwohl es Demonstrationen für die Putschisten gab (ca. 60 000 Menschen), standen diese in keinem Verhältnis zur Protestbewegung des Volkes. Die Putschisten verfügen über keine nennenswerte soziale Basis. Allerdings hat die Gegenbewegung Schwierigkeiten, sich zu sammeln.

Obwohl es in Honduras eine Vielzahl von sozialen Bewegungen gibt, die sich gegen die Privatisierung von Wasser, für die Schließung der „Escuela de las Américas“, für die Verteidigung der Menschenrechte und für die Stärkung der Gewerkschaften einsetzen, fehlt es an der Koordinierung der Aktivitäten und Zielstellungen. In den sozialen Bewegungen sind die tragenden Kräfte Bauern, Gewerkschafter und linke Intellektuelle. Unklar ist aber das Verhältnis der linken Partei „Demokratische Vereinigung“ (DU) zu den sozialen Bewegungen und Gewerkschaften. Als Partei selbst ist sie zerstritten und verfügt über nur geringen Einfluss in der Gesellschaft. In Honduras ist es bisher nicht gelungen, die soziale Unzufriedenheit in ein politisches Projekt münden zu lassen und zu einem Zusammenwirken der linken Partei mit den sozialen Bewegungen zu kommen. Zelaya als Präsident war trotz seiner verstärkten auf soziale Fragen orientierten Politik nicht in der Lage, eine wirksame Kraft zu seiner Unterstützung zu formieren.

### Die Haltung der Obama-Administration zum Putsch in Honduras

In einer ersten Reaktion auf den Putsch verurteilte US-Präsident Barack Obama das Vorgehen gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Zelaya und rief zur Einhaltung „demokratischer Normen“ auf. „Zelaya ist der einzige Präsident, den ich anerkenne. Das möchte ich klargestellt wissen.“ Formal wurden verschiedene Finanzhilfen suspendiert und Beschränkungen für die Putschisten bei Reisen in die USA eingeführt. Gleichzeitig ließ Obama erklären, dass er die Ergebnisse der Wahl Ende November 2009 nicht akzeptieren werde.

Nach Aussagen des honduranischen Industrieministers Benjamin Bogran wurden 150 Mio. US-Dollar vom IWF und 50 Mio. US-Dollar von der Internationalen Entwicklungsbank (BID) eingefroren

Aber im Unterschied zu den Reaktionen lateinamerikanischer Länder und der EU, die ihre Botschafter aus Honduras abberiefen, verblieb der US-Botschafter vor Ort. Nach Meinung politischer Beobachter wurde Obama von den Putschisten überrascht. Diese Tatsache werfe die Frage auf, wer in Washington die Politik mache. Nach Meinung des „Council on Hemispheric Affairs“ ist die Antwort recht einfach: „In ihrer Mehrheit das alte Personal von G. W. Bush. Schockierende Tatsache ist: Das State Department hat offenbar noch



nicht mitbekommen, dass Obama die Wahl gewonnen hat.“ Fest steht, dass Obama recht spät, nicht konsequent reagiert und den Putsch nicht eindeutig verurteilt hat.

Für Lateinamerika war diese Reaktion überraschend, denn beim ersten Zusammentreffen der Staatschefs Lateinamerikas mit Obama während des Amerikagipfels im April 2009 in Trinidad/Tóbagó hatte er versprochen, das Verhältnis zu Lateinamerika zu verändern und den Forderungen der lateinamerikanischen Staaten nachzukommen (Aufhebung der Blockade gegen Kuba, Respektierung der durch demokratische Prozesse entstandenen Veränderungen in den lateinamerikanischen Ländern, Abgehen von militärischen Interventionsplänen und Korrekturen in der Migrationspolitik).

Präsident Obama befindet sich ganz offenbar in einer Zwickmühle. Hugo Chávez hat in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung im September 2009 diese Frage aufgeworfen: „Gibt es zwei Obamas oder nur einen? Hoffentlich setzt sich der durch, den wir gestern hier (d. h. in der UN – Vollversammlung) gehört haben.“

Der US-interne Konflikt, der sich hier zeigt, wird ausgetragen zwischen den verbliebenen Vertretern des neokonservativen Flügels und den stärker liberal-demokratischen Vertretern der Demokratischen und zum Teil auch der Republikanischen Partei. Präsident Obama erweist sich als nicht in der Lage, seine Institutionen unter Kontrolle zu halten.

Wenn man analysiert, welche Kräfte die Lateinamerikapolitik der USA bestimmen, so wird deutlich, dass es auch in der Obama-Administration im Wesentlichen noch die bekannten Neokonservativen sind. (Otto Reich, Hugo Llorens, Negro Ponte u. a.). Dazu kommen die Vertreter des Pentagons, des Südkommandos und der CIA. Der brasilianische Historiker Luiz Alberto Moniz Bandeira ist wie viele andere Kommentatoren der Auffassung, dass „der Sturz Präsident Manuel Zelayas mit Unterstützung von Teilen der CIA und des Pentagons realisiert wurde, die sich gegen die Politik des Präsidenten Obama stellen und ihm auf internationaler Ebene Schwierigkeiten schaffen wollen. Die honduranischen Militärs hätten sich nicht gewagt, den Putsch auszuführen, wenn sie nicht über die Unterstützung dieser Kreise verfügt hätten.“

Aus einer Einschätzung des konservativen Thinktanks, der Heritage Foundation, ist zu ersehen, welcher Druck auf Obama ausgeübt wird: „Die Position der Obama-Administration ruft Verwunderung hervor, wie sie sich gegenüber den anti-amerikanischen Führern verhält, die die Interessen und den Einfluss der USA in Lateinamerika beschädigen. Ihre Haltung erweckt den Eindruck, dass good governance, Verfassungs- und Gesetzestreue sekundär sind gegenüber den Versuchen von Chávez und Castro, eine neue Führerschaft aufzubauen.“

So nimmt es nicht Wunder, wenn die Positionierung zum Putsch in Honduras seitens Obamas Fragen aufwirft. Beweise für eine Beteiligung US-amerikanischer Stellen liegen inzwischen detailliert vor, angefangen vom Zwischenstopp der Entführer Zelayas auf dem Militärstützpunkt der USA in Soto Cano bis hin zur Teilnahme von Botschafter Hugo Llorens an der Vorbereitung des Putsches.

In der Auseinandersetzung hinter den Kulissen im State Department treffen offenbar zwei unterschiedliche Positionen aufeinander: Außenministerin Hillary Clinton bevorzugt die konziliantere Methode des Aussitzens des Konfliktes und damit eine Politik zu Gunsten der Putschisten. Auf Wunsch des State Departments wurde als Vermittler zwischen Zelaya

und den Putschisten der Präsident Costa Ricas, Oscar Arias, eingeschaltet. In der ersten Phase des Konfliktes wurde unter seiner Mitwirkung der „Vertrag von San José“ ausgehandelt. Dieser sah die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit, den Verzicht Zelayas auf die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, die Rückkehr des Präsidenten, die Unterstellung der Armee unter den rechtmäßigen Präsidenten, Einsetzung einer Überprüfungscommission zur Interpretation des Vertrages und seine Verwirklichung im Rahmen der Verfassung des Landes vor.

Die sich anschließenden Verhandlungen, die auch durch Vermittlung der OAS und ihres Präsidenten Jorge Insulza realisiert wurden, verliefen unter dem Druck der internationalen und nationalen Öffentlichkeit in einem ständigen Auf und Ab. Seitens des „De-facto“-Präsidenten Micheletti wurden sie mit der Absicht geführt, Zeit zu gewinnen. Nach Rückkehr Präsident Zelayas (er hält sich bis dato in der brasilianischen Botschaft auf), die illegal und mit Hilfe lateinamerikanischer Länder erfolgte, erhöhte sich der Druck auf Micheletti. Forciert wurden Verhandlungen geführt, die jedoch kein Ergebnis brachten. Wenn ein Übereinkommen möglich schien, lehnte der Putschistenführer letztlich die Vereinbarung ab.

Der US-Unterstaatssekretär für lateinamerikanische Fragen Thomas Shannon, Vertreter des State Department, wurde beauftragt, mit den konkurrierenden Seiten in Honduras zu verhandeln. Mit dem Eintreffen Shannons Ende Oktober 2009 wurde klar, dass die USA von ihrer Position, die Wahl Ende November nicht anzuerkennen, die unter dem Putschistenregime vorbereitet wurde, abrückten. Das geht auch aus einem Brief des State Department an den Vorsitzenden des Komitees für Außenbeziehungen im US-Senat hervor, in dem mitgeteilt wurde, dass die USA auf Distanz zu Zelaya gehen werden.

Unter Mitwirkung von Shannon wurde ein neuer Vertrag erarbeitet, der vorsah, dass die Wiedereinsetzung Zelayas vom Kongress entschieden, eine Regierung der nationalen Einheit gebildet, eine politische Amnestie abgelehnt und das Ergebnis der Wahl vom 29. November 2009 anerkannt wird. Bemerkenswerterweise wurde die Abstimmung im Kongress über die Wiedereinsetzung Zelayas auf einen Termin nach der Wahl angesetzt. Die USA sind nun aktuell neben Kolumbien, Peru, Costa Rica, Panama u. a. diejenigen, die die Wahlen am 29. November anerkennen. Ein zweifelhafteres Doppelspiel, das sich über Monate hinzog, kann kaum betrieben werden.

Nach Einschätzung politischer Beobachter zeigen sich in der Haltung der Obama-Administration zu den Ereignissen in Honduras Züge eines veränderten politischen Vorgehens in den Beziehungen zu Lateinamerika. Sie werden gekennzeichnet von einer Kombination diplomatischer Mittel, wirtschaftlicher Einflussnahme und „legalen demokratischen“ Manövern. In einer Rede vor dem US-Senat erklärte Hillary Clinton das Vorgehen der Obama-Administration: „Wir werden die ‚smart power‘ (intelligente Macht) kultivieren, d. h., alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente, in erster Linie diplomatische Mittel und die Kunst der Überzeugung anwenden.“ Konkret bedeutete das, dass sich die USA nicht in die inneren Angelegenheiten des Landes einmischen wollen und Honduras seine Probleme selbst lösen soll.

In diesem Sinne wurde zuerst Präsident Arias in Marsch gesetzt, der den „Vertrag von San José“ erarbeitete. Der nächste Schritt wurde durch die „Vermittlungsversuche“ der



OAS (Insulza) eingeleitet. Und schließlich wurde der ehemalige Präsident Chiles Carlos Lagos mit der Wahrnehmung des Vorsitzes der Überprüfungscommission betraut. Alle diese „smarten“ Maßnahmen haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Putschisten lehnten alle Schritte zur Lösung der politischen Krise ab. Inzwischen ist die Zeit verstrichen und die Wahl am 29. November hat die politische Krise nicht gelöst.

Am 30. Oktober 2009, dem Tag, da sowohl Zelaya als auch Micheletti die Vereinbarung, die unter Einfluss des Unterstaatssekretärs des State Department Shannon zustande kam, unterschrieben hatten, hoben die USA alle „Restriktionen“ gegenüber Honduras und dem De-facto-Präsidenten auf. Shannon versteigt sich zu folgender Aussage: „Wir beglückwünschen die beiden großen Persönlichkeiten (gemeint sind Zelaya und Micheletti), dass sie diesen historischen Vertrag unterzeichneten.“ Randnotiz: Auch dieses Abkommen blieb von Seiten Michelettis unerfüllt. Die vereinbarte „Regierung der nationalen Einheit“ wurde von ihm einseitig ausgerufen, was Zelaya sofort als Bruch des Abkommens zurückwies.

## Die Haltung Lateinamerikas und die Rolle Brasiliens

Die Reaktion der lateinamerikanischen Länder gegen den Putsch war eindeutig. Die Botschafter wurden zurückgezogen und die Mitgliedschaft Honduras' in der Organisation Amerikanischer Staaten suspendiert. Der Präsident Brasiliens Luiz Ignácio Lula da Silva erklärte vor der UN-Vollversammlung: „Die Putschisten müssen dem demokratisch gewählten Präsidenten weichen. Es muss eine demokratische Lösung geben, die durch Verhandlungen erreicht wird.“ Andere Länder reagierten in ähnlicher Weise.

Konsequent sind vor allem Brasilien, Argentinien und die ALBA-Staaten aufgetreten. Zelaya hält sich nach wie vor in der brasilianischen Botschaft auf. Brasilien bleibt bei seiner bisherigen Haltung. Um eine Lösung der Krise zu erreichen, schlug Brasilien vor, den Wahltermin zu verschieben. Die Reaktion aus Washington war negativ: Der Vertreter Washingtons in der OAS erklärte, dass die USA die Durchführung der Wahl unterstützten, und wies den Vorschlag Brasiliens ab. Brasilien wurde aufgefordert, das Ergebnis der kommenden Wahl anzuerkennen. Mit der Wahl bestehe die Möglichkeit, in Honduras zur Normalität zurückzukehren.

Der außenpolitische Berater Präsident Lulas, Marco Aurélio Garcia, äußerte sich zur Entwicklung der Lage in Honduras sehr skeptisch: „Wir befürchten, dass der präventive Staatsstreich zur üblichen Praxis der Lateinamerika-Politik werden kann.“ Und er fügte hinzu: „Der Außenpolitik der USA kann man vieles vorwerfen, aber nicht, dass sie amateurhaft wäre.“

Schon mit der Aufnahme Zelayas in seiner Botschaft hat Brasilien demonstriert, dass es nicht gewillt ist, sich der US-Diplomatie unterzuordnen. Garcia sagt in aller Deutlichkeit, dass es eine Rückkehr zu den Zeiten der Militärputsche und Staatsstreiche nicht geben wird. Brasilien wird die Wahl eines neuen Präsidenten am 29.11. nicht anerkennen. Außenminister Celso Amorim: „Ein Staatsstreich darf nicht legitimiert werden.“

## Die Wahlfarce vom 29. November 2009

Die Situation vor der Wahl machte deutlich:

- Zelaya, der sich noch immer in der brasilianischen Botschaft aufhielt („unter unserem Schutz steht“, wie der brasilianische Außenminister Celso Amorim sagte), rief seine Landsleute und das Ausland zum Boykott der Wahl auf.
- Eine Reihe Kandidaten, unter ihnen der linke unabhängige Kandidat Carlos Reyes, verzichteten auf ihre Kandidatur.
- Es kandidierten nur die Vertreter der Liberalen und Nationalen Partei.
- Der Putschist Micheletti erklärte, dass er bis Januar 2010, da der neu gewählte Präsident in sein Amt eingeführt wird, nicht von seiner Position zurücktreten werde.

Nach offiziellen Angaben siegte der Kandidat der Liberalen Partei Porfirio Lobo mit 51 Prozent der abgegebenen Stimmen. Lobo kommt aus der Klasse der großen Latifundisten und beteiligte sich am Putsch gegen Zelaya. Die Wahlbeteiligung soll bei über 50 Prozent gelegen haben. Eine internationale Beobachtung der Wahl durch die OAS oder andere Institutionen fand nicht statt.

Die Nationale Widerstandsfront (FNR) spricht nach ihrem Monitoring von einer Wahlbeteiligung von 21,5 Prozent, von Verhaftungen, militärischem und polizeilichem Druck auf die Organisationen sozialer Bewegungen (Besetzung von Büros, zeitweilige Verhaftung von Aktivisten). Die Wahl wurde nach Aussagen von Mitgliedern des Lateinamerikanischen Rates der Kirchen in einem militarisierten Land durchgeführt: 30 000 Soldaten kontrollierten Städte und Dörfer.

Unabhängig vom Ausgang der Wahl und der Art und Weise ihrer Durchführung wird sie die politische Krise in Honduras nicht lösen. Sie zeigt aber, dass die Ergebnisse des Putsches nicht revidiert wurden und die unter illegitimen Bedingungen durchgeführte Wahl den Charakter des Putsches verschleiern soll.

Der Konflikt in Honduras spielt sich in einer unmittelbaren Einflusszone der USA ab. Dass der Putsch nicht verhindert, bzw. verurteilt wurde, zeigt, dass die USA Micheletti und die Putschisten nicht nur toleriert, sondern direkt unterstützt haben. Hillary Clintons „smarte Politik“ hat eine neue Phase der Beziehungen USA-Lateinamerika eingeleitet. Honduras ist die Nagelprobe dafür, wie sich die Obama-Administration zukünftig positionieren wird. Setzen sich die Putschisten durch, wird das nicht nur in Honduras zu weiterer Instabilität beitragen. Der Abschluss des Vertrages über neue Militärbasen der USA mit Kolumbien und der Putsch in Honduras können zu einer Phase größerer politischer Instabilität in Lateinamerika führen. Unter diesen Umständen beobachtet man in Lateinamerika die weiteren strategischen Entscheidungen, die Obama treffen wird, mit wenig Hoffnung auf eine Wende zu einem neuen Anfang in den Beziehungen. Für einige Kommentatoren ist das Urteil schon klar: „Auf Lateinamerika kommt eine neue Ära der Expansionspolitik zu.“ Der Koordinierungsrat der Gewerkschaftszentralen des Südkegels erklärte: „In Honduras wurde ein soziales Projekt durch illegale Wahlen verhindert, die von den USA unterstützt wurden, um die Putschisten reinzuwaschen. Wie müssen wir angesichts dieses für den Wandel in Lateinamerika negativen Ereignisses agieren?“ Die Antwort lautet: durch Stärkung der Integration der Völker Lateinamerikas und die Fortsetzung des Kampfes für soziale Gerechtigkeit.



## Mittelamerika: „Hier stützt sich die Demokratie auf den Völkermord“

*Interview mit dem ehemaligen Jesuiten und Revolutionär Peter Marchetti. Peter Marchetti, 64 Jahre, USA-Bürger von Geburt und Mittelamerikaner durch eigene Wahl, lebt seit 30 Jahren in der Region. Jetzt ist er Bürger Nikaraguas. Er war bis vor zwei Jahren Jesuitenpater. Er gab den Orden auf, aber nicht seine revolutionäre Überzeugung, seine Hoffnung auf eine Welt mit mehr Gerechtigkeit. Das war es, was ihn vor über drei Jahrzehnten nach Mittelamerika führte, wo er sich als Fachmann für Agrarwirtschaft für die benachteiligten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen engagierte. Heute lebt er in Guatemala und arbeitet eng mit der Bauernbewegung zusammen. Er ist Autor zahlreicher Werke, ein scharfsinniger Analytiker und im Lande außerordentlich populär. Das Interview führte der argentinische Politikwissenschaftler und Schriftsteller Marcelo Colussi.*

● **Wie zeigt sich die politische Landkarte Mittelamerikas nach dem Staatsstreich in Honduras und der Manipulierung eines Videos im Fall Rosenberg in Guatemala, die beinahe ebenfalls zu einer Destabilisierung geführt hat? (Durch ein gefälschtes Video sollte dem gegenwärtigen sozialdemokratischen Präsidenten Guatemalas ein Mordauftrag in die Schuhe geschoben werden. – d.Ü.) Welche Strategie verfolgt Washington bei alledem?**

Ich glaube, für die Leute, die dieses Interview außerhalb der Region zur Kenntnis nehmen, ist es wichtig zu wissen, dass Mittelamerika immer in einer anderen Zeit gelebt hat als Südamerika. Als im Süden z. B. rechtsgerichtete Militärdiktaturen zur Macht kamen und die neoliberalen Pläne der strukturellen Anpassung realisiert wurden, liefen in Mittelamerika revolutionäre Prozesse mit linken Aufstandsbewegungen ab. Und jetzt, da wir in Südamerika eine Welle von Veränderungen unter Mitwirkung des Volkes wie die von Evo Morales in Bolivien oder von Rafael Correa in Ecuador erleben, folgt die mittelamerikanische Region wiederum einer anderen Zeitrechnung. Man könnte sagen, dass Mittelamerika in der Regel nachhinkt und zehn Jahre später das wiederholt, was im übrigen Lateinamerika vor sich gegangen ist.

Die gegenwärtige Lage ist sehr aufschlussreich: Als Präsident Manuel Zelaya Honduras in das Projekt ALBA eingliedert, was mit der Wahl von Daniel Ortega zum Präsidenten von Nicaragua und von Mauricio Funes zum Präsidenten von El Salvador mit Unterstützung der Befreiungsfront Farabundo Martí zusammenfällt, kommt es zu einer heftigen Reaktion der Vereinigten Staaten. Die Veränderungen in den genannten Ländern stellen die eingeschränkten Demokratien in Frage, die seit den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Lateinamerika zugelassen worden sind. Kaum zeichnen sich solche Veränderungen auch in Mittelamerika ab, versucht die Oligarchie sie mit allen Mitteln zu stoppen. In diesem Zusammenhang ist der Putsch in Honduras zu sehen. Zur gleichen Zeit, da dieser Putsch vorbereitet wurde, wird in Guatemala das Video über den Rechtsanwalt Rosenberg manipuliert und in der ganzen Welt verbreitet, um die Regierung Álvaro Colom zu destabilisieren. Aber dieser politische Schlag über die Medien ist nicht so schwerwiegend wie der ökonomische Schlag, den die Oligarchie führt, um

der Regierung, die sie als zu volksnah, zu sehr den Armen zugewandt ansieht, die Luft abzuschneiden. Dabei ist Colom noch nicht einmal in die Nähe boliviarischer, linker Ideen gekommen. Aber einige einfache Anflüge von Populismus werden mit einer höchst konservativen Reaktion in der makroökonomischen Politik beantwortet.

Während das übrige Lateinamerika staatliche Schuldverschreibungen anbietet, um so der allgemeinen Rezession zu begegnen, betreibt Guatemala weiter eine Politik wie Margaret Thatcher und Reagan, nur noch neoliberaler als diese. Es ist unglaublich: Die Steuern werden weiterhin äußerst niedrig gehalten. Die Oligarchie, die die Regierung Colom mit scheelenden Augen ansieht, lässt sie ohne Staatshaushalt sitzen. Und die populistische Regierung, ökonomisch unter dem Druck der Oligarchie, versucht sich in dieser Zwangsjacke zu bewegen. Aber es ist äußerst schwierig, unter einem ultrakonservativen ökonomischen Diktat etwas Fortschrittliches zu tun. Und wegen dieser schüchternen populistischen Bestrebungen bläst die Oligarchie zum Angriff und versucht die Regierung zu destabilisieren ... Die Oligarchie zahlt praktisch keine Steuern; in Guatemala zahlen die zehn Prozent Ärmsten prozentual mehr als die zehn Prozent Reichsten. Für die gegenwärtige Regierung ist es deshalb sehr schwierig, mit ihren Maßnahmen voranzukommen. Letzten Endes handelt es sich um einen ökonomischen Putsch der Rechten gegen den Populismus.

Was wir gegenwärtig sehen – mit diesem ökonomischen Putsch in Guatemala oder mit dem technischen Staatsstreich in Honduras – ist eine konservative Reaktion auf die politische Welle von Veränderungen, die von Hugo Chávez, Evo Morales oder Rafael Correa repräsentiert werden. In Honduras nahm sie brutale Formen an. In Guatemala gab die Oligarchie kund, dass sie nicht bereit ist, populistische Veränderungen in der Region zu dulden.

Mittelamerika ist als Region immer konservativer gewesen als Südamerika. Wegen dieses starken Konservatismus entstanden in Mittelamerika die Guerillabewegungen als Reaktion auf eine uneinsichtige, barbarische Rechte. In den drei Ländern, wo diese Bewegungen wirkten, in Nicaragua, Guatemala und El Salvador, verlief die Geschichte anders als in Honduras, von wo aus die Gegenaktionen gegen diese drei Länder gesteuert wurden. In Honduras konnten die USA nach ihrem Belieben schalten und walten. Sie haben einen ganzen Staat zu einer Basis für militärische Operationen gemacht ... Die Geschichte wiederholt sich: Hinter dem Staatsstreich in Honduras stehen die Vereinigten Staaten, zumindest im Hintergrund. Was die politischen Kräfte der Rechten in Honduras tun, ist das, worauf die Regierung der Vereinigten Staaten sie seit Jahrzehnten orientiert.

Die politischen Verfassungen der mittelamerikanischen Länder sind bestenfalls eingeschränkt demokratisch. Sie sind darauf ausgerichtet, die lokalen Oligarchien zu stützen und die sozialen Rechte der großen Mehrheit zu unterdrücken. Es sind Verfassungen von ausgesprochenem neoliberalen Zuschnitt. Und es ist klar, dass für die Strategie der kontinentalen Herrschaft der USA Verfassungen wie zum Beispiel die von Bolivien nicht erwünscht sind. Auch wenn sich Präsident Obama gegen den Putsch ausgesprochen hat, liegt das reale Interesse der USA darin, dass keine Verfassungen und keine politischen Prozesse auftreten, die ihre Hegemonie in der Region in Frage stellen. Es ist bekannt, dass die CIA in diesen Putsch direkt verwickelt war. Bekannt ist auch, dass



der gesamte Repressions- und Geheimdienstapparat der mittelamerikanischen Länder heute derselbe ist wie vor 20 oder 30 Jahren. Das bedeutet: Alle Sicherheitsorgane der Region und der USA – CIA, DEA, die US-Botschaften sind mit den konservativsten und reaktionärsten Interessen der lokalen Oligarchien verquickt.

Hier gibt es keine Demokratie; es gibt eingeschränkte, formale Demokratien, die sich auf den Triumph über die revolutionären Kräfte – zum Teil in Verhandlungen unter ungleichen Bedingungen – in den vergangenen Jahrzehnten gründen. Hier stützt sich die Demokratie auf Völkermord. Das heißt, diese zutiefst konservative, rechtsgerichtete Ideologie ist der Hintergrund dessen, was in der Region passiert.

Man wird sehen, bis zu welchem Punkt Präsident Obama den politischen Apparat der USA in der Region verändern kann. Ist Obama in der Lage, den Pakt zwischen der extremen Rechten der USA und den konservativen Kräften Mittelamerikas aufzukündigen? In der ersten Unterredung, die Außenministerin Hillary Clinton mit Präsident Zelaya nach dem Staatsstreich führte, stellte sie drei Forderungen: erstens, dass die USA-Basis in Comayagua nicht angetastet werde, zweitens, dass er sich nicht so oft mit Präsident Chávez sehen lassen sollte, und drittens, dass er bei einer Rückkehr zur Macht eine umfassende Amnestie für alle zivilen und militärischen Beteiligten am Putsch erlassen werde. Die Bedingung zu der Militärbasis zeigt das Interesse Washingtons, eine starke militärische Präsenz in der Region aufrechtzuerhalten.

Als ich in Honduras lebte, haben wir um 1983 einmal versucht, die Schließung der Basis von Comayagua zu erreichen. Damals wollte Honduras einen Krieg gegen das sandinistische Nicaragua anfangen, um dadurch die militärische Präsenz der USA in der Region zu erhalten. Es wurde tatsächlich an eine direkte Intervention gegen die revolutionäre Regierung des Nachbarlandes gedacht. Ich erinnere mich, wie wir die öffentliche Meinung mobilisierten. Zum Beispiel gab es eine Bewegung von 250 Frauen aus den USA, alle Nonnen, die versuchten, in Comayagua einzudringen. Sie erreichten mit ihrer Aktion, dass der Chef der Streitkräfte, ein General Álvarez, abgelöst wurde. Die Sache erregte in der honduranischen Zivilgesellschaft großes Aufsehen. Jetzt gibt es zahlreiche Beweise dafür, dass Personal und Ressourcen der USA an dem Staatsstreich in Honduras beteiligt waren. Daher ist es Heuchelei, wenn Obama sagt, Lateinamerika protestiere sonst immer gegen das Eingreifen der USA in der Region und nun verlange es dieses Eingreifen. Es ist Heuchelei, wenn er sagt, dass Washington nicht eingreifen wird. Die militärische Einmischung hat bereits stattgefunden, denn der Putsch ist in jeder Hinsicht von der USA-Regierung unterstützt worden.

Das Problem ist: Wie soll man die Region von dem Unrat der USA-Politik säubern? Es stimmt nicht, dass man jetzt in den USA darüber nachdenkt, ob man eingreifen soll oder nicht. Das Weiße Haus greift seit 35 Jahren in die inneren Angelegenheiten von Honduras ein!

● **Ist es Heuchelei von Obama oder zeigen diese Ereignisse, dass der US-Präsident die Fäden der Politik nicht wirklich in der Hand hat? Was uns zu einer weiteren Frage führt: Ist der Staatsstreich in Honduras als die Botschaft der USA-Regierung oder zumindest von Teilen dieser Regierung an Lateinamerika zu verstehen: keinen Populismus mehr, keinen Zusammenschluss Lateinamerikas und kein Petrocaribe, Schluss mit Chávez?**

Natürlich. Die Botschaft ist eindeutig. Auch wenn Obama das vielleicht nicht selbst entschieden hat, heuchelt er bei der Analyse dessen, was geschehen ist. Wenn er auch nicht die direkte Verantwortung für den Putsch trägt, so hat er doch den militärischen und geheimdienstlichen Apparat handeln lassen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Ultrarechte, die sich im Staatsapparat eingenistet hat, ihn manipuliert. Das kann man daran sehen, dass er nicht in der Lage war, eine einzige Person seines Vertrauens in hohe Funktionen der Lateinamerikapolitik Washingtons zu bringen. Und wenn er nicht einmal Ernennungen vornehmen kann, wird er noch viel weniger die strategischen Ziele dieser Außenpolitik ändern können, die er anscheinend nicht lenkt. Man wird sehen, ob es Veränderungen gibt oder nicht, aber aus heutiger Sicht ist der Diskurs des Präsidenten heuchlerisch. Denn offensichtlich sind die USA vor allem daran interessiert, dass ihre Militärbasis in Honduras nicht angetastet wird, das Zentrum der Operationen zur Aufstandsbekämpfung in ganz Mittelamerika.

Was würde Obama tun, wenn beispielsweise Deutschland oder China beschließen, einen Militärstützpunkt mitten im Territorium der USA zu errichten? Er würde das natürlich als Intervention ansehen. Der Staatsstreich in Honduras ist daher eine deutliche Botschaft an ganz Lateinamerika, eine Botschaft der konservativsten Kräfte der USA und Mittelamerikas. Sie wollen, dass es keinen wirklichen Wandel, keine Veränderung an den politischen Verfassungen gibt.

In Guatemala hat es zwar keinen politischen Staatsstreich gegeben, aber man hat einen ökonomischen Staatsstreich gegen die gegenwärtige Regierung unternommen, um sie zu erdrosseln. Die Oligarchen wollen eine neue Verfassung, die alle sozialen Rechte beseitigt, eine ultraliberale Verfassung. Die Reformen, die Zelaya an der Verfassung von Honduras vorgeschlagen hat, liefen gar nicht auf grundlegende Veränderungen hinaus. Aber sie wurden vom Tisch gefegt, weil sie nur ein wenig links klangen.

● **Das heißt, dass dieser Staatsstreich den Volkskräften nichts Gutes verheißt, weder in Mittel- noch in Südamerika. Können wir ihn als einen Vorstoß der reaktionärsten Kreise der USA gegen ganz Lateinamerika verstehen? Der mit der Einrichtung der umstrittenen Militärbasen in Kolumbien noch gesteigert wird? Haben die Armen also weitere schlechte Nachrichten zu erwarten?**

Viele glauben das. Eine neue Wirtschaftspolitik und eine Etappe der Veränderungen innerhalb der USA bedeutet nicht, dass es auch eine neue Außenpolitik geben wird. Auch die Präsidentschaft Kennedys löste seinerzeit große Hoffnung auf Veränderung aus, aber dann kamen in der Außenpolitik Dinge wie die Schweinebucht oder Vietnam. Es gibt also keine Garantie, dass die Außenpolitik Obamas nicht noch mehr Druck auf Lateinamerika ausübt. Vielleicht wird das ein subtilerer Druck sein, aber schließlich doch Druck. Denn nichts deutet im Moment darauf hin, dass er den konservativen diplomatisch-militärischen Apparat abbaut, der gewohnt ist einzugreifen, wie es für die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren charakteristisch war. Wer kann sicher sein, dass es einen Wandel bei den geheimen Mächten der CIA oder der DEA geben wird?

Zugleich wage ich zu sagen, dass es nicht nur schlechte Nachrichten sind, was in Honduras geschieht. Wir erleben dort im Moment einen Frühling der Möglichkeiten einer realen Demokratie, einer radikalen Demokratie, wie es sie noch



nie gab. Honduras hatte immer ein formales Zweiparteien-system, das in der Praxis eine absolute Kontrolle bedeutete, die keine Fortschritte bei der Organisation des Volkes zuließ. Unter diesen Umständen erreichten die Parteien der Linken nie mehr als 2–3 Prozent der Stimmen. Jetzt aber könnte eine Linkspartei wahrscheinlich auf 20 Prozent oder sogar 30 Prozent kommen. Einerseits hat Manuel Zelaya, der kein festes Bündnis mit der ganzen fortschrittlichen Zivilgesellschaft einging und auch innerhalb seiner eigenen Partei keine Anhänger um sich scharte, den Putschisten den Staatsstreich auf einem silbernen Teller serviert. Er schloss Allianzen mit Teilen der Linken Lateinamerikas, mit Chávez, er trat in Petrocaribe ein, aber er hatte all das bei der Linken und dem Volkslager im eigenen Land nicht abgesichert. Das war eine Schwäche, ein Fehler.

Andererseits eröffnet die Machtübernahme durch Micheletti in einem so offensichtlichen Putsch der Linken und den Volkskräften von Honduras die Möglichkeit, sich zu organisieren und Kräfte zu gewinnen wie nie zuvor in ihrer Geschichte. Zum ersten Mal gibt es eine Vereinigung großer Teile des Volkes mit einem gemeinsamen Ziel. Es zeigt sich, dass die Demokratie entweder vom Volk, von unten ausgehen muss oder nichts taugt. Das hat zu einem schnellen Reifeprozess geführt, vor allem unter den Jugendlichen, die aufstehen, um ihre Rechte zu verteidigen. Die Kampfbereitschaft ist stark angewachsen. Deshalb sage ich, dass dieser Putsch von Micheletti aus der langfristigen Sicht des Kampfes einen wahren Frühling der Möglichkeiten eröffnet. Das Problem ist, dass die Linke in Honduras drei Jahre lang Zelaya angegriffen hat. Nun muss sie sich neu formieren, um ihn zu verteidigen bzw. die Institutionen zu retten, die er vertritt. Die Linke in Honduras hat eine große historische Schwäche, obgleich sie nach wie vor existiert und eine lange Kampftradition hat. Sie hat keine Strategie des bewaffneten Kampfes entwickelt wie in den Nachbarländern, sondern versucht, in der Liberalen Partei, der Partei von Manuel Zelaya, zu arbeiten, um diese auf lange Sicht umzuformen.

Die katholische Kirche hingegen bleibt rechtsgerichtet und dem Putsch zugewandt. Und die Linke ist ziemlich zersplittert. Das alles wirft die Frage nach den weiteren Perspektiven für Honduras auf: Wird das progressive Lager in den nächsten Wahlen eine einheitliche Front als politische Kraft gegen den Putsch bilden? Es ist nicht wichtig, wie die Formierung der Opposition gegen den Putsch letztlich ausgeht, wichtig ist, dass es einen Frühling des Volkskampfes gibt, ein Feuer der Kampfbereitschaft wie niemals zuvor. Früher konzentrierte sich der politische Kampf vor allem an der Nordküste des Landes, gegenwärtig bricht er überall aus. Das ganze Land ist in Bewegung, vor allem die Jugend.

● **Was unternimmt die Linke, das Lager des Volkes, angesichts dieser Zersplitterung, angesichts der historischen Lähmung, die wir gegenwärtig erleben?**

Es stimmt, die Zersplitterung in der Linken, im progressiven Lager ist groß. Auch bei den NGOs kann man das feststellen. Ohne Zweifel ist die Situation nicht einfach. Mehr noch: Wir können sagen: Mit dem Staatsstreich in Honduras wird Lateinamerika mitgeteilt, dass die USA nicht in eine Periode der Öffnung für diese Region eintreten. Im Gegenteil, dies ist ein Signal gegen die Veränderungsprozesse, die dort in Gang gekommen sind. Auf jeden Fall kann diese Aggression Washingtons weitere Bewusstseinsbildung und eine klare Positionierung der Kräfte auslösen, die jetzt zum Schwei-

gen gebracht werden sollen. Auf mittlere Sicht kann das zu einer stärkeren Radikalisierung der Völker führen, dazu, dass sie versuchen, Prozesse nachzuvollziehen, die heute andernorts vor sich gehen, wie zum Beispiel in Bolivien. Bolivien ist gegenwärtig das einzige Land, wo die sozialen Organisationen real die Hegemonie über den Staat ausüben. Mit anderen Worten, alles das öffnet Möglichkeiten für neue Kämpfe, neue Konstellationen im Lager des Volkes, für das Streben nach Umgestaltung der gesellschaftlichen Strukturen.

Jetzt lebt die Zivilgesellschaft noch in strikt neoliberalen Bahnen, mit total liberalisierten Wirtschaften und kleinen, sehr beschränkten Möglichkeiten der politischen Partizipation. Aber heute wissen wir, dass man darüber hinausgehen muss, dass man eine starke politische Bewegung der Zivilgesellschaft schaffen muss. So etwas, wie wir es in Bolivien sehen, wo es eine starke politische Mobilisierung der Volksmassen gibt. Sie sind es in der Tat, die den Staatsstreichversuch der Oligarchie in den Ostgebieten verhindert haben. In Mittelamerika kommt der hohe Grad chronischer Armut hinzu. Das Ergebnis ist eine politische Rechte, die weit konservativer ist als in anderen Regionen. Angesichts der Welle von Veränderungen, die sich durch Südamerika bewegt, ergreifen diese Oligarchien und der Imperialismus schnell die Initiative. Es ist eine komplizierte Situation, daher ist es schwierig, vorauszusehen, was geschehen wird.

● **Leider haben wir keine Kristallkugeln, um in die Zukunft zu schauen. Welche mittel- und langfristigen Aussichten bringt all das für die gegenwärtigen Initiativen, zum Beispiel den Vorschlag für eine Lateinamerikanische Union wie die ALBA?**

Freilich ist die ALBA heute noch schwach, aber immerhin schon stark genug, dass der Internationale Währungsfonds mit ihr rechnen muss. Viele Fonds der Länder, die die ALBA bilden, erscheinen nicht in den nationalen Haushalten, sondern in den Fonds der Parteien an der Macht oder der sozialen Organisationen, die ihre Basis bilden. Wenn der IWF sie berücksichtigen will, so bedeutet das, dass das Wirtschaftspotenzial, um das es sich hier handelt, nicht zu unterschätzen ist. Im Gegenteil; es bedeutet, dass die ALBA so schwach nicht ist. Gewiss stellt sie eine Bedrohung für den ökonomischen Imperialismus dar. Natürlich gibt es auch Schwächen. Die Freihandelsabkommen sind, zumindest für die Völker, gescheitert. Interessant ist an der ALBA, dass hinter der ökonomischen Vereinigung die Möglichkeit einer politischen Vereinigung Lateinamerikas steht. In Europa war die Europäische Union eine ökonomische Realität, bevor sie das auf politischem Gebiet wurde. Die ALBA schlägt den gleichen Weg ein. Hier werden alle Mechanismen der ökonomischen Integration angestrebt, gemeinsame Zinsraten, die Bank des Südens usw. Das alles ist die Basis, um später eine starke politische Vereinigung zu schaffen. Ich denke, dass es um einen regionalen Block mit gemeinsamer Währung, mit einheitlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik und mit einem gemeinsamen regionalen Parlament geht. Der Weg ist die Integration.

● **Man wird sehen, welches der beiden Modelle einer Integration sich am Ende durchsetzt – das Modell der ALBA mit seiner fortschrittlicheren Ausrichtung und mit dem Streben nach Verringerung der großen Unterschiede zwischen den Ländern oder das Modell des Mercosur, das ein eindeutig kapitalistisches Modell ist, mit Brasilien als regionales Miniimperium an der Spitze.**



Das sind in der Tat zwei ganz verschiedene Modelle. Aber sicher ist, dass es einen realen Druck zur Vereinigung gibt. Man muss auf mittlere Frist sehen, wie dieser Prozess verläuft. Gegenwärtig und in der nächsten Zeit wird es einen größeren Druck des Imperiums gegen die ALBA geben. Das kann zu Ergebnissen wie in Honduras führen: indem größere Möglichkeiten für eine aufgeklärtere, bewusstere Zivilgesellschaft geschaffen werden, die erkennt, dass die Option nicht ein Mercosur sein kann, sondern man eine boliviarische Option suchen muss. Der Nationalstaat ist wichtig, aber ökonomisch hat er keine große Chance gegen die Globalisierung. Kleine Länder mit 10 Millionen Einwohnern oder weniger haben keine Möglichkeit, vorwärts zu kommen, wenn nicht in einer Vereinigung mit Gleichen. Gemeinsam, vereinigt können sie Wege finden.

● **Wir erleben heute ein politisches Engagement von Kräften, die vor Jahren und vor allem aus der Perspektive der Linken keineswegs als Motor für Veränderungen angesehen wurden. Ich meine die Bauernbewegungen und die indigenen Bewegungen. Siehst Du in ihnen eine wirkliche Triebkraft für revolutionäre Veränderungen?**

Auf lange Sicht, ja. Kurzfristig gesehen, zumindest in Mittelamerika, ist es schwierig, ein sehr komplexes Thema. Zum Beispiel hat hier die städtische Gewerkschaftsbewegung mit diesen agrarischen indigenen Bewegungen keine Berührungspunkte, und sie interessieren sich auch nicht füreinander. Das Wichtigste in dieser dunklen Periode des Neoliberalismus ist der Aufbau der Zivilgesellschaft. Mögliche Alternativen aufzubauen, um den Neoliberalismus zu überwinden ist schwieriger als den Washingtoner Konsens zu kritisieren. Die Zivilgesellschaft ist heute stark in Sektoren fragmentiert. Zivilgesellschaft bedeutet nicht, dass hier ein Sektor und dort ein Sektor besteht; Zivilgesellschaft bedeutet die Fähigkeit zum Informationsfluss zwischen verschiedenen Sektoren. Was man sieht, sind bäuerliche und indigene Bewegungen auf der einen Seite, Lehrgewerkschaften auf der anderen.

Deshalb ist es so interessant, was man in Honduras feststellen kann: Ausgelöst vom Putsch begann sich eine mehr oder weniger geeinte Zivilgesellschaft zu entwickeln, in die sich die unterschiedlichen Sektoren zu integrieren begannen. Vorher diskutierte man zum Beispiel viel darüber, ob die politische Partei Teil der Zivilgesellschaft ist. Natürlich ist sie das. Der Neoliberalismus machte uns glauben, dass sie es nicht sei, er brachte uns auseinander, spaltete uns. Deshalb ist es so überaus wichtig, Bündnisse aus vielen verschiedenen Kräften zu schaffen. Ich glaube übrigens, dass eine Erfahrung der indigenen und bäuerlichen Bewegung, in der ich jetzt in Guatemala arbeite, sehr lehrreich ist: die Agrarplattform. Wir sehen dort die Schwierigkeit, in den Bündnissen mit anderen Sektoren voranzukommen, aber zugleich die strategische Notwendigkeit dafür wegen des Verstärkungseffekts, den das bewirkt. Wenn es gelingt, unterschiedliche Sektoren der Zivilgesellschaft zusammenzuführen, entsteht eine politische Bewegung von großer Kraft. Ob man dabei auf das Terrain der Parteien gerät, direkt oder indirekt, ist nicht wichtig. Man muss die reale Fähigkeit zum politischen Eingreifen erlangen. Natürlich ist das alles sehr schwierig, weil wir eben nicht die Kristallkugel haben, aber wir arbeiten weiter. Was auch die Rechte tun mag, und wenn es noch so schrecklich ist, sie wird immer Antworten aus dem Lager des Volkes erhalten. Das ist das Wichtige, das gibt Hoffnung. In Honduras zum Beispiel ist es das erste Mal, dass verschie-

dene soziale Sektoren sich vereinen, sich mobilisieren, sich politisieren. Und darin liegt die Hoffnung: im Zusammenschluss.

## Analyse

### Der südasiatische Konfliktherd: Konfliktkonstellation und Staatskrisen

*Vortrag von Prof. Dr. Diethelm Weidemann in der Veranstaltungsreihe des Linken Asienforums am 24. September 2009*

In den letzten Jahren wurden wir Zeugen einer markanten Zunahme von manifesten Konflikten im asiatischen Bereich. Einigen wenigen bisher nur partiell, oberflächlich oder ausschließlich formal geregelten Auseinandersetzungen stehen zahlreiche neue Interessenkollisionen bzw. revitalisierte alte Konfliktlagen gegenüber. Die Auflösung der bipolaren systemaren Konfrontation zu Beginn der neunziger Jahre hat entgegen der Euphorie der Jahre 1989/90 keine Verringerung der Konfliktintensität gebracht, vom Ende der existierenden Konfrontationen ganz zu schweigen.

Um die Völker und Staaten Asiens davon zu überzeugen, ihre Interessendivergenzen künftig politisch und gewaltfrei zu regeln, war der zweite Golfkrieg und das Format der von George Bush senior deklarierten „neuen Weltordnung“ das absolut ungeeignete Instrument, wie bereits 1991 von nicht wenigen Analytikern erkannt wurde und was sich im Abstand von fast zwei Jahrzehnten mit letzter Deutlichkeit zeigt. George W. Bush, politisch ebenso unfähig wie aggressiv-gefährlich, hat mit seiner ausschließlich auf die machtpolitischen Interessen der USA ausgerichteten Doktrin und seinem nur auf den Einsatz militärischer Gewalt zentrierten „Krieg gegen den internationalen Terror“, mit seinem konzeptionslosen Krieg in Afghanistan und der unverhüllten Aggression gegen den Irak die brisante Lage zwischen dem Persischen Golf und der Malakka-Straße noch extrem verschärft. Die Welt wird daher auf absehbare Zeit mit einem breiten Fächer gefährlicher Konfliktsituationen in Asien leben müssen.

#### I. Asiatische Konflikte und europäische bzw. deutsche Diskurse

Die europäischen Staaten und die europäischen Institutionen hatten in den letzten Jahrzehnten im wesentlichen ein Nichtverhältnis zu den meisten akuten und latenten Konflikten in Asien – mit Ausnahme des Nahost-Konflikts, wo die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Interessen einzelner Länder direkt tangiert waren. Die asiatischen Konflikte wurden in Europa in der Regel selektiv, partiell und eurozentrisch wahrgenommen, primär aus der Sicht der bestehenden Blöcke (Korea-Krieg, Indochina-Krieg, Kambodscha-Konflikt, Afghanistan-Problem). Diese Sachlage hat sich auch nach dem Ende der bipolaren Weltordnung nicht qualitativ verändert.



Nach wie vor konstatieren wir ein mangelndes Verständnis der in Asien vor sich gehenden Prozesse, die Anlage europäischer Schablonen an die hoch komplizierten, aus gänzlich anderen historischen und kulturellen Traditionen kommenden und durch andere konkrete gesellschaftliche Bedingungen, Wertesysteme und subjektive Faktoren determinierten Entwicklungen in asiatischen Ländern sowie eine Geringschätzung der inneren und zwischenstaatlichen Konflikte in Asien, solange sie die eigenen Interessen nicht direkt berühren. Das ist umso erstaunlicher, als aufmerksamen Beobachtern seit langem klar ist, dass erstens bestimmte Gruppen asiatischer Konflikte in den kommenden Jahrzehnten direkt oder mittelbar auf Europa einwirken werden – das wären zum Beispiel militärische zwischenstaatliche Konflikte zwischen kernwaffenfähigen asiatischen Ländern, militärisch-politische Konflikte in an Europa angrenzenden Regionen mit dadurch verursachten Flüchtlingsbewegungen, innere Konflikte von Bürgerkriegen bis zu akuten Modernisierungskrisen mit demographischen Folgeerscheinungen (erzwungene Binnen-Migration); dass zweitens die Wirkungsfelder asiatischer Konflikte in Europa – wie unter anderem die Radikalisierung und Integrationsweigerung der dritten Generation muslimischer Migranten – ein substantielles Problem europäischer Politik werden und dass es drittens hohe Zeit ist, über die heutigen und künftigen Wirkungsformen asiatischer Konflikte in Europa nachzudenken.

Zu den asiatischen Regionen, die seit langem keine adäquate Beachtung durch Politik und Medien erfahren, gehört Südasiens. Exotische Nebensächlichkeiten, Folklorismen, Katastrophen, blutige Exzesse in einzelnen Ländern und das Schicksal einiger junger Abenteurer, die alle Warnungen vor Reisen in akute Konfliktgebiete missachteten, sind die Facetten des gängigen Südasiensbildes in der Öffentlichkeit. Weder die bedeutenden, unter schwierigen Bedingungen seit dem Ende der vierziger Jahre in Staaten Südasiens erbrachten Leistungen noch die tatsächlichen Gefahren, denen die Gesellschaften und Staaten Südasiens heute ausgesetzt sind, werden ernsthaft reflektiert. Wenn sich jedoch die derzeitigen Entwicklungstrends in Südasiens ungebrochen fortsetzen, werden wir in der Region möglicherweise in absehbarer Zeit einen ähnlichen Konfliktknoten vorfinden, wie von den sechziger Jahren bis zum Beginn der neunziger Jahre im Nahen Osten. Und wenn Europa seine Einstellung zu den Entwicklungen in Südasiens nicht verändert, wird es in einem solchen Fall ebenso international politikunfähig sein wie bei Beginn des zweiten Golfkrieges oder nach dem 11. September 2001. Das begrenzte Ziel der folgenden Anmerkungen zum Konflikt der Südasiens ist daher, auf die tatsächliche Konfliktlage und auf einige ihrer Charakteristika hinzuweisen.

Wenn man die Tiefe und den Einzugsbereich der Konfliktkonstellation in Südasiens in ihrer wirklichen Dimension erfassen will, muss man gleichzeitig berücksichtigen, dass man Südasiens nicht isoliert betrachten kann. Der Westen Südasiens (Pakistan) und Afghanistan besitzen eine exponierte geopolitische Position. Schon ein Blick in die Geschichte macht deutlich, dass dieser Raum eine Art Scharnier zwischen drei asiatischen Regionen ist – Südasiens, Zentralasiens und Westasiens, die zudem seit Jahrzehnten durch eine jeweils spezifische Konstellation akuter und latenter Konflikte determiniert sind.<sup>1</sup> Damit haben akute Konflikte in einer dieser Regionen immer auch eine unmittelbare Bedeutung und nicht selten auch eine direkte Auswirkung auf die anderen

Regionen. Klassische Beispiele sind die interregionalen Auswirkungen der sowjetischen Militärintervention in Afghanistan oder die Folgen der hindu-chauvinistischen Exzesse in Indien (Ayodhya) auf Indiens Beziehungen zu den muslimischen Staaten. Solche interregionalen Wechselwirkungen mitzudenken, ist heute zur zwingenden Notwendigkeit geworden, nachdem die USA und die NATO große Teile des regionalen Umfeldes (Militärbasen in Zentralasien, ständiger politisch-militärischer Druck auf Pakistan) de facto in den Afghanistan-Konflikt hineingerissen haben. Die in einigen Ländern der Region akut gespannte innere Sicherheitslage ist in erheblichem Maße ein Resultat der verfehlten Afghanistan-Strategie der Bush-Administration.

Es ist bedauerlich, dass es in Deutschland keinen wirklich öffentlichen wissenschaftlichen und politischen Diskurs über diese geostrategische, geoökonomische und regionalpolitische Bruchzone gibt. Die Diskussionen waren bisher im wesentlichen tagespolitisch auf einzelne Krisensituationen, wie zum Beispiel die iranische Nuklearpolitik, und einzelne Konfliktlagen wie Afghanistan, die bewaffnete Rebellion der Islamisten in Pakistan, den Konflikt Pakistan-Indien und den Bürgerkrieg in Sri Lanka fokussiert und selbst auf dieser Ebene nicht gerade durch eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem Gegenstand charakterisiert. Die Konsequenz ist die nahezu täglich in den Medien, aber auch in der Politik zu verfolgende Tendenz, dass die Diskurse sich mehr oder weniger in der Wiederholung von Stereotypen, Klischees und oft genug auch von Vorurteilen erschöpfen.

Nicht selten wird in Deutschland auch von politisch durchaus interessierten Menschen die Frage gestellt, warum wir uns trotz der dringenden Probleme im eigenen Land, der gewiss nicht einfachen und durchaus unbefriedigenden Lage in der EU und nicht zuletzt im Angesicht der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise eigentlich mit jenen geographisch fernen Regionen und ihren Konflikten beschäftigen sollen. Eine Antwort darauf ist konkret und eindeutig zu geben. Selbst wenn wir das, was als Naher Osten bezeichnet wird, ausklammern, handelt es sich um einen Regionalbereich mit mindestens 1,5 Mrd. Einwohnern, der geostrategisch eine ebenso herausragende wie brisante Position einnimmt, der geowirtschaftlich angesichts seiner Naturreichtümer im Fokus zahlreicher strategischer Ambitionen steht, in dem seit Jahrzehnten akute Spannungs- oder sogar Konfliktverhältnisse zwischen Nachbarstaaten bestehen, in dem mehrere hochgerüstete Militärmächte existieren (Indien, Pakistan, Iran), die zudem über ein wachsendes Trägerraketen-Potenzial und im Falle Indiens und Pakistans auch über ein Nuklearwaffen-Arsenal verfügen, und in dem schließlich seit den neunziger Jahren große Gebieten zu zentralen Manövrierfeldern eines fanatischen, militanten und zum Teil bewaffneten Islamismus geworden sind.<sup>2</sup>

Es kann daher weder für die Völker Südasiens und seines regionalen Umfeldes noch für Europa – und damit auch für Deutschland, gleichgültig sein, welche Richtung die aktuelle und künftige Entwicklung in diesem Teil der Welt nimmt. Vor allem aber geht uns die Entwicklung in dieser Region unmittelbar etwas an, weil wir seit 2002 trotz aller gegenteiligen offiziellen Erklärungen Konfliktpartei in Afghanistan sind, Deutschland somit jenseits aller semantischen Rabulistik in Afghanistan Krieg führt. Wir werden daher die tatsächliche Lage und die gravierenden Probleme in der Region und letztlich unsere eigene Verantwortung, in die wir durch die Nach-





trapolitik mehrerer Bundesregierungen gezwungen wurden, nur dann erkennen und auch in den anstehenden Entscheidungen berücksichtigen können, wenn wir uns ernsthafter als bisher bemühen, die in der Gegenwart in dieser Region Politik gestaltenden Wirkungsfaktoren zu verstehen und in unsere Analyse einzubeziehen.

Das sind neben den unübersehbaren politischen Oberflächen-Erscheinungen wie den offenen Konflikten (Afghanistan, Pakistan-Indien, Staatskrisen in allen südasiatischen Ländern) oder dem Terrorismus (ein akutes Problem in Afghanistan, Zentralasien, Pakistan, Indien), unter anderem die vor sich gehenden tiefgreifenden wirtschaftlichen Transformationsprozesse (am deutlichsten in Indien sichtbar), aber auch strukturelle Deformations-Erscheinungen (Afghanistan, Pakistan), die gravierende Zunahme des sozialen Konfliktpotenzials in nahezu allen Ländern, sowie die nachhaltigen und zum Teil Besorgnis erregenden Kräfteverschiebungen im politischen und ideologischen Bereich einschließlich einer wachsenden antiwestlichen Massen-Grundstimmung von Iran bis Bangladesch. Auf die tendenziellen Folgen des regionalen Faktors wird weiter unten noch einmal zu verweisen sein.

Wir stehen daher in Wissenschaft und Politik vor der Herausforderung, uns wesentlich entschiedener als bisher den tatsächlichen Problemen und der realen Lage in den einzelnen Ländern und in der Region als Ganzes zu stellen und sie auch deutlich zu benennen. Das schließt zwingend die Notwendigkeit ein, uns von eingeschliffenen, historisch gewachsenen Stereotypen und Klischees sowie von den medial vermittelten Bildern zu trennen.<sup>3</sup> Es ist klar, dass dies nicht über Nacht erfolgen kann und einen längeren Lernprozess erfordert. Aber wir müssen es als unausweichliche Aufgabe und ständige Herausforderung akzeptieren.<sup>4</sup>

## II. Zur Herausbildung der südasiatischen Konfliktkonstellation

Zwischen 1991 und 2001 arbeitete am Institut für Asien- und Afrikawissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin eine Projektgruppe, die sich speziell mit der Analyse militanter Konflikte in Südasien beschäftigte.<sup>5</sup> Im Verlauf der Untersuchungen zur Interaktion von inneren und bilateralen Konflikten wurde offensichtlich, dass sich in den Ländern der Region insgesamt fortschreitend ein bestimmtes Netzwerk von Konflikten herausbildet und weiter entwickelt, in dem bestimmte Konflikte in steigendem Maße miteinander reagieren. Diese spezifische Sphäre konfliktiver Beziehungen und Wechselverhältnisse bezeichnen wir als südasiatische Konfliktkonstellation, die mehr ist als die bloße Addition der gegenwärtig akuten Konflikte oder der nationalen Konfliktkonstellationen in den einzelnen Ländern.

Als Konfliktkonstellation definieren wir eine Gruppe von Konfliktsituationen und manifesten Konflikten innerhalb eines bestimmten geographischen oder funktionalen Zusammenhangs, die durch ein spezifisches, aber weder a priori gegebenes noch statisches Beziehungsverhältnis miteinander verbunden sind; sowie die Ursachen, die Bedingungen und die Umstände, die zu dieser Gruppierung und ihrer eigentümlichen Interaktion geführt haben.

Konfliktkonstellationen haben bis weit in die Geschichte zurück existiert und wesentlichen Einfluss auf den Gang der Ereignisse und damit auch auf die konkrete Auslösung von

Konflikten genommen. Es waren unter anderem solche eigentümlichen Gruppierungen oder Konstellationen von Konfliktpotenzialen, die von einem vergleichsweise lokalen Ereignis im Habsburger Reich (Prager Fenstersturz) zum Dreißigjährigen Krieg führten; die am Ende des 18. Jahrhunderts den Krieg der europäischen Monarchien gegen die Französische Republik dominierten; die vom letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis 1908 die Gestalt der anglo-russischen Rivalität in Asien (Great Game) annahmen; oder das Verhältnis der Großmächte in der China-Frage determinierten – um nur einige Beispiele zu nennen. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als dass das moderne Staatensystem in hohem Maße durch derartige Konfliktkonstellationen geprägt war.

Wenn wir spezifische Gruppierungen von Konfliktsituationen und deren interne Interaktion als einen durchgängigen Wirkungsfaktor der sozialen und politischen Geschichte der Menschheit betrachten, so schließt das zugleich die Anerkennung ihres gravierend unterschiedlichen Gewichts in den einzelnen historischen Perioden sowie die Notwendigkeit einer gleichermaßen detaillierten wie differenzierten Analyse ihrer Strukturen und Wirkungsweisen ein. Methodisch gesehen hatten wir es in der geschichtlichen Praxis erstens mit innerstaatlichen lokalen oder regionalen Konfliktkonstellationen zu tun, zweites mit nationalen Konfliktkonstellationen und drittens mit zwischenstaatlichen bilateralen oder multilateralen Konfliktkonstellationen.

Auf die Gegenwart bezogen, existiert in Asien eine ganze Skala von Konfliktkonstellationen sehr unterschiedlichen Reifegrades, struktureller Ausformung und Interaktionsdichte. Im binnenstaatlichen Rahmen wären die inneren regionalen Probleme in Libanon, in Afghanistan, Usbekistan, der Nord-Süd-Gegensatz in Kirgistan, die regionalen Konfliktsituationen in Pakistan, Indien und Myanmar zu nennen. Regionale Konfliktkonstellationen mit einer sehr engen Verbindung zwischen inneren Konfliktlagen und akuten oder latenten zwischenstaatlichen Konflikten sind in ausgeprägter Form in Westasien, Zentralasien und Südasien vorhanden.

Wenden wir uns nun direkt dem südasiatischen Regionalbereich zu. Aus geographischen und geopolitischen Gründen war die Herausbildung einer regionalen Konfliktkonstellation in Südasien historisch unvermeidlich. Der südasiatische Subkontinent befand sich bis 1947 völlig unter britischer Herrschaft und bestand am Vorabend der Aufhebung der Kolonialherrschaft aus dem riesigen Territorium Britisch-Indiens (einschließlich der zwischenstaatlich irrelevanten 750 Fürstentümern); den beiden Kronkolonien Ceylon (1948 selbstständig) und Burma (1937 als Provinz aus Indien herausgelöst, 1948 selbstständig), den kleinen Himalaya-Protektoraten Sikkim und Bhutan sowie dem formell selbstständigen, aber faktisch von Großbritannien abhängigen Königreich Nepal. Die Teilung Britisch-Indiens und die Konstituierung der beiden unabhängigen Dominien Indien und Pakistan veränderte zwar die politische Landkarte Südasiens und die strategische Balance auf dem Subkontinent in gravierender Weise, schuf aber im Hinblick auf die Verteilung der natürlichen Ressourcen, der Potenzen und des mobilisierungsfähigen Potenzials keine qualitativ neuen Tatsachen. Das heißt, nach 1947 war die geographische, demographische, materielle und geopolitische Suprematie Indiens in der Region durch seine Lage als Kernbereich des Subkontinents, durch seine Ressourcen und sein Potenzial objektiv gegeben.

Die relative und absolute Ungleichheit der Gewichte in



Südasiens war geeignet, bei allen Nachbarn Indiens ein primäres Bedrohungssyndrom auszulösen, selbst wenn Indien nach 1947 einen Kurs der machtpolitischen Selbstverleugnung eingeschlagen hätte. Aber die durch den „transfer of power“ an die Macht gelangte politische Klasse Indiens perzipierte sich bereits in der Endphase der Kolonialherrschaft selbstbewusst als Rechtsnachfolger des Empire in Südasiens mit einem legitimen Anspruch auf die Führungsrolle in der Region – seit dem Ende der siebziger Jahre ausgedehnt auf die Forderung nach der internationalen Anerkennung Indiens als asiatische Großmacht. Die Bedrohungskomplexe der Nachbarstaaten Indiens, die unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung einsetzenden Auseinandersetzungen um Minoritätenfragen mit Ceylon (Tamilen-Problem) und Burma und der Territorialkonflikt sowie die machtpolitische und politisch-ideologische Konfrontation mit Pakistan waren bereits die erste Phase der Herausbildung einer regionalen zwischenstaatlichen Konfliktkonstellation. Diese Konstellation erlangte weiteres und schärferes Profil durch die bisherigen drei pakistanisch-indischen Kriege (1947/48, 1965, 1971), die Intervention Indiens im srilankischen Bürgerkrieg (1987/88) und die Eingliederung Sikkims in den indischen Staatsverband. Es war daher folgerichtig, dass die südasiatischen Staaten versuchten, durch eine antiindisch motivierte regionale Zusammenarbeit (ursprüngliches Motiv zur Gründung der SAARC) und die Suche nach außerregionalen Verbündeten (USA, China, islamische Golfstaaten) sich gegen das indische Übergewicht abzusichern. Damit bildete sich definitiv die zwischenstaatliche Ebene der südasiatischen Konfliktkonstellation heraus.

Ein neues Element im Prozess der Herausbildung einer regionalen Gruppierung von Konflikten und ihrer Interaktion war seit den siebziger Jahren die Entstehung zahlreicher neuer innerer Konflikte in den Staaten Südasiens, ihre Wechselwirkung und schrittweise Vernetzung. Die wesentliche Ursache dafür bestand in der Tatsache, dass gegen Ende des 20. Jahrhunderts unübersehbar wurde, dass die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Triebkräfte, die zur antikolonialen Revolution führten bzw. durch die Dekolonisierung freigesetzt wurden, ihre Wirkung und ihr Potenzial erschöpft hatten. In der Mehrheit der ehemals kolonialen Länder hat das nachkoloniale Wirtschaftsmodell die anvisierten Ziele nicht erreicht, und auch die postkoloniale politische Agenda konnte nur teilweise realisiert werden. Die Folgen waren eine zunehmende innere Regionalisierung, die Zunahme des sozialen Konfliktpotenzials, der Rückfall auf traditionelle ethnische und kulturelle Gruppenidentitäten und die Revitalisierung oder Neuformierung regionaler Nationalismen. Der Trend zur Formierung neuer innerer Konflikte wurde durch die seit 1977 immer deutlicher sichtbar werdende Herausbildung von Staatskrisen verstärkt. Das Zusammenwirken beider Prozesse führte in der Konsequenz zur Entstehung nationaler Konfliktkonstellationen in Pakistan, Indien, Bangladesch und Sri Lanka und in den neunziger Jahren auch in Nepal. Wir können das als zweite Phase der Formierung der südasiatischen Konfliktkonstellation betrachten.

Die vorläufig dritte Phase in ihrer Evolution kann seit Beginn der neunziger Jahre beobachtet werden. Sie ist gekennzeichnet durch die unverkennbare Ausprägung der nationalen Konfliktkonstellationen (besonders augenfällig in Pakistan) und deren zunehmende regionale Interaktion, beispielsweise die Auswirkungen der pakistanischen

Konfliktkonstellation auf die Sicherheitslage Indiens oder die Wechselwirkung der Konflikte in Afghanistan (Anti-Regime-Krieg der Pashtunen) mit den Konfliktsituationen in Pakistan.

Abschließend soll unterstrichen werden, dass die derzeitige südasiatische Konfliktkonstellation in erster Linie ein Resultat der inneren und regionalen Entwicklung der letzten dreißig Jahre ist, ungeachtet der Tatsache, dass einige Kernkonflikte bereits seit einem halben Jahrhundert akut sind (Kashmir, Nordostindien, Tamilenfrage in Sri Lanka).

### III. Wesentliche Merkmale der südasiatischen Konfliktkonstellation

Nachstehend wird versucht, in fünf Thesen wichtige Merkmale kurz zu umreißen, die sich aus unseren langfristigen Untersuchungen und den regelmäßigen Studien vor Ort ergaben.

1

Im Schatten weitaus stärker rezipierter Konflikte, wie des Nahost-Konflikts und der Kriege in Afghanistan und Kambodscha, und durch neue Konflikte in den neunziger Jahren in Südosteuropa, Osteuropa, im Kaukasus und Zentralasien sowie in Afrika weitgehend aus der Wahrnehmung verdrängt, bildete sich in Südasiens mit bedrohlicher Stetigkeit ein neues Konflikt-Epizentrum heraus, das durch eine zunehmende Zahl von manifesten Konflikten und deren erheblich gesteigerte Intensität gekennzeichnet ist.

Die Analyse der Konfliktkonstellation in Südasiens – derzeit noch ein Konglomerat von Konfliktpotenzialen, latenten und akuten Konflikten mit einer sichtbaren Tendenz zur Herausbildung von regionalen Determinanten (Grundverhältnis Pakistan-Indien) und hierarchischen Strukturen in den nationalen Konfliktkonstellationen (Dominanz des als Staatskrisen bezeichneten Konfliktbündels) – erfordert zunächst die sachliche Erfassung ihrer einzelnen Bestandteile einschließlich des Versuchs, diese zu definieren. Die Konfiguration der einzelnen Konflikte, das heißt die Bestimmung ihres Platzes in der Konfliktkonstellation, die Definition der Kernkonflikte sowie der sekundären und peripheren Konflikte, die Sichtbarmachung der zwischen ihnen bestehenden Verbindungen, ist eine zentrale Aufgabe realistischer Konfliktanalyse.

Die Untersuchungen unserer Projektgruppe zur südasiatischen Konfliktkonstellation führten eindeutig zur Schlussfolgerung, dass die komplexen systemischen Krisen des nachkolonialen Staates die eigentlich zentralen Konfliktlagen sind. Insgesamt können wir im wesentlichen fünf Konfliktebenen in Südasiens unterscheiden (von der Mikro- zur Makroebene aufsteigend):

1. Innere Konflikte mit begrenzter sachlicher und/oder territorialer Reichweite (lokale und innerstaatliche regionale Auseinandersetzungen, geographisch bzw. sachlich gebundene Partizipations- und Ressourcenkonflikte)
2. Innere Konflikte von überregionaler Bedeutung (gegen das Regime bzw. gegen den Staat gerichtete regionale Machtansprüche, organisierter Dissens größerer Gemeinschaften)
3. Innere Konflikte mit gesamtstaatlicher oder gesamtgesellschaftlicher Relevanz (Ideologie- und Identitätskrisen, Autoritäts- und Legitimitätskrisen der politischen Klasse und des Staates, systemische Staatskrisen)



4. Zwischenstaatliche Konfliktsituationen in Südasien einschließlich der Konflikte südasiatischer Staaten mit Anrainern
5. Konfliktive Beziehungen südasiatischer Staaten mit internationalen Akteuren

Zu berücksichtigen ist, dass innere Konflikte nicht selten auch in Mischformen auftreten, was die Bestimmung des eigentlichen Gegenstandes und der tatsächlichen Streitmasse nicht eben erleichtert.

2

Seit dem Beginn der neunziger Jahre wurde eine deutliche Diversifizierung der Konfliktebenen sichtbar und es zeigte sich, dass unser traditionelles Erklärungsmuster, also die Unterscheidung in innere und äußere Konflikte nicht mehr ausreicht. Es gibt erstens zunehmende Rückwirkungen zwischenstaatlicher Konflikte auf die innere Konfliktsituation. So wäre die gegenwärtige Austragungsform des Konflikts in Kashmir ohne den allgemeinen Zustand der pakistanisch-indischen Beziehungen kaum möglich.<sup>7</sup> Ein weiteres Beispiel ist das staatsbürgerliche Dilemma der 150 Mio. indischen Muslime als Gefangene des Machtkampfes und des strategischen Konflikts zwischen beiden Staaten. Hier wären auch die destabilisierenden Wirkungen des „Krieges gegen den Terror“ in Afghanistan auf die innenpolitische Situation in Pakistan zu nennen. Und umgekehrt beobachten wir eine wachsende Ausstrahlung innerer Konflikte auf die zwischenstaatlichen Verhältnisse in Südasien. Beispiele sind die eklatanten Folgen der periodischen Zuspitzung der kommunalistischen Konflikte in Indien mit solchen Kulminationspunkten wie Ayodhya,<sup>8</sup> Ahmedabad und Bombay (Mumbai) für die zwischenstaatlichen Beziehungen Indiens zu zahlreichen muslimischen Staaten, der Tiefstand der Beziehungen Sri Lanka-Indien im Gefolge des srilankischen Bürgerkrieges oder die Folgen der nepalesischen Staatskrise für die Beziehungen Nepals zu Indien und China.

Nachfolgend können die markantesten Konfliktlagen und Konfliktpotenziale innerhalb der südasiatischen Konfliktkonstellation nur genannt werden.

Innere Konflikte:

- **Pakistan**
  - Chronische und systemische Krise des Staates, des politischen Systems und seiner Institutionen<sup>9</sup>
  - Zunehmendes Konfliktpotenzial im Verhältnis zwischen der Zentralregierung und den Provinzen (Ressourcenverteilung, Nichtanerkennung regionaler Interessen, Partizipation an den nationalen Entscheidungsprozessen)
  - Offener Konflikt in der Provinz Sindh mit periodischem gewaltförmigen Konfliktaustrag zwischen Zentralgewalt und Sindh-Regionalismus sowie zwischen Sindhis, Mohajirs<sup>10</sup> und afghanischer Mafia, aber auch zwischen dem Großraum Karachi und den ländlichen Gebieten (Interior Sindh)<sup>11</sup>
  - Zunehmend gespanntes Verhältnis zwischen Zentralregierung und religiös definierten Parteien und islamistischen Bewegungen und Druck dieser Kräfte auf die Regierung in wichtigen innenpolitischen Fragen
  - Wachsende militante Zusammenstöße zwischen verschiedenen islamistischen Gruppen (sectarianism), offener Konflikt der Jihadi-Gruppierungen mit dem pakistanischen Staat, bewaffnete Rebellion von Pashtunen-Stämmen

(Kämpfe in Waziristan, der Malakand-Region und im Swat-Tal)

- **Indien**
  - Krise des nachkolonialen Staates und des politischen Systems<sup>12</sup>
  - Anhaltender und akuter Interessenkonflikt Zentrum-Staaten (Strukturfragen, Ressourcenverteilung, Partizipation an nationalen Entscheidungen, Machtinteressen der regionalen Bourgeoisie)
  - Zunehmende Zahl von aus der allgemeinen Krisensituation erwachsenden offenen Teilkonflikten mit den charakteristischen Beispielen innerstaatliche Aspekte des Kashmir-Konflikts<sup>13</sup>, Punjab-Konflikt<sup>14</sup> und Konfliktbündel im Nordosten Indiens<sup>15</sup> und Tamilen-Problem
  - Wachsender Einfluss extremistischer Strömungen im Gefolge kommunalistischer Auseinandersetzungen und der ambivalenten Haltung des Staates zu den Ausschreitungen, massive Angriffe auf das säkulare Staatskonzept und die Verfassung
  - Existenz zahlreicher lokal, regional oder sachlich begrenzter Gruppenkonflikte
- **Nepal**
  - Anhaltende innenpolitische und soziale Krisensituation mit häufigem Regimewechsel, die in den neunziger Jahren in eine Staatskrise und einen Bürgerkrieg überging
  - Wachsende Entwicklungsdisparitäten und politischer Dissens zwischen dem Kathmandu-Tal und der „Peripherie“ infolge der fortdauernden Konzentration von Politik, Wirtschaft und Entwicklungsstrategie auf den Einzugsbereich der Hauptstadt
- **Bhutan**
  - Zunehmende Krise des traditionellen Feudalsystems durch die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Prozesse im regionalen Umfeld sowie im Ergebnis der Veränderung der ethnischen Komposition der Bevölkerung
  - Schaffung einer offenen Konfliktsituation durch den Staat durch die Erklärung erheblicher Bevölkerungsgruppen zu Ausländern (faktischer Versuch einer ethnischen Säuberung durch die Regierung)<sup>16</sup>
- **Bangladesh**
  - Seit 1975 anhaltende Krise des politischen Systems, der gesellschaftlichen Wertesysteme und des nationalen Selbstverständnisses mit periodischen gewaltförmigen Ausbrüchen
  - Stetige Zuspitzung der Konfrontation zwischen auf Modernisierung orientierten nationalistischen Gruppen und islamistischen Kräften
  - Jahrzehntelanger blutiger Ausrottungsfeldzug des Regimes gegen die nicht-moslemischen und nichtbengalischen Stämme in den Chittagong Hill Tracts
- **Sri Lanka**
  - Über Jahrzehnte anhaltender, von allen Seiten mit äußerster Brutalität geführter Bürgerkrieg zwischen dem Regime, den militanten Tamilengruppen und extremistischen Singhalesengruppen
  - Traditioneller ethnosozialer und ethnopolitischer Grundkonflikt zwischen der singhalesischen und tamilischen Volksgruppe



→ Gewaltförmige Auseinandersetzung zwischen Sinhala-Extremisten und singhalesischen Liberalen

Zwischenstaatliche Konfliktsituationen in Südasien (einschließlich der Konflikte südasiatischer Staaten mit Anrainerstaaten):

#### ● Pakistan

- Seit der Staatsgründung (1947) anhaltender Konflikt mit Indien (komplexe Konfliktkonstellation mit Dominanz des machtpolitischen Gegensatzes)
- Schrittweise Revitalisierung des traditionellen Konflikts mit Afghanistan im Zuge der inneren Entwicklung in Afghanistan und der direkten Parteinahme und faktischen Intervention Pakistans
- Zunahme konfliktiver Elemente in den Beziehungen zu Iran trotz ostentativer Freundschaftspolitik (Kollision regionalpolitischer Interessen, iranische Politik in Afghanistan, iranische Indienpolitik)

#### ● Indien

- Anhaltender Konflikt mit Pakistan und dessen substantielle Verschärfung durch die neue Phase des Kashmir-Konflikts nach dem pakistanischen Kargil-Abenteuer (1999), Tendenz der konfliktiven Beziehungen Pakistan-Indien zur periodischen bewaffneten Entladung
- Nicht regulierter, aus übergeordneten Interessen zeitweilig eingefrorener Konflikt mit China (Grenzfragen, regional- und machtpolitische Divergenzen)
- Erhebliche Störungen in den Beziehungen zu Sri Lanka durch das Tamilen-Problem und den Bürgerkrieg auf Sri Lanka
- Zunehmendes Konfliktpotenzial in den Beziehungen zu Bangladesh durch die illegale Massen-Immigration von Bangladeshis und das Problem der Verteilung des Gangeswassers

#### ● Nepal

- Wachsende Belastung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten im Süden und Osten durch die ständige Einwanderung von Nepalesen (Schwerpunkte Terai, Sikkim und Nordbengalen in Indien, Bhutan)
- Akute Verschlechterung der Beziehungen zu Bhutan (nepalesische Immigration und bhutanesisches ethnische Säuberungspolitik) und Gefahr der Entstehung eines neuen zwischenstaatlichen Konflikts

#### ● Bangladesh

- Ressourcen-Konflikt mit Indien (Verteilung des Gangeswassers)
- Grenz- und Minderheitenprobleme mit Myanmar

Diese Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Dennoch lässt sie vor allem im Bereich der inneren Konflikte einige charakteristische Züge deutlich werden, vor allem die stufenweise Formierung der Staatskrisen neuen Typs, die nicht mehr primär Regimekrisen, sondern faktisch Systemkrisen, eine Infragestellung des nachkolonialen Staates sind.

### 3

Ungeachtet des weiterhin hohen Stellenwerts der zwischenstaatlichen Konflikte und der nicht auszuschließenden Möglichkeit, dass sich in Südasien neue bilaterale, regionale oder interregionale Interessenkollisionen herausbilden – beispielsweise eine Verschärfung der zwischenstaatlichen Konsequenzen einer weiteren nepalesischen Immigration nach Nordindien und Bhutan oder der illegalen Einwanderung von Bangladeshis nach Indien und Pakistan<sup>17</sup> und nicht zuletzt mögliche Folgen einer Zuspitzung der strategischen Rivalität zwischen Pakistan und Indien in Afghanistan und Zentralasien – ist ein grundsätzlicher Trend zur Dominanz der in hoher typologischer Vielfalt wirkenden inneren Konflikte unübersehbar. Er ist verbunden mit einer fortschreitenden Zunahme der internationalen Wirkung innerer Konflikte. Der periodische Propagandalärm um die pakistanisch-indischen Beziehungen oder die Versuche Pakistans zur Internationalisierung des Kashmir-Konflikts sollten uns nicht den Blick dafür verstellen, dass dies heute eigentlich Nebenkriegsschauplätze sind, dass für alle südasiatischen Staaten die wirklichen Sicherheitsprobleme im Inneren liegen. Über die reale Sicherheitslage wird innerhalb der eigenen Grenzen durch das Handeln oder auch Nichthandeln der politischen Klasse entschieden.

Es war die zuvor kurz charakterisierte Entstehung zahlreicher neuer innerer Konflikte, ihre Wechselwirkung und schrittweise Vernetzung,<sup>18</sup> die zu einem neuen Element im Prozess der Herausbildung einer regionalen Gruppierung von Konflikten und ihrer Interaktion wurde, bis die Formierung von Staatskrisen die südasiatische Konfliktkonstellation in ihrer heutigen Gestalt hervorbrachte.

Staatskrisen waren in Südasien in der Vergangenheit im wesentlichen Politik- und Regimekrisen mit teilweise gravierenden Folgen, hier sei auf die pakistanischen Staatskrisen und die Rolle des Militärs zwischen 1954 und 1977 verwiesen. Sie waren traditionell eine Form des Kampfes verschiedener Kräfte um den Staat, also um die Macht. Die Staatskrisen neuen Typs sind jedoch Krisen des nachkolonialen nationalen Staates als Institution, resultierend aus

- dem strategischen Scheitern des Nation-Building von oben,
- dem Unvermögen, auf dem Territorium eines Staates vorhandene unterschiedliche Wertsysteme, Loyalitäten und Legitimationsperzeptionen zusammenzuführen und zu integrieren,
- der Trennung von Nation-Building und Gesellschaft, von Volk und Staat durch einen überhöhten gesamtstaatlichen Nationalismus,<sup>19</sup>
- der Negierung von Minderheitsinteressen unterschiedlichster Abkunft und dem dadurch bewirkten erneuten Rückgriff auf Gruppenidentitäten.

Die massive Infragestellung der Autorität und Legitimität des Staates, die zunehmende Fundamentalkritik an den Staatsgründungskonzepten führten zu einem gesellschaftlichen Aggregatzustand, der den bisherigen „Kampf um den Staat“ in die Krise des Staates als Institution überleitete. Ein erster manifester Ausdruck dieser qualitativ neuen Situation war die pakistanische Staatskrise von 1969 bis 1971, die nicht nur zur Sezession Ostbengalens führte, sondern mit der Entstehung Bangladeshs zugleich das Staatsgründungskonzept Pakistans, die Zweenationentheorie, historisch unwiderruflich



zu Grabe trug, auch wenn es der politischen Klasse Pakistans bis heute überaus schwer fällt, diese Tatsache zu akzeptieren.

4

Die Interaktionsdichte der südasiatischen Konflikte steigt auf nationaler und regionaler Ebene stetig. Das betrifft sowohl die wechselseitige Reaktion von Konflikten auf dem Territorium eines gegebenen Landes und die neuartigen Interaktionen von inneren Konfliktpotenzialen und Konflikten innerhalb verschiedener Länder Südasiens als auch die Wechselwirkung von inneren und äußeren Konflikten. Bis zur fatalen pakistanischen Kargil-Operation (1999) war der Kashmir-Konflikt für das indische Massenbewusstsein ein peripheres Problem, während Kashmir heute ein zentrales Gut des indischen Nationalismus ist – mit allen negativen Konsequenzen für eine künftige Konfliktregelung.

5

Die gesteigerte Interaktion von Konfliktpotenzialen und Konflikten führt zu einer zunehmenden Vernetzung von Konfliktlagen. Die Tendenz scheint in Richtung auf die Herausbildung eines südasiatischen Konfliktsystems mit charakteristischen Kernen (Staatskrisen, Regionalismus, pakistanisch-indischer Konflikt) sowie einer großen Zahl von Neben- oder peripheren Konflikten zu gehen, wobei in einem derartigen Konfliktsystem bestimmte bereits existierende Konfliktpotenziale und Konfliktlagen auch eine qualitativ neue Bedeutungs- und Rollenzuweisung erhalten können. So vollzog sich die Wanderung von Nepalesen in die benachbarten Siedlungsräume über nahezu 150 Jahre hinweg ohne größere Konflikte, erst die demographische Dynamik in den Nachbarländern, der Mangel an bearbeitungsfähigem Land, eine gewisse kritische Masse von Immigration und kulturellem Nationalismus machte sie zum Konfliktfall.

#### IV. Regionale Lageveränderungen und die südasiatische Konfliktkonstellation

Im Rahmen einer Übersicht über die Struktur des Konfliktherdes in Südasiens ist es nicht möglich, das regionalstrategische und regionalpolitische Panorama umfassend zu betrachten, das ist zudem ein eigenständiges Thema: An dieser Stelle soll aber auf einige markante Trends, die für den Gegenstand der Untersuchung relevant sind, und auf potenzielle Konsequenzen solcher Entwicklungen verwiesen werden.

In der südasiatischen Region, aber auch an der gesamten Schnittstelle zwischen Südasiens, Zentralasiens und Westasiens gehen zur Zeit spürbare Lageveränderungen vor sich, die nicht nur die Macht- und Kräfteverhältnisse in einer Reihe von Ländern erheblich beeinflussen werden, sondern darüber hinaus auch eine strategische Dimension erlangen und die fragile strategische Gesamtlage in diesem Raum in durchaus unerwünschter Weise verändern können, zumal sich die gesamte Region bereits heute in einem instabilen Zustand befindet.

1. Nach acht Jahren Operation Enduring Freedom bestimmen in weiten Teilen Afghanistans wieder die Taliban das Gesetz des Handelns, das militärische und politische Konzept der USA muss als weitgehend gescheitert betrachtet werden. Die gegenwärtige Lage ist mit einem Patt noch optimistisch definiert und die Tatsache, dass das militärische Potenzial

der USA und der NATO nicht imstande war und ist, das Kräfteverhältnis qualitativ und nachhaltig zu verändern, hat bereits heute deutliche Auswirkungen im regionalen Umfeld.

2. Pakistan befindet sich seit dreißig Jahren in einer chronischen systemischen Staatskrise, die mit den Wahlen vom Februar 2008 keineswegs beendet wurde, sondern angesichts der politischen Grabenkämpfe zwischen den politischen Parteien, der Interessenpolitik des militärischen Establishments und der offenen Rebellion extremistisch-islamistischer Kräfte im pashtunischen Stammesgebiet (FATA) und in der Nordwest-Grenzprovinz sogar in eine für den pakistanischen Staat existenziell gefährliche neue Phase überging. Die Warnung von Präsident Zardari vor einer Machtübernahme durch die Islamisten sowie die lang anhaltenden Kämpfe im Swat-Tal und in Waziristan machen die Brisanz der Lage mehr als deutlich.

3. In Indien tobt ein offener Machtkampf zwischen den schwächer werdenden säkular-nationalistischen und den weiter erstarkenden hindu-nationalistischen Kräften, in dem die äußerste nationalistische Rechte zur Erreichung ihrer politischen und ideologischen Ziele sogar die territoriale Einheit des Landes rücksichtslos aufs Spiel setzt – wie die Ereignisse des Jahres 2008 in Kashmir und Orissa demonstrierten. Im Windschatten dieser Auseinandersetzung wurde ein ungewöhnlich brutaler Terrorismus zu einer akuten Gefahr für die innere Sicherheit Indiens, wie die Anschläge in Delhi, Assam und Bombay (Mumbai) zeigten.

4. In Sri Lanka geht die Staatskrise auch nach der blutigen Beendigung des Bürgerkrieges unvermindert weiter, denn der militärische Sieg der Armee über die LTTE hat weder die Ursachen des Bürgerkrieges beseitigt noch die gravierenden aktuellen Probleme des Landes gelöst. Er ist kein Ende der Staatskrise, sondern lediglich ein Übergang in andere Austragungsformen des Bündels akuter politischer, sozialer und ethnischer Konflikte.

5. Von der internationalen Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, vollzog sich in Bangladesh eine schleichende und gefährliche Islamisierung aller Ebenen und weitere Bereiche der Gesellschaft und des öffentlichen Lebens. Eine fanatisierte islamistische Strömung geht immer offener gegen die säkularen Kräfte in Gesellschaft, Politik, Kultur und Bildung vor. Hier formiert sich offenkundig ein neues Konfliktpotenzial, das überdies durch den Export von islamischem Fundamentalismus und selbst von Terrorismus auch zu einem regionalen Sicherheitsproblem werden kann. Der überraschend deutliche Sieg der nichtislamistischen Kräfte bei den Parlamentswahlen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die antidemokratisch islamistische Strömung ungebrochen existiert und virulent ist.

6. Die viele Jahre andauernde und schließlich in einen Bürgerkrieg mündende Staatskrise in Nepal hat 2008 mit der Abschaffung der Monarchie und der zeitweiligen Beteiligung der Maoisten an der Macht formell ein vorläufiges Ende gefunden. Ob aber aus dem gegenwärtigen modus vivendi ein stabiles Staatswesen hervorgehen wird, ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre und angesichts des Charakters der nepalesischen Parteien weithin ungewiss. Die unübersehbare Fortsetzung der inneren Machtkämpfe, demonstrativ deutlich geworden durch die Verdrängung der Maoisten aus der Regierung, die beschleunigte Formierung ethno-nationalistischer Kräfte und eine nicht auszuschließende erneute Belastung der Beziehungen zu Indien können zu nicht



zu unterschätzenden Destabilisierungsfaktoren werden. Es liegt auf der Hand, dass die akuten Konfliktsituationen in der Region, die systemische Krise des Staates in Südasien und der offensichtliche Macht- bzw. Einflusszuwachs sowohl militanter religiös-politischer Strömungen als auch prononciert nationalistischer und sogar chauvinistischer Kräfte (militante Hindu-Organisationen, rechter Flügel des singhalesischen Nationalismus) deutliche Indikatoren für qualitative Lageveränderungen sind. Damit werden einige Fragen von erheblicher Bedeutung aufgeworfen, die dringend einer ernsthaften Diskussion bedürfen.

Jede weitere Verstärkung der Handlungsfähigkeit der Taliban, besonders ein nicht auszuschließender Übergang zum koordinierten operativen Handeln oder die Einsetzung einer Gegenregierung in einer „befreiten“ Provinz birgt nicht nur die Gefahr eines Rückfalls Afghanistans in die Lage vor dem 8. Oktober 2001 in sich, sondern führt unausweichlich zu einer qualitativ neuen Bedrohungslage für die innere Sicherheit Pakistans, zu einer neuen akuten Phase des bewaffneten Sezessionskampfes im indischen Unionsstaat Jammu und Kashmir und zur Ermutigung der Islamisten in Bangladesh. Darüber hinaus ist jede weitere Stärkung der islamistisch-terroristischen Kräfte in Afghanistan eine Gefahr für die Sicherheitslage in der chinesischen autonomen Provinz Xinjiang und den angrenzenden zentralasiatischen Republiken, besonders für die Anrainer Usbekistan und Tadshikistan. Eine derartige Entwicklung berührt nicht das regionale strategische Kräfteverhältnis in Südasien und Zentralasien, sondern in direkter Weise auch die geowirtschaftlichen und geopolitischen Interessen Russlands und Chinas.

Es dürfte unstrittig sein, dass das seit längerem in den internationalen Diskursen intensiv diskutierte Scheitern Pakistans als Staat und weitere qualitative Bodengewinne der pakistanischen Islamisten in ihrem Streben nach der Übernahme der Macht die gesamte strategische Situation in Südasien dramatisch verändern würden. Der Bogen möglicher Wirkungen reicht von der organisierten grenzüberschreitenden Kooperation islamistisch-terroristischer Formationen über die Eskalation bestehender Konfliktlagen (Kashmir, Nordostindien, uigurischer Sezessionismus, militanter Islamismus in Tadshikistan und Usbekistan) bis zu der durchaus zu kalkulierenden Gefahr, dass in einem durch innere Konflikte zerrissenen Pakistan in Panik geratene Mächtigten einen ebenso irrationalen wie selbstmörderischen Ausweg im erneuten Ziehen der antiindischen Karte suchen könnten. In diesem Zusammenhang ist illusionslos festzustellen, dass von den jeweiligen strategischen Doktrinen her weder die USA noch Russland und China ein taliban-ähnliches Regime in Pakistan tolerieren können und zwar aus den gleichen Gründen, die bisher zur Nichtakzeptanz des pakistanischen Lösungsmodells für die Kashmir-Frage durch diese Großmächte führten. Im Vergleich zu den möglichen Folgen einer externen Intervention in einen pakistanischen Bürgerkrieg oder gegen eine islamistische Machtübernahme ist jedoch selbst der Afghanistan-Krieg nur ein lokaler Konflikt.

Jede Betrachtung der Lage und der Politik Indiens muss nüchtern davon ausgehen, dass es sich nicht mehr um die politischen Werte und die Ausrichtung der indischen Außenpolitik wie zu Zeiten Jawaharlal Nehrus oder Indira Gandhis handelt. Das heutige Indien ist eine aufstrebende regionale Großmacht, der auf dem Weg zum Global Player nahezu alle Mittel recht sind, sei es die unverminderte nukleare und waf-

fentechnische Hochrüstung, die strategische Zusammenarbeit mit den USA und Israel oder die Blockierung internationaler Wirtschafts- und Klimavereinbarungen. Vor diesem Hintergrund hätte eine Entscheidung des innenpolitischen Machtkampfes durch die Wahlen vom Mai 2009 zu Gunsten der Hindu-Nationalisten auch außenpolitisch fatale Folgen gehabt, weil das die unverhüllt nationalistischen Aspekte und die Großmacht-Attitüde in der indischen Politik massiv verstärkt hätte. Es ist daher nicht nur für Indien selbst, sondern für die gesamte Region ein positives Signal, dass die Hindu-Nationalisten in den Wahlen deutlich scheiterten. Das hat jedoch nicht zu einer qualitativen Entspannung der Sicherheitslage geführt (erneute Zunahme der Kampfhandlungen in Kashmir), und die unverkennbare Akzentuierung nationalistischer Positionen auch in der Politik des Nationalkongresses ist hinsichtlich ihrer außenpolitischen Folgen kritisch zu hinterfragen.

Die kurz skizzierten Lageveränderungen in der Region besitzen somit ein erhebliches Destabilisierungspotenzial einschließlich möglicher strategischer Konsequenzen. Die gegenwärtige Strategie und Politik der USA in diesem Teil der Welt ist nicht geeignet, eine weitere operative Stärkung militanter islamistischer Kräfte in der Region zu verhindern. Das würde einen grundlegend neuen politischen Ansatz erfordern, der auch die mögliche Notwendigkeit einschließt, im Interesse der internationalen Sicherheit selbst einen gewissen Schulterchluss mit Washingtons strategischen Hauptgegnern Russland und China ins Auge zu fassen. Europa hat seit dem Ende der bipolaren Konfrontation in dem hier umrissenen Raum strategisch keine Rolle gespielt und hatte auch kein wirkliches Interesse daran, eine eigenständige Position zu den zahlreichen akuten Konflikten in der Region zu beziehen. Die EU war nicht wirklich präsent und einige europäische Staaten bewegten sich ganz überwiegend lediglich im Kielwasser der US-Politik. Im Lichte der genannten Lageveränderungen muss man nüchtern feststellen, dass bei einer Fortsetzung der bisherigen EU-Nabelschau eines nicht allzu fernen Tages Europa sich mit einer unkontrollierbar gewordenen Eskalation von Konflikten in dieser Region konfrontiert sehen wird – darunter möglicherweise auch zwischen Kernwaffenmächten.

## V. Einige Anmerkungen zu Aspekten der Konfliktanalyse und Konfliktregulierung

Die bisherigen Ausführungen haben deutlich gemacht, dass im Interesse der internationalen Sicherheit, aber auch einer realistischen deutschen Außenpolitik der südasiatischen Konfliktkonstellation eine weitaus größere Aufmerksamkeit zugewendet werden muss und dass eine ernsthafte Beschäftigung mit der Konfliktregion Südasien sich nicht mit der Registrierung von Oberflächenerscheinungen komplexer und komplizierter Konfliktlagen bescheiden kann. Hier liegt gleichermaßen eine erhebliche Verantwortung für eine gesellschaftlich relevante wissenschaftliche Analyse und die dringend gebotene Berücksichtigung empirisch gesicherter wissenschaftlicher Lagebeurteilungen durch die Politik. Hinsichtlich der erforderlichen Konfliktanalyse sind vor allem folgende Probleme zu lösen:

1. Erarbeitung empirisch gestützter Analysen des gegenwärtigen Zustandes von Gesellschaft, Staat und Politik in den Ländern der Region. Das schließt die Bestimmung der



entscheidenden inneren Wirkungsfaktoren wie Erfolg oder Misserfolg des Staatsgründungskonzepts, Realisierung des jeweiligen wirtschafts- und sozialpolitischen Modells, tatsächliches Niveau von Nation-Building, nachkoloniale Umschichtungen in der Gesellschaft, politischer und ideologischer Werte- und Prioritätenwandel sowie der substantiellen äußeren Wirkungsfaktoren ein.

2. Definition der wesentlichen Entwicklungstrends der Staatskrisen in Südasiens. In diesem Kontext stellen sich solche Fragen wie die Zukunft des existierenden nachkolonialen nationalen Staates, die Tragfähigkeit des Nation-Building-Modells, die Legitimität und Effizienz des politischen Systems sowie die erkennbaren zeitgenössischen Grundtendenzen der Entwicklung der Gesellschaft.

3. Versuch einer Bestimmung der voraussichtlichen Folgen einer anhaltenden, das heißt chronischen Staats- und Identitätskrise. Zentrale Analysefelder sind dabei Stabilität, Entwicklung und Modernisierung des Landes; die Legitimität der Macht; die Erhaltung der territorialen Integrität des Landes, das Maß der nationalen Konsensfähigkeit, die gewaltförmigen Erscheinungsformen des Austrags von Interessendivergenzen, objektive und subjektive Schwellen für Konfliktregelungen.

4. Hinsichtlich der äußeren Wirkungen innerer Konflikte und nationaler Konfliktkonstellationen sind die Untersuchungsfelder unübersehbar. Als Beispiele sollen hier genannt werden die faktische Blockierung regionaler Integrationsprozesse in Südasiens durch die innenpolitischen Konvulsionen in Indien im Umfeld von Ayodhya und Bombay; die Folgen des afghanischen Bürgerkrieges und des US-Antiterror-Krieges in Afghanistan für Pakistan; die Ausnutzung innerer Konfliktsituationen durch Nachbarstaaten (pakistanische Verwicklung in den Kashmir- und Punjab-Konflikt, pakistanische Anschuldigungen gegen Indien zur Zeit der bewaffneten Auseinandersetzungen in Karachi); die Tangierung von Nachbarregionen durch akute innere Konflikte in einzelnen Ländern Südasiens und die möglichen internationalen Rückwirkungen eines Zerfalls von regionalen Machtfaktoren durch aus Staats- und Identitätskrisen resultierende Konflikte und Bürgerkriege (failed states). In diesen Zusammenhang gehört auch die Erosion der nationalen Souveränität und die Einschränkung der außenpolitischen Entscheidungsfähigkeit durch innere Krisen und Konflikte.

Aus dem bisher Gesagten wird ersichtlich, welche Bedeutung eine qualifizierte Strukturierung des Untersuchungsgegenstands südasiatische Konfliktkonstellation auch für die Bestimmung der Chancen und Wege einer Konfliktregulierung besitzt und welche Fragen gestellt werden müssen. Stark vereinfacht kann man Staats- und Identitätskrisen als Resultat des Scheiterns von Nation-Building bezeichnen. Daher müssen die Fragen nach den Ursachen für diese Krisen nicht erst bei den Symptomen ansetzen, sondern bei den tatsächlichen Wurzeln beginnen.

Der europäische Betrachter wird sich nach den bisherigen Darlegungen die Frage stellen, ob denn überhaupt ein Ausweg aus diesem Knäuel von Konfliktlagen in Südasiens möglich ist. Weder die in der Übersicht aufgeführten zahlreichen Konflikte in den Ländern Südasiens noch die Existenz einer sich formierenden südasiatischen Konfliktkonstellation geben jedoch Anlass zu einer fatalistischen Betrachtung der Konfliktlage in der Region. Die Völker müssen nicht ergeben auf den Domsday warten. Wenn allerdings der negative

Trend der beiden letzten Jahrzehnte umgekehrt werden soll, wenn wirkliche Konfliktregelung angestrebt wird, dann muss sich bei den Akteuren, ob Staaten, politische Parteien oder ethnische Interessenvertretungen, tatsächlich Grundlegendes ändern. Für die Staaten Südasiens ist der Zeitpunkt nahe, an dem sie definitiv Farbe bekennen müssen, ob sie und die Gesellschaften, die sie repräsentieren, fähig sind, Konflikte innerhalb der eigenen Gesellschaft und zwischen den Gesellschaften resp. Staaten ohne Druck, Militanz oder die direkte Anwendung von Gewalt zu lösen, ob sie friedensfähig und friedenswillig sind. Verfasstheit und bisheriges Handeln bzw. Nichthandeln der regierenden Eliten und ihrer Opponenten geben uns in dieser Frage jedoch keinen Anlass zu übertriebenem Optimismus.

Aus der Skala grundsätzlicher Voraussetzungen für Konfliktbeilegung bzw. Konfliktregelung in Südasiens sollen abschließend fünf Aspekte benannt werden.

1. Die beteiligten Seiten in den Konflikten haben zunächst zu akzeptieren, dass tatsächlich ein Konflikt existiert. Regierungen, politische Kräfte und die Öffentlichkeit in südasiatischen Staaten haben sich lange geweigert, die Existenz gravierender innerer Konflikte anzuerkennen und damit die Chance vergeben, gesellschaftliche Krisen zu entschärfen, bevor sie das Stadium der Militanz oder sogar der bewaffneten Konfrontation erreichten. Charakteristische Beispiele dafür waren die langjährige Ignoranz der indischen Zentralregierung gegenüber der tatsächlichen, zunehmend explosiven Lage in Kashmir und die Haltung der regierenden Eliten Pakistans zur Entwicklung des blutigen Dramas in Karachi ebenso wie die leichtfertige Behandlung der legitimen Ansprüche der Sri Lanka-Tamilen durch die regierenden Sinhala-Nationalisten vor Ausbruch des Bürgerkrieges. Dass die Leugnung einer existierenden Konfliktsituation kein südasiatisches Spezifikum ist, demonstriert die fortgesetzte und groteske Leugnung der Bundesregierung, dass in Afghanistan Krieg geführt wird.

2. Gleichgültig, ob es sich um innere oder zwischenstaatliche Konflikte handelt, müssen die beteiligten Seiten bereit sein, den eigentlichen Konflikt, das Wesen, den Gegenstand und die Konsequenzen der Auseinandersetzung zur Kenntnis zu nehmen. Das ist umso wichtiger, als heute in Südasiens die wirkliche Streitmasse und das äußere Erscheinungsbild eines Konfliktes häufig weit auseinander fallen.

3. Die bisherige Praxis lässt den begründeten Verdacht zu, dass der tatsächliche Wille zur Konfliktbeilegung in südasiatischen Ländern schwächer ist als die Versuchung, gegebene Konflikte für die Erreichung bestimmter Ziele zu instrumentalisieren. Das trifft auch auf den Kashmir-Konflikt zu, bei dem einer ganzen Reihe heutiger Akteure politischer Wille zur Konfliktbeilegung keineswegs attestiert werden kann.

4. Wirkliche Regelung von Konflikten, also nicht in Gestalt der physischen oder politischen Eliminierung des Kontrahenten, ist nur bei Berücksichtigung der legitimen Interessen aller Konfliktseiten möglich. Von einer solchen Praxis ist Südasiens bedauerlicherweise noch weit entfernt. Bei inneren und zwischenstaatlichen Konflikten dominiert vom Kashmir-Tal bis Jaffna immer noch der Versuch, die eigenen Interessen massiv durchzusetzen.

5. Und schließlich ist eine zentrale Bedingung für die Auflockerung der Konfliktstrukturen und die Schaffung eines günstigeren Klimas für Konfliktregulierungen – das gilt für Südasiens in besonderem Maße – die Entideologisierung der

existierenden Konflikte. Wir sollten dabei nicht übersehen, dass eine solche praktische Friedensarbeit nicht ohne qualitative Wandlungen in der Politik selbst möglich ist.

Die vorstehend genannten Aspekte machen deutlich, welche Schwierigkeiten in Südasien noch zu überwinden sind, bevor die fatale Mechanik der andauernden Konfliktgenerierung und der weiteren Ausgestaltung der südasiatischen Konfliktkonstellation gestoppt werden kann. Es ist hinzuzufügen, dass dazu eine korrekte, realitätsnahe Perzeption der bestehenden Konfliktlage gehört – übrigens auch in Europa. Sie zeigen aber auch, dass Konflikteindämmung, Streitbeilegung und Frieden in Südasien nicht unmöglich sind, wenn sich die Konfliktseiten ihrer Verantwortung nicht verweigern.

#### Anmerkungen

- 1 Zu den Konfliktkonstellationen in Südasien und Zentralasien hat der Verfasser sich mehrfach explizit geäußert. Siehe Weidemann, Diethelm, „Die südasiatische Konfliktkonstellation – Versuch einer Strukturierung“, in: Weidemann, Diethelm/Hexamer, Eva-Maria (Hrsg.), Konfliktlage und Konfliktkonstellation in Südasien – Grundaspekte, Ansätze und Untersuchungsrichtungen, Humboldt-Universität zu Berlin 1998, S. 349 – 360 (Schriften des LFG Internationale Beziehungen in Asien und Afrika Bd. 6 – im folg. Schriften IBA); Ders., „Die südasiatische Konfliktkonstellation. Ein Diskussionsbeitrag“, in: Südasien-Informationen, Berlin, Nr. 7, November 2004, S. 4–11; Ders., „The Asian Dimension of the Dissolution of the U.S.S.R.: The Central Asian Conflict Constellation – Origin, Structure and Specificity“, in: Strategic Studies, Islamabad, XVI (1993/94) 3, pp. 43 – 57; Ders., „The Changing International Order and the Central Asian Conflict Constellation: Some Characteristic Aspects“, in: Shams-Ud-Din (ed.), Nationalism in Russia and Central Asian Republics. New Delhi Lancers Books 1999, pp. 223 – 243
- 2 Wenn im folgenden von islamistischen Kräften gesprochen wird, bezieht sich das weder auf die traditionellen konservativen bis fundamentalistischen theologischen Schulen im Islam noch auf sich als islamisch definierende politische Partei, sondern auf militante politisch-ideologische Bewegungen und Formationen, die mit Terror oder offener bewaffneter Rebellion einen „strikt islamischen“ Staat erzwingen wollen.
- 3 Zum historischen Hintergrund, zur Evolution und zu den Fehlstellen der deutschen Asien-Perzeptionen siehe Weidemann, Diethelm, „Weder Eurozentrismus noch Asien-Esoterik – Plädoyer für ein realistisches deutsches Asien-Bild“, in: Schied, Michael (Hrsg.), Bruno Taut – Weltsicht, Erbe und Visionen. Berlin trafo Wissenschaftsverlag 2009, S. 63 – 87
- 4 Welchen Weg wir dabei noch zu gehen haben, macht ein eher skurriles Beispiel deutlich. An der Jahreswende 1997/98 reichte unsere Forschungsgruppe bei der DFG ein Projekt zur Untersuchung der pakistanischen und indischen Kernwaffenpolitik ein. Die von der DFG als Gutachter bestellten albtundesdeutschen Professoren stufen dieses Thema als eine nicht aktuelle und wissenschaftlich nicht relevante Problematik ein. Wenige Monate später, im Mai 1998, erschütterten die Serien indischer und pakistanischer Kernwaffenversuche das internationale Sicherheitssystem. Kommentar überflüssig.
- 5 Wesentliche Ergebnisse dieser Projektgruppe wurden in drei Forschungsberichten vorgelegt: Weidemann, Diethelm Hexamer, Eva-Maria (Hrsg.), Konfliktlage und Konfliktkonstellation in Südasien – Grundaspekte, Ansätze und Untersuchungsrichtungen. Berlin Humboldt-Universität 1998, 411 S. (Schriften IBA 6); Hexamer, Eva-Maria/Hexamer, René/Weidemann, Diethelm, Nachkoloniale Staats-, Identitäts- und Legitimitätskrisen – die Kernkonflikte in Südasien. Berlin Humboldt-Universität 1998, 343 S. (Schriften IBA 7); Hexamer, Eva-Maria/Oesterheld, Joachim (Hrsg.), Innere Konflikte in Indien und Pakistan und die ideologische Dimension der Konfliktlage in Südasien. Berlin Humboldt-Universität 1998, 483 S. (Schriften IBA 8)
- 6 Siehe dazu ausführlich Weidemann, Diethelm, „Die Krise des postkolonialen Staates als Schlüsselkonflikt in der südasiatischen Konfliktkonstellation“. In: Hexamer/Hexamer/Weidemann, Nachkoloniale Staats-, Identitäts- und Legitimitätskrisen ..., a. a. O., S. 159 – 148
- 7 Ausführlich zu dieser Fragestellung siehe Weidemann, Diethelm, „Es geht nicht nur um Kashmir. Die Konfliktkonstellation Pakistan-Indien“, in: Wissenschaft und Frieden, Bonn, Dossier Nr. 42 (2003), 20 S.
- 8 Siehe Schied, Michael, „Fundamentalismus ohne Fundamente? Die Entwicklung des Hindu-Fundamentalismus: Der Fall der Babri-Moschee von Ayodhya“, in: Asien. Afrika. Lateinamerika, Berlin, 21 (1993) 6, S. 603 – 614 (im folg. AAL); Ders., „Ayodhya als zentrale Machtkonfron-

- tation in der indischen Staatskrise: 1992 – 1996“, in: Hexamer/Oesterheld, Innere Konflikte in Indien und Pakistan ..., a. a. O., S. 323 – 354
- 9 Zur Evolution und den Hauptmerkmalen siehe Weidemann, Diethelm, „Crisis of the State in Pakistan: Roots and Evolution“. In: Neelsen, John P./Malik, Dipak (eds.), Crisis of State and Nation. South Asian States Between Nation-Building and Fragmentation. New Delhi Manohar Publ. 2007, pp. 83 – 117
  - 10 Seit 1947 aus Indien eingewanderte oder aus Indien geflohene Muslime
  - 11 Zur Problematik siehe Schied, Michael, „Indien-Pakistan-Sindh-Karachi: Wechselnde Machtverhältnisse und Staatsformierung (Zur Entwicklung der Mohajir Qaumi Movement)“, in: Hexamer / Oesterheld, Innere Konflikte in Indien und Pakistan ..., a. a. O., S. 355 – 382
  - 12 Ausführlich siehe Hexamer, Eva-Maria/Hexamer, René, „Grundfragen der Krise des Staates in Indien“, in: Hexamer/Hexamer/Weidemann, Nachkoloniale Staats-, Identitäts- und Legitimitätskrisen ..., a. a. O., S. 149 – 234
  - 13 Hexamer, René, „Kashmir 1989-1996: Zur Relevanz der inneren Konfliktdimension im Kontext der indischen Staatskrise“, in: Hexamer / Oesterheld, Innere Konflikte in Indien und Pakistan ..., a. a. O., S. 251 – 321
  - 14 Oesterheld, Joachim, „Punjab-Konflikt – Versuch einer Analyse von Rahmenbedingungen, Akteuren und politischer Dynamik“, in: Ebenda ..., a. a. O., S. 207 – 250 ,
  - 15 Ausführlich siehe ABmann, Kersti, „Ethische Konflikte im Nordosten Indiens“, in: Ebenda ..., a. a. O., S. 113 – 206
  - 16 Siehe dazu ABmann, Kersti, „Ursachen und Konsequenzen der nepalesischen Migration nach Nord- und Nordostindien und Bhutan“, in: AAL 22 (1994) 4, S. 387 – 407
  - 17 Die Zahl der illegal in Karachi lebenden Bangladeshis wird auf ca. 700 000 geschätzt, während indische Quellen zu Beginn dieses Jahrzehnts von einer illegalen Einwanderung aus Bangladesh nach Indien in einer Größenordnung von fast 20 Millionen sprechen.
  - 18 Zur Problematik siehe Weidemann, Diethelm, „Konflikte in Südasien. Traditionelle Konfliktpotentiale und neue Konfliktphänomene, Komplexität und Interaktion,“, in: Weidemann/Hexamer, Konfliktlage und Konfliktkonstellation ..., a. a. O., S. 149 – 194
  - 19 Zu den Prozessen nach der Erlangung der Selbständigkeit siehe Weidemann, Diethelm, „Der Niedergang des postkolonialen Nationalismus und der Aufstieg des Ethnonationalismus“, in: Hexamer/Oesterheld, Innere Konflikte in Indien und Pakistan ..., a. a. O., S. 415 – 481

## Die Linke Lateinamerikas, Entwicklung, Charakteristik, Strategien und Potenziale

Von Prof. Dr. Helma Chrenko und Achim Wahl, AK Lateinamerika der BAG Friedens- und Internationale Politik; Auszug aus der Studie „Die EU und die lateinamerikanische Linke“, angefertigt für die Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament, August 2009

### 1. Die Linkskräfte in Lateinamerika zu Beginn des 21. Jahrhunderts – die Entstehung und Entwicklung einer pluralen „neuen Linken“

Das heutige Bild der Linken Lateinamerikas ist das Ergebnis tiefer historischer Umbrüche, schwieriger, auch schmerzhafter Umformierungen und Neudefinitionen, die sich hauptsächlich über das Jahrzehnt der 90er Jahre hingezogen haben, zum Teil aber auch schon früher eingesetzt hatten. Sie hängen mit den Veränderungen der innergesellschaftlichen Situationen zusammen, die in den meisten Ländern durch die Herrschaft von Militär- und zivilen Diktaturen, verbunden mit der Weichenstellung für eine neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, geschaffen worden waren, in star-





kem Maße aber auch mit der Implosion der sozialistischen Gesellschaften in der Sowjetunion und Osteuropa und des von ihnen vermittelten Sozialismusbildes. Unter den davon ausgelösten internationalen Veränderungen fiel für Lateinamerika die Bekräftigung der unipolaren Macht der USA besonders ins Gewicht. Die Durchsetzung einer neoliberalen Orientierung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik entsprechend dem Washingtoner Konsens – in den einzelnen Ländern in differenzierten Formen – veränderte die gesellschaftlichen Strukturen grundlegend und brachte völlig neue Bedingungen für das Wirken der Linken hervor. Die analytische Erfassung und strategische Bewertung dieser neuen Bedingungen und die Reaktion darauf, die Lernprozesse und Auseinandersetzungen, die sie hervorriefen, sind in keinem Teil der Welt so stürmisch verlaufen und so weit fortgeschritten wie in den Ländern Lateinamerikas.

Die heutigen Linkskräfte Lateinamerikas sind Motor und Ergebnis des Kampfes breiter Volksschichten um ihre Lebensinteressen, gegen die Offensive des Neoliberalismus und für Demokratie. Zugleich bewahren sie ein Erbe, das von den Befreiungsströmungen der Unabhängigkeitskriege und dem jahrhundertealten indigenen Widerstand über demokratische Revolutionen, die Kämpfe der Arbeiter und Bauern des 20. Jahrhunderts und die Herausbildung der sozialistischen und kommunistischen Bewegung auf dem Kontinent, die kubanische Revolution, die gescheiterten Revolutionen in Chile, Bolivien und Nicaragua bis zum Widerstand gegen Diktaturen in der jüngsten Vergangenheit reicht. Die Linke Lateinamerikas definiert sich als neue Linke, ohne diese Kontinuität zu vergessen, gerade in der Berufung auf diese Traditionen. Ihre Identitätssymbole sind Simón Bolívar so gut wie Che Guevara.

Von den Linken des 20. Jahrhunderts, die von der Blockkonfrontation, tiefen ideologischen Spaltungen und oft dogmatischen Interpretationen des Marxismus geprägt waren, unterscheiden sie zugleich wesentliche Merkmale:<sup>1</sup>

Vor allem stellen in dieser Linken nicht mehr die politischen Parteien die Hauptkraft, das Fundament für die Entfaltung von Aktivitäten im Sinne der Wahrnehmung der Interessen der unteren Schichten dar. Neben die linken Parteien sind eine Vielzahl sozialer Organisationen der verschiedensten Sektoren und Interessengruppen getreten, die eine eigenständige Rolle als Akteure im sozialen Kampf und auch in politischen Umbrüchen spielen – ein Ergebnis der Überreife der gesellschaftlichen Situation für Veränderungen. Das sind bäuerliche, gewerkschaftliche, indigene, Frauen-, Jugend-, Menschenrechts-, Stadtteilorganisationen mit unterschiedlicher Reichweite und jeweils spezifischer Interessenfokussierung, nicht mit vordergründig antikapitalistischem Inhalt, oft aber mit Zielsetzungen, deren Verfolgung gesamtgesellschaftliche Veränderungen erfordert. Ihre Mobilisierungs- und Durchsetzungsfähigkeit hat sich in vielen Fällen als enorm erwiesen und die Parteien hinter sich gelassen. Die linken Parteien haben kein Monopol auf die Führung, sie stellen eine Kraft unter anderen dar.

Die heutige Linke Lateinamerikas ist eine plurale Linke nicht nur in der Zusammensetzung aus Parteien und vielgestaltigen sozialen Organisationen, sondern auch in der Vielfalt ihrer ideologischen Orientierungen, Arbeits- und Organisationsformen. Im Unterschied zu früheren Perioden kann das in der Gegenwart nicht als Zersplitterung bewertet werden, wie sie für Linke als „typisch“ angesehen wird, sondern

als ein Reichtum von Gedanken und Methoden, der zwar nicht immer in diesem Sinne genutzt wird, aber doch eine weit stärkere Zusammengehörigkeit begründet als in der Vergangenheit. Hier ist auf die breite Zusammenarbeit im Forum von São Paulo zu verweisen.

Die Organisationsformen der Linken sind – mit Ausnahmen – weniger hierarchisch als in der Vergangenheit, autoritäre Praktiken werden in der Regel nicht geduldet. Soziale Organisationen widersprechen autoritären Leitungspraktiken per se, wehren sich dagegen und zerfallen rasch, wenn sich ein solcher Führungsstil etabliert. Demokratisierungstendenzen haben auch das innere Leben der meisten linken Parteien erfasst. Das schließt nicht aus, dass zwischen der Rolle überragender Führungspersönlichkeiten und den Bedürfnissen innerer Demokratie der Organisationen in manchen Fällen ein ständiges Spannungsfeld besteht.

Zu den traditionellen Inhalten der Arbeit der Linken traten zunehmend neue oder bisher wenig beachtete Fragen wie die Bedeutung der Demokratie auch unter bürgerlichen Verhältnissen, die Zivilgesellschaft als Element der Demokratie und Raum der politischen Aktivität, Wahlkämpfe und die parlamentarische Arbeit, die ethnische Problematik, die Geschlechterfrage und die Umweltproblematik, die neben der sozialen weitere Ebenen von Ungleichheit in der Gesellschaft und Potentiale für die Transformation erfassen, dazu die Gefahren für die Zukunft der Menschheit thematisieren. Verstärkt spielt die regionale Zusammenarbeit eine Rolle.

Es haben sich neue und vielfältige Aktionen der sozialen Mobilisierung entwickelt, ausgehend vor allem von den auf diesem Gebiet sehr schöpferischen sozialen Organisationen, wie sie sich in den Bürgerbewegungen für den partizipativen Haushalt, in der Front gegen die ALCA und die bilateralen Freihandelsverträge, in Kämpfen für nationale Souveränität und gegen ausländische Einnischung, besonders gegen ausländische Militärbasen, in Menschenrechtsbewegungen gegen die Straflosigkeit herausgebildet haben, häufig auch über Ländergrenzen hinweg. Impulse dafür waren auch internationale Protestbewegungen wie die globalisierungskritischen Kampagnen, Friedens- und Solidaritätsaktionen und besonders die Sozialforen.

Die heutige Linke in Lateinamerika hat mit wenigen Ausnahmen der bewaffneten Gewalt als Weg der gesellschaftlichen Veränderung (ebenso der „Kombination aller Kampfformen“) eine Absage erteilt, womit Reformen (auf institutionellem Wege oder durch außerinstitutionelle Mobilisierung) einen neuen Stellenwert erhalten und ihr Charakter, ihr Potential für Veränderungen in den Blickpunkt rückt. Die abstrakte Gegenüberstellung „Reform oder Revolution“ ist weitgehend in den Hintergrund getreten.

Der Rolle der Subjektivität, den Veränderungen im Bewusstsein und im eigenen Handeln der Menschen im Kampf um eine neue Gesellschaft wird größere Beachtung geschenkt.

Als Verbindungsglied zu den linken Bewegungen der Vergangenheit bleiben das Eintreten für Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, Einbeziehung aller in die Gesellschaft, Demokratie auf neuen Grundlagen als Werte einer linken transformatorischen Orientierung ebenso wie internationale Solidarität, Verteidigung der nationalen Souveränität und die Auseinandersetzung mit der Hegemoniepolitik der USA weiterhin erhalten.

Die Kräfte der „historischen Linken“ (kommunistische



Parteien, trotzkistische Organisationen, ehemalige Guerilla-Gruppen, linke Gewerkschaften) haben sich zum großen Teil, nicht immer problemlos, in die neuen Formationen integriert. Die in bürgerlichen Medien übliche Gegenüberstellung von „neuer“ und „alter“ Linker oder auch von „realistischer“ („pragmatischer“) und „radikaler“ („unverantwortlicher“) Linker wird weder der Vielfalt noch den heutigen Inhalten linker Politik in Lateinamerika gerecht.

## 2. Die politischen Parteien des linken Spektrums

### Umformierungen und Neuorientierungen

Die linken Parteien aller Strömungen waren durch den Terror der Militärs aus dem öffentlichen Leben verdrängt und einer ganzen Generation von Führern beraubt worden, ihre Mitglieder in großer Zahl physisch vernichtet oder ins Exil getrieben. Sie waren zu Beginn der 90er Jahre in den meisten Ländern noch dabei, ihre Organisationen wiederaufzubauen, ihre Präsenz in der Öffentlichkeit wiederherzustellen, die Grundlinien ihrer Politik unter neuen Bedingungen zu erarbeiten. Aber im Unterschied zu dem Bewusstsein der Niederlage, das in Europa das Selbstbewusstsein weiter Teile der Linken prägte, war für die Linke Lateinamerikas in dieser Umbruchperiode an der Wende zu den 90er Jahren eine bedeutende Aktivierung, ja Aufbruchstimmung kennzeichnend. Die Befreiung von den Militärdiktaturen, die Wiederherstellung der Demokratie – ihre Begrenztheit und Unzulänglichkeit auf der sozialen Ebene traten erst in der Folgezeit klar hervor – gab dieser Zeit Züge eines Neuanfangs. In vielen Ländern verstärkte sich der gesellschaftliche Einfluss linker Kräfte. Sie waren in der politischen Praxis, in Dialogprozessen mehr denn je präsent, sie errangen Positionen in Parlamenten und Regierungen auf kommunaler, Provinz- und Landesebene. Die PT in Brasilien, die Frente Amplio in Uruguay, die PRD in Mexiko sahen sich zum ersten Mal in der Aussicht, Regierungsverantwortung zu übernehmen; die Frente Amplio in Uruguay übernahm mit Tabaré Vázquez 1990 das Amt des Oberbürgermeisters der Hauptstadt, das sie seitdem nicht mehr abgeben musste, die PT-Politikerin Luiza Erundina war von 1989 bis 1993 Oberbürgermeisterin der Megastadt São Paulo.

Unter den Linken Lateinamerikas begannen sehr kontroverse Debatten um die Bewertung der weltweiten Veränderung der Kräfteverhältnisse. Mehrheitlich teilten sie nicht die Euphorie über das „Ende der Konfrontation“ auf internationaler Ebene, sondern sahen eine Welt mit noch verheerenderen Konflikten voraus, eine Sicherheitsgemeinschaft des reichen Nordens gegen den verschuldeten und in Verteilungskonflikten versinkenden Süden, die Verschärfung der Konkurrenz und der Hegemonialkämpfe der großen Wirtschaftsblöcke, eine noch engere Bindung Lateinamerikas an die USA mit sehr geringen Alternativen und Spielräumen auf Grund der sinkenden Bedeutung ihrer Region für Westeuropa, Japan und Russland.

Zugleich kam es zu tiefgehenden Auseinandersetzungen um die Bewertung der eigenen Geschichte, der ideologischen Orientierung und den weiter zu beschreitenden Weg, es kam zu Spaltungen, Neugründungen, Umorientierungen und Namensänderungen.

In den meisten Interpretationen der Ereignisse in Osteu-

ropa wurden die Schlussfolgerungen gezogen, dass sie  
→ das Streben der Menschen nach Demokratie widerspiegeln,  
→ Höhepunkt der seit Jahren sich entwickelnden Krise der Linken sind und die Notwendigkeit der Herausbildung einer erneuerten Linken zum Ausdruck bringen,  
→ ein neues, demokratisches Sozialismusbild erfordern: Sozialismus als offene, nicht zentralisierte Gesellschaft mit einem Wettbewerb der gesellschaftlichen Kräfte, mit Demokratie und sozialer Gerechtigkeit.

Die Formationen der „historischen Linken“ – Kommunisten, Sozialisten, Trotzkisten, Guerillaorganisationen – waren am stärksten von diesen Umorientierungsprozessen betroffen. Die meisten Parteien stellten ihr bisheriges Fortschrittsverständnis in Frage. Vor allem in den kommunistischen Parteien, die über die geschlossenste Ideologie verfügten, fanden heftige Auseinandersetzungen um die strategische Orientierung, die innere Funktionsweise, die Rolle einer ganzen Generation von Führern statt. Sie wurden angestoßen durch die eigenen Erfahrungen während der Diktaturen und im Exil, durch das Gedankengut der Perestroika und die sich abzeichnenden neuen gesellschaftlichen Probleme, auf die Antworten gefunden werden mussten. Auf der strategischen Ebene führten diese Debatten zu einer Neubewertung der Demokratie als Grundwert, ideologisch häufig zur Suspendierung des Marxismus-Leninismus als offizielle Parteidoktrin, vor allem zur Absage an seine dogmatische Auslegung. Es kam zur demokratischen Reorganisation der Parteistrukturen. Diese Erneuerungsprozesse verliefen allerdings sehr differenziert, am offensten in den Parteien, in denen schon in den 80er Jahren ein kritisches Überdenken der bisherigen Praxis und theoretischen Konzeptionen im Gange war. So in der KP Uruguays unter der Führung ihres damaligen Generalsekretärs Rodney Arismendi, der bereits Anfang der 80er Jahre auf neue Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung aufmerksam gemacht hatte, die in der kommunistischen Bewegung ungenügende Beachtung fanden. Die KP Uruguays behauptete denn auch eine maßgebliche Rolle in der Frente Amplio. Auch die ehemalige Mexikanische KP hatte schon in den 80er Jahre gemeinsam mit anderen Linkskräften über mehrere Zwischenstufen den Übergang zur PRD (Partido de la Revolución Democrática) mit neuen strategischen und organisatorischen Prinzipien gefunden. In der traditionsreichen und früher im nationalen Leben stark verwurzelten KP Chiles führten die Auseinandersetzungen um ein veraltetes Revolutionskonzept und Fehleinschätzungen des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, vor allem die Enttäuschung übertriebener Hoffnungen auf einen revolutionären Sturz der Militärdiktatur, zur Selbstblockade der Beteiligung der Partei am politischen Leben zusätzlich zu den Ausgrenzungsbestrebungen gegen die Kommunisten.

In den von jeher heterogener zusammengesetzten sozialistischen Parteien kam es in den meisten Ländern zur Differenzierung zwischen Kräften, die in Koalitionen mit bürgerlichen Parteien eine „Politik des Machbaren“ befürworteten, in deren Rahmen sie für die Festigung der demokratischen Institutionen und die soziale Abfederung von wirtschaftlichen Strukturanpassungsmaßnahmen eintraten, und denen, die den antikapitalistischen Charakter ihrer Parteien bekräftigt sehen wollten und sich für linke Bündnisse einsetzten. In Teilen der sozialistischen Parteien wurde sozialdemokratisches Gedankengut aus Westeuropa allmählich übernom-



men, obgleich bei der lateinamerikanischen Linken allgemein die politische Praxis auch der Sozialdemokratie für gescheitert angesehen wird. Einige weitere Parteien schlossen sich der Sozialistischen Internationale an. Die Strömung des „lateinamerikanischen Sozialismus“, mit dem Namen des chilenischen Sozialisten Clodomiro Almeyda verbunden, die schon 1986 die Lateinamerikanische Sozialistische Koordinierung (CSL) mit 15 Parteien gegründet hatte, fühlte sich in ihren Identifikationswerten Demokratie, Humanismus, Eigenständigkeit der spezifischen lateinamerikanischen Wurzeln und Traditionen, Vertretung der Interessen der unteren Volksschichten insgesamt und damit der Nation, bestätigt; sie ging mit ihren Ideen als konstitutiver Bestandteil in die sich neu herausbildende lateinamerikanische Linke ein.

Eine schnelle Entwicklung ihrer Bedeutung und gesellschaftlichen Wirksamkeit machten die neuen linken Parteien Lateinamerikas durch, die erst in den 80er und 90er Jahren entstanden sind. Sie formierten sich aus den Traditionen der nationalen Befreiung, der christlichen Ethik, der (indianischen) Bauernbewegungen, zum Teil aus dem bewaffneten Kampf (MLN-Tupamaros in Uruguay, FSLN in Nicaragua, FMLN in El Salvador, URNG in Guatemala) oder aus den humanistischen und Umweltbewegungen. Diese neuen Linksparteien, die von Anfang an mit neuen Konzepten antraten und keine Auseinandersetzungen um ein Erbe zu führen hatten, waren von Anfang an in ihrer Ideologie und ihren sozialen Wurzeln pluralistisch. Ihnen fiel es leichter, sich auf die neuen Ebenen des Kampfes um gesellschaftliche Alternativen einzustellen, die zum Beispiel aus der Demokratie-, Umwelt- und Menschenrechtsproblematik, den sozialpsychologischen Befindlichkeiten, der neuen Technik, der Jugendkultur usw. hervorgingen. Sie repräsentieren die Einbeziehung neuer Bevölkerungsgruppen in die sozialen und politischen Auseinandersetzungen in dieser Periode. Die bedeutendste Linkspartei des Kontinents, die PT Brasiliens, ist bereits 1980 aus den Streikämpfen der Metallarbeiter hervorgegangen. Kräfte der Gewerkschaftsbewegung, die mit der Befreiungstheologie verbundenen christlichen Basisgemeinden, Umweltaktivisten und marxistische Intellektuelle aus der „historischen“ Linken fanden sich darin zusammen. Die PT wurde zum Sammelbecken zahlreicher linker Strömungen und Gruppierungen und war schon von ihrer Entstehung her mit den progressiven Gewerkschaften und zahlreichen sozialen Bewegungen eng verbunden.

Dieser Prozess der Herausbildung neuer politischer Parteien mit linker Orientierung, die aufgrund ihrer Entstehungsbedingungen Besonderheiten aufweisen, setzt sich auch in jüngster Zeit fort, so mit der Herausbildung der indigenen Partei Pachakutik als politischer Arm der Konföderation der indigenen Organisationen (CONAIE) in Ecuador, mit der Entwicklung der MAS (Bewegung zum Sozialismus) aus den Gewerkschaften der Kokabauern heraus zur politischen Partei in Bolivien, die sich die Anliegen sozialer Organisationen und indigener Kräfte zu eigen machte, oder mit der Entstehung der P-mas in Paraguay aus der linken Jugendbewegung. Verschiedene Organisationen sind auch in der Gegenwart noch im Prozess der Formierung als Partei (PAIS in Ecuador u. a.)

Zur gleichen Zeit nahmen, herausgefordert von der Offensive des Neoliberalismus und auch der zeitweiligen Krisensituation der politischen Parteien, die Herausbildung und die Aktivitäten sozialer Bewegungen einen starken Aufschwung. Sie entwickelten sich in der Folgezeit zu selbständigen, mit

den politischen Parteien oft in ein widerspruchsvolles Spannungsverhältnis tretenden Akteuren.

Die Parteien im linken Spektrum bieten nach wie vor ein vielfältiges, differenziertes Bild, wie es nicht anders zu erwarten ist angesichts der Uneinheitlichkeit der Sozialstrukturen und der sozialpsychologischen Situation der unteren Schichten, der unterschiedlichen Varianten der Herrschaftsausübung in den einzelnen Ländern des Kontinents, der verschiedenen Etappen der Herausbildung der linken Parteien mit ihren jeweiligen historischen Traditionen und Ideologien. Während aber in der Vergangenheit die Zugehörigkeit zu ideologischen Strömungen bei der Zusammenarbeit im nationalen, regionalen und internationalen Maßstab entscheidend war, wurden die gemeinsamen Aufgaben und Probleme in der gesellschaftlichen Wirklichkeit und die Bedürfnisse der Verständigung über die neue Lage zur Motivation einer neuartigen kontinentalen Zusammenarbeit.

### Die Entwicklung der Zusammenarbeit der politischen Kräfte der Linken im Forum von São Paulo

Anfang Juli 1990 wurde durch eine Initiative der brasilianischen PT eine Beratung lateinamerikanischer Linksparteien verschiedenster ideologischer Strömungen einberufen. In dieser Situation der Identitätskrise und des Perspektivverlustes vieler linker Kräfte in Lateinamerika gab es zunächst Übereinstimmung nur in den Ausgangspunkten:

- Unter den sich entwickelnden neuen internationalen Kräfteverhältnissen drohen neue Konflikte und große Gefahren für die Souveränität der lateinamerikanischen Staaten und die Interessen der lateinamerikanischen Völker.
- Der Kapitalismus in seiner sich herausbildenden neoliberalen Form bietet keine Lösungen für die Probleme der unterentwickelten und abhängigen Gesellschaften Lateinamerikas.
- Aus den negativen historischen Erfahrungen kann nicht geschlussfolgert werden, dass eine andere, wahrhaft demokratische, sozial gerechte und friedliche Gesellschaft unmöglich ist.

Die von der PT, mit ihrem Gewicht von 30 Mio. Wählerstimmen (1989), nach São Paulo einberufene Konferenz sollte den Gedankenaustausch über die entstandene Situation ermöglichen, die von den meisten als enorme politische und theoretische Herausforderung begriffen wurde. 48 Parteien und Linksfronten ergriffen die Gelegenheit, sich über die Zukunft linker Politik zu verständigen. Damit war das Forum von São Paulo ins Leben gerufen. Es zeugt vom Druck der Notwendigkeiten, aber auch vom Einheitswillen der teilnehmenden Organisationen und von der offenen und fruchtbaren Atmosphäre der Diskussionen, dass sich daraus eine stabile Reihe regionaler Treffen entwickelte, die bis heute anhält.

Mit dem Forum von São Paulo entstand die zahlenmäßig größte und ideologisch breiteste Gruppierung linker Parteien in der Welt. Zu seinen Mitgliedern zählt ein breites Spektrum von Parteien und Bewegungen, die, ohne sich in jedem Fall ausdrücklich die Errichtung des Sozialismus als Ziel zu stellen, gesellschaftliche Transformation im Interesse der Volksmassen, eine sozial gerechte, demokratische, national souveräne, zukunftsfähige und friedliche Gesellschaft anstreben. Es sind Parteien mit unterschiedlicher Entwicklungsge-



schichte und Tradition, unterschiedlichen Kampfformen und ideologischen Standorten, Vertreter unterschiedlicher politischer Stile und gesellschaftlicher Sektoren, die unter Arbeitern, Bauern, Studenten, Intellektuellen, bis in die Mittelschichten und Kreise der kleinen oder mittleren Unternehmer hinein wirken. In diesem Sinne widerspiegelt das Forum den pluralen Charakter der heutigen lateinamerikanischen Linken. Inzwischen zählen dazu zahlreiche an der Ausübung von Regierungsgewalt beteiligte Parteien. Die KP Kubas hat im Forum einen festen Platz.

Grundlage der Zusammenarbeit sind gemeinsame politische Aufgaben und Zielsetzungen in der Gegenwart, die auf den bisher 14 Treffen des Forums erarbeitet, ausführlich diskutiert und den jeweiligen Erfordernissen entsprechend weiterentwickelt wurden.

Das Forum von São Paulo ist zu einer der wichtigsten Plattformen für die Entwicklung politischer Strategien der Linken und ihres Erfahrungsaustausches über die tiefgreifenden Veränderungen in Lateinamerika und in der Welt geworden. Es spielt eine zunehmend aktive Rolle in der Solidarität der demokratischen und sozialistischen Kräfte Lateinamerikas und der Karibik. Es hat die Verbundenheit der Linkskräfte der Region mit dem Kampf um Frieden und Fortschritt in der ganzen Welt gestärkt. An seinen Treffen beteiligen sich in der Regel Vertreter von 60-80 Mitgliedsparteien und eine wechselnde Anzahl sozialer Organisationen sowie zahlreiche ausländische Beobachter, darunter die PDS, bzw. Die LINKE in ununterbrochener Folge seit 1992.

Betrachtet man die analytischen und programmatischen Dokumente, die das Forum in den Jahren seiner bisherigen Existenz erarbeitet hat, so kann man feststellen, dass sich die Realitäten in Lateinamerika im wesentlichen in der dort von den Parteien vorausgesehenen und angestrebten Richtung entwickelt haben. Insbesondere der Gedanke der Stärkung der regionalen Integration hat hier an Kraft gewonnen und ist weiterentwickelt worden. In einigen Ländern ist es im Sinne dieser Orientierung gelungen, wichtige Schritte auf dem Wege zu gesellschaftlichen Veränderungen zu gehen, so bei der Entwicklung breiter Koalitionen für fortschrittliche Alternativen, der Eroberung von Positionen für die Linke in lokalen, regionalen und Landesregierungen, der Erprobung von Formen einer partizipativen Demokratie, der Praktizierung einer selbständigen aktiven Außenpolitik, der Kombination von Regierungshandeln und Massenkampf.

Bereits auf seinem VI. Treffen 1996 in El Salvador legte das Parteienforum eine fundierte Analyse der neoliberalen Veränderungen in den lateinamerikanischen Gesellschaften vor und stellte klar, „dass die neoliberale Globalisierung die verschiedensten Widersprüche und Konflikte verschärft hat: den Widerspruch zwischen der ökonomischen Entwicklung und dem Schutz der Umwelt, die Probleme durch die immer stärkere Konzentration des Reichtums wie auch durch die sehr ungleichen Möglichkeiten, die der wissenschaftlich-technische Fortschritt für die Entwicklung der Menschheit eröffnet. Es wurde offensichtlich, dass die politischen Freiheiten durch die neoliberalen Kräfte eingeengt werden, um eine mit sozialer Gerechtigkeit verbundene Entwicklung zu verhindern und die Ausübung der ökonomischen und sozialen Rechte der Völker zu blockieren.“<sup>2</sup> Das Forum hat wichtige Impulse für die Aktivierung des Widerstandes gegen neoliberale Politik und für die Entwicklung des alternativen Denkens gegeben, intellektuelle und politische Kräfte gesammelt

und dazu beigetragen, Parteien und soziale Bewegungen zusammenzuführen. Das Forum erkennt die Bedeutung und Selbständigkeit der sozialen Bewegungen bei der Massenmobilisierung an. Allerdings sind die Parteien nicht immer in der Lage, das Widerstandspotential der Bewegungen wirksam auf die politische Ebene zu transportieren.

Bestätigt hat sich auch die Einsicht in die Unterschiedlichkeit der Bedingungen und die Vielfalt der Wege und Orientierungen für eine alternative Entwicklung. In dieser Vielfalt sehen die Parteien den Reichtum der Ideen und Entwicklungsanstöße für eine neue Gesellschaft. Trotz Schwierigkeiten und ideologischen Verständigungsproblemen haben es linke, demokratische und progressive Kräfte verstanden, ihre Einheit in der Vielfalt zu bewahren, und sind dabei, eigene, aus ihrer Sicht spezifisch lateinamerikanische Entwicklungsprojekte auszuformen. Das 2008 durchgeführte XIV. Treffen des Forums unterstrich die Notwendigkeit, die Einheit bei Akzeptanz der Verschiedenartigkeit zu entwickeln, um „alle fortschrittlichen und linken Kräfte Lateinamerikas (zu) repräsentieren und sektiererischen, ausschließenden Praktiken entgegen(zu)treten“.<sup>3</sup>

Zu einer der vorherrschenden Formen der Zusammenarbeit im Forum ist heute die Durchführung von thematischen Konferenzen und Seminaren geworden, die je nach thematischer Ausrichtung nur einen Teil der Parteien zusammenführen. Neben dem Forum haben sich weitere Treffen bestimmter Parteiengruppierungen entwickelt, so das jährlich in Mexiko von der mexikanischen Partei der Arbeit (PT) ausgerichtete internationale Seminar „Die Parteien und eine neue Gesellschaft“ und kontinuierliche Treffen der kommunistischen Parteien Südamerikas. Die Zusammenarbeit der progressiven Parteien Lateinamerikas kann als eine der wichtigsten Voraussetzungen für ihr erfolgreiches politisches Wirken angesehen werden.

Die neuen Herausforderungen für das Forum, das im August 2009 in Mexiko sein XV. Treffen abgehalten hat, ergeben sich vor allem aus der Förderung der ökonomischen und politischen Integration der Länder des Kontinents, der gemeinsamen Bewältigung der Auswirkungen der internationalen Wirtschafts- und Systemkrise und der Fortsetzung fortschrittlicher Entwicklungsprozesse gegen sich verstärkende Bedrohungen durch den Widerstand reaktionärer Kräfte.

### Die Abgrenzung von überlieferten Erfahrungen, „Lehren“ und „Modellen“ – die Suche nach einem „lateinamerikanischen Denken“

In den letzten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts war in Lateinamerika ein deutliches Auseinanderfallen zu verzeichnen zwischen der praktischen Auseinandersetzung der neuen politischen und sozialen Bewegungen mit der neoliberal geprägten gesellschaftlichen Wirklichkeit, der raschen Entwicklung ihrer innovativen Praktiken, Organisationsformen und kreativen Utopien einerseits und dem Diskurs darüber andererseits, der zurückblieb, sich auf die akademische Sphäre beschränkte und auf alte Konzepte abgestellt war.

„Die Distanz zwischen der Praxis der lateinamerikanischen Linken und den klassischen linken Theorien ist heute größer denn je. Gegenwärtig ist dies vielleicht das wichtigste Merkmal der lateinamerikanischen Linken. Vom mexikanischen EZLN bis zur brasilianischen PT-Regierung, von den argentinischen Piqueteros bis zur brasilianischen MST, von den indigenen Bewegungen Boliviens und Ekuadors bis zur



Frente Amplio Uruguays, vom Weltsozialforum bis zu Hugo Chávez begegnen wir Formen der politischen Praxis, die im allgemeinen als links anerkannt werden, aber in ihrer Gesamtheit in den hauptsächlichlichen theoretischen Traditionen der lateinamerikanischen Linken nicht vorgesehen waren oder ihnen sogar widersprechen“, stellt der portugiesische Sozialphilosoph Boaventura de Sousa Santos fest, der die Bewegung der Weltsozialforen begleitet.<sup>4</sup>

Das Zurückbleiben der Theorie für eine neue gesellschaftliche Praxis teilte Lateinamerika mit anderen geographischen Breiten. Einerseits hatte das Scheitern des Sozialismus in der Praxis auch eine tiefe Krise der marxistischen Theorie zur Folge, zumindest ein profundes Misstrauen in ihre gestaltende Kraft und ganz besonders in die Intellektuellen, die diese Theorie bzw. ihre vulgarisierten Interpretationen vertreten hatten. Zum andern erfolgte seit Ende der 80er Jahre der massive Vorstoß der neoliberalen Ideologie im öffentlichen Leben. Der brasilianische Politikwissenschaftler Emir Sader konstatierte wie viele andere linke Intellektuelle eine Schwächung des kritischen theoretischen Denkens in Lateinamerika unter dem Druck der neoliberalen Ideologie, gefördert auch durch internationale Auftrag- und Geldgeber von Studien, wissenschaftlichen Forschungsrichtungen und Projekten. Die marxistisch geprägte Linke hatte ihre intellektuelle Hegemonie verloren, die sie gerade in Lateinamerika lange behauptet hatte. Sie blieb hinter den neuen Erscheinungen der Wirklichkeit zurück. Zudem war sie in den Medien kaum noch präsent. Auch viele früher kritische Stimmen ergaben sich der Vorstellung von der Alternativlosigkeit der in Gang gesetzten neoliberalen Umgestaltungen. John Holloway spricht sogar von der Komplizenschaft der Wissenschaft gegenüber dem Neoliberalismus.

In dieser Entwicklung liegen die Ansatzpunkte für das Aufkommen einer kritischen, sich von überlieferten Lehrgebäuden abgrenzenden Denkrichtung, wie sie z. B. der peruanische Soziologe Anibal Quijano, heute einer der Theoretiker der globalisierungskritischen Bewegung, repräsentiert. Er vertritt die These, dass es gilt, die ideologische Kolonialisierung durch den „Westen“, den Eurozentrismus, zu durchbrechen, die seit der Eroberung des Kontinents die Eigenständigkeit der lateinamerikanischen Kulturen erstickt habe. Eingeschlossen ist hier der Marxismus, der von der Analyse der Klassenverhältnisse des europäischen Kapitalismus ausging. Wissen und Erkenntnisse in Lateinamerika seien über Jahrhunderte von europäischem Einfluss geprägt worden, die eigene Art zu denken wurde diskriminiert. Den Gedankengängen von Quijano folgten Intellektuelle und Aktivisten der sozialen Bewegungen wie der Brasilianer César Benjamín, einer der Gründer der Volksbewegung Consulta Popular (etwa: Volksratschlag), die programmatische Fragen der in Brasilien notwendigen gesellschaftlichen Umgestaltungen berät und Millionen Menschen mobilisiert. Gefordert wurde eine „Entkolonisierung“ der theoretischen Debatte. Oft zitiert wird die Äußerung des bolivianischen indigenen Sozialisten Fausto Reinaga aus den 70er Jahren: „Europa hat uns seine Sprache, seine Religion, seine Geschichte, seine Moral, seine Kultur, seine Kunst aufgezwungen. Jetzt beansprucht es, uns seine Version der Revolution, seine ‚korrekten‘ Strategien und Taktiken aufzudrängen.“ Der Präsident Ekuadors, Rafael Correa, sagte in seiner Eröffnungsrede auf einem Forum über den Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Quito im August 2007: „Endlich bringt Lateinamerika ein eigenes Denken hervor

und akzeptiert nicht mehr alles, was von außerhalb kommt.“<sup>5</sup>

In dieser Form brachen sich offenbar die Erfordernisse eines theoretischen Neuansatzes für die Zukunft der menschlichen Zivilisation Bahn, der eine Abkehr von den bisher verfolgten Pfaden sein muss. Die Absage an die marxistische Theorie ist aber keineswegs allgemein, sondern bezieht sich eher auf bestimmte dogmatische Interpretationen und Schlussfolgerungen sowie veraltete Thesen. Der argentinische Philosoph Atilio Borón äußerte in einem Interview seine Überzeugung, dass „der heutige Kapitalismus im Verlauf der letzten 30 Jahre die Richtigkeit der marxistischen Theorie bestätigt hat. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass die Welt heute weitaus ‚marxistischer‘ ist als zu Marx' Zeiten.“<sup>6</sup> Die Linke Lateinamerikas erkennt im marxistischen Denken ein wichtiges Instrument zum Verständnis der gegenwärtigen Krise und folgt dem Ratschlag des Philosophen Eric Hobsbawm, dass die Arbeiten von Marx „nicht als politische Programme gelesen werden sollen, sondern als Mittel zum Verständnis des Charakters des Kapitalismus.“<sup>7</sup>

Es entspricht der lateinamerikanischen Realität von heute, dass im Mittelpunkt als Subjekt der gesellschaftlichen Umgestaltung nicht die Industriearbeiterschaft stehen kann, sondern die Masse der armen Volksschichten, alle Ausgebeuteten, Ausgegrenzten und Unterdrückten, eine These, die kubanische Gesellschaftswissenschaftler schon in den 80er Jahren vertraten.

Die Überwindung der Krise des alternativen Denkens erfolgte jedoch im wesentlichen nicht aus den Gesellschaftswissenschaften heraus, sondern vor allem aus der Praxis der sozialen Bewegungen. Die neuen Erkenntnisse werden nicht in die Massen „hineingetragen“, sie werden an der Basis gewonnen und im Erfahrungsaustausch verallgemeinert. Hier entwickelte sich ein kollektiver Intellekt mit reichen Ausdrucksformen, der mit einer Sprache auftritt, wie sie den zum Handeln gelangten Massen gemäß ist und die mit ihnen bekannten Symbolen und Bezügen geladen ist. Die Bewegung der Zapatisten in Chiapas mit ihren provokativen Thesen und ihrer unkonventionellen Praxis, die Abwehrkämpfe gegen die ALCA, aber auch die Erfahrungen aus unzähligen sozialen Auseinandersetzungen an der Basis in nahezu allen Ländern des Kontinents wurden zu Anstößen für die Theoriebildung.

Diese Entwicklung hat durchaus problematische Züge, auf die Boaventura de Sousa Santos aufmerksam macht, nämlich „einerseits eine Untertheoretisierung der Praxis und andererseits eine Irrelevanz der Theorie. ... Das heißt, aus der Blindheit der Theorie resultiert ein Nichtwahrnehmen der Praxis, während sich aus der Blindheit der Praxis eine Irrelevanz der Theorie ergibt. Dieses gegenseitige Aneinander vorbeizugleiten erzeugt auf der Seite der Praxis ein extremes Schwanken zwischen der revolutionären Spontaneität und einer bis zur Wirkungslosigkeit selbstbeschränkten ‚Politik des Möglichen‘ und auf der Seite der Theorie ein ebenfalls extremes Hin und Her zwischen einem Bestreben der nachvollziehenden Anpassung und einer arroganten Indifferenz gegenüber allem, was die Theorie nicht erfasst.“<sup>8</sup>

Wir meinen jedoch, dass in Lateinamerika bei allen noch vorhandenen Defiziten die Herausbildung neuer theoretischer Ansätze zu beobachten ist. Diese kann zum Teil als ein Wiederaufgreifen von Erkenntnissen, Grundpositionen und Wertesystemen in humanistischer und progressiver Tradition betrachtet werden, die mit der Durchsetzung rationalisti-



scher Denkweisen seit der Aufklärung, mit den Theorien der „Moderne“, mit fortschreitender Entwicklung des Kapitalismus verloren gegangen sind. Es ist ein Prozess der Verbindung der neuen mit Teilen der „klassischen“ Linken, mit sozialen Bewegungen und politischen Kräften in Gang gekommen, die sich neue Orientierungen erarbeitet haben, ebenso mit kritischen Intellektuellen, die mit den Bewegungen in Dialog traten. Namen wie Atilio Borón, Marta Harnecker, Isabel Rauber, Boaventura de Sousa Santos, Enrique Dussel, Anibal Quijano, Ana Esther Ceceña, Gilberto López y Rivas stellen hier nur eine kleine Auswahl der hervorragenden linken Intelligenz des heutigen Lateinamerika dar. Dieser Prozess, der das Bedürfnis nach theoretischer Fundierung und Voraussicht widerspiegelt, gewann vor allem durch die Sozialforen größere Breite. Neben neuen Zeitschriften, linken Bildungs- und Forschungszentren, die eine beachtenswerte Arbeit zur Analyse und Interpretation der neuen Bedingungen, zum Entwurf neuer Strategien leisten, verbreiteten sich über das Internet moderne Formen der Kommunikation und Diskussion, die eine große Masse von Aktivisten in diese Arbeit einbeziehen. Das neue Selbstbewusstsein einer lateinamerikanischen Linken, die nicht mehr fremden Modellen nachfolgen, sondern den lateinamerikanischen Realitäten und Traditionen entsprechende eigene Konzepte für ihren Kampf entwickeln will, findet auch im Forum von São Paulo seinen Ausdruck. Die Berufung auf Simón Bolívar, José Martí, José Carlos Mariátegui und andere hervorragende Theoretiker Lateinamerikas unterstreicht diesen Anspruch.

Angesichts des Scheiterns der sozialistischen Gesellschaften, so der Konsens, seien neue Ansatzpunkte alternativer Gesellschaftstheorie zu finden, neue Antworten auf neue Bedingungen zu suchen, die von den geistigen und kulturellen Wurzeln und von den Realitäten Lateinamerikas ausgehen. Die Schwerpunktsetzungen sind dabei häufig andere als üblicherweise in marxistischen Konzepten: statt von der zentralen Rolle der ökonomischen Basis gehen sie von Werten wie Ethik, Würde, Identität, Autonomie, Subjektivität, Kollektivität und Achtung der Rechte des Anderen aus. Soziale Interessen werden oft höher gesetzt als ökonomische Effizienz im Sinne von Marktwert.

Gedankliche Ausgangspunkte sind dabei: Die befreite Gesellschaft kann kein Spiegelbild der Unterdrückergesellschaft sein. Es geht um eine grundsätzliche Wende der Menschheitsgeschichte, eine Alternative der zivilisatorischen Entwicklung, die nicht nur Befriedigung der materiellen Bedürfnisse und Überwindung der sozialen Übel, sondern eine neue Kultur der Solidarität, partizipative und protagonische Demokratie und ein anderes Verhältnis zur Natur hervorbringen soll. Abgelehnt wird jede Vorstellung von einer Unvermeidlichkeit oder gesetzmäßigen Abfolge der Entwicklung, auch jeder Bezug auf ein Modell. Es gibt aus dieser Sicht auch kein fertiges, abgeschlossenes allgemeines Konzept der Entwicklung (wonach bei uns immer wieder gefragt wird), sondern eine Vielfalt der möglichen Gestaltungen der neuen Gesellschaft, die im Voranschreiten gefunden werden müssen. Preguntando caminamos – fragend schreiten wir voran – lautet die zapatistische Losung. Obgleich der Zapatismus in seiner konkreten politischen Form und gesellschaftlichen Praxis auch in Mexiko eine relativ isolierte Erscheinung geblieben ist, erweist er sich als Teil und Ausdruck einer universellen Entwicklung, wenn man zentrale Begriffe des zapatistischen Diskurses wie Autonomie, Selbst-

verwaltung, Recht auf Diversität ansieht. Im Mittelpunkt dieses Prozesses der Suche nach strategischen Konzeptionen und der Theoriefindung stehen Probleme wie: Leitung nicht als Machtausübung, sondern als Mandat von unten unter ständiger Kontrolle von unten; Demokratie, die nicht durch den Staat zu gestalten ist, als Wesen, nicht Mittel der neuen Gesellschaft; Entwicklung nicht als unbegrenztes Wachstum, sondern als Überwindung von Ungleichheit, nicht als Ressourcenvernutzung, sondern bei Erhaltung der natürlichen Umwelt; Vielfalt statt dogmatisch verkündete Gleichförmigkeit der gesellschaftlichen Entwicklungen und Erfahrungen; Primat kollektiver Interessen gegenüber „westlichem“ Individualismus; Reichtum nicht auf materieller Ebene, sondern als Wohlfühlen in der Gemeinschaft. Hierin ergeben sich Verbindungen zum Zapatismus und zu den Konzepten des „Vivir bien“ (Gutes Leben in Harmonie mit der Natur – nicht Überfluss und Verschwendung) in den indigenen Gemeinschaften der Andenländer, wie sie sich in den neuen Verfassungen Ekuadors und Boliviens widerspiegeln.

Die Gestaltung des Neuen im Alltag, nicht als fernes Zukunftsbild, sondern hier und heute, vor allem aber gespeist aus den Erfahrungen an der Basis und in der Praxis der sozialen Bewegungen, die es miteinander zu verknüpfen gilt, und die Veränderung des Subjekts selbst im Prozess der Umgestaltungen ist für viele linke Aktivisten Leitbild und Eigen Erfahrung. Für Letzteres vermittelt die argentinische Sozialphilosophin Isabel Rauber wertvolle Ansätze. Die Vorstellungen von einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts wurzeln in diesen Überlegungen. Rafael Correa betonte in der erwähnten Rede die Vielfalt der Erscheinungsformen dieses Sozialismus, unter denen er neben anderen den „andinen Sozialismus“, aber auch den „Sozialismus der kubanischen Revolution“ nannte. Der Sozialismus könne nicht in jedem Lande, in jeder Region gleich aussehen. Seine Hauptmerkmale seien der Vorrang der menschlichen Arbeit vor dem Kapital, die Demokratie auf allen Ebenen und die Herausbildung neuer kollektiver Eigentumsformen im Rahmen eines neuen Entwicklungsmodells, das einen Wettbewerb mit dem Kapitalismus nicht zulasse, weil es eine völlig andere Orientierung aufweise.

Die lateinamerikanische Linke ist sich jedoch bewusst, dass in einer globalisierten Welt mehr denn je ein internationales Umfeld für alternative Gesellschaftsprojekte gestaltet werden muss und dass die damit verbundenen Herausforderungen über die Grenzen des Kontinents hinausgehen. Ungeachtet ihres Anspruchs auf Eigenständigkeit und ihrer nationalen und lateinamerikanischen Optionen will sie sich nicht von den Fortschrittskräften in der Welt isolieren, sondern betrachtet sich als Teil einer gemeinsamen Kampffront gegen die neoliberale Offensive. Gerade von Lateinamerika ging bekanntlich die Initiative der Weltsozialforen aus.

### 3. Die Erfolge linker Kräfte im Ergebnis demokratischer Wahlen und ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung in Lateinamerika

#### Veränderung von Kräfteverhältnissen

„Heute leben in Südamerika von je 100 Menschen 80 unter linken Regierungen. Von je 100 Quadratkilometern Oberfläche gehören 81 zu Ländern, die links regiert werden. Von je



100 Dollar des südamerikanischen Bruttosozialprodukts werden 90 durch Wirtschaftsminister linker Regierungen verwaltet.“<sup>9</sup>

Wenn von einem Linksruck in Lateinamerika gesprochen wird, so muss dieser vor allem als Ergebnis harter Auseinandersetzungen, der Massenkämpfe von sozialen Organisationen verschiedensten Charakters anerkannt werden.

Einerseits offenbarte sich die Diskreditierung der herrschenden alten und neuen politischen Eliten bis hin zur vollständigen Delegitimierung der politischen Systeme und traditionellen Parteien, andererseits war ihre reale Dominanz in den Gesellschaften, darunter vielfach ihr Einfluss auf die ärmsten und am meisten ausgegrenzten Teile der Bevölkerung noch nicht gebrochen. Weiterhin war und ist mit der zumindest passiven Zustimmung von Teilen der gutverdienenden modernen Mittelschichten zu bestimmten Aspekten des neoliberalen Diskurses (Individualisierung, Konsummöglichkeiten, Freizeitindustrie u. a.) zu rechnen.

Alternative Konzepte demokratischer Partizipation haben sich vor allem auf kommunaler Ebene herausgebildet und etabliert, wie die Einführung des partizipativen Haushaltes in Porto Alegre, Brasilien, und Montevideo, Uruguay, kommunale Regierungen unter FMLN-Führung in El Salvador seit fast zwei Jahrzehnten. Die Bewegung der Sozialforen trug dazu bei, dass Hunderte von sozialen Bewegungen, Organisationen der Zivilgesellschaft und kritische Intellektuelle kontinentweit miteinander in Kontakt traten und begannen, nach Alternativen zum Neoliberalismus zu suchen. Auch der Blick über den eigenen Kontinent hinaus auf den Zustand der Welt als Ganzes wurde geweitet. In Abgrenzung von den bisher herrschenden Kreisen entstanden neue Mehrheiten, Bündnisse unter unterschiedlicher Führung wurden aufgebaut, Netzwerke geknüpft, von denen gezielte politische Aktionen geleitet wurden.

In den meisten lateinamerikanischen Gesellschaften haben sich so allmählich Veränderungen vollzogen, die Wahlerfolge linker Parteien und Kräfte ermöglichten. Sie sind Ergebnis der Auseinandersetzung mit den herrschenden Strukturen und Kräften über Jahrzehnte, angefangen mit dem Kampf gegen die Militärdiktaturen in den 70er und 80er Jahren, der den Wert der Demokratie ins Bewusstsein rückte und den linken sozialen und politischen Kräften breitere Spielräume eroberte, aber auch nach dem Sieg die Unvereinbarkeit von Demokratie und extremer Armut immer größerer Bevölkerungsmassen aufzeigte.

Im Abschlussdokument der XIV. Tagung des Forums von São Paulo (Mai 2008) wird dazu festgestellt:

„Die Linkskräfte kamen mit Millionen Stimmen in demokratischen Wahlen und auf der Basis der Geschlossenheit der Parteien an die Regierung. Das geschah unter sehr unterschiedlichen Umständen und in vielen Fällen in unterschiedlichsten Versionen von Allianzen mit anderen politischen Parteien und sozialen Kräften. Das ist die Einheit in ihrer Vielfalt und in ihrem Reichtum. Die Einheit der Linken ist die Schlüsselfrage in der neuen politischen Situation des Kontinents.“<sup>10</sup>

Der kostarikanische Publizist Solís Vargas betont: „Die Wahlen sind in diesen Ländern nur das Kampfinstrument gewesen, das innerhalb einer Bewegung für den sozialen, politischen und kulturellen Wandel, die von der organisierten Bürgerschaft ausgeht, am meisten im Blickpunkt stand. Aber in jedem dieser Fälle hat die organisierte Volksbasis eine

sozio-politische Dynamik in Gang gesetzt, die zum Aufbau der Instrumente und Räume für eine alternative Macht führte. ... Keiner dieser Prozesse, nicht einmal der venezolanische mit der starken Führerpersönlichkeit von Chávez, beruht allein auf der Wirkung von Persönlichkeiten. In jedem Fall gibt es eine Basis, komplexe soziale Bewegungen, ohne deren Studium und Begreifen es unmöglich ist, den wirklichen Inhalt dessen zu verstehen, was da vor sich geht.“<sup>11</sup>

Eine Mehrheit der Länder Südamerikas wird heute von linken, progressiven und demokratischen Kräften regiert, und auch in Mittelamerika, in der besonderen Einflussosphäre der USA, haben diese Veränderungen Einzug gehalten. Nach dem Wahlsieg von Hugo Chávez in Venezuela im Dezember 1998 mit einem antineoliberalen, auf die unteren Volksschichten ausgerichteten Programm und dem Erfolg des ehemaligen Metallarbeiters Luiz Inácio Lula da Silva bei den Präsidentenwahlen in Brasilien im Jahre 2002 konnten sich progressive Regierungen unterschiedlichen Charakters auch in Argentinien, Uruguay, Bolivien, Haiti (bei Fortbestehen einer sehr instabilen Lage und eingeschränkter Souveränität), Ecuador, Paraguay, Nicaragua, El Salvador durchsetzen. Einige dieser Regierungen haben bereits Wiederwahlen bestanden (Venezuela, Brasilien, Argentinien, Ecuador). In weiteren Ländern gelangten linke, progressive oder national gesinnte Kräfte in Regierungsnähe. In Mexiko wurde der Wahlsieg des Präsidentschaftskandidaten der PRD, Andrés Manuel López Obrador, nur um Bruchteile von Prozentpunkten verhindert, Vorwürfe des Wahlbetrugs gegen die herrschenden Kräfte konnten nicht überzeugend ausgeräumt werden. In Chile hat die als Kandidatin der Concertación gewählte Sozialistin Michelle Bachelet 2006 ein schweres Erbe neoliberaler Politik angetreten. Obgleich sie in ihrer Amtszeit, die binnen kurzem zu Ende geht, die Hoffnungen der verarmten Bevölkerungsschichten nicht erfüllen, eine Abwendung vom neoliberalen Kurs nicht erreichen und die geplante Reform des politischen Systems nicht durchsetzen konnte, hat sich doch seit ihrem Amtsantritt der Spielraum für alle demokratischen, antidiktatorischen Kräfte in Chile erweitert, sind in Menschenrechtsfragen Fortschritte erzielt worden, haben sich linke Kräfte in der Sozialistischen Partei wieder stärker profiliert und ist das Land auf kontinentaler Ebene in die Gemeinschaft der lateinamerikanischen Staaten zurückgekehrt.

### Inhalte linker Regierungspolitik in der Gegenwart

Die im Forum von São Paulo vereinten linken Kräfte sahen die Aufgabe der alternativen Bewegung des Kontinents darin, von Protest und Widerstand gegen den Neoliberalismus zur historischen Initiative für den Aufbau einer neuen Gesellschaft überzugehen. Sie definierten den Inhalt der gegenwärtigen Etappe übereinstimmend als Vertiefung des Kampfes für Demokratie. Dies ist ein gemeinsamer Nenner, dessen Potential für die weitere Entwicklung von den einzelnen Parteien gemäß ihrer ideologischen Orientierung unterschiedlich eingeschätzt wird: als Ausgangspunkt für die Gestaltung einer prosperierenden sozial gerechten Gesellschaft, eines Sozialstaates auf zunächst weiterhin kapitalistischer Grundlage oder für die Errichtung des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Eine Mehrheit der politischen und auch sozialen Linken in Lateinamerika strebt eine alternative Gesellschaft zum Kapitalismus an. Transformatorische Ziele können aber nur über demokratische Reformprozesse erreicht werden, die wahrscheinlich noch über längere Zeit für



verschiedene Entwicklungswege offen bleiben. Die lenkende Rolle des Staates für die Entwicklung, die nationale Verfügung über die wichtigsten Ressourcen und strategischen Schlüsselzweige der Wirtschaft, das Gemeineigentum an öffentlichen Gütern und Grunddienstleistungen, die soziale und politische Teilhabe sowie die allseitige Integration aller Mitglieder der Gesellschaft sind gegenwärtig gemeinsame Festpunkte dieser Konzeptionen. Der Versuch, sie in reale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik umzusetzen, offenbart die ganze Größe dieser Aufgabenstellung und stößt auf enorme Schwierigkeiten.

Eine Analyse der Ergebnisse des Wirkens linker, demokratischer und progressiver Parteien, die nach erfolgreichen Wahlen in Regierungsverantwortung stehen, fällt sehr differenziert aus. Unterschiedliche Schwerpunktsetzungen ergeben sich schon aus den konkreten historisch gewachsenen Problemsituationen, die vorrangig gelöst werden müssen. So spricht man in Ekuador von einer „Bürgerrevolution“, die die Institutionen erneuern und die staatsbürgerliche Integration aller Bürger (samt der dazu notwendigen sozialen und ökonomischen Voraussetzungen) erreichen soll, in Bolivien von einer demokratischen und kulturellen Revolution, in Uruguay von einem nationalen Projekt des Übergangs zu einem produktiven und sozialen Uruguay, in Venezuela von der Bolivarischen Revolution, die sich in den Sozialismus des 21. Jahrhunderts einordnet. Alle diese Prozesse lassen jedoch Gemeinsamkeiten erkennen:

Soziale Notstandsmaßnahmen und eine wirksame Sozialpolitik zugunsten der Marginalisierten und sozial Benachteiligten gehören angesichts der angespannten sozialen Verhältnisse überall zu den ersten Maßnahmen der Regierungsprogramme. Der Vorwurf, damit Klientelismus zu erzeugen, geht an den tatsächlichen Bedingungen und Erfordernissen in diesen Ländern vorbei. Überlebenshilfe wird kombiniert mit Arbeitsbeschaffungs-, Bildungs- und Gesundheitsprogrammen und weist damit in die Zukunft. Diese Programme werden zum Teil mit solidarischer Unterstützung Kubas und Venezuelas realisiert.

Alle diese Veränderungsprozesse garantieren die Rechte des Einzelnen, die bürgerlichen und politischen Freiheiten, die Einbeziehung als Staatsbürger, die Rechtsstaatlichkeit und die demokratischen Institutionen. In einigen Ländern wurden durch die neuen Verfassungen neben den drei bekannten weitere Formen der öffentlichen Gewalt geschaffen wie die „Bürgergewalt“ – das Recht zur Kontrolle der öffentlichen Institutionen durch die Bürgerorganisationen. Die Grundrechte der Bürger entsprechen den Menschenrechtskonventionen. Die Regierungen sind bestrebt, die von ihnen getroffenen Maßnahmen und die Auseinandersetzungen mit den Gegenkräften in verfassungskonformen Bahnen zu halten.

Für die linken und demokratischen Regierungen geht es in der gegenwärtigen Phase um die Wiederherstellung der gestaltenden Rolle der Politik und die Durchsetzung nationaler Entwicklungspläne unter der Führung eines starken Staates. Im Vordergrund des Kampfes stehen deshalb die Wiedererringung der nationalen Souveränität und der Kontrolle über die eigenen Ressourcen in der Auseinandersetzung mit dem internationalen Kapital, den internationalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen und den in der Welt dominierenden politischen Kräften.

In einigen Ländern sind neoliberale Maßnahmen vorheri-

ger Regierungen bereits rückgängig gemacht worden, so die Privatisierung öffentlicher Güter und von Rohstoffindustrien (Venezuela, Bolivien, Ekuador). Weiteren Privatisierungen wurde ein Riegel vorgeschoben (Uruguay, Brasilien). In Ekuador hat man das Zustandekommen der Auslandsverschuldung einer eingehenden Prüfung unterzogen, die ergeben hat, dass diese zum großen Teil auf ungesetzliche Art zustande kam und daher illegitim ist.

Die gegenwärtigen Linksregierungen streben keinen sofortigen Bruch mit der Logik der kapitalistischen Akkumulation insgesamt an. Sie nehmen auf ökonomischem Gebiet den Wiederaufbau produktiver Strukturen im Zusammenwirken des Staates mit Unternehmern und ausländischen Investoren bei besonderer Förderung der Kleinproduzenten und Genossenschaften ins Visier. Das gilt auch für Venezuela, das mit der Losung, den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ zu errichten, eine Debatte über weiterführende Ziele angestoßen hat. Zwar werden dort in aufgegebenen Betrieben Formen der Arbeiterselbstverwaltung erprobt, aber Grundlage der Entwicklung ist die Verstaatlichung der wichtigsten Zweige der Rohstoff- und Energieproduktion. Nach Jahren der Konfrontation entwickelt sich allmählich eine Zusammenarbeit mit dem privatkapitalistischen Sektor. Zu berücksichtigen ist dabei, dass in Venezuela wie auch in Bolivien der einheimische privatkapitalistische Sektor der Wirtschaft außerordentlich schwach ist.

Ein zentraler Komplex der Entwicklungsstrategie ist die Vertiefung der Demokratie bzw. die Herausbildung einer anderen (partizipativen) Demokratie – in Bolivien auch die Förderung der kommunitären Demokratie und indigenen Autonomie – sowie die breite Einbeziehung der Bevölkerung in die Gestaltung der Gesellschaft. In mehreren Ländern wird dazu der Weg über eine neue Verfassung eingeschlagen. Besonders in Venezuela und Bolivien entwickeln sich neue Formen demokratischer Beteiligung der Volksorganisationen, wird die Aktivität von unten gefördert. Die Demokratie und ihre Institutionen gewinnen dabei eine neue Bedeutung für den Kampf um sozialen Fortschritt und die Transformation der Gesellschaft. Dieses Vorgehen stößt auf erbitterten Widerstand rechter und konservativer Kräfte, die dabei ihre Missachtung demokratischer Normen offenbaren. Die Bedeutung der Demokratie für die Linke kommentiert anlässlich des Staatsstreichs Ende Juni 2009 in Honduras der kostarikanische Publizist Vargus Solis:

„Die Linke ist zur vordersten Linie der Verteidigung der demokratischen Institutionen geworden. ... Im gegenwärtigen Kontext bedeutet dies, neue Formen der Organisation der Bürger und der Partizipation des Volkes zu verteidigen, die diese Institutionen mit neuem Inhalt füllen. Es bedeutet, das Recht auf ein Leben in Würde zu verteidigen, letzten Endes das Recht auf Leben selbst.“<sup>12</sup>

Auf der Tagesordnung der Linksregierungen stehen Strukturreformen, die die Sicherung der Grundrechte des Bürgers wie das Recht auf Bildung, Gesundheit, auf öffentliche Dienste, das Recht auf Arbeit garantieren. Eingeschlossen sind die Durchführung von Agrar- und anderen Reformen wie Stadtreform, Bildungsreform, Justizreform usw.

Für die weitere Entwicklung wird besondere Aufmerksamkeit auf die Herausbildung demokratischer Medien zu richten sein. Die Pressefreiheit ist voll aufrechterhalten. Die stark monopolisierten Medien und Informationssysteme des Kontinents befinden sich weitgehend in den Händen der Gegner





der emanzipatorischen Prozesse, so dass die Arbeit der Regierungen der Bevölkerung oft entstellt oder gar nicht vermittelt wird. Die medialen Angriffe gegen die progressive Entwicklung nehmen an Schärfe zu und überschreiten mit ihren gezielten Desinformationen nach allen Regeln der psychologischen Kriegführung und mit persönlichen Diffamierungen bis zur Mordhetze oft die Grenzen der politischen Kultur und des Rechts. Sie werden im regionalen Rahmen koordiniert, vor allem über das US-amerikanische National Democratic Institute (IDN). Über kommunautaire Radios und andere Medien auf lokaler Ebene und das Internet hinaus bedürfen die progressiven Kräfte einer stärkeren Medienpräsenz und Kommunikation mit den Bürgern.

### Widersprüchlichkeit und Herausforderungen der gegenwärtigen Phase

Der Übergang vom Protest zu einer Alternative wird gerade von den Faktoren behindert, die den Protest hervorgebracht und Millionen Wähler zum Votum für linke Politik geführt haben: von der Zerrüttung und Abhängigkeit der Wirtschaften, der Verkommenheit des politischen Apparats, der Zerstörung des sozialen Zusammenhalts und der Verelendung großer Teile der Bevölkerung in Dimensionen, die mit unseren mitteleuropäischen Maßstäben kaum zu erfassen sind. So verweisen Chavez/Rodríguez Garvito/Barrett im Einführungskapitel ihres empfehlenswerten Buches über die lateinamerikanische Linke mit vollem Recht auf die Dialektik der realen Entwicklung, dass für die neuen linken Regierungen „die Umstände, die ihre Wahlsiege ermöglicht haben, ihre Handlungsfähigkeit beträchtlich einschränken“ und enorme Hindernisse für ein Umsteuern des wirtschaftspolitischen und sozialen Kurses darstellen.<sup>13</sup>

Es zeigt sich, dass die Überwindung des neoliberalen Erbes, das mit den Merkmalen der Unterentwicklung und der Außenabhängigkeit zusammentrifft, auch unter linken Regierungen ein langwieriger und immer wieder gefährdeter Prozess sein wird. Sie übernehmen Schuldenberge, verworrene Staatsfinanzen, zerstörte Industriestrukturen, von Korruption und CIA-Tätigkeit durchsetzte Beamtenapparate, eine hohe Kriminalitätsrate, verslumte Städte und die Herrschaft der Drogenmafia über ganze Stadtviertel. Fast erdrückend sind die Probleme des sozialen Elends, deren schnelle Lösung von den neuen Regierungen erwartet wird. Linke Minister müssen mit alten Strukturen und Kräften im Staatsapparat arbeiten, die als Hemmschuh wirken, und das Personal der Linken reicht oft nicht aus, um allen Erfordernissen gerecht zu werden. In den gesellschaftlichen Organisationen macht sich der Abzug fähiger Führer für staatliche Aufgaben bemerkbar. Gering sind allgemein die Fortschritte bei der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der Lohnarbeiter. Die neuen Verfassungen in Venezuela, Bolivien, Ecuador untersagen immerhin Auswüchse der Ausbeutung von Lohnarbeit unter neoliberalen Bedingungen, und die Arbeit von Gewerkschaften erfährt keine Behinderungen. Gegen Sklaverei wurde dort, wo solche Verhältnisse entdeckt wurden (Brasilien, Bolivien) konsequent vorgegangen. Im makroökonomischen Kontext stoßen die Linksregierungen auf die Schwierigkeiten, die sich aus der Einbindung der Länder in die ungleichen internationalen Wirtschaftsbeziehungen und dem Druck der ökonomisch Stärkeren ergeben. Sie müssen aber zum Teil auch auf nationaler Ebene der Notwendigkeit breiter politischer Allianzen, in denen Vertreter der nationalen Bourgeoisie

die bedeutende Positionen einnehmen, gerecht werden. So ist besonders für Brasilien und Uruguay festzustellen, dass diese Regierungen sich wirtschaftspolitisch noch keinesfalls von neoliberalen Praktiken gelöst haben, aber bestrebt sind, ihrer Sozialpolitik einen höheren Stellenwert einzuräumen. Wenn auch nicht mit gleicher Orientierung wie in den Nachbarländern, realisierten in Argentinien die Kirchner-Regierungen seit 2003 eine Politik der Stärkung der nationalen Souveränität. Argentinien ist neben Venezuela ein Beförderer lateinamerikanischer Integration.

Deutlich wird die Suche nach Alternativen der Wirtschaftsentwicklung, die die Akzente der wirtschaftlichen Tätigkeit mit Hilfe der regulierenden Rolle des Staates dauerhaft in Richtung der Entwicklung des Binnenmarktes, der Förderung produktiver Strukturen und der Diversifizierung der Wirtschaft verschiebt. Aber es wird auch klar, dass diese Aufgaben nicht nur im Rahmen eines Landes gelöst werden können. Das schließt ein Projekt der lateinamerikanischen Integration ein, das über den Mercosur, einen vom transnationalen Kapital unterwanderten Wirtschaftsblock, hinausgehen muss. Möglicherweise eröffnet das Projekt ALBA einen solchen Weg, der nicht nur eine wirtschaftliche Integration beinhaltet, sondern auch die Tür zur Integration der lateinamerikanischen Völker öffnet.

Im Forum von São Paulo schätzten die lateinamerikanischen Linken ein:

„Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich das Kräfteverhältnis auf dem Kontinent bis heute sehr zugunsten der Ideen verändert hat, die die Mitgliedsparteien des Forums von São Paulo verteidigen. Man muss jedoch auch daran erinnern, dass die Fortschritte der linken und progressiven Kräfte neben den enormen Möglichkeiten alte und neue Probleme mit sich bringen. Außerdem bedeuten unsere Erfolge weder, dass der Neoliberalismus bereits besiegt ist, noch dass wir kurz davor stehen, das historische Entwicklungsmuster des Kapitalismus in der Region zu überwinden. Und dies trotz der großen Anstrengungen, die viele Regierungen unserer Region unternehmen, um die Souveränität, die Demokratie und die soziale Ausrichtung der Politik zu vertiefen.“

Im Ergebnis der Analyse der internationalen Lage, besonders der Situation in Lateinamerika, können wir feststellen, dass wir uns in einer außerordentlich widersprüchlichen Phase befinden. Auf der einen Seite behaupten die neoliberalen Kräfte ihre Hegemonie im sozial-ökonomischen Bereich, bei der Führung der internationalen Institutionen und der Kontrolle des Militärapparates. Zudem haben sie weiterhin die Regierungsgewalt in einer Reihe von Ländern der Region in ihren Händen. Andererseits haben die progressiven, demokratischen und sozialistischen Kräfte einen Teil jener Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit zurückgewonnen, die sie bereits vor 1990 besaßen. Außerdem besetzen sie wichtige Positionen in den Regierungen vieler Länder der Region und versuchen von diesen Positionen aus die sozialen Verhältnisse und das Funktionieren der nationalen und regionalen Wirtschaft wiederherzustellen.“<sup>14</sup>

Man kann somit feststellen: In Lateinamerika begann ein Prozess von gesellschaftlichen Veränderungen, die Rafael Correa, der Präsident Ekuadors, als Beginn einer neuen Epoche bezeichnete.<sup>15</sup> Diese Veränderungen entsprechen nicht dem in der Vergangenheit von den Linken verfolgten Bild revolutionärer Wandlungen, auch nicht den bisherigen lateinamerikanischen Erfahrungen revolutionärer Prozesse, obwohl



sie von den Befreiungsbewegungen der Vergangenheit und ihrem Gedankengut inspiriert werden. Sie stehen nicht unter der Führung der „klassischen“ Linken, die sie nur zum Teil unterstützt, zum Teil sogar argwöhnisch beobachtet und kritisiert. Sie manifestieren nicht die führende Rolle der Arbeiterklasse und die Merkmale eines „revolutionären Bruchs“ mit den bestehenden Institutionen, keinen Einsatz von (bewaffneter) Gewalt zur Eroberung der Macht, sondern vollziehen sich unter Nutzung der demokratischen Errungenschaften, der demokratischen Institutionen, der vollen Anerkennung und Erweiterung der Menschenrechte. Sie werden geprägt von einer bisher nicht gekannten fordernden und umgestaltenden Aktivität breiter Volksmassen. Zugleich beweisen sie die große Bedeutung und Notwendigkeit der Organisation sowie die entscheidende Rolle hervorragender Persönlichkeiten, die an ihre Spitze treten. Bei alledem gilt es die Vielfalt und Differenziertheit der Wege und Erfahrungen nicht als Hindernis der Zusammenarbeit anzusehen, sondern zu respektieren und als Bereicherung zu nutzen. Es ist ein besonderes Merkmal der heutigen Umgestaltungsprozesse in Lateinamerika, dass sie mit Kuba, das seinen revolutionären Weg in einer anderen Epoche begann, eng verbunden bleiben, seine Erfahrungen und solidarischen Potenzen nutzen können und ihm dadurch, dass es in diese Gemeinschaft eingeschlossen bleibt, zugleich das Auffinden neuer Entwicklungsansätze für die sozialistische Gesellschaft erleichtern. Diese Prozesse treffen auf nie da gewesene innergesellschaftliche Probleme und stehen vor völlig neuen Herausforderungen auf internationalem Gebiet. Es kann nicht überraschen, dass die Lösungsansätze dafür erst schrittweise gefunden werden. Die Errungenschaften sind noch ungefestigt und bleiben in vielem unter den Erwartungen der Volksmassen. Die neuen Regierungen Lateinamerikas stehen von Anfang an unter heftigen Angriffen der inneren und äußeren Reaktion.

Umso wichtiger ist die Möglichkeit, sich gegenseitig zu stützen. Seit den Unabhängigkeitskriegen am Beginn des 19. Jahrhunderts waren noch nie so viele Länder des Kontinents gleichzeitig in so tiefgehende und weitreichende politische und soziale Umbruchprozesse einbezogen. Wie es scheint, dehnen sich diese Prozesse weiter aus und greifen jetzt auch auf Mittelamerika über.

„Wir stehen am Anfang eines neuen Zyklus des revolutionären Voranschreitens, und es gilt die Herausbildung der subjektiven Faktoren zu beschleunigen, um neue historische Frustrationen zu verhindern“,<sup>16</sup> sagte die chilenische Sozialwissenschaftlerin Marta Harnecker in einem Interview. Sie bezog sich damit vor allem auf Erscheinungen mangelnder Einheit und fehlender gegenseitiger Respektierung unterschiedlicher Ansätze in den Reihen der Linken und auf Konflikte und Streitigkeiten zwischen den progressiv geführten Ländern, die den Gegnern dieser Umgestaltungen nützen.

In einigen Ländern breitet sich Enttäuschung über zu geringe Fortschritte in Richtung auf einen neuen Kurs aus. Berechtigt erscheinen die kritischen Worte von Beatriz Stolowicz: „Wir stellen fest, dass die Linke Unzulänglichkeiten aufweist, um der Offensive der Rechten entgegenzutreten, und zugleich auch die politische Vertretung ihrer sozialen Basis nicht adäquat wahrnimmt. Sie erkennt nicht die Reichweite der Forderungen dieser Basis, noch dass sie zu viel weiter reichenden Kämpfen bereit ist, als die Parteien sie konzipieren. Einige Führer erklären ihre ‚Vorsicht‘, ihre ‚Mäßigung‘

oder ihren ‚Realismus‘ mit dem angeblichen Zustand der Gesellschaft. Oft sind es aber ihre eigenen Entscheidungen, sei es, weil sie fürchten oder nicht bereit sind, die Spielregeln des Systems der Regierbarkeit zu überschreiten, sei es wegen der hemmenden Wirkungen, die die früheren Niederlagen langfristig haben, oder weil sie als konservative Einstellung der Menschen interpretieren, was oft in Wahrheit Verzweiflung ist. Das erweist sich besonders deutlich unter den Jugendlichen. Es kommt auch vor, dass die Führer im Namen dieser Vorsicht soziale und politische Kontrolle über ihre soziale Basis ausüben, und das nicht nur in der Konfrontation mit den herrschenden Kräften. Wir sehen auch bei den Linksregierungen Praktiken der Kontrolle über ihre Parteien und über die sozialen Organisationen, die Gewerkschaften zum Beispiel, indem man darauf drängt, dass sie auf ihre Unabhängigkeit verzichten und sich den Erfordernissen der Regierungspolitik im Hinblick auf die Wahlen anpassen. Wie scharf kritisierten viele von denen, die heute diese Einschränkung der Unabhängigkeit der Klasse verteidigen, einst den Stalinismus!“<sup>17</sup>

Anschließend soll die Entwicklung in Venezuela und in Brasilien, als zwei stark differierende Fallbeispiele, näher betrachtet werden.

### Der Bolivarische Prozess in Venezuela und die Impulse für eine neue Form der regionalen Integration

Mit Wahlen und einer Verfassungsdiskussion begann auch in Venezuela der Prozess der Bolivarischen Revolution, der sich in seinen ideologischen Grundlagen auf eine Synthese von marxistischen Erkenntnissen, linkschristlichen Vorstellungen und den Grundinhalten der Befreiungsströmungen des lateinamerikanischen Denkens seit Simón Bolívar stützt. Von einem zivil-militärischen Bündnis in Gang gebracht und durch einen Wahlsieg demokratisch eingeleitet, nimmt sie immer deutlicher Züge einer großen, die ganze Gesellschaft umwälzenden Volksrevolution an. Es war der „Caracazo“ 1989, die erste große soziale Explosion in der neoliberalen Ära, der trotz der geringen Organisiertheit des sozialen Protestes in jener Zeit in Venezuela anzeigte, dass es, wie E. Lander 2005 in einem Interview sagte, „einen brodelnden Herd aus Unzufriedenheit und Zurückweisung gab“<sup>18</sup> und die unteren Schichten nicht mehr bereit waren, ihre Lage weiter zu ertragen. Für die Kräfte um Chávez wurde dieser Ausbruch zum Signal. „Es explodierte das Caracas von Bolívar“, sagte Chávez in seiner Rede vor dem Parlament zur Rechenschaftslegung über die Regierungstätigkeit im Jahre 2008. „Und wir sind Produkt jener Stürme, das sollten wir nicht vergessen.“<sup>19</sup>

Diese Revolution trägt in ihrer Entwicklung so viel Eigenes und Neues in die Praxis und die Theorie, dass auch auf Seiten linker Kräfte, vor allem, wenn diese ihre Erfahrungen unter ganz anderen Bedingungen, in Europa, gewinnen, die Schwierigkeiten, sie „einzuordnen“, verständlich sind. Bei der Bewertung darf nicht vergessen werden, dass die Entscheidungen im Prozess dieser Revolution immer wieder von einer Mehrheit des Volkes in Abstimmungen demokratisch legitimiert wurden. Die Bevölkerung Venezuelas, von der wir wissen, dass ein Teil in erbitterter Opposition zur Regierung Chávez steht, erteilte in ihrer Gesamtheit dieser Regierung bei Befragungen einen weit höheren Wert im Hinblick auf das Funktionieren der Demokratie als in jedem anderen Lan-



de Lateinamerikas, wo die Zufriedenheit mit der Demokratie allgemein gering ist. Die Mehrheit des Volkes steht hinter diesem revolutionären Prozess, der sich nicht zuletzt durch seine umfangreichen Sozialprogramme für die ärmsten Teile der Bevölkerung auszeichnet, aber auch durch die Herstellung des staatlichen Eigentums an den wichtigsten Industriezweigen und Dienstleistungen. Die Regierung Chávez war die erste, die neoliberale Privatisierungen nicht nur stoppte, sondern rückgängig machte. Dazu kommen eine Agrarreform, neue Formen der Partizipation und Freiräume für die Eigeninitiative von unten sowie durch Initiativen für die regionale Integration und Solidarität auf internationaler Ebene.<sup>20</sup>

Die Bolivarische Revolution in Venezuela hat im Prozess der lateinamerikanischen Umwälzungen eine vorgeschobene Position inne. Ihre Führungskräfte gelangten in der Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Marktliberalismus innerhalb kurzer Zeit von Vorstellungen eines „dritten Weges“, eines in sozialstaatlichen Bahnen gebändigten Kapitalismus, dahin, die kapitalistische Gesellschaft überhaupt in Frage zu stellen und den Weg in eine sozialistische Gesellschaft zu suchen. Carolus Wimmer, bis 2005 Direktor für internationale Beziehungen im venezolanischen Parlament und Mitglied der Führung der Kommunistischen Partei Venezuelas, beschreibt diesen Prozess: „Es begann mit der Idee, einen neuen Staat mit einer neuen Verfassung aufzubauen, Gerechtigkeit zu schaffen, auch unter dem Bild der christlichen Nächstenliebe. Ein Großteil der Bevölkerung und auch unser Präsident durchlebten qualitative Sprünge, nicht zuletzt durch den Druck von außen. Will man Armut bekämpfen, muss man auch über den Kapitalismus sprechen, der diese Armut hervorgebracht hat.“<sup>21</sup>

Zur Beschleunigung dieses Prozesses trug bei, dass Chávez nicht auf Verbündete in den Kreisen des einheimischen Kapitals zählen konnte und dass die Versuche des „Rückrollens“ dieser Umgestaltungen in Venezuela besonders brutal und gewalttätig waren. Die Erdöloligarchie Venezuelas war in so enger Weise mit dem transnationalen Kapital verknüpft, dass bei der Rückführung des Erdölkonzerns PdVSA in Staatshand die Machtfrage auf ökonomischem Gebiet im wesentlichen die Konfrontation mit dem nationalen und internationalen Kapital bedeutete.

Bereits im Januar 2005 sagt Hugo Chávez in seiner Rede auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre: „Kapitalismus ist Barbarei. Ich bin jeden Tag mehr der Überzeugung, ... dass es notwendig ist, den Kapitalismus zu überwinden. Aber ich füge hinzu: Den Kapitalismus kann man nicht innerhalb des Kapitalismus überwinden. ... Der Weg, auf dem das kapitalistische Modell überwunden wird, ist der wirkliche Sozialismus, ist Gleichheit, ist Gerechtigkeit.“<sup>22</sup> Diese sozialistische Zielstellung des Prozesses vertrat Chávez bereits im Präsidentschaftswahlkampf von 2006 ganz offen. Daher ist in seiner Wiederwahl die Zustimmung der Mehrheit des Volkes zu seinem Konzept zu sehen. Die Diskussion um die weitere Zielstellung der Revolution charakterisiert Carolus Wimmer folgendermaßen: „Der Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit ist eine Konstante in der Geschichte der Welt. Wir müssen aus der Vergangenheit lernen und Erfahrungen aufarbeiten und diese an die lokalen Verhältnisse in Venezuela anpassen. Es ist fundamental, dass neue Fernziele aufgezeigt werden. Es geht nicht um Reformen im Kapitalismus, sondern um die Suche nach neuen Lösungen, und wir nennen das ‚Sozialismus im 21. Jahrhundert‘. Diese Sozialismuskus-

sion ist also Teil der Bolivarischen Revolution, ein logisches und dynamisches Fortschreiten in diesem Prozess. Das bedeutet nicht, dass wir den Sozialismus per Dekret herbeischaffen könnten, sondern dass wir konkrete Lösungen finden müssen für eine neue, nichtkapitalistische Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber auch Außenpolitik. Unsere Konzepte lauten Solidarität, Kooperation und gegenseitige Hilfe.“<sup>23</sup>

Die Schaffung einer humanistischen und solidarischen Gesellschaft bedingt den Übergang zu einer anderen Logik der Wirtschaftstätigkeit im Interesse der Menschen statt des Profits, die Kontrolle des Staates über die strategischen Bereiche der Wirtschaft, aber im Interesse der Erweiterung des Arbeitsplatzangebots auch die Einbeziehung des privatkapitalistischen Sektors in die staatlichen Zielstellungen, die sich jetzt mit der Veränderung des Kräfteverhältnisses im Lande anbahnt.

In einem Land, in dem 75 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebten, war eine Grundvoraussetzung für jeden Transformationsvorschlag, die Menschen aus der Armut herauszuholen und den gesellschaftlichen Ausschluss von Millionen zu beenden. Dafür wurde ein ganzes System von Maßnahmen ergriffen. Die auf diesem Gebiet erzielte Leistung der venezolanischen Entwicklungspolitik, die innerhalb von 10 Jahren 2,7 Millionen Menschen aus der Armut befreite, kann nicht hoch genug gewürdigt werden. Der Hinweis, dass hohe Staatseinnahmen aus dem Erdöl dafür die Möglichkeit boten, verkleinert sie nicht, denn hohe Erdöleinnahmen gab es auch vor der Regierung Chávez.

Weitere Schritte von überragender Bedeutung unternahm der Bolivarische Prozess mit der Förderung eigenständiger Initiativen von unten und der Anregung der Organisation der Bürger auf den verschiedensten Ebenen. Ihnen wurden große Möglichkeiten der Initiierung eigener Projekte, der Beteiligung an Entscheidungen und der Übernahme von Verantwortung geboten. Mit den kommunalen Räten wurden an der Basis Organe einer Volksmacht geschaffen, deren Tragweite vor allem darin zu sehen ist, dass sie den Umgestaltungsprozess allmählich aus seiner strikten Kopplung an die staatlichen Organe lösen können. Damit geht auf allen Ebenen ein intensiver Prozess der kostenlosen und sogar mit Stipendien gestützten Bildung von der Elementarbildung bis zur Hochschule einher.

Mitbestimmung wird auch für die neu aufgebaute Gewerkschaftsbewegung zur Grundfrage für die Entwicklung und das Einbringen ihrer Kräfte in die gesellschaftliche Entwicklung. In verschiedenen Betrieben, die von ihren Besitzern wegen Unrentabilität aufgegeben wurden, hat die Belegschaft, ähnlich wie dereinst in Kuba, in Arbeiterselbstverwaltung die Leitung in die Hand genommen und sammelt Erfahrungen in einer neuen Art, Betriebe zu führen.

Hatte in den Anfängen des Umgestaltungsprozesses und bei der Abwehr von Umsturzversuchen die allgemeine Massenmobilisierung genügend Potentiale hervorgebracht, so wurde für die planmäßige Aufbauarbeit zunehmend eine organisierte politische Kraft erforderlich, die die Regierungspolitik stützt. 2007 begann der Aufbau der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) als ein zentral von oben eingeleiteter Prozess. 2008 fand der Gründungsparteitag statt. Aufnahmeanträge stellten 5,7 Mio. Menschen, was sicher nur als ein allgemeines Bekenntnis zum Bolivarischen Prozess gewertet werden kann. Die Beteiligung an aktiver Parteiarbeit erweist sich als wesentlich geringer. Die PSUV



bekannt sich zu pluralistischen Ideen, die auf den Sozialismus des 21. Jahrhunderts als politisches Ziel gerichtet sind, und soll als ein politisches Instrument zur Herstellung der Einheit der Volksmassen wirken. Die Abgrenzung zwischen Partei und Staat ist bisher nicht völlig klar und auch insofern schwierig, da den Basisorganisationen der Partei die Erfassung und Unterstützung der Aufgaben der Regierungsprogramme für das jeweilige Territorium zukommen soll. Bei Gründung der PSUV kam es zu gewissen Konfrontationen mit anderen den Prozess unterstützenden linken Parteien wie der Kommunistischen Partei Venezuelas und der Partei Vaterland für Alle (PPT), die nicht bereit waren, ihre Strukturen aufzulösen. Später wurde jedoch ein Bündnis aller die Bolivarische Revolution unterstützenden Parteien, die Patriotische Allianz, ins Leben gerufen. Im Parteiformierungsprozess bildeten sich auch einige neue Parteien heraus, die sich als Kritiker des Regierungskurses von links betrachten (Neuer Revolutionärer Weg, NCR, Revolution und Sozialismus – PRS).

In Venezuela, das in der progressiven Entwicklung die längsten Erfahrungen sammeln konnte, offenbaren sich aber auch zunehmende Probleme und Nichtübereinstimmungen von politischen Zielen und politischer Praxis.

Das Projekt einer neuen Gesellschaft in Venezuela hat in den knapp zehn Jahren seiner Entwicklung eine Grundfrage noch nicht lösen können: die Überwindung der einseitigen Ausrichtung der Wirtschaft auf Erdölförderung und -export sowie den Aufbau einer tragfähigen diversifizierten Wirtschaftsstruktur. Ansätze der Entwicklung einer Industriestruktur in Kooperation mit ausländischen Partnern wie China, Iran, Brasilien oder Russland stecken noch in den Anfängen. Die hohe Importabhängigkeit des Landes und mangelnde Effektivität der Inlandproduktion sind bestimmend geblieben. Dies bestätigt die internationale Erfahrung, dass die Überwindung von Rückständigkeit und Abhängigkeit ein schwieriger und langwieriger Prozess ist. Die Verringerung der Staatseinnahmen aus dem Erdöllexport in der internationalen Krise musste auch den Sozialhaushalt Venezuelas empfindlich treffen. Es mehren sich kritische Stimmen im Lande, dass der Aufbau einer produktiven Basis Vorrang vor überzogenen politischen Zielstellungen haben muss. Nicht unberechtigt, allerdings auch wenig willkommen bei der Führung sind Mahnungen, dass man das, was man verteilen will, erst einmal produzieren muss, wie sie der aus seinem Amt scheidende Verteidigungsminister General Raúl Isaías Baduel aussprach.<sup>24</sup> In dem täglichen Lebenskampf der Bevölkerung machen sich Unzulänglichkeiten der Organisation der kommunalen Angelegenheiten, Ineffektivität und Arroganz der Arbeit der Behörden, Versorgungsmängel, Sorge um die persönliche Sicherheit durch wuchernde Kriminalität, der Verfall ganzer Stadtteile spürbar. Erbitterung über Korruption und Besserstellung von neuen politischen Eliten, Unzufriedenheit mit Missständen, mit der Behinderung unabhängiger Organisation, der Unterordnung von Eigeninitiativen unter staatliche Aufsicht, mit einem autoritären Führungsstil hoher Funktionäre breiten sich aus. Dahinter stehen Mängel oder Missachtung der politischen Gewaltenteilung, Versäumnisse der Bündnispolitik und mangelndes Bemühen um die Einbeziehung kritischer Kräfte oder Andersdenkender, aber auch die ungenügende Klärung der Frage, was unter dem Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu verstehen sei.

Die Niederlage der Regierung beim Referendum über Ver-

fassungsänderungen, die den Weg zum Sozialismus öffnen sollten, im Dezember 2007 – nach den vielen von Chávez hoch gewonnenen Wahlen seit 1999 – wurde im wesentlichen nicht durch die Gegenstimmen einer politischen Opposition, sondern durch die Verweigerungshaltung von Anhängern verursacht. Drei Millionen Bürger, d. h., 40 Prozent der Wahlberechtigten, blieben den Wahlurnen fern. Der venezolanische Sozialwissenschaftler Edgardo Lander, der mit sozialen Bewegungen seines Landes und Lateinamerikas eng verbunden ist, kommt in einer Analyse dieses in Venezuela als politisches Erdbeben empfundenen Ereignisses zu folgenden Schlussfolgerungen:

„Das war ... die einmalige Gelegenheit, Unmut, Nichtzustimmung, Zweifel und Unzufriedenheit mit der Regierung und dem politischen Kurs zum Ausdruck zu bringen, ohne die Fortsetzung des Transformationsprozesses zu gefährden und ohne für die Opposition zu stimmen. Dazu kamen Zweifel und Unzufriedenheit mit dem Vorschlag zur Verfassungsreform. Wenn sich das so verhält, muss das als ein Beweis für politische Reife und Selbstständigkeit der Volksschichten anerkannt werden, im Gegensatz zu den Vorstellungen vieler Analysten und Politiker, sowohl in der Regierung wie auch in der Opposition, die von der Existenz eines messianischen Führers und eines Volkes ausgehen, das ihm blind und ohne die Fähigkeit zu eigenen politischen Vorstellungen folgt. Es wird deutlich, dass die Politisierung des Volkes in den letzten Jahren jetzt Ergebnisse zeigt.

Ebenso können wachsende Unzufriedenheit mit bestimmten Aspekten des politischen Prozesses und mit Schwächen der offiziellen Politik Ursachen sein, möglicherweise auch die verbesserten Lebensbedingungen und die damit verbundenen Zukunftserwartungen. Wenn wir davon ausgehen, dass wir eine Volksregierung haben, wird die Unzufriedenheit größer sein, wenn manche Dinge nicht funktionieren ... Offensichtlich sind in den neun Jahren des bolivarianischen Prozesses in Venezuela die bedeutendsten Wandlungen in der politischen Kultur der Volksmassen vor sich gegangen. Sie finden ihren Ausdruck im Organisationsniveau, in der Festigung der sozialen Verhältnisse, im erstarkten Zugehörigkeitsgefühl sowie in der individuellen und kollektiven Würde. Die Idee der Partizipation ist weit davon entfernt, nur eine rhetorische Floskel zu sein, sie ist in die Praxis umgesetzt worden und hat die Erwartung geweckt, auf weitere Bereiche ausgedehnt zu werden. Mehr noch, Partizipation wird immer mehr als ein Recht wahrgenommen.“<sup>25</sup>

Das Ergebnis der Regionalwahlen vom November 2008, die gegenüber diesem Referendum einen Stimmenzuwachs von 1,1 Mio. Stimmen für die den Umgestaltungskurs unterstützenden Kräfte brachten, obgleich sie auch auf Probleme und kritische Stimmungslagen besonders in bevölkerungsreichen Gebieten aufmerksam machten, bestätigt diese Wertungen. Präsident Chávez genießt durchaus weiterhin Vertrauen und bleibt eine anerkannte Führerposition. Die Weiterführung des Transformationsprozesses wird von der großen Mehrheit befürwortet, aber die Basiskräfte des revolutionären Prozesses in Venezuela sind über die Rolle des „Geführten“ hinausgewachsen. In der heutigen Entwicklung in Venezuela offenbaren sich wichtige neue Erscheinungen der gesellschaftlichen Umgestaltungsprozesse auf der Ebene der Subjekte der Veränderungen.

Nicht nur unter Intellektuellen, auch an der Basis der bolivarianischen Bewegung wächst das Bedürfnis, über das Ziel So-



zialismus mehr Klarheit zu gewinnen, es von gescheiterten Sozialismuserfahrungen abzugrenzen. Es werden Fragen aufgeworfen, die aus der Endzeit der staatssozialistischen Gesellschaften durchaus bekannt erscheinen. Als Alternative zum Kapitalismus kann nur eine Gesellschaft mit umfassender Demokratie angestrebt werden. Wie ist sie zu sichern? Welcher effektiver Korrektive bedarf sie? Das Verhältnis zwischen der Rolle des Staates und der Autonomie der sozialen Organisationen, zwischen zentraler Leitung und Eigeninitiative, die Abgrenzung zwischen Staat und Regierungspartei, die Fragen der Gewaltenteilung und des Verhältnisses von konstituierter und konstitutiver Macht, die sich in Fragen des praktischen Lebens umsetzen, treten bereits in der jetzigen Phase auf die Tagesordnung. Eine postkapitalistische Gesellschaft muss zudem ein neues Zivilisationsmodell im Einklang mit der Natur verkörpern. Angesichts der ererbten venezolanischen Wirtschaft, die sich auf den Erdölreichtum gründet, wirft dieses Ziel grundsätzliche Probleme auf, die eine breite Diskussion in der Gesellschaft verlangen.

Unter Konflikten, Irrtümern und ihrer Berichtigung, Innovationen und Altlasten bewegt sich so ein Umgestaltungsprozess voran, der auch bei bestimmten Anklängen an kubanische Erfahrungen der ersten Periode einen Reichtum neuer Lösungen und Erfahrungen bringt.

Auf die Frage nach der Bedeutung des Bolivarischen Prozesses in Venezuela für Lateinamerika antwortete A. Borón in dem schon zitierten Interview:

„Ich glaube, dass es ein sehr wichtiger, sehr in die Tiefe gehender Prozess ist. Es gibt Dinge in Venezuela, die eine Wende in der Geschichte dieses Landes sind und die bewirken, dass Venezuela niemals mehr so sein wird, wie es vorher war. Ich glaube, dass bei allen Einschränkungen und allen Irrtümern, die die Regierung Chávez vielleicht begangen hat, ein Prozess in Gang gekommen ist, der eine außerordentliche Dynamik besitzt und enorme Möglichkeiten eröffnet. ... Schwierigkeiten treten immer auf, besonders wenn es sich um eine Regierung wie die von Chávez handelt, die eine in der Geschichte Lateinamerikas absolut unerhörte Politik betreibt, mit Ausnahme Kubas natürlich. Sicher funktioniert die Bürokratie nicht so gut wie sie sollte, sie ist langsam, ungeeignet für große Projekte, es gibt Probleme mit der Ausbildung von Führungskadern der Revolution, aber über alle diese Probleme hinaus ist die Revolution in dem Bewusstsein, das der Chavismus bewirkte, eine unumkehrbare Erscheinung. ... Es ist ein demokratischer Prozess. Die Pluralität der Meinungen ist willkommen. Der ganze Bolivarische Prozess bringt enorme Hoffnungen für das Lager des Volkes. Die Kraft, die er besitzt, ist nicht nur für Venezuela, sondern auch für die Nachbarländer der Region von großer Bedeutung.“<sup>26</sup>

Venezuela ist Impulsgeber für das Projekt eines neuen Typs regionaler Integration, die eine über den wirtschaftlichen Bereich hinausgehende Kooperation darstellen soll. Das Projekt ALBA (Bolivarische Alternative für Amerika) ist in den Dienst von Armutsbekämpfung und sozialer Entwicklung gestellt, es zeigt neue Handlungsspielräume für ein Ausbrechen aus dem neoliberalen System auf und berücksichtigt mit seinen Grundsätzen Kooperation, gegenseitige Ergänzung und Solidarität das unterschiedliche Entwicklungsniveau und die spezifischen Interessen der Partnerländer. Es startet vielfältige Initiativen für eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Staatsunternehmen, aber auch Regionen oder Kommunen.

Mitten in der Wirtschafts- und Finanzkrise des kapitalistischen Systems besteht die von Venezuela angeregte „Bank des Südens“ ihre ersten Bewährungsproben, zeichnen sich Grundlagen einer eigenständigen Finanzarchitektur Lateinamerikas ab. Unter dem Druck einheimischer und internationaler Finanzkreise teilen allerdings nicht alle Regierungen die Vorstellung Venezuelas, dass die neuen Finanzsysteme nach einer anderen Logik als die im IWF oder der Weltbank gewohnten funktionieren sollen. So gibt es unterschiedliche Meinungen über das Gewicht der Stimmen im Direktorium der Bank des Südens (ein Land/eine Stimme, wie Venezuela fordert, oder traditionell nach der Höhe der Einlagen, wie Brasilien verlangt).

Weitere Beispiele von staatlichen Gemeinschaftsunternehmen im Sinne der ALBA-Prinzipien entwickeln sich auf Gebieten der Infrastruktur, darunter seit Mitte 2005 der gemeinsame Fernsehsender „TeleSur“. Er stellt eine Alternative zu den konservativen Medien des Kontinents dar, vor allem zu US-Nachrichtensendern wie CNN und Univisión oder der britischen BBC. Wirtschaftlich wird er derzeit von fünf Ländern getragen, Venezuela (46%), Argentinien (20%), Kuba (19%), Uruguay (10%) und Bolivien (5%). Das zentrale Studio ist in Caracas angesiedelt. Sendungen und Beiträge werden aus verschiedenen Ländern unter anderem über ein eigenes Korrespondentennetz zugeliefert. Dem Beirat des Senders gehören bekannte lateinamerikanische und internationale Intellektuelle wie der Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel oder die Autoren Ernesto Cardenal und Eduardo Galeano an. Bisher lässt allerdings Argentinien, obgleich Mitträger des Projekts, nicht die freie Ausstrahlung der Programme zu, ein Beispiel für die ambivalente Haltung dieser Regierung.

Das solidarische Projekt ALBA, obgleich vielfach mit Skepsis begrüßt, gewinnt zunehmend an Ausstrahlung und wird besonders für die Bewältigung der Krisenfolgen in Lateinamerika weiter an Bedeutung gewinnen.

## Die Entwicklung in Brasilien und die Ergebnisse der Regierung Lula

**a.) Brasiliens Stellung in Lateinamerika und in der Welt**  
Mit dem Ende 2002 errungenen Wahlsieg von Luíz Inácio „Lula“ da Silva gelang einer linkssozialistischen Partei nach langen Jahren des Kampfes ein wichtiger politischer Erfolg. Er bot die Möglichkeit, im größten und wirtschaftlich stärksten Land Lateinamerikas politische und soziale Ziele zu erreichen, die linke Parteien und soziale Bewegungen in der Auseinandersetzung mit konservativen und neokonservativen Kreisen seit langem anstrebten.

Für die Linke Lateinamerikas stellte sich die Frage, wie Präsident Lula, wie die regierende PT die Aufgabe bewältigen werde, die Regierung zu stellen und die Geschicke des Landes zu bestimmen. Die Antworten darauf fallen nach fast acht Jahren Lula-Regierung sehr unterschiedlich aus.

Mit der US-Administration, die das ökonomische Gewicht Brasiliens in Rechnung stellte, gab es eine stillschweigende Übereinkunft, die Regierung Lula nicht zu belasten. Für die Situation in Brasilien bedeutete das weniger Druck seitens der herrschenden Eliten und zugleich die Bereitschaft der Regierung, dem internationalen Kapital weitere Konzessionen einzuräumen.

Die Lula-Regierung war mit komplizierten Ausgangsbedingungen konfrontiert. Am Beginn der 90er Jahre hatte die



neoliberale Politik in Brasilien Einzug gehalten. Privatisierungen in großem Stil, Deregulierung von Staat und Wirtschaft sowie das weitere Vordringen des Auslandskapitals kennzeichneten die Lage. Die Wirtschaftskonjunktur der 90er Jahre stimulierte die brasilianische Exportwirtschaft, die einseitig auf Rohstoffexporte ausgerichtet ist. Ihre ohnehin große Abhängigkeit wurde vertieft, die Rolle des Staates minimiert und die Politik der Wirtschaft untergeordnet. Brasilianische Ökonomen sprechen von einem „neuen Kapitalismus“, der geprägt ist vom starken Eindringen ausländischen Kapitals, von einer Allianz der einheimischen Bourgeoisie mit dem internationalen Finanzkapital und einer relativen Deindustrialisierung der brasilianischen Wirtschaft.

Das Land verharrt in widersprüchlichen Entwicklungstendenzen. Es bleibt in Zeiten der Globalisierung nach wie vor ein Land des Exports von Rohstoffen und deren erster Verarbeitungsstufe (Soja, Holz, Zellulose, Fleisch, Leder, Säfte, Alkohol usw.).

Brasiliens Wirtschaft ist im besonderen Maße abhängig von der Entwicklung der internationalen Märkte, für die sie im Wesentlichen produziert.

Durch die Verschmelzung der Latifundienbesitzer mit dem Industrie- und Bankkapital entstand das sogenannte Agrobusiness. Dessen charakteristisches Merkmal ist die territoriale Expansion und die Produktion von nachwachsenden Rohstoffen (Pflanzen) für die Energie- und Treibstoffherzeugung und für den Export. Ausländische Investoren (Soros-Gruppe, Cargill u. a.) kaufen große Flächen auf, womit eine zunehmende Konzentration von Landbesitz verbunden ist. Die Zunahme des Anbaus von Zuckerrohr und anderen Kulturen hat die Flächen, die für die Produktion von Nahrungsmitteln wie Soja, Mais und Getreide zur Verfügung stehen, wesentlich eingeschränkt.

Soziologische Untersuchungen zeigen, dass charakteristische Merkmale einer kolonialen Gesellschaft nicht überwunden, sondern in gewisser Weise reproduziert wurden. Die brasilianische Gesellschaft offenbart sich als sozial sehr heterogen und von tiefer sozialer Ungleichheit geprägt.

Die Lösung der sozialen Frage, die von allen linken Kräften Brasiliens gefordert wird, verlangt strukturelle Veränderungen in Politik und Wirtschaft, wodurch die gegenwärtige „Eroberung“ Brasiliens durch das Auslandskapital reguliert und der Schutz der Umwelt, besonders des Amazonasgebietes, gesichert werden sollen.

#### **b.) Die Politik der Regierung Lula 2003 – 2006**

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Lula von 2003 bis 2006 erfüllte kaum die Erwartungen, die breite Kreise der Bevölkerung und der Linken in sie gesetzt hatten. Anscheinend hatte Lula jedes sozialistische Projekt, selbst ein sozialdemokratisches beiseite gelassen. Charakteristisch für die ersten vier Jahre der Regierung Lula war die Neigung, sich in der Wirtschaftspolitik pragmatischen Lösungen zuzuwenden und den „Realitäten“ zu entsprechen. Die Regierung stellte eine breite Koalition dar, an der liberale Parteien und Kräfte der Mitte beteiligt waren. Am Kabinetttisch saßen gegensätzliche politische Positionen: ein Vertreter der PT als Minister für Agrarreform und ein Vertreter des Agrobusiness als Landwirtschaftsminister. Gehandelt wurde pragmatisch, da die PT weder im Kongress noch im Senat die Mehrheit besaß.

Andere Politikansätze zeigten sich in der Sozialpolitik.

Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage vor allem der verarmten Schichten wurden eingeführt. Zugleich zeigten sich Ansätze für Alternativen im wirtschaftlichen und politischen Vorgehen. Die Lula-Regierung versuchte, breite Volksschichten in ihre Politik einzubeziehen und sie in die Gesellschaft zu integrieren. Auf sozialem Gebiet wurden Programme zur Bekämpfung des Hungers und zur Unterstützung der Ärmsten aufgelegt. Repräsentativ dafür war während der ersten Legislatur Lulas das Programm „Null Hunger“ (Fome Zero). Im Rahmen des Programms Bolsa-Familia wurden in den Jahren 2003 bis 2005 ca. 15 Mrd. Reais eingesetzt und ca. 19 Mio. Personen unterstützt.

Die Meinungen zur Art und Weise der Durchführung dieser Hilfsprogramme gehen weit auseinander. Linke Kritiker sprechen von Klientelismus und Schwächung des Kampfes der Landlosen. Andere sehen darin eine „Revolution“ der sozialen Kultur, weil dadurch die traditionelle Figur des „politischen Coronels“ (des regionalen Machthabers, der Almosen verteilt) verdrängt und seine Privilegien gebrochen wurden.

Nach Angaben des Institutes für Angewandte Wirtschaftsforschung wurde die soziale Ungleichheit durchaus reduziert.<sup>27</sup> „Die Regierung Lula gab im Jahre 2006 rund 21 Mrd. Reais für die Sozialprogramme aus. Es handelt sich um einen seltenen Fall von öffentlichen Investitionen, deren Notwendigkeit niemand bestreitet“,<sup>28</sup> sagt der Direktor für makroökonomische Studien des IPEA, João Sicsú. Jedoch im Vergleich dazu betrugen die Gewinne von vier großen Banken sich im gleichen Zeitraum 21,777 Mrd. Reais.<sup>29</sup> Mit Überlebensprogrammen für die ärmsten Schichten des Volkes ist die soziale Frage nicht zu lösen, da weder strukturelle Veränderungen erreicht noch ausreichend Arbeitsplätze geschaffen werden.

Im makroökonomischen Bereich erreichte Brasilien Außenhandelsüberschüsse (122 Mrd. US-\$ 2006), die es gestatteten, die staatlichen Auslandsschulden gegenüber dem IWF im Jahre 2006 von 410 Mrd. auf 160 Mrd. US-Dollar wesentlich zu reduzieren

Die Ziele bei der Realisierung einer tiefgreifenden Agrarreform wurden in den ersten vier Jahren der Regierung Lula nicht erreicht, sie ist faktisch zum Stillstand gekommen. Nach wie vor ist die Agrarfrage die grundlegende Konfliktlinie der brasilianischen Gesellschaft. Das dominierende Modell des Agrobusiness mit ausgeprägter Monokultur veränderte den Charakter des Kampfes um die Agrarreform. Die für Brasilien überaus bedeutsame Familienwirtschaft, die für die Nahrungsmittelproduktion entscheidend ist, wird vernichtet, und Arbeitsplätze gehen verloren. Das Land steht an einem Kreuzweg. Entscheidet sich die Regierung Lula für den konfliktärmeren und konservativeren Weg, wird es keinen Interessenausgleich geben. Das Gegenteil wird der Fall sein: Das Agrobusiness wird in die Offensive gehen und eine neue Runde der Kriminalisierung der Landlosenbewegung einleiten.

Die Jahre 2003 bis 2006 Jahre waren von relativer wirtschaftlicher Stabilität gekennzeichnet, und Brasilien erreichte in der internationalen Konjunktur ein Wachstumsmodell mit niedriger Dynamik.

Die Präsidentschaftswahl im Jahre 2006 konnte Lula zum zweiten Mal gewinnen, obgleich die Linke zunächst nicht geschlossen auftrat. Die radikale Linke, repräsentiert durch die PSTU<sup>30</sup> und P-SOL<sup>31</sup>, spielte jedoch im Endergebnis keine Rolle. Soziale Bewegungen (wie z. B. die Bewegung der Land-



losen, MST) und PT-kritische politische Kräfte, besonders unter den Intellektuellen, stimmten im zweiten Durchgang für Lula, da ein Wahlsieg der konservativen Kräfte verhindert werden musste. Wie schon während der Wahl 2002, verstärkt durch die Losung „Lula e o povo“ (Lula und das Volk), war das ein symbolischer Sieg der Volkskräfte. Lula selbst benutzte vor dem zweiten Durchgang eine linkere Wortwahl, ohne jedoch seine ambivalente Position aufzugeben.

Die politische und die soziale Linke sahen in der Wiederwahl Lulas eine Chance, ihre Forderungen nach mehr Demokratisierung der Gesellschaft, nach einer politischen Reform bei größerer Partizipation des Volkes mit mehr Nachdruck zu vertreten.

### c.) Die Linke Brasiliens in der zweiten Amtszeit Lulas

Seit Antritt der zweiten Regierung Lula wird die Frage aufgeworfen, ob sich ihr Spielraum für eine andere Politik erweitern wird. Die Antwort darauf fällt Jahre danach wiederum ambivalent aus.

Im August 2007 führte die PT ihren III. Parteitag durch. Die Partei durchlebte in den vergangenen Jahren eine politische Krise, die durch aufgedeckte Korruptions- und Bestechungsfälle hervorgerufen wurde. Vor dem Parteitag gab es heftige Auseinandersetzungen, die von einigen Strömungen mit dem Ziel der „Neugründung der PT“ geführt wurden. Linkskräfte in der Partei erklärten, die Krise sei noch nicht überwunden, in der Partei werde Machtmissbrauch betrieben, die PT habe sich vom Volk und den sozialen Bewegungen entfernt, linke Positionen seien aufgegeben worden und Positionen der linken Mitte dominierten. Damit brachten sie ihre Unzufriedenheit über die Entwicklung der PT in den letzten Jahren zum Ausdruck und forderten Präsident Lula auf, die PT nicht zum Erfüllungsgehilfen der Regierung zu machen. Sie fordern die Verteidigung republikanischer Prinzipien in der Konzeption des demokratischen Sozialismus, die Durchführung einer demokratischen politischen Reform, die mit Unterstützung der Massen zu einer konstituierenden Versammlung für eine neue Verfassung geführt wird, die Verteidigung demokratischer Partizipation und eine Volksabstimmung über die Renationalisierung des wirtschaftlich bedeutenden Bergbauunternehmens Vale do Rio Doce. Die dominierende Tendenz in der PT, die „Mehrheitsströmung“ (Campo Majoritário), zu der sich Präsident Lula und andere führende Mitglieder der Regierung zählen, setzte sich jedoch in den Beschlüssen des Parteitages durch. Die von der Mehrheitsströmung verfolgte Strategie ist auf den parlamentarisch-institutionellen Kampf konzentriert. Das Hauptziel besteht in der erneuten Eroberung der Regierungsmacht und des Amtes des Präsidenten der Republik.

Die Regierung Lula ist ein pragmatisch orientiertes Kabinett, das eine Art Post-Neoliberalismus repräsentiert, ohne die Konfrontation mit dem Kapital zu suchen. Um das Wirtschaftswachstum zu fördern und rasche Fortschritte zu erzielen, geht sie Bündnisse mit Vertretern des Kapitals ein. Einschätzungen aus Brasilien lauten: „Die Regierung Lula ergab sich der ökonomistischen Logik, und ihr Entwicklungsmodell erweist sich zunehmend als marktabhängig. Dabei positioniert sich der Staat im Sinne der Marktlogik und nicht als ein Instrument zur Korrektur der strukturellen Verschiebungen in der brasilianischen Gesellschaft. Maximal tritt er als Vermittler von Sozialprogrammen wie Bolsa Família auf.“<sup>32</sup>

Diese Politik wird von linken Kritikern abgelehnt. Nach ihrer Auffassung haben Lula und die PT die Option einer Neugestaltung der Politik und das Streben nach einem alternativen Entwicklungsmodell aufgegeben. Eine besondere Rolle unter ihnen spielen die sozialen Bewegungen, die sich im „Rat der sozialen Bewegungen“ (CMS) zusammengeschlossen haben. Der Rat sucht nach wie vor Kontakt zum Präsidenten und hat des öfteren in Zusammenkünften mit ihm seine Positionen dargelegt: Durchführung einer Agrarreform, mehr Demokratie durch Partizipation, Umverteilung des nationalen Reichtums und keine Diskriminierung der sozialen Bewegungen. Zu den Kritikern der Regierung Lula zählen auch namhafte linke Stimmen aus dem übrigen Lateinamerika.

Als eine erste Maßnahme in der zweiten Regierungszeit kündigte Lula das „Programm zur Beschleunigung des Wachstums“ (PAC) an. Es sieht eine verstärkte Rolle des Staates in der Investitionspolitik gemeinsam mit privaten Initiativen vor, die vor allem in der Infrastruktur realisiert werden sollen. Vorgesehen sind umfangreiche Projekte im Amazonasgebiet (Bau von Straßen, Wasserkraftwerken etc.). Das Programm sieht Investitionen von 500 Mrd. Reais (ca. 175 Mrd. US-\$) für vier Jahre vor, wovon der Staat 300 Mrd. übernimmt. Der Rest soll aus Privatunternehmen kommen. Mit dieser Politik soll die Investitionsrate auf 3 bis 4 Prozent des BSP angehoben werden. Aufgenommen in dieses Programm wird auch die „Initiative für eine Regionale Südamerikanische Infrastruktur“ (Iniciativa para a integração regional-sulamericana – IIRSA), die den Bau von Straßen, Wasserkraftwerken, Gas- und Erdölleitungen, Brücken, Häfen usw. vorsieht. Im Moment ist dieser Komplex von Projekten für die Öffentlichkeit wenig transparent und wird deshalb – nicht nur von Umweltorganisationen – kritisch beurteilt.

Wirtschaftsexperten sehen in dem „Programm zur Beschleunigung des Wachstums“ eine Umorientierung in der Wirtschaftspolitik. Der Staat übernimmt damit Verantwortung für die Entwicklung des Landes und für das Wachstum der Wirtschaft. Unterstützung erhält der Plan besonders von nationalen Produktionsunternehmen, die ihren Vorteil im Ausbau der Infrastruktur (Transportwesen), in der Energieproduktion und im Wohnungsbau sehen. Als Interessenvertreter des internationalen Kapitals sprach sich die Zentralbank gegen das PAC aus.

Kritik kommt auch von den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, die sich dagegen aussprechen, dass Garantiefonds für soziale Leistungen als Ressourcenquelle für Investitionsfonds dienen sollen. Auch ökologische Bedenken spielen hier eine Rolle.

Grundsätzlich stellt das Programm keine Abkehr vom bisherigen Wirtschaftsmodell dar, bedeutet aber einen Schritt zu mehr Unabhängigkeit und Entwicklung der nationalen Industrie. Befürworter des Programms sehen in ihm eine Wiedergeburt der Ideen der „Entwicklungspolitik“ (desenvolvimento bzw. span. desarrollismo), einer Wirtschaftstheorie für die Länder der Dritten Welt, die maßgeblich von dem argentinischen Entwicklungsökonom Raul Prébisch ausgearbeitet wurde und in den 50er und 60er Jahren in der CEPAL (UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika) bestimmend war; in Brasilien hatte sie mit Celso Furtado ihren bekanntesten Vertreter. Sie war hauptsächlich auf eine importersetzende Industrialisierung, ein aktives Eingreifen des Staates und die regionale Wirtschaftsintegration gerichtet.



#### d.) Die Außenpolitik der Regierung Lula

Mit dem Amtsantritt Lulas im Jahre 2003 hat sich die Außenpolitik Brasiliens grundlegend gewandelt. War sie traditionell auf das Prinzip der „gleichen Distanz“ eingestellt, so hat sie offensivere Züge angenommen und wird pragmatisch gestaltet. Neue Grundtendenzen wurden erkennbar. Brasilien bringt sich stärker als bisher in die internationalen Beziehungen ein und ist bestrebt, eine führende Rolle im Rahmen der Süd-Süd-Kooperation zu spielen. Im lateinamerikanischen Rahmen tritt das Land als Vermittler in Konflikten auf und hat sich auf den Weg gemacht, international zu einem „global player“ zu werden. Industrie- und Schwellenländer akzeptieren diese neue Rolle Brasiliens.

Die Orientierung der Außenpolitik wurde konsequent auf die Durchsetzung nationaler Interessen ausgerichtet. Eine subalterne Unterordnung unter fremden Interessen wurde aufgehoben, insbesondere tritt Brasilien in Lateinamerika merklich dem Druck der USA entgegen. Vermerkt wird eine verstärkte Hinwendung zu den Nachbarländern und die Forcierung der Entwicklung der lateinamerikanischen Integration, vor allem im Rahmen des MERCOSUR und der „Gemeinschaft lateinamerikanischer Staaten“ (UNASUR), mit Einbeziehung Kubas.

Die brasilianische Diplomatie spielt eine aktive Rolle bei der Durchsetzung brasilianischer Interessen in der Handelspolitik, vor allem in der WTO und der Doha-Runde, in der Auseinandersetzung mit der Politik des Protektionismus der Industriestaaten. Brasilien war maßgeblich an der Schaffung der Gruppe der G 20 im Rahmen der WTO beteiligt. Es widmet sich vorrangig der Entwicklung der Süd-Süd-Beziehungen, vor allem zu China, Russland, Indien (BRIC-Staaten), Südafrika u. a. Brasilien tritt auch für eine Veränderung der Rolle der UNO sowie für die Demokratisierung internationaler Organisationen wie IWF und Weltbank ein.

Brasilien spielte eine wesentliche Rolle bei der Ablehnung der von den USA angestrebten Amerikanischen Freihandelszone (ALCA). Die brasilianische Außenpolitik orientierte sich auf eine selbstbewusstere Politik gegenüber den USA, was Ausdruck in der Nichtbeteiligung am Irakkrieg, in der Betonung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung oder im Eintreten für die Aufhebung der Blockade gegen Kuba fand. Lula spielte im Konflikt der USA mit Venezuela eine Vermittlerrolle, unterstützte die Regierung Chávez beim Erdölstreik der Opposition (2003) und setzte sich nach den Maßnahmen der Regierung Evo Morales zur Nationalisierung der Gas- und Erdölvorkommen in Bolivien für eine friedliche Lösung des daraus entstehenden Konflikts mit den ausländischen Erdölgesellschaften, darunter auch dem brasilianischen Staatskonzern Petrobras, ein.

Gegenüber der Europäischen Union, die auf den Gipfeltreffen mit Lateinamerika in Wien (2006) und Lima (2008) eine Annäherung an den MERCOSUR und ein Assoziierungsabkommen mit ihm anstrebte, bestand Brasilien darauf, dass für einen solchen Vertrag die europäischen Agrarsubventionen fallen müssten. Inzwischen hat sich auch in Brasilien teilweise die Erkenntnis durchgesetzt, dass die EU gegenüber Lateinamerika eine neoliberale Politik betreibt und sich ein solcher Vertrag keineswegs zu Gunsten der lateinamerikanischen Staaten auswirken würde.

Die Politik von USA und EU, zwischen den lateinamerikanischen Ländern zu differenzieren, besonders Venezuela, Bolivien und Ecuador zu isolieren, fand in Brasilien keinen

Anklang. Das brasilianische Außenministerium orientiert sich auf eine enge Zusammenarbeit mit lateinamerikanischen Ländern. Vorhandene Disparitäten und ungleiche Ausgangspositionen, die aus der Unterentwicklung resultieren, sollen durch eine für alle Seiten fruchtbare Zusammenarbeit ausgeglichen werden. Initiativen, die von Venezuela ausgehen, wie z. B. die „Bolivarische Alternative für Lateinamerika“ (ALBA), werden für diese Zielstellung als unterstützend angesehen. Brasilien beteiligt sich an der Bank des Südens, die die Aufgabe hat, Entwicklungsprojekte im kontinentalen Rahmen unabhängig von den internationalen Finanzorganisationen zu finanzieren.

Brasilien ist in Bewegung geraten: In der Gesellschaft haben sich weitgehende soziale Veränderungen vollzogen, die sich besonders in der Zusammensetzung der Eliten widerspiegeln. Mit dem Aufstieg von Gewerkschaftern, Vertretern der Zivilgesellschaft und Parteifunktionären in Staatsfunktionen hat sich eine neue soziale Schicht herausgebildet. Veränderungen haben sich auch unter den alten Eliten vollzogen. Unter den neuen Führungspersönlichkeiten sind einige bereit, mit der Regierung Lula zusammenzuarbeiten, ohne dass sich dadurch das gesamte politische System Brasiliens und seine Gestaltung ändern.

Veränderungen grundsätzlichen Charakters wird es nur geben, wenn sich weitere große Teile der Bevölkerung direkt in den Kampf um neue Strukturen einschalten. Trotz der Existenz einer Regierung, die von großen Teilen der Bevölkerung gewollt wurde, ist es bisher nicht gelungen, eine Gegenhegemonie aufzubauen. Schritte auf dem Wege zu mehr sozialer Gerechtigkeit können eine Situation des Wandels schaffen, wozu die gegenwärtige Politik der Harmonisierung der Gegensätze nicht geeignet ist.

Brasiliens Stellung in Lateinamerika und in der Welt hat sich verändert. Werden die innenpolitische Lage von vielen Linken als kritisch und die Ergebnisse der Lula-Regierungen als ungenügend angesehen, so stimmt die Mehrheit linker Vertreter darin überein, dass Brasilien begonnen hat, eine auf nationale Interessen ausgerichtete Außenpolitik zu betreiben und seine Rolle als regionale Macht offensiv und kritisch wahrzunehmen.

Die beiden ausgewählten Länderbeispiele Venezuela und Brasilien zeigen:

Diskurs und Praxis, Wahlversprechen und Regierungstätigkeit stimmen auch bei linken Regierungen nicht immer überein. Nicht immer sind sie in der Lage, die proklamierten Politikinhalt durchzusetzen. Der Widerstand der alten und neuen Eliten, die unterschiedliche Ausgangslage und das unterschiedliche Potenzial der Länder erschweren Bewertungen und Zuordnungen, wie sie oft von Beobachtern vorschnell getroffen werden. Die zwiespältige Situation der gegenwärtigen Phase in Lateinamerika charakterisiert der argentinische Sozial- und Politikwissenschaftler Atilio Borón vorsichtig folgendermaßen:

„Das Beste, was wir in der Region machen können, ist, uns ernsthaft unsere eigene Entwicklungsstrategie, unsere eigene Strategie der Vertiefung der Demokratie, des Vorschreitens bei den großen sozialen Reformen, die dieser Kontinent braucht, ... zur Aufgabe zu machen, wenn auch heute offensichtlich weder die objektiven noch die subjektiven Bedingungen gegeben sind, um von Revolution zu sprechen – vielleicht die objektiven, aber im Bereich der Ideen, des Bewusstseins, der Ideologie sind wir noch der Diktatur





des Neoliberalismus unterworfen. Deshalb scheint mir, dass dies nicht der Moment für revolutionäre Prozesse ist, obwohl in Venezuela, Bolivien und Ekuador sich höchst ermutigende soziale, ökonomische und politische Reformen entwickeln. Das alles sind teilweise sehr tiefgreifende Fortschritte, die in ihrer tatsächlichen Dimension begriffen werden müssen.“<sup>33</sup>

#### Anmerkungen

- 1 Vgl. Daniel Chávez, César Rodríguez Garavito, Patrick Barrett (Hrsg.), *La nueva izquierda en América Latina*, Madrid 2008.
- 2 „Die neue Etappe der Integration Lateinamerikas und der Karibik. XIII. Treffen des Forums von São Paulo“, Vorbereitungsdokument, 5.1.2007. <http://forosaopaulo.fmln.org.sv>
- 3 XIV. Treffen des Forums von São Paulo, Montevideo, Mai 2008, Dokument für die Diskussion: „Die Linke Lateinamerikas und der Karibik in der neuen Etappe – der Reichtum der Verschiedenartigkeit.“
- 4 Boaventura de Sousa Santos, „Pluralidades despolarizadas: una izquierda con futuro“, in: Daniel Chavez, César Rodríguez Garavito y Patrick Barrett (Hrsg.), *La nueva izquierda en América Latina*, Madrid 2008, S. 359.
- 5 *El Comercio*, Quito, 24.8.2007.
- 6 Irina Morán, „¿Muerte o resurrección del marxismo?“ Entrevista a Atilio Borón, in: *Rebelión*, 22.6.2007.
- 7 Eric Hobsbawm, Interview, in: *Carta Maior*, 29.9.2008.
- 8 Boaventura de Sousa Santos, a. a. O., S. 359 – 360.
- 9 José Natanson, „El nuevo mapa de América Latina,“, in: *Página 12*, Buenos Aires, 30.11.2008.
- 10 S. Anmerkung 3
- 11 Luis Paulino Vargas Solís, *Desde Costa Rica: Lecciones (preliminares) de un golpe*, in: *Argenpress.info*, 2.7.2009.
- 12 Luis Paulino Vargas Solís, a. a. O.
- 13 Daniel Chavez, César Rodríguez Garavito y Patrick Barrett (eds.), a. a. O., S. 51.
- 14 S. Anmerkung 2.
- 15 „Lateinamerika und Ekuador erleben nicht eine Epoche des Wandels, sie erleben einen wirklichen Epochenwandel.“ Rede von Rafael Correa bei seinem Amtsantritt als Präsident Ekuadors, Quito, 15. Jan. 2007.
- 16 „Ignacio Círio, Entrevista a Marta Harnecker, En el laboratorio de una Revolución“ in: *Siete sobre Siete*, Uruguay, 22.8.2005.
- 17 Beatriz Stolowicz, „Die lateinamerikanische Linke: Wo stehen wir? Beitrag auf der V. Internationalen Konferenz ‚Marx lebt‘“, Bogotá, 31. Oktober bis 2. November 2006.
- 18 *Lateinamerika-Nachrichten* Nr. 375/376 – September/Oktober 2005.
- 19 Gabriela Gurvich, „Presidente resumió diez años de logros revolucionarios en siete horas de discurso“, in: *Prensa web YVKE*, 13.1.2009. [www.radiomundial.com.ve/yvke/noticia.php?17589](http://www.radiomundial.com.ve/yvke/noticia.php?17589)
- 20 Zum Verlauf und den Errungenschaften der Bolivarischen Revolution siehe als kurzgefasster Überblick: Otto Pfeiffer, „Die Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas und ihre Wurzeln“, in: Hans Modrow, Dietmar Schulz (Hrsg.), *Lateinamerika, eine neue Ära?*, Rosa Luxemburg Stiftung, Texte 47, Berlin 2008, S. 139 – 145. Siehe auch Gabriela Gurvich, a. a. O.
- 21 Gespräch mit Carolus Wimmer. Über Opposition und Regierung in Venezuela, das Verhältnis zu den USA und den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, Albert Köstler, *Junge Welt*, 24.6.2006. [www.junge-welt.de/2006/06-24/005.php](http://www.junge-welt.de/2006/06-24/005.php)
- 22 Rede des Präsidenten der Bolivarischen Republik Venezuela, Hugo Rafael Chávez Frías, beim Weltsozialforum in Porto Alegre, Gigantinho-Stadion, 30. Januar 2005 (Übersetzung Netzwerk Venezuela).
- 23 C. Wimmer, a. a. O.
- 24 Vgl. „Discurso del General en Jefe (Ejército) Raúl Isaías Baduel Ministro del Poder Popular para la Defensa en el acto de entrega de su cargo“, 18.7.2007, in: *Prensa Presidencial/Aporrea.org*, 19.7.2007.
- 25 Edgardo Lander, „El referéndum sobre la reforma constitucional. El proceso político en Venezuela entra en una encrucijada política“, in: *Rebelión*, 23.12.2007.
- 26 Marcelo Colussi, Entrevista a Atilio Borón: „En Latinoamérica hay que fortalecer nuestra autonomía nacional mediante acuerdos de integración“, in: *Argenpress.info*, 5.12.2008.
- 27 Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (IPEA) vom 1. Dezember 2006.
- 28 *Carta Maior*, 14.10.2006.
- 29 *Folha de São Paulo*, 3.3.2008.
- 30 PSTU – Sozialistische Einheitspartei der Werktätigen (Partido Socialista dos Trabalhadores Unificado), gegründet 1994, als trotzkistische Gruppierung gehört sie der „Internationalen Liga der Werktätigen – Vierte Internationale“ an.
- 31 P-SOL – Partei des Sozialismus und der Freiheit (Partido Socialismo e Liberdade), Gegründet 2004 von ehemaligen Mitgliedern der PT. Sie wird als am weitesten linksstehende Gruppierung betrachtet. Präsidentin ist Heloisa Helena, die 2006 als Gegenkandidatin zu Lula antrat.
- 32 *Noticias do Dia* des Instituto Humanitas Unisinos (IHU), 6.-12.8.2008.
- 33 Marcelo Colussi, Entrevista a Atilio Borón, a. a. O.



# Notizen

## Impressum:

„DIE LINKE-international“ wird herausgegeben vom Bereich Internationale Politik beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE und erscheint in unregelmäßigen Abständen.

**Redaktion:** Helmut Ettinger (V.i.S.d P. Oliver Schröder)  
Telefon: (030) 24 009-352, Fax: 24 009-425  
E-Mail: [fip@die-linke.de](mailto:fip@die-linke.de), Web-Site: <http://die-linke.de>

**Redaktionsschluss:** 12. Januar 2010

**Besonderer Dank** für Unterstützung bei der Herstellung dieses Heftes gilt Helma Chrenko, Hilde Ettinger und Dietmar Schulz.

**Gestaltung:** Jörg Rückmann

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors, nicht der Redaktion, wieder. Ausdrücklich erbeten sind Meinungen, Wünsche und Vorschläge an die Redaktion.

